



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"

Die Besiedlung Deutsch-Ostafrikas

Samassa, Paul

Berlin, 1909

urn:nbn:de:gbv:46:1-8179



PAUL SAMASSA

Die Befiedlung

Deutsch - Ostafrikas

Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie
das Leben,
Der täglich sie erobern muß.
GOETHE.

Neue Ausgabe



Berlin 1909

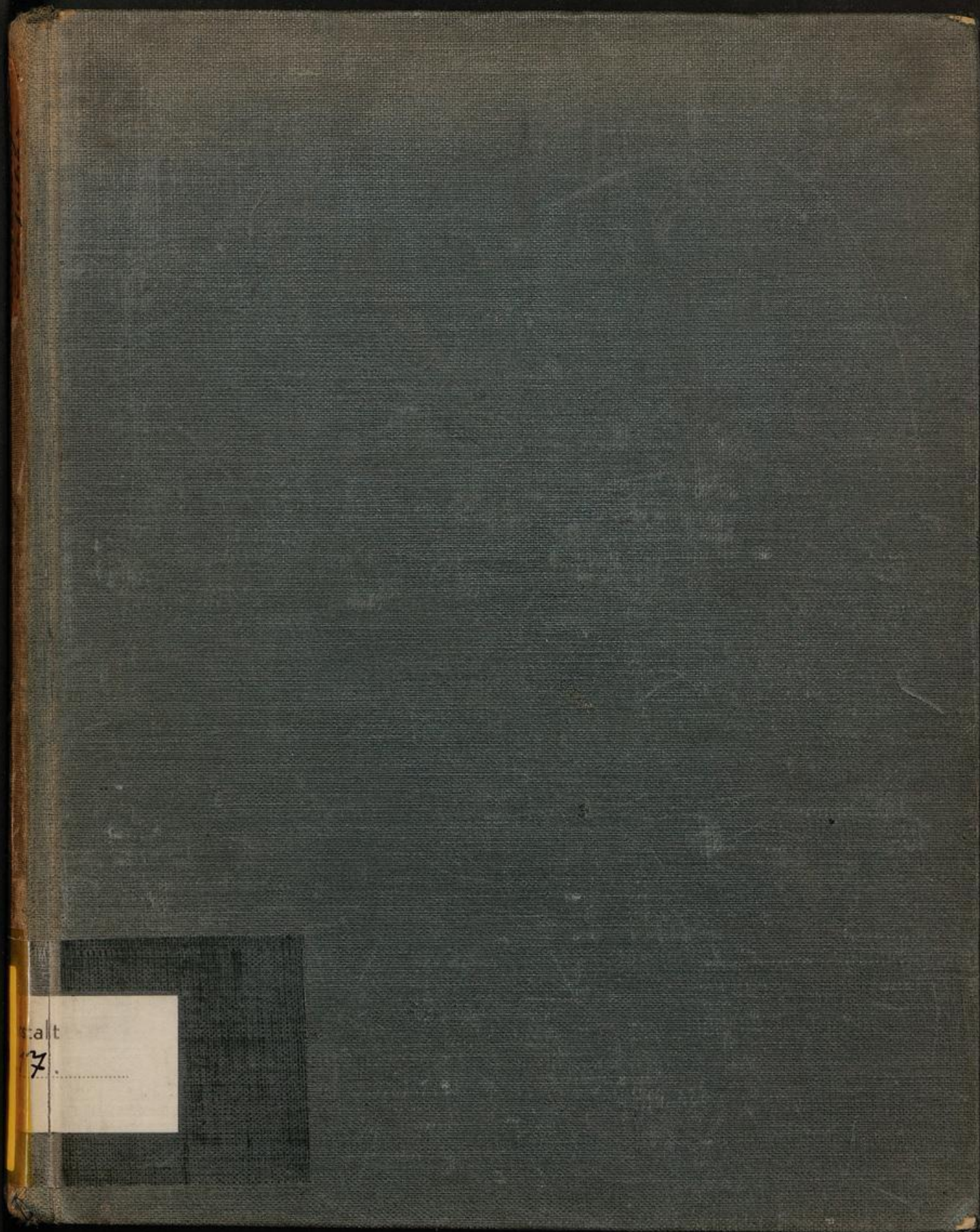
Wilhelm Weicher

Haberlandstraße 4



Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen

DFG



stalt

7.



Ausgefördert

De 80

+

25. —
2

C. IV. f. 6. 17



Zugang 19 41 / 42, Nr. 148
13 . 10 . 19 41

Angefordert

PAUL SAMASSA

Die Befiedlung

Deutsch - Ostafrikas

Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie
das Leben,
Der täglich sie erobern muß.
GOETHE.

Neue Ausgabe



Berlin 1909

Wilhelm Weicher

Haberlandstraße 4





2013 07304

Inhalt.

	Seite
I. Das Besiedlungsproblem	1
II. Tanganital	7
III. Das Kilimandjaro- und Merugebiet	37
IV. Die Fortführung der Ufambarabahn nach Aruscha	87
V. Ausblicke in die Zukunft	105
VI. Europäer- oder Eingeborenenkulturen?	128
VII. Arbeiterfrage und Eingeborenenpolitik	163
VIII. Die Verwaltung Deutsch-Ostafrikas	216
IX. Die Besiedlung Britisch-Ostafrikas	285

I

Das Besiedlungsproblem

Die Frage der Besiedlung unsrer Kolonien hat von Beginn unsrer Kolonialbewegung an im Vordergrund des Interesses gestanden. Zur Zeit, als wir überhaupt praktisch Kolonialpolitik zu treiben begannen, erreichte die deutsche Auswanderung einen Höhepunkt, und unter den Gründen, die die damals noch spärlich gesäten Freunde deutscher Kolonialpolitik für die Notwendigkeit kolonialer Erwerbungen ins Feld führten, stand der eine Punkt obenan, daß wir Neuland gewinnen müßten für die Hunderttausende, die zurzeit die Heimat verlassen, in der Fremde deutschem Volkstum verloren gehen und die wirtschaftliche Macht unsrer Wettbewerber verstärken. Inzwischen ist dies freilich weniger dringend geworden. Die deutsche Auswanderung ist so gut wie ganz verschwunden, und andererseits haben wir erkennen müssen, daß wir bei der Aufteilung der Erde zu spät gekommen waren und wertvolles Land für eine weiße Besiedlung großen Stils nicht mehr erlangen konnten. In Südwestafrika werden wir kaum eine größere Dichtigkeit der Bevölkerung erreichen können, als den ehemaligen Burenrepubliken im Laufe einer über ein halbes Jahrhundert alten

Samaffa, Besiedlung.

1

Kolonisationsgeschichte geglückt ist. Die Versuche mit Kleinsiedlung, die dem Lande die Möglichkeit geben sollten, einen starken deutschen Auswandererstrom aufzunehmen, der der Gefahr entgegenwirken soll, die durch den Aufenthalt vieler fremdvölkischer Elemente in der Kolonie entstanden, scheinen leider nicht erfolgreich zu sein. In Deutsch-Ostafrika glauben auch die optimistischsten Freunde einer Kleinsiedlung in den Hochländern nicht daran, daß dort mehr als etwa 70000 Menschen Unterkunft finden könnten. Immerhin würde auch das schon etwas bedeuten, nicht so sehr im Hinblick auf die Bedürfnisse des Mutterlandes, falls dort die Auswanderungsbewegung in Zukunft wieder in Fluß kommen sollte, als mit Rücksicht auf die Kolonie selbst, die sowohl Aufstandsgelüsten der eingeborenen Bevölkerung gegenüber, wie auch im Falle eines Krieges mit einer europäischen Macht viel mehr als dauernder deutscher Besitz gefestigt erscheint, wenn dort eine deutsche Bevölkerung dauernd sesshaft ist. Und endlich kommen auch ideelle Momente hier in Frage; eine reine Tropenkolonie erscheint wie ein Handelsobjekt, dessen Wert sich in Mark und Pfennigen ausdrücken läßt. Wir könnten sie umtauschen oder verkaufen, es wäre eine reine Frage der Rechnung und kaufmännischer Erwägungen. Ganz anders steht es mit einem Land, in dem Tausende oder Zehntausende deutscher Volksgenossen wohnen; es wird dadurch für uns zu deutscher Erde, die wir unter keinen Umständen preisgeben dürfen und ein Band der Treue schlingt sich um die Bewohner des Mutterlandes und der Kolonie.

Indes was bedeuten hier auch unsere heißesten Wünsche! Man muß versuchen, ob sie sich verwirklichen lassen; geht es nicht, so werden wir uns bescheiden müssen. Wir werden zu

prüfen haben, ob nach den bisher vorliegenden Erfahrungen und den im Schutzgebiet gegebenen natürlichen Voraussetzungen eine kleinbäuerliche Siedlung durchgeführt werden kann. Keinesfalls darf man indes den Begriff der Besiedlung so enge fassen, daß man ihn, wie dies vielfach geschieht, überhaupt auf derartige kleinbäuerliche Siedlung beschränkt. Denn unter jedem Gesichtspunkt, dem der Interessen des Heimatlandes sowohl wie dem der Kolonie, ist es wichtig, zu erkennen, welches Maß deutscher Bevölkerung das Schutzgebiet überhaupt aufnehmen kann, ohne Rücksicht darauf, wo diese deutsche Bevölkerung wohnt und welchen Berufen und sozialen Schichten sie angehört. Die ganze Frage der wirtschaftlichen Produktivität des Schutzgebietes hängt auf das engste damit zusammen, in welchem Umfang die Intelligenz des Weißen dort tätig ist und in den Produktionsprozeß bestimmend eingreift. An der Art und dem Umfang dieser Erzeugung hat unser eigenes Wirtschaftsleben großen Belang, wie wir nicht minder die ideale Seite ins Auge fassen müssen, daß durch die Personen, die in der Kolonie wirken, weitere Kreise ihrer Freunde und Verwandten zu Hause mit kolonialen Gedankengängen vertraut werden und sich auch materiell an der Erschließung der Kolonie beteiligen. Auf diese Art dringt praktische koloniale Betätigung in immer weitere Schichten, und die Kolonialpolitik fügt sich nicht nur ein in die lockenden Bilder künftiger nationaler Größe, sie verwebt sich mehr und mehr mit dem ganzen Leben der Nation, wie dies bei Völkern, die bereits eine längere Zeit kolonialer Betätigung hinter sich haben, bereits völlig selbstverständlich erscheint.

In diesem Sinne soll das Problem der Besiedlung Deutsch-Ostafrikas in diesem Buche behandelt werden, das im wesent-

lichen die Frucht einer Studienreise nach Ostafrika ist, die ich im Sommer 1908 unternahm. Ich mußte bei dieser Reise damit rechnen, daß meine Zeit beschränkt war und mir für den Aufenthalt in Deutsch- und Britisch-Ostafrika nur $4\frac{1}{2}$ Monate zur Verfügung standen. Ich konnte in dieser Zeit unmöglich alle Hochländer der Kolonie, geschweige denn diese selbst, zum größten Teile kennen lernen. Ich glaube aber nicht, daß gerade dies die wichtigste Aufgabe einer solchen Studienreise sein konnte; denn über die geographischen Verhältnisse der Kolonie sind wir doch bereits soweit unterrichtet, daß wir von der Ausdehnung der Hochländer, von ihren geographischen und klimatischen Bedingungen genügende Kenntnis haben. Aber nicht darauf kommt es, wie mir scheint, in erster Linie an, ob ein Weißer mit seiner Familie in einem bestimmten Gebiet im physischen Sinne leben kann, sondern darauf, wie er lebt und wie sich seine wirtschaftlichen Verhältnisse da gestalten; kurz gesagt, nicht ob er da leben kann, sondern ob er da leben will. Das sind nun Dinge, über die im wesentlichen die Erfahrung entscheiden muß, die dann weitere Analogieschlüsse gestattet. Darum erschien es mir am wichtigsten, die Lebensverhältnisse der Weißen in den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Teilen der Kolonie kennen zu lernen, wo sich auch schon eine Scheidung in verschiedene Wirtschaftsformen herausgebildet hat. In Verfolgung dieses Programms habe ich Ost- und Westusambara besucht, die mir teilweise von einem früheren kurzen Besuch her schon bekannt waren, bin dann nach einem Ausflug nach Daresalam und Morogoro wieder nach dem Norden zurückgekehrt, um von Mombo aus den Marsch nach dem Kilimandjaro anzutreten, wo ich vier Wochen im Gebiet des Kilimandjaro und Meru die Gegend durchstreifte. Den

Abschluß meiner Reise bildete ein Besuch der englischen Nachbarkolonie, wo die Besiedlung zum Teil schon weiter vorgeschritten ist als bei uns, woraus sich sehr wertvolle Vergleichspunkte ergeben.

Ich bin mir wohl bewußt, daß die Kürze solcher Informationsreise ihre Bedenken haben mag und zu Fehlschlüssen verleiten kann. Von einer früheren Gelegenheit her hatte ich immerhin einige Erfahrungen darüber, wie man auch bei verhältnismäßig kurzem Aufenthalt die Zustände eines Landes kennen lernen und in manches Problem eindringen kann, dessen Erkenntnis häufig von denen allein in Anspruch genommen wird, die jahrelang in dem Lande wohnen. Ich habe indes schon in Südafrika die Erfahrung gemacht, daß sehr häufig diese alten Bewohner des Landes manchen Problemen ziemlich unwissend gegenüberstehen, weil sie, mit ihren eignen Interessen vollauf beschäftigt, keine Zeit und keine Teilnahme für ihnen fernliegende Dinge erübrigen; sofern sie aber dazu Stellung zu nehmen gezwungen sind, wird ihre Stellungnahme durch ihre eigenen Interessen bestimmt und notwendig parteilich. Natürlich liegt mir nichts ferner, als dies zu verallgemeinern; nur das eine soll damit gesagt sein, daß ein langer Aufenthalt im Lande nicht notwendig für, ein kurzer nicht notwendig gegen ein sachverständiges Urteil spricht.

Eine gänzlich objektive, über allen Parteien stehende Darstellung zu geben, kann natürlich auch dieses Buch nicht in Anspruch nehmen; es wäre ein völlig aussichtsloses Unterfangen, aus einer Untersuchung dieser Art das beobachtende Ich ausschalten zu wollen. Aber den redlichen Willen möchte ich für mich in Anspruch nehmen, ohne Vorurteil und Voreingenommenheit an die Frage herangegangen zu sein; und ich kann wohl

sagen, daß ich mir ein Urteil erst während meiner Reise in der Kolonie selbst gebildet habe, in dem Maße, als die Verhältnisse sich mir anschaulich darstellten. Schließlich wird die Macht der Tatsachen darüber entscheiden, ob die hier vorgetragenen Ansichten richtig sind; und es liegt ein besonderer Reiz darin, daß man bei der raschen Entwicklung der Dinge in der Kolonie hoffen kann, dies selbst noch zu erleben. Die öffentliche Erörterung in Rede und Gegenrede aber erhält das Interesse an dem Gegenstand lebendig, setzt Kräfte in Bewegung, die an der praktischen Lösung der Frage mitzuwirken berufen sind, und hilft Widerstände überwinden, die sich entgegenstellen. Für all dies nimmt man gern in Kauf, daß, was man heute über den Gegenstand sagen kann, vielleicht schon in wenigen Jahren durch die Tatsachen überholt und veraltet ist; gemessen an dem Gange der Entwicklung des Landes, ist es nur ein Augenblicksbild, das auch der sorgfältigste Beobachter bieten kann, eine Darstellung, wie sich die Dinge in einem bestimmten Zeitpunkt in seinem Kopfe gespiegelt haben.

II

Tanganital

Unter diesem Namen faßt man in der Kolonie gewöhnlich die drei Nordbezirke: Tanga, Pangani und Wilhelmstal zusammen, die durch das gemeinsame Verkehrsmittel der Usambarabahn zu einer gewissen wirtschaftlichen Einheit zusammengeschlossen sind. Es ist dies das Gebiet, dessen wirtschaftliche Erschließung zuerst in Angriff genommen worden ist und das Zeugnis dafür ablegt, wieviel Arbeit, Energie und Kapital hier lediglich aus privater Initiative aufgewendet wurde. Die Ursache hierfür liegt in den geographischen Bedingungen und den Verkehrsverhältnissen. Das Hinterland von Daressalam ist ziemlich weithinein wenig fruchtbar, der Süden der Kolonie zu abgelegen, auch heute noch mit dem Dampferverkehr auf Umladung in Daressalam angewiesen. Im Norden bot der Pangani wenigstens auf ein kurzes Stück eine Verbindung landeinwärts. So entstanden hier zuerst die Plantage Lewa, die Friedrich-Hoffmannspflanzung, die verunglückte Rohrzuckerfabrik am Pangani. An jedes dieser Unternehmen knüpft sich die Erinnerung an eine Reihe erfolgloser Versuche im Anbau tropischer Nutzpflanzen.

Demnächst lud das Gebirge von Ostusambara zu Versuchen mit Kaffee ein; die Entfernung von der Küste und dem Hafen Tanga betrug immerhin mindestens zwei bis drei Tagereisen; aber ein hochwertiges Produkt wie Kaffee schien diesen Transport tragen zu können. Zudem setzten sehr bald die Bemühungen um den Bau der Usambarabahn ein. Der herrliche Urwald versprach einen erstklassigen Kaffeeboden und täuschte die größte Ähnlichkeit mit Brasilien und andern Kaffeeländern vor. Die Erkenntnis kam zu spät, daß auch diese Urwaldriesen nur sehr flachgründige Wurzeln haben und der Boden im allgemeinen viel zu wenig tiefgründig und zu arm ist, um den Kaffeebau lohnend zu machen. So wurden eine Anzahl von Millionen in Kaffeepflanzungen gesteckt, die heute so gut wie verloren sind. Es dürfte gegenwärtig wohl nur vier Kaffeepflanzungen in Ost- und Westusambara geben, die durchschnittlich die Betriebskosten decken und in guten Jahren Überschüsse abwerfen.

In die Zeit, wo die Mißerfolge bei den Tiefen-, wie bei den Höhenkulturen eine starke Entmutigung in Pflanzerkreisen zur Folge hatten, fiel dann die Entdeckung der Sisalagave und des Cearakautschuks (*Manihot*) für Ostafrika und brachte neue Hoffnung; man kann wohl sagen, daß es der nicht zu entmutigenden Zähigkeit der Pflanzungsleiter zu danken war, wenn hier endlich Kulturen gefunden wurden, die Ertrag zu geben versprochen. Der Sisal hat die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt; die aus der Sisalkultur erzielten Gewinne erscheinen freilich vielfach nicht als Dividenden, die nach Europa in die Taschen der Aktionäre fließen, weil die hier erzielten Gewinne von den Gesellschaften zum Teil zur Abschreibung früherer Verluste bei andern Kulturen, insbesondere beim Kaffee,

verwendet werden müssen. Wenn man nun gegenwärtig darauf hinweist, daß die Preise des Sisalhanfs stark gefallen sind und für die Zukunft dem Markte eine Überproduktion droht, so wird dies mehr oder weniger bei jedem Produkte der Fall sein, dessen Kultur nicht an ganz besonders schwer zu erfüllende klimatische oder andre Voraussetzungen gebunden ist. Dann muß natürlich der ausfallen, der am teuersten oder am schlechtesten produziert, und es muß Aufgabe sowohl unsrer Pflanzungsunternehmungen wie auch der Regierung sein, die Produktionsbedingungen dauernd so zu gestalten, daß wir wettbewerbsfähig bleiben.

Etwas bedenklicher liegen die Verhältnisse beim Kautschuk. Es handelt sich hier bekanntlich um eine Kautschukart, die nicht erstklassigen Kautschuk liefert; von der Gefahr der Erfindung eines Kautschukfurrogats ist diese Art natürlich ebenso bedroht wie die höchstwertige; aber ich glaube nicht, daß sie allzu drohend ist. Andererseits wird ins Feld geführt, daß in der nächsten Zeit große Flächen mit erstklassigen Paraforten, bepflanzt in Ceylon, den Straits Settlements, Westafrika und anderwärts, in das Ertragsstadium treten und dadurch die Preise, insbesondere der minderwertigen Kautschukarten wie des Cearakautschuks, unter die Grenze der Rentabilität werfen werden. Es ist indes nicht anzunehmen, daß an sich eine stärkere Produktion erstklassigen Kautschuks notwendigerweise die Ausschaltung des zweitklassigen zur Folge haben muß, da es stets eine Reihe von Kautschukwaren geben wird, deren Herstellung aus erstklassigem Kautschuk dem Erzeuger überhaupt keinen Vorteil bietet. Aber darauf muß sich der Kautschukbau in unsrer Kolonie zweifellos einrichten, daß er mit Preisen, wie z. B. im Jahre 1907 in der Zeit einer industriellen

Hochkonjunktur und eines besondern Aufschwungs der Automobilindustrie, nur als besondern Ausnahmen rechnen kann und sich auf wesentlich niedrigere Preise als Durchschnitt einrichten muß. Ob nun der Manihotbau im Großpflanzungsbetrieb dabei bestehen kann, muß sich erst erweisen und hängt von verschiedenen Umständen ab. Wir sind in Ostafrika so ziemlich die ersten gewesen, die den Manihotbaum plantagenmäßig für die Kautschukgewinnung anbauten, und wir müssen daher auch die Kosten für manche, erst zu machenden Erfahrungen tragen. Nun ergibt sich beim Zapfen des Manihots die Schwierigkeit, daß man den Milchsaft nicht wie bei den andern Kautschukarten (Hevea, Kikxia, Ficus) in Bechern auffangen und das Gerinnen dann nach Einbringen des Saftes zur Aufbereitungsstelle im großen bewerkstelligen kann, sondern die Koagulation des Saftes muß auf dem Baume selbst geschehen, da sich die Milchgefäße des Baumes rasch verstopfen und ein längeres Laufen des Saftes, mindestens ohne besondre, komplizierte Vorrichtungen, nicht zu erzielen ist. Das erfordert nun, daß der Baum während des Zapfens mit einer Säure bestrichen wird, um den Milchsaft zur Koagulation zu bringen, und die Beschaffung dieser Säure hat sich schwieriger und kostspieliger gestaltet, als man ursprünglich angenommen hatte. Man dachte mit den im Lande wachsenden Koagulationsmitteln auskommen zu können: den zum Teil wildwachsenden Zitronen und den Früchten des Affenbrotbaums. Aber im Großbetrieb waren genügende Mengen davon gar nicht zu beschaffen. Nach verschiedenen Versuchen mit aus Europa eingeführten Säuren ist man zunächst auf die Essigsäure als die zweckmäßigste gekommen. Leider stellt sich der Preis der Essigsäure außerordentlich hoch, um so mehr als sie konzen-

triert in den chemischen Fabriken nur in raffinierter Form als Eisessig hergestellt wird, während den Zwecken der Pflanzer ein konzentriertes Rohprodukt ebenso entsprechen würde. In irgendeiner Weise wird dieses Problem jedenfalls gelöst werden; sei es, daß man eine andre billigere Säure findet — wie verlautet, werden gegenwärtig erfolgversprechende Versuche mit der sehr viel billigeren Flußsäure gemacht — oder daß man die Säure in der Kolonie selbst erzeugt. Von viel größerer Bedeutung als diese Schwierigkeit der Säurebeschaffung ist für die Kautschukpflanzungen die Arbeiterfrage, die ich in einem kommenden Abschnitt eingehender behandeln werde. Jedenfalls kann man heute noch nicht mit Sicherheit behaupten, daß die Manihotkultur im großen rentabel ist, es hängt dies noch an manchem „wenn“ und „aber“. Mit der Kultur im kleinen steht es da anders; ich werde darauf alsbald zurückkommen. Wenn sich aber auch Mittel und Wege finden lassen, um die Manihotkultur im Großpflanzungsbetrieb lohnend zu machen, so wird sie sich auch hier voraussichtlich immer hart an der Grenze der Ertragsfähigkeit bewegen.

Aus solchen und ähnlichen Tatsachen hat man mitunter die Schlußfolgerung gezogen, daß die Plantagenkultur in Ostafrika als Produzent überhaupt wenig verläßlich ist und man sich daher hauptsächlich auf Eingeborenenkulturen stützen und darauf die wirtschaftliche Zukunft der Kolonie aufbauen müsse. Zunächst ist die schroffe Gegenüberstellung der Großpflanzung und der Eingeborenenkultur überhaupt falsch: es gibt noch etwas zwischen beiden: das ist der vom Europäer in eigener Regie geführte mittlere Betrieb. Andererseits übersieht man die große Bedeutung, die der Großpflanzungsbetrieb für die wirtschaftliche Erschließung des Schutzgebietes gehabt hat und

auch heute noch hat, so daß man selbst dann, wenn sich der Plantagenbau etwa in der Wahl der von ihm gebauten Produkte vergriffen hätte, auch regierungsseitig alles tun müßte, um ihn im Interesse der Kolonie die Lebensfähigkeit zu erhalten, soweit nicht wichtigere Interessen dem entgegenstehen. Denn die Gesellschaften haben um die Entwicklung des Schutzgebietes die größten Verdienste, wobei ich insbesondere die mitunter angefeindete Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft durchaus mit einschließe. Zunächst kann man keiner der in Ostafrika arbeitenden Gesellschaften den Vorwurf machen, der in Deutsch-südwest vielfach berechtigt ist, sie hätten Landwucher getrieben und einfach gewartet, daß sich der Wert des Landes durch die Arbeit anderer hebe. Nach der in den meisten Punkten sehr vernünftigen Landordnung für Ostafrika schließt sich dies ja von selbst aus. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft allein wäre dazu überhaupt in der Lage gewesen, da ihr bei der Ablösung ihrer Hoheitsrechte durch das Reich Land in größerem Umfang in freies Eigentum übergeben wurde; aber einerseits hat die Gesellschaft selbst Plantagen in großem Umfang angelegt, andererseits liegt auch keinerlei Begehr nach ihrem hauptsächlich in Ostusambara gelegenen Besitz auf, dessen Verwertung gegenwärtig sowieso ziemlich aussichtslos wäre. Soweit sie aber anderwärts, z. B. an der Bahn nach Morogoro, über Land verfügt, ist zunächst noch soviel Kronland vorhanden, daß es ziemlich gleichgültig für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie ist, ob sie ihr Land verkauft oder nicht. An den in Ostafrika arbeitenden Gesellschaften ist im übrigen das Großkapital so gut wie gar nicht beteiligt; es war meist der kolonial begeisterte Mittelstand, der hier sein Geld angelegt und leider zum Teil auch verloren hat. Ein

paar allzu rofige Prospekte — und welche Gesellschaft sieht bei ihrer Gründung nicht rofig! — dürfte so ziemlich alles sein, was man den Gesellschaften auf das Schuldkonto schreiben kann.

Andrerseits waren es aber die Gesellschaften, die allein die ganzen Kosten für die wahrhaftig nicht billigen Versuche getragen haben, die schließlich dazu geführt haben, in unsrer Kolonie rentable Kulturen zu finden; und die Gesellschaften waren es, die zuerst Leute in die Kolonie herausgebracht haben, die sich dann später selbständig gemacht und so jenen Typus von kleinern Unternehmern geschaffen haben, der meines Erachtens in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes eine große Rolle zu spielen berufen ist. Ich habe schon bei der Frage der Kautschukkultur darauf hingewiesen, daß es fraglich ist, ob der Großpflanzungsbetrieb in diesem Produkt rentabel sein wird; beim Kleinbetrieb liegen die Dinge wesentlich anders. Wer bloß 40—50 000 Bäume hat, wird unter Umständen die Säure zum Koagulieren aus der Umgebung beschaffen können, er wird aber vor allem leichter in der Lage sein, sich eine kleine Truppe guter Zapfer möglichst aus der Umgebung seines Wohnsitzes zu beschaffen, er wird die Leute in der Trockenzeit, wo die Bäume das Laub abwerfen und man am besten $1\frac{1}{2}$ —2 Monate mit dem Zapfen aussetzt, leicht anderweitig beschäftigen oder nach Hause schicken können, ohne Gefahr zu laufen, daß sie nicht wiederkehren; er wird vor allem in Zeiten gänzlich unrentabler Kautschukpreise vorübergehend mit dem Zapfen ganz aussetzen und sich mit andern Produkten durchbringen, während bei einer großen Gesellschaft die Regiekosten fortlaufen. Es gibt aber auch noch andre Kulturen, die im Kleinbetriebe lohnen. Es dürfte für die, die von den Eingeborenenkulturen alles Heil erwarten,

eine Überraschung sein, daß die gewöhnlich von Eingeborenen gebauten Früchte mit gutem materiellen Erfolg von weißen Unternehmern gebaut werden, z. B. Mais. Die Aufbewahrungsmethoden der Eingeborenen sind sehr primitiv, und es fehlt ihnen auch an Voraussicht und Einteilung bezüglich der von ihnen gemachten Ernte. Es ist nun durchaus nicht schwer, Einrichtungen zu treffen, um Getreide auch in den Tropen längere Zeit aufzubewahren. Ich habe auf einer Plantage eine Scheune mit gedieltem Fußboden, aber ohne irgendeine jener komplizierten Vorrichtungen, die etwa ein moderner Silo aufweist, gesehen, in der es dem Besitzer gelungen war, Mais bis zu 7 Monaten in tadellosem Zustande aufzubewahren. Ist man einmal so weit, dann findet sich auch die günstige Zeit, um den Mais zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Vielleicht bildet sich später auch dies Verhältnis heraus, daß der Weiße den Mais, wenn er billig ist, von den Eingeborenen aufkauft und für die Zeiten des Mangels aufhebt, unter ihm günstig erscheinenden Umständen aber auch selbst anbaut; bleiben die Preise niedrig, so schließt sich der Export nach Europa so wenig an wie in Südafrika, wo man damit schon vor einiger Zeit begonnen hat. Hat der Pflanzler gar die Möglichkeit künstlicher Bewässerung, so vereinfacht sich die Sache noch mehr: er baut den Mais so an, daß er gegen Ende der großen Trockenzeit reif wird, wo die Preise erfahrungsgemäß immer am höchsten sind. Bei künstlicher Bewässerung ist sicherlich auch der Reisbau rentabel; die ersten Anfänge sind damit am Pangani schon gemacht worden. Ich zweifle auch nicht daran, daß sich die Zahl der vom Weißen mit Nutzen anzubauenden Eingeborenenprodukte noch erheblich erweitern wird; so ist nicht einzusehen, weshalb der Maniok

nicht zur Erzeugung von Tapioka Verwendung finden sollte, von der immerhin für einige Millionen nach Deutschland eingeführt werden; und sicherlich läßt er sich ebenso wie in Frankreich in der Spiritusfabrikation und wahrscheinlich auch als Futtermittel verwerten. Vielleicht, daß hierfür die Verwendung von Maschinen in Frage kommt, die einen Großpflanzungsbetrieb erfordert; vielleicht wird es sich indes als rationeller erweisen, die Fabrikation von der Erzeugung getrennt zu halten und das Produkt von Pflanzern erzeugen und an die Fabrik anliefern zu lassen. Das ist übrigens Zukunftsmusik; ganz unabhängig von der Frage der Maniokverwertung steht heute schon fest, daß eine Anzahl von sogen. Eingeborenenkulturen auch von Weißen mit Nutzen betrieben werden können. Der Absatz findet sich unter den Arbeitern der großen Plantagen, und ein Teil der dort bezahlten Löhne kommt also wieder weißen Unternehmern zugute.

Wenn wir in dieser Beziehung erst in den ersten Anfängen stecken, so liegt das im wesentlichen daran, daß jeder Mensch natürlich zuerst den nächstliegenden und am meisten Gewinn versprechenden Erwerbsmöglichkeiten nachgeht. Nun hat sich in den Nordbezirken aus früheren Plantagenassistenten und Leuten, die in andern Stellungen, oder überhaupt auf gut Glück ins Land gekommen waren, ein Unternehmerstand gebildet, der allerlei Arbeiten übernahm, um sich zunächst etwas Kapital zu schaffen: Arbeiten fürs Gouvernement, Wegebauten, Transportunternehmungen, Roden und Anlegen ganzer Pflanzungen. In der Zeit des großen Aufschwungs in Sisal und Kautschuk ist von solchen Unternehmern zum Teil erheblich dadurch verdient worden, daß sie eben angelegte Pflanzungen an neugegründete Gesellschaften verkauften, die gleich mit

einer bereits angelegten Pflanzung anfangen wollten. Es ist kein allzu großes Unglück, daß diese Zeit des „Booms“ bald vorüberging; die Gefahr lag allzu nahe, daß sich gerade unsere wertvollsten Kräfte in einer spekulativen Tätigkeit verlieren, die weder ihnen selbst noch der Kolonie zum Nutzen gereichen konnte. Auf manchen Gebieten der Erschließung einer Kolonie, wie z. B. dem Bergbau, mag die Spekulation ein unvermeidliches Übel sein; aber beim Plantagenbau wird der notwendige Rückschlag spekulativer Übertreibung immer mehr schaden, als der Aufschwung je nützen konnte. Was aber das schlimmste ist: die Spekulation entfremdet die Menschen der soliden Arbeit, die doch allein das Land vorwärtsbringen kann. Gerade in Zeiten schwierigeren Geldverdienstes werden aber die Möglichkeiten des Landes so recht nach allen Seiten durchforscht.

Es steht nun außer Zweifel, daß eine ganze Reihe von Leuten, die völlig unbemittelt oder mit nicht nennenswerten Mitteln in das Land kamen, sich als Pflanzler zu recht erheblichem Wohlstand emporgearbeitet haben. Voraussetzung war wohl in allen Fällen, daß der Betreffende zunächst in irgendeiner festen Stellung Gelegenheit hatte, sich mit dem Lande, dem Kiswaheli und der Eingeborenenbehandlung vertraut zu machen. Durch das Übergangsstadium des Unternehmers hindurch kamen sie dann zu eigenen Pflanzungen, indem sie in diesen ihre Ersparnisse anlegten, und es ist ja natürlich nicht gesagt, daß sie auch als selbständige Pflanzler nicht irgendeinen guten Verdienst mitnehmen, der sich ihnen anderweitig bietet. Wenn nun, wie ich glaube, eine Reihe von Kulturen nur für den Pflanzler lohnend sind, der selbst auf seiner Pflanzung sitzt, sie beaufsichtigt und mitarbeitet, während der Ge-

winn nicht ausreichend ist, um die Regie einer Gesellschaft, deren Direktion in Europa sitzt, zu tragen — so gut, wie ja auch bei uns zu Hause jemand als Grundbesitzer sein sehr gutes Auskommen haben kann, ohne daß es jemanden einfallen wird, ein Rittergut als Aktiengesellschaft zu „gründen“ — dann ist diese Art mittlerer Pflanze ein Pionierelement in unsrer Kolonie, das durch gar nichts zu ersetzen ist und unsre ganze Wirtschaftspolitik müßte darauf gerichtet sein, es in möglichst großer Zahl ins Land zu ziehen. Darum wäre es aber auch sehr bedauerlich, wenn die Zahl der Kulturen, die sich im Plantagengroßbetrieb gewinnbringend treiben lassen, sich etwa auf Sisal und Baumwolle beschränken sollte, weil dadurch eine der wichtigsten Funktionen der Gesellschaften im Wirtschaftsleben der Kolonie — möglichst viel Leute ins Land zu ziehen, von denen ein Teil später als Pflanze selbständig wird — stark eingeschränkt werden würde. Einen gewissen Ersatz könnte es bieten, wenn sich — worauf mir manches hinzudeuten scheint — im Plantagegebiet eine Tendenz auf eine möglichst intensive Gestaltung des Betriebs immer mehr zur Geltung brächte, womit natürlich eine Vermehrung des weißen Personals notwendig verbunden sein müßte.

Es sollten aber auch alle Unternehmungen der Regierung darauf zugeschnitten sein, möglichst viele selbständige Existenzen heranzuziehen, denen Gelegenheit geboten ist, sich die nötige Landeskenntnis anzueignen und sich Kapital zu ersparen, das dann im Lande selbst nutzbringend angelegt wird und das Land dadurch vorwärtsbringen hilft. Unter diesem Gesichtspunkt halte ich z. B. die Art und Weise, wie beim Bau der Zentralbahn nach Tabora verfahren wird, für sehr bedauerlich. Bei der Vergebung des Baus an die Firma Holzmann

Samassa, Befiedlung.

ist es zwar seitens der Regierung als wünschenswert bezeichnet worden, die Bauarbeiten möglichst an Deutsche zu vergeben. Tatsächlich war zur Zeit meiner Anwesenheit in der Kolonie die Leitung des ganzen Baus in der Hand eines griechischen Ingenieurs aus Konstantinopel. Verschiedene Griechen warteten bereits auf die Zuteilung von Baustrecken. Man rühmte ihnen nach, daß sie es besonders gut verstünden, mit den eingeborenen Arbeitern umzugehen; von sehr zuverlässiger Seite wurde mir aber versichert, daß dies vielfach auf Kosten des Ansehens der weißen Rasse geschehe und manche Griechen eben „Frère et cochon“ mit den Eingeborenen verkehrten. Für die Stellung, die der Weiße ihm gegenüber einnimmt, hat ja der Schwarze ein feines Gefühl; und es hat wohl seine guten Gründe, wenn die Eingeborenen die Griechen nicht ohne weiteres den Weißen zuzählen und sie keineswegs den Deutschen und Engländern gleichstellen, sondern sie gemeinhin als „Wafschenzi Uleya“, d. h. „Wilde von Europa“ bezeichnen. Ich gebe zu, daß es vielleicht bei der großen Beschleunigung, mit der die Zentralbahn gebaut wird, nicht möglich ist, die nötige Zahl deutscher Unternehmer heranzuziehen, und ich will nichts gegen die Gründe sagen, die für einen raschen Ausbau der Bahn sprechen und die ja zum Teil auch wirtschaftlicher Natur sind, weil sich auf diese Art die Bauausführung billiger stellt; zu bedauern bleibt es aber unter allen Umständen, daß von dem vom Reichstag bewilligten Gelde nicht ein größtmöglicher Prozentsatz Deutschen zugute kommt, die dieses Geld wieder im Lande anlegen. Wenn dies auch zum Teil seitens der Griechen und anderer Nationalitäten, die beim Bau beschäftigt sind, geschieht, so ist dies kaum ein Trost, denn diese Leute werden stets ein sehr zweifelhafter Gewinn für die Kolonie bleiben.

Man wird mir nun einwenden, daß ich die Qualität der deutschen Unternehmer ganz einseitig in rosenfarbenem Lichte gemalt hätte; gerade unter diesen Leuten fänden sich aber auch sehr zweifelhafte Elemente, die von ihren Einnahmen kaum etwas auf die Seite legen, sondern das verdiente Geld wieder durch die Gurgel jagen, oder auch, falls sie etwas davon ersparen, damit auf Nimmerwiedersehen aus der Kolonie verschwinden. Es liegt mir ganz fern, dies zu bestreiten; man wird natürlich hier nur auf einen bestimmten, vielleicht nicht allzu großen Prozentsatz rechnen können, der in der oben geschilderten Weise der Kolonie wirklich Nutzen bringt. Nachdem nun aber doch feststeht, daß derartige Leute, die als Unternehmer angefangen haben, späterhin tüchtige Pflanze geworden sind und dem Lande zum Nutzen gereichen, so müßte man, wenn es auch nur einer von zehnen wäre, doch suchen, diesen einen zu bekommen, notabene, wenn es mit keinerlei weiteren Opfern für die Regierung oder andre von der Regierung abhängige Unternehmungen verknüpft ist, was in diesem Falle doch sicherlich zutrifft.

Es ist natürlich nicht gerade leicht, eine ganze soziale Schicht in ihrem Wesen zu charakterisieren, da man schließlich doch nur mit einzelnen Vertretern in nähere Berührung gekommen ist und ein gewisser Reichtum an Individualitäten gerade mit ein Charakteristikum dieser Menschengruppe bildet. Indes haben wir es ja, wenn wir vom sozialen Aufbau der weißen Bevölkerung des Schutzgebietes sprechen, doch gewissermaßen mit Miniaturverhältnissen zu tun; die Zahl der Angehörigen einer bestimmten Berufsklasse ist so gering, daß man auch bei kürzerem Aufenthalt mit einem großen Teil davon zusammentrifft und die freieren Umgangsformen der Kolonie, wo es nicht weitläufiger

2*

Einführung und Vorstellung bedarf, um die Bekanntschaft eines Menschen zu machen, erleichtern die Sache zweifellos auch. Nun herrscht gerade gegenüber den Pflanzern vielfach ein Vorurteil, das aus verschiedenen Quellen stammt. Zunächst ist man es ja bei uns zu Hause vielfach noch gewohnt, jeden Menschen, der in die Kolonien geht, als eine Art gescheiterte Existenz zu betrachten, die ihre guten Gründe habe, den heimischen Staub von den Schuhen zu schütteln. Allmählich hat sich ja darin ein Wandel zum Besseren vollzogen. Immerhin kann sich der Philister in die Gemütsverfassung des jungen Mannes, der freiwillig das schließlich doch mancherlei Gefahren bietende Klima der Tropen und Lebensbedingungen, in denen er sehr vieles entbehren muß, auffucht, nicht recht hineindenken; und im Vergleich zu ihm ist ja der Kolonialmensch sicherlich immer ein Stück Abenteurer. Nun kommen aber auch zweifellos Existenzen wirklich abenteuerlicher Art nach den Kolonien; es hat ja sehr schmerzlicher Erfahrungen bedurft, bis wir soweit kamen, sie wenigstens unserm kolonialen Beamtenkörper und der Schutztruppe fernzuhalten. Aber man muß hier doch Leute zweierlei Art unterscheiden: einerseits die Menschen, die an Willensdefekt leiden und daher in irgendeinem Beruf, als Offiziere oder sonstwie, in der Heimat gescheitert sind. Unter Leuten dieser Art halten nun aber gerade die tropischen kolonialen Verhältnisse unerbittliche Musterung. Wer da nicht Herr seines Willens ist, wird der Versuchung von Alkohol und Weibern gar bald erliegen, und das Klima tut dann fein übriges. Andererseits gibt es aber auch Menschen, die in den engen Verhältnissen der Heimat überhaupt keinen befriedigenden Wirkungskreis finden und da nicht „guttun“ können, hingegen in den Kolonien ganz an

ihrem Platze find, der beste Typ von Kolonialpionieren. Und dann mag es wohl auch vorkommen, daß gerade ein solcher Mensch jahrelang in der Kolonie oder anderwärts in der Welt vergeblich um Erfolg gerungen hat, der ihm ohne seine Schuld versagt blieb, bis ihn endlich ein glücklicher Zufall doch an die richtige Stelle und in die Höhe bringt. Ich könnte auch solche Beispiele aus Deutsch-Ostafrika anführen; das sieht dann bei oberflächlicher Betrachtung aus, als sei der Betreffende als verlorene Existenz an der Küste unsrer Kolonie gestrandet; aber wer ihm dies zum Vorwurf macht, der kennt eben nicht die Wechselfälle des kolonialen Lebens. Man bildet da sein Urteil über die Menschen besser nach dem, was sie leisten, als nach ihrem polizeilich erhobenen Lebenslauf.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich auch gegen eine falsche Beurteilung der Pflanzer wenden, die ich häufig äußern gehört habe, und die darin ihren Ursprung hat, daß man sie einseitig nach einem Zustande beurteilt, in dem sie sich nicht gerade vorteilhaft präsentieren, der für sie aber doch immerhin einen Ausnahmezustand bedeutet. Leute, die sich kurze Zeit in Tanga aufgehalten haben und dort Pflanzer aus dem Hinterlande bei gemeinsamem Gelage gesehen haben, wie sie etwas starken Gebrauch von ihrer Stimme und nicht zu bescheidenen vom Alkohol machten, sind leicht mit ihrem abfälligen Urteil fertig. Ich bin der letzte, der den Mißbrauch des Alkohols verteidigen wollte; es soll damit besser geworden sein im Laufe der Jahre, es wird aber zweifellos immer noch mehr in dieser Beziehung gesündigt, als in jedem Betracht gut und nützlich ist; denn gewiß rächen sich alkoholische Exzesse nirgends so schwer, wie in den Tropen. Aber das Bild, das die Menschen hier in ihrem Fest- und Ausnahmezustand

bieten, ist einseitig und schief. Man muß die Leute draußen auf ihren Pflanzungen sehen und sich dort ein Bild davon machen, wie sie arbeiten und was sie alles zu entbehren haben; und dann wird man nachsichtiger darüber urteilen, wenn ein Mensch, der in einer Lehmhütte wohnt, der tage-, vielleicht wochenlang jedes Verkehrs mit seinesgleichen beraubt ist, über die Stränge schlägt, wenn er einmal in das anspruchslose Zentrum des Verkehrs kommt und mit Freunden seine Feste nicht immer allzu geschmackvoll nach dem Empfinden feiner gebildeter Menschen feiert. Die derbe Kraft macht sich in derber Weise Luft, die Worte sind nicht immer sehr gewählt. Ein Stück der Urwüchsigkeit des heimischen Agrariertums weht uns an, vermählt mit jenem Typus des „wilden Westens“, der internationalen Charakter hat und sich in allen Kolonialländern findet. Aber auch hier liegt der Schimmer jener Gutherzigkeit und Kameradschaftlichkeit über den Gestalten, wie sie Bret Harte uns so hübsch aus den Anfängen des amerikanischen Westens geschildert hat. Man sagt diesen Pflanzern nach, daß sie schwer zu regieren seien; sicherlich nicht für den, der sie richtig zu nehmen weiß.

Die Gebirgsländer Ost- und Westusambara erfordern eine gesonderte Betrachtung. Ostusambara ist vollkommen aufgeteilt; soweit der Urwald dort nicht Kaffeeplantagen hat weichen müssen, befindet er sich im Besitz von Plantagen-gesellschaften und vor allem der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft. Für die wertvollen Hölzer des Waldes hofft man mit der Zeit eine geeignete Verwendung zu finden, bez. durch die Schaffung von Zugängen die forstwirtschaftliche Verwertung des Waldes zu ermöglichen. Was an die Stelle der Kaffee-pflanzungen treten soll, ist heute noch nicht zu übersehen.

Pflanzungen, die sich im Besitz sehr kapitalkräftiger Eigentümer, wie z. B. der Erben des Prinzen Albrecht, befinden, werden wohl unter allen Umständen als solche erhalten bleiben; bei andern wäre es möglich, wenn Viehhaltung die Düngung der Kaffeepflanzung erlaubte. Aber die steilen Berghänge lassen die Schaffung von Viehweiden nur in sehr beschränktem Umfange zu, und leider wurde auch in der letzten Trockenzeit, die ausnehmend heiß war und lange dauerte, ganz Ostusambara mit Tsetse verseucht. Eine Ersatzkultur für Kaffee ist dort bis heute noch nicht gefunden; aber ich zweifle nicht daran, daß dies doch noch der Fall sein wird; dann wird es sich fragen, ob es eine Kultur ist, die sich für Groß- oder mittleren Betrieb eignet. Ist letzteres der Fall, dann würden die Gesellschaften wohl dazu kommen, ihren Besitz in kleinere Parzellen zu teilen und diese an selbständige Farmer zu verpachten oder zu verkaufen. In Britisch-Zentralafrika, wo der Kaffeebau sich auch als unrentabel erwiesen hat, hat man mit gutem Erfolg Tabak angebaut und die Gesellschaften, die Besitzer der Kaffeepflanzungen waren, sind in dieser Weise vorgegangen. Es steht heute dahin, ob Ostusambara eine ähnliche Entwicklung bevorsteht; unmöglich ist es jedenfalls nicht.

In Westusambara stehen die Dinge wesentlich anders. Westusambara ist sehr viel ausgedehnter als Ostusambara, die Besiedlung mit Eingeborenen ist dichter, der Urwald tritt im Verhältnis mehr zurück. Auch hier gibt es eine Reihe von größeren Kaffeepflanzungen, die im allgemeinen das Schicksal derer in Ostusambara teilen; aber sie nehmen nur einen Teil des für Pflanzungen in Betracht kommenden Landes in Anspruch. Hier ist denn auch zuerst ein Besiedlungsversuch gemacht worden. Über-

mäßig viel Land stand dafür nicht zur Verfügung; das Gebirge ist sehr steil und bietet verhältnismäßig wenige Täler und Talkeffel, die insbesondere für die Bearbeitung mit dem Pfluge in Betracht kämen. Hier wurden nun eine Anzahl von Ansiedlern angesetzt, denen die Regierung zunächst großes Wohlwollen entgegenbrachte; hier sollte denn auch, wenn auch in ganz kleinem Umfange, die Frage gelöst werden, ob eine bäuerliche Bevölkerung dauernd in Ostafrika bestehen könne. Aber die Voraussetzungen für eine bündige Beantwortung dieser Frage sind meines Erachtens hier nicht gegeben. Man spricht gewöhnlich von Kleinsiedlung in Westusambara; aber dies ist nur *cum grano salis*, im Verhältnis zu den großen Gesellschaftsplantagen, zu verstehen. Die Ansiedlungen, die ich gesehen habe, hatten durchwegs eine Größe von mehr als hundert, einige von mehreren hundert Hektaren. Der Anteil von pflugbarem Land daran wechselt ja sehr stark. Nehmen wir aber an, es erweise sich als möglich, die Hänge zweckmäßig zu verwerten, so ergibt sich doch ein Wirtschaftsbetrieb, der keinesfalls als Kleinsiedlung im Sinne einer kleinbäuerlichen, ja auch nur bäuerlichen Siedlung schlechthin angesprochen werden kann. Lediglich der Umstand, daß der größte Teil dieser Ansiedler ohne nennenswerte Mittel angefangen hat, kann natürlich nicht die Bezeichnung Kleinsiedlung rechtfertigen, man könnte höchstens von akapitalistischen Unternehmungen sprechen. Weil nun aber jeder dieser Leute einem Wirtschaftsbetrieb zustrebt, der über den Rahmen einer Kleinsiedlung weit hinausgeht, bedarf es mehrerer Jahre, ehe man sich ein Urteil darüber bilden kann, ob die Leute Erfolg haben werden oder nicht. Hierbei können natürlich Mißerfolge eintreten, die mit der Wirtschaftsform an sich nichts zu tun haben; so z. B. wenn, wie ich es

in einem Falle gesehen habe, ein solcher Ansiedler einen steilen der Sonne stark ausgesetzten Hang mit Kaffee, ohne irgendwelche Schattenbäume dazwischen, bepflanzt und sich nun schon im zweiten Jahre herausstellt, daß der Kaffee unter diesen Verhältnissen nicht gedeihen wird. Die Frage, ob der Ansiedler bei Bebauung eines kleinen Stückes Land in einer gewissen Naturalwirtschaft leben und durch Verkauf von Gemüse und Schweinen noch etwas Geld nebenbei verdienen könnte, ließe sich wohl schon nach zwei Jahren erschöpfend beantworten; aber selbst der ärmste Teufel kommt nicht deshalb nach Afrika, um eine derartige Existenz zu führen; und wenn er selbst mit derartiger Bescheidenheit herauskäme, so wird sein Ehrgeiz dort doch bald wachsen. Dann fragt es sich, ob er mit den bescheidenen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, das höhere Ziel, das er sich gesteckt hat, erreichen kann. Selbst bei primitivster Aufbereitung der Kaffeeernte bedarf es dafür doch einiger maschineller Einrichtungen; und wenn sich, wie die Erfahrung in Ostafrika allgemein zu lehren scheint, der Kaffeebau nur rentiert, wenn man in der Lage ist, zu düngen, so sind natürlich auch erhebliche Aufwendungen nötig, um zu einer Herde zu gelangen, die genügend Dünger liefert. Daß der Mangel an Kapital hierbei dem Vorwärtskommen sehr hinderlich ist, leuchtet ein.

Inwieweit den jetzt in Westusambara ansässigen Ansiedlern Erfolg beschieden sein wird, läßt sich unter diesen Umständen natürlich nicht voraussagen; nur der kleinste Teil von ihnen ist schon zu Hause landwirtschaftlich tätig gewesen. Trotzdem habe ich den Eindruck gewonnen, daß die nüchternen und fleißigen unter ihnen es zu etwas bringen werden. Gelegentlich habe ich auch ungünstige Urteile über die Ansiedler in Westusambara

mit der Begründung gehört, daß sie nicht in der Weise, wie man das erwartet hätte, das Tiefland mit Kartoffeln, Gemüse usw. versorgten. Wenn nun gerade zu jener Zeit in den Nordbezirken Mangel an Kartoffeln herrschte, so lag das an der langen Dürre, die man überall auch in Westusambara hinter sich hatte; die Versorgung mit Gemüse leidet zum Teil an den elenden Verkehrsverhältnissen, die oft jeden Transport nach Mombo aus Mangel an Trägern unmöglich machen. Wenn aber im übrigen die Ansiedler auf den zu wenig rentablen Handel mit Gemüse verzichten würden, so wäre das nur ein Beweis dafür, daß sie andre Einnahmequellen gefunden haben, die besser zahlen, oder daß sie in Hoffnung späterer größerer Einnahmen auf diesen Gewinn verzichten und sich ganz darauf verlegen, ihre Kraft auf Kulturen zu verwenden, von denen sie sich für später größere Einnahmen versprechen. Wobei ja immer nicht ausgeschlossen bleibt, daß einzelne untüchtige Ansiedler weder Gemüse noch sonst etwas bauen; wenn man aber voraussetzt, wozu man allen Grund hat, daß die Mehrzahl doch fleißig und darauf bedacht ist, vorwärtszukommen, so wird man unschwer die hier gegebene plausiblere Erklärung finden.

Ich glaube gezeigt zu haben, daß bei den Ansiedlern in Westusambara von Kleinsiedlern nicht die Rede sein kann; sie sind nur zum Teil ohne Kapital, während zu einer zweckmäßigen Erschließung ihres Besitztums eine ganz erhebliche Summe nötig wäre. So kämpfen sie sich eben unter einem sehr entbehrungsreichen Leben zu der erstrebenswerten Wirtschaftsform durch; wenn sie von Hause aus anspruchslos sind und zunächst so leben, wie etwa ein kleiner Bauer bei uns, so wird ihnen das dabei sehr zugute kommen. Sind sie es

nicht, so verlassen sie eben den Besitz und suchen sich wo anders in der Kolonie ein Fortkommen oder gehen, falls sie die Eignung für afrikanische Verhältnisse überhaupt nicht besitzen, aus dem Land; für oder gegen die Möglichkeit einer rentablen Bewirtschaftung des von ihnen innegehabten Besitzes ist aber damit nicht das geringste bewiesen; wie man sich denn überhaupt hüten sollte, unter Verhältnissen, wo so viel auf die Persönlichkeit ankommt, irgendeinen Mißerfolg zu verallgemeinern.

Für die Höhe des Kapitals, das auf einem Ansiedlergut in Westusambara investiert werden kann und zur vollen Ausnutzung seiner Ertragsfähigkeit auch investiert werden sollte, will ich zwei Beispiele geben. In der Nähe von Wilhelmstal kaufte ein fränkischer Bauernsohn die frühere katholische Missionsstation Irente im Umfange von etwas über 500 ha für den Preis von 50 000 M. Der hohe Preis gab zu mancher Kritik Anlaß, die ich sehr berechtigt finde, sofern sie sich dagegen richtet, daß Missionsgesellschaften mit dem ihnen vom Staat zu einem gemeinnützigen Zweck geschenkten Land Geschäfte machen; der Staat sollte für die Zukunft dafür Sorge tragen, daß verlassene Missionsstationen eo ipso wieder an den Staat zurückfallen. Wenn man aber der Meinung Ausdruck gab, daß der Käufer bei so hohem Ankaufspreis auf seinem Gut nicht würde bestehen können, so vertraue ich der Urteilsfähigkeit dieses in der Landwirtschaft groß gewordenen Mannes mehr. Irente gilt in bezug auf das vorhandene Kulturland für einen der besten Plätze in ganz Westusambara. Der neue Besitzer beschränkt sich vorläufig vorwiegend auf Ackerbau und findet für Bohnen, Mais, Kartoffeln, Gemüse usw. in Wilhelmstal und in dem am Fuße des steilen Abfalls der Usambaraberge gelegenen Masinde, wo der Bau der Bahn

nach Mkumbara viel Verkehr schafft, guten Absatz. Natürlich will er seine Wirtschaft ausdehnen, aber der Eifer des Kolonialpioniers hat in ihm die Bedächtigkeit des Bauern noch nicht untergekiegt, und so geht er ruhig und mit entsprechender Vorsicht vor. Demnächst will er seine Viehzucht vergrößern und mit europäischen Bullen die Rasse verbessern; er wird sich schließlich wohl auch darüber entscheiden, ob eine Ausdehnung der von der Mission übernommenen Kaffeepflanzung vorteilhaft erscheint oder vielleicht Gerberakazien besseren Ertrag versprechen. In jedem Fall wird bei rationeller Wirtschaft im Laufe der Jahre eine Summe von mindestens 50 000 M. in die Wirtschaft gesteckt werden müssen, wenn der vorhandene Boden voll ausgenutzt werden soll; und eine solche Investition würde ja nur im richtigen Verhältnis zu dem bezahlten Bodenpreis stehen.

Ein andres Beispiel ist die Domäne Kwai. Sie wurde seinerzeit vom Gouvernement angelegt und teilte das Schicksal aller wirtschaftlichen Unternehmungen der Regierung unsrer Kolonie, außerordentlich kostspielig und wenig nutzbringend zu sein. Seit einigen Jahren ist die Domäne verpachtet. Der jetzige Pächter treibt da mit gutem Erfolg Viehzucht und besitzt eine Rindviehherde von etwa 200 Stück, von denen ein großer Teil bereits aus der Kreuzung von Eingeborenenkühen mit europäischen Bullen stammt; außerdem etwa 60 Schweine, die allerdings zum Teil mit hinzugekauftem Futter ernährt werden, was aber bei intensiver Ausnutzung des Besitzes in Zukunft sicherlich fortfallen wird. Zur Verwertung des Schweinebestandes dient eine Metzgerei, in der Würste, Rauchfleisch usw. hergestellt werden, die im Tiefland guten Absatz finden. Wenn man nun die vom Staat gemachten nötigen und brauchbaren

Investitionen mit dem zusammenrechnet, was der jetzige Pächter in den Besitz hineingesteckt hat, so wird man wohl der Summe von 100 000 M. sehr nahe kommen. Dabei ist der Pächter naheliegenderweise mit Investitionen sehr zurückhaltend, solange das künftige Schicksal der Domäne noch unklar ist und er mit der Möglichkeit rechnet, sie nach Ablauf seines Pachtvertrags wieder verlassen zu müssen. Jemand, der sie als Besitz erwirbt, wird noch zu einer Reihe weiterer Aufwendungen gezwungen sein, und zu 150 000 M., die dann in den Besitz hineingesteckt sind, wird nicht viel fehlen. Der Umfang von Kwai ist mir nicht gegenwärtig; wenn ich nicht irre, handelt es sich aber gleichfalls nicht um mehr als etwa 500 ha.

Natürlich ist nun mancher Ansiedlerplatz kleiner oder nicht in gleichem Maße ausnützungsfähig; man gewinnt aber doch aus den hier gegebenen Beispielen einen Anhaltspunkt zur Beurteilung der hier in Frage kommenden Wirtschaften. Eine Teilung der Plätze wäre weder wirtschaftlich noch auch in vielen Fällen mit Rücksicht auf Wasserverhältnisse, wechselseitige Ergänzung von Viehwirtschaft und Pflanzung praktisch durchführbar. So steht zweifellos heute schon fest, daß auch hier weder dem Klein-, noch dem von Gesellschaften betriebenen Großbetrieb, sondern dem mittleren Betrieb, wie er etwa bei uns einem Rittergut entspricht, die Zukunft gehört.

Nun noch ein paar Worte über die Rentabilität dieser Art von Betrieben. Man kann gewiß sagen, daß sie noch in keinem Falle erwiesen ist, schon gar, wenn man, was doch dazu gehört, eine angemessene Verzinsung der investierten Summen, wie sie oben genannt worden sind, auch verlangt. Außerdem könne von dem Abätze nach dem Tiefland eine Wursterei in Ufambara leben, aber nicht zwei, und es wäre also für die

Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebs auch dann noch nichts bewiesen, wenn wirklich ein solches Unternehmen auf einem Gute Gewinn abwürfe. Nun muß man zweierlei unterscheiden: die für den Weltmarkt und die für das Tiefland bestimmte Produktion des Gebietes. Erstere könnte in Kaffee, Gerbrinde, Tabak, Kampfer, Chinin oder irgendwelchen andern, noch zu findenden Produkten bestehen. Daß Kaffee, wenn gleichzeitige Viehhaltung Düngung gestattet, mit Nutzen gebaut werden kann, ist sehr wahrscheinlich; natürlich kann es sich aber da nur um kleinere Pflanzungen handeln, da sonst der Dünger nicht reichen würde. Von Wichtigkeit wäre es auch, wenn der Kaffee in Ostafrika selbst einen ausreichenden lokalen Markt fände, da an die Produktion großer Mengen nicht zu denken ist und das geringe Quantum, das auf den Weltmarkt gebracht werden kann, die Preisbildung nachteilig beeinflusst. Die Rentabilität der Gerberakazie wird im wesentlichen von der Schaffung guter Verkehrswege abhängen; die ostafrikanische Rinde ist um etwa 10 v. H. tanninhaltiger als die Natals — eine Erfahrung, die man übrigens auch in Britischostafrika gemacht hat. Daß sie also die Seefracht mindestens ebenso gut tragen kann, wie von Natal aus, kann wohl keinem Zweifel unterliegen; ebenso hat die Rinde in Natal einen Weg mit der Eisenbahn zurückzulegen, der meist erheblich länger sein dürfte als die Strecke Mombotanga; es fragt sich also nur, ob der Transport nach Mombotanga den Nutzen nicht aufzehrt, was, wenn die Regierung sich ihrer Aufgabe, Verkehrswege zu schaffen, einigermaßen bewußt ist, doch wohl ausgeschlossen sein dürfte. Über das Wegeelend wird übrigens noch in größerem Zusammenhange zu sprechen sein. Von den andern erwähnten Produkten

weiß man bis jetzt nur, daß sie in den Höhen von Westusambara gut gedeihen; inwieweit ihr Anbau auch lohnend ist, wird die Erfahrung erst lehren müssen. Natürlich ist es von sehr weittragender Bedeutung, ob sich derartige Kulturen finden, die einen Absatz auf dem Weltmarkt gestatten; unbedingt entscheidend für die Lebensfähigkeit von Ansiedlungen in den Usambarabergen halte ich eine günstige Lösung dieser Frage indes nicht.

Sollte es selbst möglich sein, in sehr weitgehendem Umfange Produkte für den Weltmarkt in Westusambara zu erzeugen, so wäre der Bezirk doch insofern von der Entwicklung des Tieflands abhängig, als er allein niemals so viel erzeugen könnte, um eine Bahn bis an den Fuß des Gebirges rentabel zu machen; diese Frage ist ja nun glücklicherweise bereits entschieden; die Bahn besteht und geht, dank der wirtschaftlichen Entwicklung des Tieflands, einer baldigen Rentabilität entgegen, die sicherlich zur Verzinsung des Anlagekapitals mehr als ausreichen wird. Abgesehen davon aber muß Westusambara von einer fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung des Tieflands auch für das eigne Gedeihen das meiste erhoffen. Kartoffel, europäisches Getreide, Gemüse werden desto besseren Absatz finden, je mehr die Plantagenkultur des Tieflands entwickelt ist und je mehr Weiße dort wohnen. Auch die Viehzucht muß ihren Markt dort suchen. Heute schon ergeben die Ausweise, daß in Tanga monatlich 70–80 Rinder geschlachtet werden; in ganz Tanganital sind es sicherlich 2–300. Dieses Vieh wird jetzt aus dem Innern zugetrieben; die geplante Seuchenverordnung beabsichtigt nun, den Viehtrieb parallel der Bahn überhaupt zu verbieten. Wenn sich nun die Viehzucht in Westusambara auf die Zucht

mit europäischen Rassen gekreuzten Viehs verlegt, so wird dieses schwerere Vieh sicherlich bessere Nachfrage finden und leicht abgesetzt werden können. Die Milch kann sterilisiert ebenfogut von Usambara nach Tanga geschickt werden, wie sie aus der Umgebung von Nairobi nach Mombasa geliefert wird. Vielleicht lassen sich auch Einrichtungen treffen, um frische Butter nach dem Tiefland senden zu können; auf jeden Fall wird Butterschmalz, das gegenwärtig unter dem irreführenden Namen von Butter in Büchsen aus Dänemark oder Indien eingeführt wird, diese Konkurrenz schlagen können. Mit der Zeit werden auch Milchkühe verbesserter Rasse nach den Plantagen des Tieflands verkauft werden können. Die Viehzucht verbietet sich ja dort im allgemeinen wegen des Vorhandenseins von Tsetse, obwohl es auch im Tanganital – und zwar unmittelbar am Fluß – völlig tsetsefreie Striche gibt. Aber sicherlich ist es bei gehörigen Vorsichtsmaßnahmen möglich, auch im Tiefland ein paar Milchkühe zu halten, man müßte eben für Ställe sorgen, Weiden schaffen, sie von Busch reinigen und einzäunen, Stallfütterung hinzufügen usw. Es würde für die Besserung der hygienischen Bedingungen, unter denen die Weißen auf den Plantagen leben, unendlich viel bedeuten, wenn sie in der Lage wären, sich mit frischer Milch zu versehen; ich bin überzeugt, daß die Milch auch als durststillendes Getränk in weitgehendem Maße den Alkohol verdrängen würde. Bisher kamen nun die Pflanzer kaum in Versuchung, für die Haltung von Milchvieh kostspielige Aufwendungen zu machen, weil die Sache mit dem vorhandenen Eingeborenenvieh doch nicht durchführbar wäre; da nämlich die Kühe nur Milch geben, wenn sie ein Kalb haben und auch dann nicht viel, so würde schon eine ganz große Herde dazu

gehören, um auch nur einen bescheidenen Milchbedarf zu befriedigen. Ganz anders steht es aber, wenn, wie dies z. B. in Kwai der Fall ist, eine Halbblutkuh bereits 10 Liter täglich, und zwar auch, wenn sie kein Kalb hat, liefert; da würden zwei Kühe schon genügen, um den Bedarf einer ganzen Familie zu befriedigen. Zur Zeit ist der Preis einer solchen Halbblutkuh außerordentlich hoch, da die Zucht ja nur an einer Stelle betrieben und die Kühe natürlich für die Weiterzucht nötig sind. Breitet sich aber erst einmal die Viehzucht in Usambara mehr aus, dann werden die Preise natürlich auch stark heruntergehen, ohne daß sie deshalb für den Züchter unrentabel zu werden brauchen. Sollte sich dadurch, daß die Viehhaltung im Tiefland zunimmt, der Milch- und Butterabsatz vermindern, so bleibt dem Viehzüchter in Usambara immer noch die Erzeugung von Schmalz und Käse, für die er Absatz nicht nur in Tanganital, sondern überhaupt in der Kolonie leicht findet.

Zu den wirtschaftlichen Fäden, die Usambara mit dem Tiefland der Umgebung verbinden, kommen aber auch noch andre, die wenigstens zum Teil ideeller Natur sind. Es gibt heute schon eine Anzahl Pflanzer — wenn ich hier und sonst im Plural spreche, so handelt es sich natürlich immer um recht geringe Zahlen, weil eben auch im ganzen sehr große noch nicht in Betracht kommen — die in den Bergen ihren Wohnsitz haben, daneben aber auch in der Ebene Pflanzungen besitzen, die sie gelegentlich besuchen und von ihrem Wohnsitz aus leiten. Der Gang der Entwicklung war hierbei wohl meist der, daß die Betreffenden ursprünglich mit Kaffee in den Bergen begannen und als sich der Mißerfolg hier einstellte, sich rentableren Kulturen in der Ebene zuwandten; mit Rück-

Samassa, Befiedlung.

3

sicht auf ihre eigene Gesundheit und die ihrer Familie behielten sie aber ihren ursprünglichen Wohnsitz bei. Natürlich handelt es sich dabei um größere Unternehmungen, denn im allgemeinen ist hier infolge der örtlichen Verhältnisse die Verwaltung vom Wohnsitz aus unmöglich, weil Pflanzung und Wohnsitz räumlich zu weit voneinander abliegen; es wird also wohl immer ein weißer Angestellter nötig sein, der diese überwacht. Was sich hier nun mehr oder weniger zufällig herausgebildet hat, kann auch mit guter Absicht so eingerichtet werden. Gerade die von den Usambarabergen ausgehenden Täler scheinen dort, wo es sich nicht wie im Süden um einen Steilabfall handelt, ausnehmend fruchtbar zu sein. Ich habe diesen Eindruck insbesondere vom Luengeratal gewonnen, das Ost- von Westusambara scheidet und das ich in größerer Ausdehnung kennen lernte. Das gleiche sagt man den Abhängen nach der Umbasteppe zu nach. Man kann sich nun sehr wohl denken, daß jemand, der etwa zehn Jahre lang am Rande des Gebirges eine Kautschukpflanzung betrieben und es dabei gut vorwärts gebracht hat, sich nun einen gesunden Platz im Gebirge aussucht, wo er auch beruhigt eine Frau hinbringen kann, und die Arbeit auf der Pflanzung einem Assistenten überläßt, den er durch Besuche von seinem neuen Wohnsitz aus beaufsichtigt. Wenn jemand mit genügendem Kapital in die Kolonie kommt, kann er dies auch von vornherein tun. Noch viel günstiger als Westusambara scheint mir für derartigen Betrieb die Gegend bei Morogoro zu sein, soweit ich nach einem allerdings nur kurzen Besuch urteilen kann; in der Richtung der von Morogoro nach Westen führenden Straße, an der schon 20 Kilometer weit alles Plantagenland belegt ist, ist der Abfall des Gebirges sehr viel steiler als etwa von

Ufambara aus nach dem Luengeratal, aber andererseits nicht so steil, wie an der Südseite Ufambaras. Es wäre hier durchaus möglich, eine Pflanzung anzulegen, die in ihrem höchsten Teil mit Gerberakazien bepflanzt wäre — die hier wegen der sehr viel günstigeren Verkehrsverhältnisse viel sicherer Aussicht auf Rentabilität böten als in Ufambara —, darunter mit Manihot und am Fuße des Gebirges in die Ebene hinein mit Baumwolle; dabei wäre es durchaus möglich, die Pflanzung einheitlich zu bewirtschaften, wenn auch der Besitzer an ihrem höchstgelegenen Punkte wohnt.

Auf diese Art würden auch Landstrecken von Westufambara ausgenützt, die zu einem selbständigen Wirtschaftsbetrieb nicht geeignet oder zu wenig umfangreich wären; auf diesem Wege würde dann auch eine dichtere Besiedlung des Gebirgslandes mit Weißen erzielt, als durch die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit allein erreichbar wäre. Damit wachsen aber auch für den dort lebenden Weißen die Annehmlichkeiten des Lebens. Auch dem in der Ebene Tätigen wird es erleichtert, vorübergehend in den Bergen Aufenthalt zu nehmen. Schließlich kann hier wohl ein Pensionopolis alter Afrikaner entstehen, die in gesundem Klima wohnen wollen, nach Europa aber keine Sehnsucht haben, weil sie den dortigen Verhältnissen zu sehr entfremdet sind; das ist ein in der Kolonie sehr häufig anzutreffender Typus. Das erscheint mir als eine ideelle Aufgabe mit durchaus praktischem Beigeschmack, die Ufambara, diese kleine Schweiz, die mitten in den betriebsamsten und wirtschaftlich zukunftsreichsten Teil unsrer Kolonie hineingesetzt ist, mit zu erfüllen hat.

In bezug auf die Erzeugnisse gibt es natürlich eine Abgrenzung zwischen Hoch- und Tiefland, nicht in bezug auf die

3*

Wirtschaftsweise. Der mittlere Betrieb wird hier wie dort den gleichen Charakter haben, in der Ebene wird der großkapitalistische Betrieb der Gesellschaften hinzutreten, der aus dem Hochland wahrscheinlich ganz verschwinden wird. Die innigen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen sind für beide von größtem Vorteil; wahrscheinlich sind die hier vorliegenden Verhältnisse für einen großen Teil unsrer ostafrikanischen Hochländer typisch, oder, besser gesagt, vorbildlich. Das wäre ein großer Vorzug gegenüber Britisch-Ostafrika, der den Nachteil reichlich wettmacht, daß wir so ausgedehnte, zur Besiedlung durch Weiße geeignete Gebiete zusammenhängend wie dort nicht besitzen.

III.

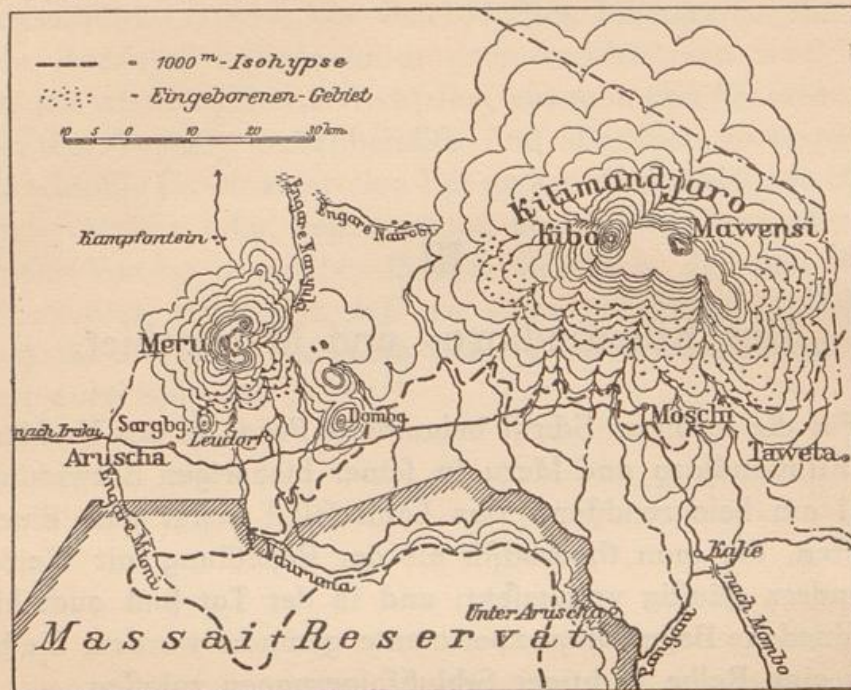
Das Kilimandjaro- und Merugebiet.

Für die in dieser Schrift behandelte Frage ist das Hochland um Kilimandjaro und Meru in seiner bisherigen Entwicklung wohl am belehrendsten. Das Land selbst besitzt jene Eigenschaften, die man theoretisch als der Besiedlung mit Weißen besonders günstig voraussetzt; und in der Tat sind auch hier verschiedene Besiedlungsexperimente gemacht worden, die bereits eine Reihe wichtiger Schlußfolgerungen zulassen.

Die Lage des in Betracht kommenden Gebiets mag die umstehende Karte erläutern, zu deren Verständnis hier noch ein paar Worte hinzugefügt werden sollen.*) Moschi, der Hauptort des Bezirks, liegt von Mombo, dem bisherigen Endpunkt der Usambarabahn 220 km entfernt; liegt nun zwar auch Moschi bereits auf dem Berge in 1160 m Meereshöhe, so kann man dies doch als Entfernung des ganzen Gebiets in runder Ziffer ansetzen. Von Moschi sind es dann noch weitere 80 km nach Aruscha, dem Hauptort am Meruberg an

*) Für die Anfertigung dieser Karte bin ich Herrn Prof. Uhlig und Herrn Kartographen Sprigade zu Dank verpflichtet.

deffen Südosthang. Beide Berge stellen Kegel vor, die aus der Steppe aufsteigen, die sich auch zwischen die Berge schiebt.



Wenn man als besiedlungsfähig nur das Land in Höhe von über 1000 m betrachtet, so handelt es sich in der Tat um ein nicht sehr umfangreiches Gebiet. Denn zunächst fällt schon am Kilimandjaro die ganze Nordseite aus, die im Regenschatten liegt, unbewohnt ist und wegen ihrer Wasserarmut für irgendwelche Kultur kaum in Betracht kommt; ob Viehzucht dort vielleicht doch möglich wäre, müßte erst noch festgestellt werden. Beim Meru liegen die Verhältnisse nicht ganz so ungünstig, da hier auch der Nordabhang etwas Wasser führt. Ferner wohnen sowohl am Kilimandjaro wie am Meru auf dem besten und regenreichsten Teil der Bergabhänge Eingeborene.

Es ist noch ein sehr glücklicher Umstand für die Besiedlung des Kilimandjaro durch Weiße, daß dieses Eingeborenenland nicht sehr tief herabreicht, im allgemeinen nicht unter die Höhe von 1200 m. Dies hängt zum Teil mit den Kämpfen zusammen, die die Bewohner des Berges, die Wadschagga, früher gegen die Massai auszufechten hatten, vor denen sie sich möglichst hoch auf den Berg zurückzogen; tiefe Verteidigungsgräben grenzen das Dschaggaland nach unten ab, während oben der Urwald die Grenze bildet, der zum Teil auch dem Bedürfnisse der Eingeborenen, ihre Felder zu erweitern, zum Opfer gefallen ist. Außerdem hat übrigens auch die Schwierigkeit der Bewässerung in der sogenannten Buschzone, wo die Flußbetten besonders tief eingeschnitten sind, die Wadschagga am tieferen Herabsteigen gehindert. So bleibt für die Besiedlung durch Weiße nur der Landstrich zwischen Eingeborenenland und Steppe. Einigen Pflanzern ist es zwar auch gelungen, im Dschaggaland selbst Grund zu erwerben; doch ist kaum anzunehmen, daß das Gouvernement mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Eingeborenen hier noch Land abgeben, oder zu Kaufverträgen mit Eingeborenen seine Zustimmung geben wird. Am Kilimandjaro fällt der Berg in dem in Frage kommenden Gebiet in sanften Hängen ab, die nur zum Teil durch Vorberge unterbrochen sind. Charakteristisch ist der Verlauf der teilweise sehr wasserreichen Flüsse in tiefen Schluchten, was die Ausnützung des Wassers einigermaßen erschwert und auch dem Wegebau erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Am Meru liegen die Verhältnisse etwas günstiger; hier finden sich auch kleinere, von Flüssen durchzogene Plateaus, die schon den Charakter der Steppe aufweisen, aber landwirtschaftlich zweifellos viel besser genutzt werden können.

Aus diesen Tatsachen der landschaftlichen Gestaltung des Gebiets ergeben sich die Möglichkeiten seiner wirtschaftlichen Nutzbarmachung. Es sind Höhenkulturen möglich und mit Kaffee auch bereits in ziemlich ausgedehnter Weise versucht worden. Daneben gedeihen natürlich in den Höhenlagen auch alle europäischen Gemüse und eine erhebliche Zahl europäischer Fruchtarten. Außerdem ist in größerer Ausdehnung Manihot gepflanzt worden und zwar bis zu einer Höhe von über 1100 m, ein Experiment, das man in Ufambara nicht wagen würde, wo Manihot in Höhen über 600 m zwar wächst, aber keinen brauchbaren Milchsaft mehr gibt. Hier äußert sich eben die Wirkung der relativen Höhe und die Entfernung von der See; Punkte gleicher Erhebung in der Nähe der Küste und im Innern haben ein durchaus verschiedenes Klima, das um so kühler ist, je mehr der betreffende Punkt sich aus seiner unmittelbaren Umgebung heraushebt. Ein Punkt in 1000 m Höhe am Kilimandjaro hat viel höhere Temperaturen als in Ufambara. Wo sich etwas ebenere Flächen finden, z. B. überall, wo Buren sich niedergelassen haben, da ist der Anbau europäischen Getreides möglich. Baumwolle gedeiht, soweit bisher gemachte, nicht allzu ausgedehnte Versuche gezeigt haben, auch in den höheren Lagen gut; Versuche mit künstlicher Bewässerung sind hierbei meines Wissens nicht gemacht worden. Das Gebiet, in dem Baumwolle bei künstlicher Bewässerung gebaut werden könnte, reicht je nach dem Wasserreichtum der Flüsse, die man dafür verwenden wollte, mehr oder weniger weit in die Steppe und jedenfalls unter die Höhe von 1000 m; wie weit, könnte natürlich nur die praktische Erfahrung lehren. Alles Land, das für derartige Kulturen nicht in Anspruch genommen wird, kommt als Viehweide in Betracht; da von den Ein-

geborenen in ausgedehntem Maße sowohl Rindvieh wie Schafe gehalten werden, so kann darüber kein Zweifel bestehen, daß auch Viehwirtschaft im europäischen Stil hier möglich ist. Eine Begrenzung des hierfür geeigneten Landes, in der Art wie es für die früher erwähnten Kulturen gegeben werden kann, ist kaum möglich. Eine durch Rücksichten der Verwaltung gezogene Grenze bildet im Süden das Massaireservat; überall ist die Viehwirtschaft natürlich an das Vorkommen von Wasser gebunden, womit aber nicht gesagt ist, daß sich die damit gezogene Grenze durch das Erbohren von Brunnen nicht künstlich verschieben ließe.

Was ist nun auf diesem Gebiet bisher an Erschließung durch Weiße geschehen? In den obersten Regionen, dem Eingeborenenland, sitzen seit etwa zwanzig Jahren verschiedene Missionsgesellschaften, die zunächst natürlich das zu kultivieren versucht haben, was ihnen zu ihrem Lebensunterhalt dienlich war. Darüber hinaus hat die Station Kiboscho der „Väter vom heiligen Geist“ Kaffee in etwas größerem Umfang gepflanzt; diese Kaffeepflanzung ist auch heute noch mustergültig und sehenswert, weil hier jedenfalls durch intensive Kultur das Maximum an Ertrag aus den Bäumen herausgeholt wird, das wohl überhaupt erreichbar sein dürfte. Die Bäume werden beriefelt und mehrmals des Jahres gedüngt; der Dünger wird von den Eingeborenen der Umgebung, die das Vieh in Stallfütterung halten, gekauft, und es werden immer größere Vorräte von Dünger in Bereitschaft gehalten für den Fall, daß die Düngierzubringung durch die Eingeborenen aus irgendeinem Grunde eine vorübergehende Unterbrechung erfahren sollte. Auf diese Weise wird hier erreicht, daß manche älteren Bäume 9–10 Pfund jährlich tragen, und die durchschnittliche Ernte

sicherlich mehr als zwei Pfund vom Baum beträgt. Trotz dieser so außerordentlich günstig erscheinenden Zahlen — in Usambara wäre man froh, wenn man überall ein halb Pfund durchschnittlichen Ertrags auf den Baum rechnen könnte — lassen sich daraus Schlüsse auf die Rentabilität des Kaffeebaus doch nicht so ohne weiteres ziehen. Von den Vätern in Kiboscho sind zuverlässige Informationen nicht zu erhalten, weil sie ein Interesse daran haben, weiße Besiedlung dem Lande fernzuhalten; wollte man ihnen glauben, so gibt es auf der ganzen Welt kein so mit allen Plagen geschlagenes Land wie den Kilimandjaro und erhalten sie die Kaffeeplantage aus reiner Barmherzigkeit, weil die Bäume nun schon einmal dastehen. Was sonst an Kaffeepflanzungen vorhanden ist, befindet sich meist in den Händen von Griechen und Italienern, am Meru ist eine jüngere Pflanzung größeren Umfangs im Besitz eines Deutschen. Nun ist der Zustand selbst einer fünfjährigen Pflanzung noch nicht entscheidend für die Frage, ob der Kaffeebau überhaupt rentabel ist; ich sah am Meru bei einer Missionsstation sieben- bis achtjährigen Kaffee, der noch im Jahre vorher sehr gut getragen hatte und der trotzdem zum Teil bereits abgestorben, zum Teil auf dem besten Wege dazu war; der Boden war eben nicht tiefgründig genug und die Wurzeln waren erst in diesem Alter auf die harte Lava gekommen, womit das Schicksal der Pflanzung besiegelt war. Ferner spielt die Düngungsfrage eine große Rolle; es kann recht gut sein, daß der Kaffee in den ersten Jahren gut trägt, dann aber erschöpft sich der Boden, und ohne Zufuhr von Dünger geht die Ernte so zurück, daß die Rentabilität in Frage gestellt erscheint. Nun ist aber die Düngermenge, die man von den Eingeborenen erhalten kann, beschränkt, um so mehr als die Bananenpflanzungen der

Eingeborenen selbst der Düngung sehr bedürfen. Die Düngung wird andererseits ohne künstliche Bewässerung nicht recht wirksam. Ob bei einzelnen Pflanzungen die Zufuhr von Dünger aus den Viehkraalen in der Steppe ohne zu große Kosten durchgeführt werden kann, müßte noch versucht werden; an die Verwendung künstlichen Düngers wäre natürlich nur nach dem Bau der Bahn zu denken. Zweifellos haben indes einzelne Besitzer von Kaffeeplantagen schon recht schöne Einnahmen gehabt; es fragt sich nur, ob sie damit auch für alle Zukunft rechnen können, um so mehr als da auch bei der Beschaffung von Arbeitern mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen ist. Zudem kann jemand, der vor drei, vier Jahren eine Kaffeeplantage anlegte, wo Arbeiter noch in Menge zu haben und die Löhne sehr billig waren, die Kosten für die Anlage rascher abschreiben als der, der etwa heute eine Pflanzung anlegt, und er kann den etwa später eintretenden Mißerfolg leichter tragen, wenn er die ganze Anlage tatsächlich schon abgeschrieben hat.

Ich führe dies alles an, weil es mir ins Gewicht zu fallen scheint, wenn man sich über den möglichen Umfang der Kaffeekultur am Kilimandjaro und Meru klar werden will. In der Tat dürfte ihr eine ziemlich enge Grenze gezogen sein, wenn auch eine beschränkte Zahl von Pflanzungen wahrscheinlich guten Gewinn abwerfen kann, wenn der Platz dafür sorgfältig ausgewählt und die Pflanzung vor allen nicht allzugroß angelegt wurde; sonst vervielfachen sich sofort die Schwierigkeiten der Düngung, Bewässerung und Arbeiterbeschaffung. 80—100 000 Bäume dürften hier die obere Grenze darstellen, die nicht überschritten werden sollte. Damit ist auch schon gesagt, daß ein Pflanzungsbetrieb von Gesellschaften so ziemlich ausgeschlossen ist.

Der Manihot verdankt seine Einführung am Kilimandjaro der „Kilimandjaro-Pflanzungsgesellschaft“, die damit ein erhebliches Risiko lief, da man über die Ertragsfähigkeit der Kultur in dieser Höhe keinerlei Erfahrung hatte; der Erfolg hat der Gesellschaft, wie sich aus Probezapfungen bereits ergeben hat, recht gegeben und sie hat sich durch die Einführung dieser Kultur zweifellos ein Verdienst um die Erschließung des Kilimandjarogebiets erworben. Ihrem Beispiel sind dann verschiedene selbständige Pflanzter gefolgt, von denen übrigens einer mit Mais als Zwischenkultur bei dem großen Nahrungsmangel, der während meiner dortigen Anwesenheit in der ganzen Gegend herrschte, ein sehr gutes Geschäft machte. Also auch hier, in einer Gegend, wo nach den Schilderungen der meisten Reisenden Milch und Honig fließt, ist der Anbau von Eingeborenenkulturen für den Weißen lohnend. Über die Rentabilität des Kautschukbaus am Kilimandjaro fehlt es natürlich bis jetzt noch an Daten, da keine Pflanzung bisher in das Stadium des Zapfens eingetreten ist. Die schlechten Transportverhältnisse werden wohl einige Nachteile im Vergleich zu den Plantagen in der Nähe der Küste bringen, insbesondere, wenn man bei Beginn der Zapfarbeit noch auf die Einfuhr von Essigsäure aus Europa als Koagulationsmittel angewiesen sein sollte. Hingegen werden sich die Arbeiterverhältnisse wahrscheinlich günstiger stellen. Diese Hoffnung schöpfe ich aus dem Umstand, daß die halbwüchsige Jugend schon jetzt ganz besonders gern auf die Pflanzungen zur Arbeit kommt. Nun reicht die Zahl der verfügbaren Arbeiter zwar schon heute nicht für den auf den Pflanzungen vorhandenen Bedarf; man wird sich wahrscheinlich sehr bald entschließen müssen, Wanyamwesi in größerem Umfange einzuführen. Dann läßt sich

aber eine der Eigenart der Stämme entsprechende Verteilung der Arbeit sehr leicht in der Weise herbeiführen, daß man die Wanyamwesi vor allem zur schweren Arbeit verwendet, zum Zapfen aber die Wadschagga, die zu dieser Arbeit wahrscheinlich leichter zu gewinnen sein werden. Man wird hier den Vorteil einer verhältnismäßig sehr dichten Bevölkerung haben, die sich infolge der friedlichen Verhältnisse, die durch die deutsche Herrschaft geschaffen sind, erheblich vermehrt, wofür schon jetzt Anzeichen vorhanden sind. Eine räumliche Ausdehnung ist ihnen aber erschwert, weil unmittelbar unter der Eingeborenenlandschaft die Pflanzungen der Weißen beginnen, die Furcht vor dem Fieber sie aber davor abhält, in die Steppe herabzugehen. So werden sie auf die Arbeit in den Plantagen immer mehr zur Beschaffung ihres Lebensunterhalts angewiesen sein.

Ein Reichtum des Kilimandjaro harrt noch der Erschließung: seine Wasserkräfte. Ich denke hierbei nicht in erster Linie an industrielle Verwertung; zum Treiben kleiner Hilfsanlagen der Landwirtschaft, wie Gins, Mühlen und für Sägen, die den örtlichen Bedarf befriedigen, werden sie in nächster Zeit ja wohl auch ausgenützt werden können, was jedoch nur einen ganz minimalen Teil der vorhandenen Triebkräfte in Anspruch nehmen wird; denn zur Verwertung im größeren Stil fehlt es zunächst an allen Voraussetzungen. Die Bedeutung der Wasserkräfte wird für absehbare Zeit in ihrer Benutzung zu künstlicher Bewässerung liegen. Diese Ausnützung ist am Kilimandjaro wie am Meru von den Eingeborenen wohl seit Urzeiten geübt worden und von vielen Besuchern dieser Gegend beschrieben. Die Methoden sind primitiv, aber für die Zwecke der Eingeborenen ausreichend. Daß dabei mit

dem Wasser nicht gerade sparsam verfahren wird, liegt nahe. Aber immerhin bleibt genug davon übrig, das ungenützt zu Tale läuft und von Ansiedlern noch zu umfangreichen Bewässerungsanlagen benutzt werden könnte. Am Kilimandjaro liegen die Verhältnisse insofern noch besonders günstig, als der Wasserreichtum der zum Teil von den Kiboeisfeldern gespeisten Flüsse nicht allzugroßen Schwankungen unterliegt, wenn man natürlich von dem starken Anschwellen während der Regenzeit absieht. Daß man bisher noch nicht an die Ausnützung dieser Wasservorräte gegangen ist, erklärt sich zum Teil ohne weiteres daraus, daß die Besiedlung insbesondere an den unteren Teilen des Berges noch sehr jungen Datums ist; ferner würden gerade hier brauchbare Bewässerungsanlagen zwar nicht übermäßig kostspielig sein, aber doch ein gewisses Kapital erfordern; endlich sieht man noch nicht recht, was man auf dem bewässerten Land, soferne dieses größere Flächen umfaßt, anbauen soll, solange nicht durch eine Bahn ein billiges Beförderungsmittel gegeben ist. Als gegebene Kultur erscheint hier die Baumwolle. Wo sie bisher am Kilimandjaro ohne Bewässerung gebaut wurde, hat sie qualitativ ein sehr gutes Produkt gegeben. Aber es fehlt hiebei, wie vielleicht überall im Norden der Kolonie, die Zuverlässigkeit des Ertrags; man ist von den Wechselfällen des Klimas zu sehr abhängig, denn mit einer gewissen Regelmäßigkeit stellt sich hier alle vier bis fünf Jahre ein Trockenjahr ein, das z. B. im verflossenen Jahr allgemeinen Miswachs und teilweise Hungersnot zur Folge hatte. Aber auch in normalen Jahren stellt nur die künstliche Bewässerung die Ernte unter allen Umständen sicher, da man dann die Erntezeit in die Jahreszeit verlegen kann, wo man stets mit Trockenheit

rechnen kann. Ein Anbau in größerem Stil verbietet sich indes, solange die Transportverhältnisse keine Besserung erfahren; sollte aber die Bahn nach dem Kilimandjaro einmal gebaut sein, so werden gewiß kapitalkräftige Gesellschaften die Herstellung von Bewässerungsanlagen und den Anbau von Baumwolle daselbst in die Hand nehmen. Hierbei wird sich vielleicht auch in sachgemäßer Übertragung ägyptischer Verhältnisse eine Form des Zusammenarbeitens mit selbständigen Pflanzern finden, indem die Gesellschaften diesen gegen Anteil an der Ernte oder feste Abgaben das Wasser zuführen. Erst wenn wir in diesem Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung sind, wird der Gürtel landwirtschaftlicher Bebauung, der sich um Kilimandjaro und Meru zieht, seine Abgrenzung gegen das Viehzuchtland der Steppe finden.

Im übrigen sind mit den hier angeführten Kulturen natürlich keineswegs die vorhandenen Möglichkeiten erschöpft. Es ist sehr wohl möglich, daß an feuchteren Stellen auch Hevea gedeiht, wie ja in den Schluchten des Berges auch einheimische Gummilianen zu finden sind. In den Ländern am Nyassasee kommt überdies eine Gummiliane (*Landolphia stolzii*) vor, die anspruchsloser in bezug auf Feuchtigkeit sein soll und dort bereits künstlich gezogen wird; es ist sehr wohl möglich, daß sie sich auch am Kilimandjaro einbürgert. Eine Ölfrucht (*Teilseiria pedata*), die in der Umgebung der Boma von Moschi angepflanzt wurde, ladet mindestens zu weiteren Versuchen ein. Die Baumwollkultur wird ferner einen gewissen Fruchtwechsel nötig machen, wobei zunächst wohl Mais in Frage kommt. Aber auch der Anbau von Reis ist sicherlich an manchen Stellen möglich. Bei Vorhandensein einer Bahn bietet auch die Gerberakazie Ausichten.



Im verkleinerten Maßstab gilt das hier Gesagte auch für den Meru. Das vom Berg herunterkommende Wasser ist an Menge freilich geringer und die Plantagenkultur steckt hier noch in den allerersten Anfängen. Aber die Abhänge des Meru sind sanfter und die Flußtäler weniger tief eingeschnitten; muldenartige Erweiterungen wie am Engare Mtoni*) und Engare Nanyuki weisen hier auf eine gemischte Wirtschaft von Ackerbau und Viehzucht hin. Hier haben sich die Buren niedergelassen, die die ersten Ansiedler am Meru waren. Es dürften zurzeit noch etwa 45 Burenfamilien am Meru und Kilimandjaro ansässig sein, die sich auf die vier Niederlassungen: Engare Mtoni, Engare Nanyuki, Kampffontein (Nordmeruland), diese drei am Meru und Engare Nairobi am Kilimandjaro verteilen. In den vier Jahren, die die Buren hier ansässig sind, hat wohl hier und da eine Abwanderung einzelner Familien, unter andern auch nach Britisch-Ostafrika, stattgefunden, andererseits sind aber auch bis in die letzte Zeit hinein Zuzüge erfolgt.

Die Einwanderung der Buren fällt in jene Zeit, wo unter den Buren Südafrikas infolge der Nachwehen des Krieges ein starker Drang zur Auswanderung vorhanden war. Die Abneigung, unter dem britischen Joch zu leben, hat hierbei eine weit geringere Rolle gespielt, als die wirtschaftlichen Verhältnisse, die das unbemittelte Burenproletariat in eine sehr bedrängte Lage brachten. Daß dies der Hauptgrund zur Ab-

*) Wenn hier ebenso wie auf der Karte der Name in dieser Form gebraucht wird, so ist mir wohl bewußt, daß es sich um eine Kiswaheli-Verballhornung des Massainamens: Engare ol Mutonje handelt; aber die von mir gebrauchte Namensform ist bei den Weißen des Bezirks allgemein gebräuchlich und wird sich wegen ihrer leichten Merkbarkeit sicherlich behaupten. In der Tat haben praktische Rücksichten hier mehr als anderswo das Recht, sich gegen philologische Akribie durchzusetzen.

wanderung war, geht unter andern auch daraus hervor, daß sie noch jetzt in verhältnismäßig starker Zahl nach Britisch-Ostafrika ziehen, was heute für sie in politischer Beziehung doch eine starke Verschlechterung bedeutet, denn sie gehen aus einer Kolonie mit Selbstverwaltung, in der ihre eignen Leute am Ruder sind, in eine englische Kronkolonie, die ziemlich unumschränkt vom Kolonialamt in London aus verwaltet wird. Unmittelbar nach dem Kriege waren Erkundungszüge von Buren nach den verschiedensten Ländern gegangen: Mexiko, Chile, Argentinien, Madagaskar; man hat auch von kleineren Trecks nach einzelnen der genannten Länder gehört, aber von weiterem Nachzug nirgends. In Afrika selbst aber findet ununterbrochen eine Zuwanderung von Buren in den verschiedensten Kolonien statt: Deutsch-Südwestafrika, Britisch-Zentralafrika, Britisch-Ostafrika, Mossamedes, Rhodesia. Der ganze afrikanische Kontinent erscheint dem Buren als sein natürliches Ausbreitungsgebiet und dank seiner Anpassung an diesen Erdteil weiß er sich da auch überall zurechtzufinden. Die Buren, die da eine neue Heimat suchen, dürften ziemlich gleichartig sein: in ihrer eigentlichen Heimat wird der Raum zu eng, es sind die Leute, die da nicht mehr in der gewohnten Weise wirtschaften können und sich der Modernisierung, die das ganze Leben ihres Landes erfahren hat, nicht anpassen wollen. Und während sonst im allgemeinen die fortgeschrittensten Menschen, die mit weiterem und vorurteilsfreierem Gesichtskreis, zur Auswanderung drängen, sind es hier die zurückgebliebensten. Das schließt nicht aus, daß die Leute über einige Geldmittel verfügen. In Transvaal wurden unmittelbar nach dem Kriege die Farmen enorm überzahlt, noch heute steht ihr Preis weit über ihrem Nutzungswert. Ein Bur hat da unter Umständen

Samassa, Besiedlung.

gar keine Möglichkeit, auf einer mit Schulden belasteten Farm sein Auskommen zu finden; wenn er sie aber verkauft, mag er immer noch eine erkleckliche Summe über seine Schulden herausbekommen. In einem andern Fall hat er vielleicht eine Farm im sogenannten „Laagerveldt“, dem ungesunden Tiefland, auf der er doch nicht leben kann, die er aber an irgendeine Landspekulationsgesellschaft für einen ganz anständigen Preis losschlägt. So hat wohl auch jeder der Buren, die nach dem Meru zogen, etwas Geld befeßen, mit dem er die Reise für sich und seine Familie bestreiten, seine bescheidene Ausrüstung, seinen Wagen und nach seiner Ankunft die nötige Zahl Ochsen kaufen konnte; und bei einigen wenigen gingen die Mittel wohl auch darüber hinaus. Daß aber einer der Buren über so große Summen verfügen sollte, wie sie mir in der Kolonie gelegentlich genannt worden sind — es war von 100 000 und mehr Mark die Rede — möchte ich stark bezweifeln.

Bei ihrer Ankunft in unsrer Kolonie wurden diese Buren mit überschwenglichen Hoffnungen begrüßt; man interessierte sich damals seitens des Gouvernements noch sehr für die Besiedlung und sah hier endlich eine Möglichkeit, damit den Anfang zu machen. Man kam den Buren inbezug auf ihre Beförderung nach dem Meru und alles, was damit zusammenhing, sehr entgegen, während man es allerdings inbezug auf die Bedingungen der Landzuweisung an der nötigen Klarheit fehlen ließ. Inzwischen ist nun aber auch bei der deutschen Bevölkerung der Kolonie die Stimmung sehr umgeschlagen, weil man sich in den seinerzeit gehegten, übertriebenen Erwartungen enttäuscht sah. Die Übertreibung nach der einen wie nach der andern Seite hat ihre Ursache teils in der

mangelnden Kenntnis des Buren und seiner Eigenschaften, teils in falschen Vorstellungen über die zurzeit am Kilimandjaro und Meru gegebenen Kulturmöglichkeiten.

Der Bur ist in erster Linie Viehzüchter; Ackerbau als Hauptbeschäftigung treibt er nur in einem beschränkten Teil der Kapkolonie, wo Wein- und Obstbau ihn zum Teil auch zu intensiver Wirtschaft veranlaßt haben. Nun hat der Bur zwar sehr wenig Anhänglichkeit an einen bestimmten Platz, aber eine sehr große an ein bestimmtes Landschaftsbild; so haben sich die Leute denn auch am Meru und Kilimandjaro die Gegenden zur Ansiedlung ausgesucht, die landschaftlich mit Südafrika die meiste Ähnlichkeit haben. Die natürlichen Bedingungen sind da zwar fast überall besser als in den meisten Teilen Südafrikas. Die Weide ist meist sehr gut — es gibt auch Ausnahmen —, der Wasserbedarf braucht nicht durch Ansammlung im künstlichen Teich, dem sogenannten Damm, befriedigt zu werden — was hier auch aus hygienischen Gründen sehr wenig empfehlenswert wäre —, sondern fließendes Wasser ermöglicht künstliche Bewässerung in weit ausgedehnterem Maßstabe, als dies auf einer normalen Burenfarm in Südafrika der Fall ist. Gewiß ist, daß kein einziger der in unsrer Kolonie ansässigen Buren die Kulturmöglichkeiten seiner Farm voll ausgenutzt hat. Bei einigen — es ist zweifellos eine Minderheit — sieht man zwar ehrliche Bemühungen in dieser Richtung. Ich habe auf einer Farm schöne südafrikanische Pferde gesehen, die aber mit Rücksicht auf die Gefahr der Tsetseinfektion in einem staunenerregenden Gewaltmarsch von Voi aus nach dem Platze gebracht wurden. Ein großes Wagnis wird die Einfuhr von Vieh unter allen Umständen bleiben, wenn auch gerade in diesem einen Falle kein Verlust eingetreten ist. Ein anderer

4*

Bur hat südafrikanische Bullen und Schafe mitgebracht; aber ein Teil davon ist ihm unterwegs, ein anderer Teil auf der Farm durch die Küstenfieberseuche, die vor zwei Jahren das Kilimandjarogebiet heimgesucht hat, eingegangen. Nur ein kleiner Teil konnte zur Nachzucht und Verbesserung der einheimischen Viehrassen verwendet werden. Aber auch noch andre Hindernisse stellen sich der Viehzucht bis zum heutigen Tage hier entgegen.

Der Moschibezirk steht im Übergang von einem Eingeborenenbezirk zu einem Siedlungsbezirk. Es ist ganz klar, daß ein Bezirk, in dem hauptsächlich Eingeborene wohnen, ganz anders, viel extensiver verwaltet werden kann, als einer mit einer starken weißen Bevölkerung, die doch eine Reihe von Anforderungen an die Verwaltung stellt. Und der Übergang zur intensiven Verwaltung wird einem Bezirksamtmann natürlich auch nicht erleichtert, wenn er von der Zentrale im Stich und ohne die nötigen Hilfskräfte gelassen wird, die die intensivere Verwaltung doch ganz natürlicherweise fordert. Die daraus erwachsenden höheren Ausgaben rechtfertigen sich übrigens, von allgemeinen Gesichtspunkten ganz abgesehen, doch wohl zur Genüge aus der Steuerleistung einer weißen Bevölkerung, die in Form von indirekten Steuern recht erheblich ist. Zum mindesten kann der Ansiedler aber beanspruchen, daß die Sicherheit seines Eigentums und seiner Person gewährleistet ist. Auf die dadurch bedingten Veränderungen geht aber das Gouvernement nur widerwillig und der Not gehorchend ein. Ein halb spaßhaftes Beispiel dafür ist das Elefantenreservat am Kilimandjaro. Bis zum Frühjahr 1908 war das Kilimandjarogebiet Elefantenreservat, d. h. Elefanten durften dort nicht geschossen werden; das Gouvernement schien ernst-

haft zu glauben, daß sich Plantagenwirtschaft mit dem Hegen von Elefanten vereinigen läßt. Diese Meinung wurde widerlegt, als eine Herde Elefanten in einer jungen Kautschukpflanzung in einer Nacht ein paar tausend junge Pflanzen vertrampelte, und erst dann entschloß sich das Gouvernement, die eine Hälfte des Berges zur Jagd freizugeben, worauf denn dort ein großes Elefantentreiben und Schießen begann, wodurch die Elefanten veranlaßt wurden, minder beunruhigte Weideplätze aufzufuchen. Für den andern Teil des Berges brachte erst die mit Beginn des Jahres 1909 ins Leben tretende neue Jagdordnung die gleiche Maßregel. Ähnliche Übergangszustände herrschen nun auch bezüglich der Sicherheit des Eigentums.

Der Moschibezirk umfaßt den größten Teil des Massaireservats, das am Fuße des Kilimandjaro an das von Weißen besiedelte Gebiet sehr nahe herankommt. Nun bildete neben der Sorge für die eigenen Herden der Viehraub die liebste Beschäftigung der Massai. Die Befestigung der deutschen Herrschaft hat ja diese Liebhaberei stark eingeschränkt und all die anziehenden Sitten der Massai mit ihrer Kriegermannschaft, den Elmorans, verfallen, weil man die jungen Leute nicht mehr angemessen beschäftigen kann. Indes, wenn es einmal Gelegenheit zum Viehdiebstahl gibt, werden die Massai so wenig daran vorübergehen, wie etwa ein Zigeuner eine auf dem Tisch liegende Uhr dort liegen lassen könnte. So kann man sagen, daß die Massai seit der Ansiedlung von Weißen im Kilimandjaro-Merugebiet, die da Viehzucht treiben, mit diesen in einem latenten Kriegszustand leben. Und an solche Zustände sind die Buren von ihrer Heimat her heutzutage doch nicht mehr gewöhnt. Viehdiebstähle sind an der Tages-

ordnung. Mitunter werden die Diebe gefaßt, ebenso häufig auch nicht. Ein probates Mittel wäre es vielleicht, die Gesamtheit der Massai für jeden Viehdiebstahl verantwortlich zu machen und ihnen doppelt soviel Vieh zu konfiszieren, als abhanden gekommen ist. Aber das scheint der Regierung wohl etwas zu radikal und gefährlich, und wenn es geht, verlegt man sich lieber aufs Parlamentieren. Am sichersten ist aber jedenfalls, wer sich auf sich selber verläßt, und so bildet sich das System der Selbsthilfe immer mehr aus. Ein deutscher Farmer, der etwa 300 Stück Großvieh hat, hält sich zwei ehemalige Askaris, die mit Hinterladern bewaffnet, nur über der Sicherheit der Herden zu wachen haben. Im vergangenen Frühjahr machten Massai aus dem englischen Gebiet einen räuberischen Überfall und holten von einer Burenfarm mit Einverständnis der dort angestellten Hirten etwa 50 Stück Vieh weg. Der Besitzer merkte bald den Verlust, war zum Glück im Besitz von Pferden, jagte mit einigen andern Buren den Räubern nach und erreichte sie noch rechtzeitig, um ihnen die Beute abzunehmen. Die Räuber waren im Besitz von Hinterladern, und bei dem Gefecht, das sich entspann, wurden ein paar Massai erschossen, was für einige Zeit ihre Neigung zu Raubzügen auf deutschem Gebiet etwas dämpfte. Kurze Zeit darauf wurde ein Bur nicht weit von seinem Wohnplatz von Eingeborenen — Massai oder Wanderobbo — ermordet, ohne daß die Mörder bisher gefaßt werden konnten. Schließlich wird man in der einen oder andern Weise dieser Plage wohl Herr werden; aber man könnte es den Buren, die durch diese Diebstähle sehr erhebliche Verluste erlitten haben, kaum übelnehmen, wenn sie fänden, daß die Voraussetzungen für eine intensive Viehzucht hier zunächst noch nicht

gegeben sind; ich würde es verstehen, wenn auch ein Bur mit erheblichen Mitteln sich zunächst etwas abhaltend verhielte.

Ein anderer Grund, warum gerade die besseren und bemittelten Buren mit Investitionen auf ihrer Farm zurückhalten, sind die Landverträge mit der Regierung, auf die ich später noch eingehender zu sprechen komme. Einer der anständigsten Buren sagte mir hierüber: „Ich habe bis heute den Vertrag über das Land noch nicht unterschrieben, denn ich will erst genau wissen, was die Regierung von mir als Kultur des Landes verlangt. Sie mit Vieh zu bestocken, dazu bin ich bereit, aber ich kann nicht auf diesem schlechten Boden Kaffee pflanzen, auf dem man pro Hektar kaum ein Schaf ernähren kann.“ Der Mann hing in der Tat mit seinem Land vollkommen in der Luft; da konnte man wirklich nicht gut von ihm verlangen, daß er darauf große Aufwendungen für Gebäude, Ställe, usw. mache.

Die Mehrzahl der Buren kam kaum in diese Verlegenheit, weil es ihnen von vornherein an dem nötigen Kapital gebrach, um sich auf eine rationelle Viehzucht zu verlegen, die ja erst nach einigen Jahren Ertrag abwerfen kann. Und da auch der Anbau von Feldfrüchten eine unsichere Sache ist – ist der Mais gut geraten, dann hat er meist keinen Preis und europäisches Getreide hat nur einen sehr beschränkten Markt, ganz abgesehen von gewissen Schwierigkeiten des Anbaus, die erst Erfahrung zu überwinden lehrt – so kamen diese Buren bei dem guten Blick, den sie für die Erwerbsmöglichkeiten eines afrikanischen Landes unter allen Umständen haben, auf die zwei Dinge, die sofort Gewinn versprechen: Frachtfahren und Jagd. Besonders ihre Betätigung auf letzterem Gebiet hat ihnen viele Angriffe eingetragen und je

weiter die Leute vom Meru entfernt sind, desto abenteuerlichere Dinge wissen sie über die Schießerei der Buren zu erzählen. Wenn man den Geschichten glauben wollte, die an der Küste in Umlauf sind, so wäre es ganz ausgeschlossen, daß man meilenweit in der Umgebung einer Burensiedlung auch nur den Schwanz eines Wildes zu sehen bekäme. Obwohl ich ein gut Teil von diesen Erzählungen abzog, so war ich doch überrascht, als ich von Engare Nanyuki durch die Steppe, die den Meru vom Kilimandjaro trennt, nach Engare Nairobi marschierte und auf dieser Strecke von etwa 20 Kilometern zwischen den beiden Burensiedlungen mindestens 200 Stück Wild sah – die Zebras, die zu schießen verboten ist, nicht eingerechnet. Als ich von meinem Ziel noch etwa 500 Schritt entfernt war, kam mir gerade aus der Richtung des Wohnhauses eines Buren ein Rudel von etwa 20 Thomsonantilopen entgegen. Man konnte es dem Buren, der dort wohnte, wirklich glauben, daß sie ihm im jungen Mais reichlich Schaden anrichten; aber es wäre gar nicht möglich, ihrer Herr zu werden, so zahlreich seien sie. Am nächsten Tag machte ich einen Marsch von etwa 12 Kilometern zum nächsten deutschen Ansiedler und begegnete Herden von Gnus, insgesamt wohl weit über 100 Stück und sonstiges Wild in noch größerer Zahl als am Tage vorher. Wenn nun natürlich der Wildbestand in dieser Gegend, je nach dem Stand der Weide, die wiederum von den Niederschlägen abhängt, wechselt, so kann man doch sagen, daß die Buren, weit entfernt davon, das Wild auszurotten, es nicht einmal in dem Maße ausgeschossen haben, wie es den landwirtschaftlichen Interessen unbedingt entsprechen würde. Daß sie sich das nötige Fleisch für ihre Nahrung und auch für die bei ihnen arbeitenden Schwarzen

aus der Steppe holen, ist ihnen bei diesem Wildreichtum wirklich nicht zu verargen; jeder weiße Ansiedler wird ebenso handeln. Und schließlich kommt dabei noch nicht der Konsum von zwei Löwenfamilien im Jahre heraus, die durch die Buren doch schließlich auch in ihrem Bestand etwas vermindert werden.

Gelegentlich mag natürlich bei den Buren auch Aasjägerei vorkommen; ihre Gewohnheit, das Fleisch zu Biltong zu trocknen, schützt sie aber im allgemeinen wohl davor, etwas verkommen zu lassen. Aber bei Reisen mag es wohl sein, daß sie von einem Stück Wild bloß die Keulen mitnehmen und das übrige liegen lassen. Mitunter hört man indes auch über Deutsche nicht sehr erbauliche Geschichten in dieser Beziehung, da mag wohl intra et extra muros gesündigt werden. Ferner wird es auch damit seine Richtigkeit haben, daß die Buren bei der Einreichung der Schußlisten an das Bezirksamt oft von bedenklicher Gedächtnisschwäche befallen werden; aber dieses System des Selbstbekenntnisses in der bis Ende 1908 gültig gewesenen Jagdverordnung, ladet allzusehr dazu ein, und auch bei viel gebildeteren Menschen, als diesen Buren, versagt leicht die landläufige Moral, wenn das Objekt der Schädigung die blutleere juristische Person des Fiskus ist. Im übrigen ist dieses System der Jagdbesteuerung auf eine erhebliche Zivilbevölkerung überhaupt nicht zugeschnitten und die neue Jagdverordnung räumt damit auch auf. Ich glaube, daß damit die weidmännischen Sünden des durchschnittlichen Buren ziemlich zutreffend geschildert sind. Daß sie, wie gelegentlich behauptet wird, Antilopen lediglich wegen des Fells und Gehörns schießen, und diese dann in Wagenladungen zur Küste transportieren, glaube ich einfach deshalb nicht, weil ⁹/₁₀ aller Antilopengehörne und Felle weder Transport noch

Ausfuhrzoll tragen könnten; ich vermute, daß diese Legende einfach dadurch entstanden ist, daß jemand einen mit Rhinoceroshaut beladenen Burenwagen gesehen hat, was dann zu der erwähnten Verallgemeinerung Anlaß gab.

Mit den Nashörnern steht ja die Sache in der Tat anders und damit komme ich auf den Typ von Buren, der tatsächlich so gut wie ausschließlich von der Jagd lebt. Das sind einige, meist jüngere Buren, die als professionelle Jäger in der Gegend alle namentlich bekannt sind. Für diese professionelle Jagd kommen eigentlich nur der Elefant und das Nashorn als Objekt in Betracht. Wenn man von der kurzen Zeit der Freude nach Aufhebung des Elefantenreservats am Kilimandjaro absieht, so hat die Elefantenjagd in dieser Gegend gerade keine glänzenden Aussichten. Mit den Nashörnern steht es wohl etwas besser; aber der Gewinn ist nicht gerade überwältigend. 120 M. mag der durchschnittliche Erlös für Horn und Haut sein; davon geht dann das Schußgeld von 40 M. ab, das in diesem Falle schwer hinterzogen werden kann. Hier und da bringt ein glücklicher Zufall ein junges Nashornkalb in den Besitz des Jägers; vor einiger Zeit wurden für solche Nashornkälber von den Tierhändlern sehr hohe Preise gezahlt, 10 000 M. und mehr. Aber in letzter Zeit ist das Angebot darin so gestiegen, daß an Ort und Stelle kaum mehr als 4000 M. dafür zu erzielen sein dürfte. Natürlich auch ein recht hübscher Gewinn, der aber doch nur ganz ausnahmsweise zu machen ist. Ein älterer Bur verurteilte mir gegenüber sehr scharf diesen Jagdbetrieb; er sagte, es sei eine Schande, daß sich junge Leute auf der Jagd hinter einem Nashorn die Beine kaput laufen, andererseits sich aber ihren Tabak in Aruscha beim Inder kaufen müßten, während sie

ihn ebenfogut zu Hause auf der Farm bauen könnten. Ich wage nicht zu entscheiden, ob diese Entrüstung echt war oder mir vorgespielt wurde, um einen guten Eindruck zu erwecken.

Die andre und jedenfalls solidere Art, Geld zu verdienen, ist die durch Frachtfahren. Als die Buren zuerst ins Land kamen, erregten sie das Erstaunen der Bewohner der Kolonie durch ihre Geschicklichkeit, mit der sie Ochsen einbrachen und sofort zum Zug vor ihren schweren Wagen verwendeten. Jeder Hottentott aus der Kapkolonie hätte es natürlich ebenfogut fertig gebracht, aber in unsrer Kolonie war es immerhin etwas Neues und man konnte daran wohl einige Hoffnungen an eine Besserung der trostlosen Transportverhältnisse nach dem Kilimandjaro knüpfen. Wenn diese Hoffnungen nur in sehr beschränktem Maße in Erfüllung gingen, so ist dies nicht allein Schuld der Buren gewesen. Der Weg blieb schlecht, wie er gewesen war, trotzdem man mit Aufwand geringer Mittel ihn hätte leicht verbessern können. So fielen die Zugtiere nicht nur der Tsetse, sondern auch der Erschöpfung durch die Anstrengungen zum Opfer; schließlich war es die Frage einer einfachen Rechnung, ob unter solchen Umständen das Transportfahren noch lohne. Sobald hier ein Nutzen in Aussicht stand, haben die Buren sich immer wieder daran gemacht, sich ihn zu holen. Als ich im August vorigen Jahres nach dem Meru kam, waren 14 Burenwagen nach Mombo unterwegs, wo der Bau der Bahn nach dem Pangani und der Drahtseilbahn von Wilkins und Wiese ihnen viel Gelegenheit zu Verdienst gab. Glaubwürdig wurde mir versichert, daß beim Fahren von Zement zwischen Mombo und Mkumbara ein Wagen pro Tag 80 M. verdiente; da kam es natürlich nicht darauf an, ob ein paar Tiere eingingen. Den Verkehrs-

verhältnissen nach dem Kilimandjaro kommt natürlich diese Tätigkeit nur insofern zugute, als die Buren vor Beginn der Regenzeit wieder nach Hause zurückkehren und hierbei Fracht mitnehmen können. Welche Verbesserung es bedeuten würde, wenn ein regelmäßiger Verkehr eingerichtet werden könnte, geht daraus hervor, daß ein Wagen 100 Trägerlasten fortschafft; eine bescheidene Aussicht darauf besteht, sobald die Usambarabahn den vorläufig in Aussicht genommenen Endpunkt am Pangani erreicht, wodurch dann die besonders Tsetseverseuchte Gegend zwischen Mombo und dem Pangani ausgeschaltet wäre. Wenn man nun den Buren vorwirft, daß sie ihre Farm Farm sein lassen und Fracht fahren, so verlangt man von ihnen einen Idealismus, den wahrscheinlich die, die solchen Vorwurf erheben, selbst kaum betätigen würden. Die Buren sind eben praktische Leute und als solche suchen sie die besten Erwerbsmöglichkeiten im Lande auf, soweit sie ihren sonstigen Gewohnheiten und Neigungen entsprechen; dafür haben sie zweifellos auch einen guten Blick.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß bei diesem System allerdings das Land am Meru nicht vorwärts kommen kann; ich glaube aber, daß es sich bald entscheiden wird, ob die Buren überhaupt dort bleiben. Der Bau einer Bahn nach Aruscha würde diese Entscheidung sehr beschleunigen; während ihres Baus fänden die Buren ja mit Frachtfahren noch guten Verdienst; sobald sie aber vollendet ist, sind sie vor die Frage gestellt, ob sie genug Geld erspart haben, um nun auf ihren Platz mit geordneter Farmwirtschaft zu beginnen oder ob sie überhaupt darauf verzichten und anderswo ein Land suchen, daß ihren Neigungen mehr entspricht. Das Leben von der Jagd wird ihnen sowieso durch die neue Jagdverordnung sehr

erschwert. Schon jetzt ist bei ihnen eine starke Neigung zur Abwanderung vorhanden. Selbst einer der besseren Buren sagte mir, sie wollten gerne nach einer Gegend ziehen, wo sie mehr „op en klomp“ wohnen könnten; ob es wohl in der Kolonie solch ein Land gebe? Hier seien sie so um den Berg herum zerstreut, sie wollten Farm an Farm sitzen, wie in Südafrika. Und dann müßte das neue Land so liegen, daß sie von hier aus mit dem Wagen dahin ziehen könnten; mit dem Dampfer wollten sie nicht fahren. Von anderer Seite hatte ich auch gehört, die Buren warteten nur auf die bevorstehende Eröffnung der Landschaft Iraku für weiße Niederlassung, um dahin zu ziehen. Andre wollten wieder nach der Zentralbahn, um dort Fracht zu fahren.

Ich glaube, man sollte sie an all dem nicht hindern. Die Buren sind ein gutes Pionierelement für gänzlich unerschlossene Teile der Kolonie; aber es kommt dann der Zeitpunkt, wo sie für eine bestimmte Gegend ihre Schuldigkeit getan haben und man nur eine Auslese der besten unter ihnen als dauernde Ansiedler brauchen kann. Dieser Zeitpunkt wird am Kilimandjaro und Meru spätestens gekommen sein, wenn die Bahn Aruscha erreicht; dann mögen sie in einer andern Gegend dieselbe Pioniertätigkeit entfalten wie hier; die brauchbaren Elemente, die wirklich gut wirtschaften wollen, lösen sich dann von selbst von den minderwertigen Treckburen. Daß die Leute aber der Kolonie und speziell der Gegend, in der sie sich niedergelassen haben, irgendwie Schaden brachten, bestreite ich ganz entschieden. Sie haben unter allen Umständen das Verdienst, den Ochsenwagen als Verkehrsmittel in der Kolonie heimisch gemacht zu haben, der sicher dort noch eine große Zukunft hat, wenn wir erst einmal mit den Eisenbahnen durch den

Tsetseverseuchten Küstengürtel durchgekommen sind. Und wie bescheiden diese Tat auch sein mag, wir selbst haben sie jedenfalls nicht fertig gebracht und haben sie uns erst von den Buren vormachen lassen. Daß die Buren durch das Wegschießen von Wild unsre Kolonie geschädigt haben, mag denen als Vorwurf auszusprechen überlassen bleiben, die unsre Kolonie vor allen als Wildpark ansehen; wer wirklich die wirtschaftliche Erschließung des Kilimandjaro-Merugebiets will, wird nur bedauern können, daß sie nicht gründlicher aufgeräumt haben. Insbesondere die Nashörner müßten weggeschossen werden, da das für eine rationelle Viehzucht so nötige Einzäunen der Weiden illusorisch wird, solange die Zäune beständig der Gefahr ausgesetzt sind, durch Nashörner zerstört zu werden; deshalb ist es sehr bedauerlich, daß nach der neuen Jagdverordnung zum Abschluß von Nashörnern der sog. „große“ Jagdschein erfordert wird.

Ein und daselbe Land kann nicht beides zugleich sein: Kulturland und Wildpark; eine Kolonie von der Größe Ostafrikas wird aber immerhin auf lange Zeit hinaus Platz für beides nebeneinander haben. Da mag man Reservate schaffen, wo keinerlei Interessen von Farmern, Pflanzern oder Eingeborenen in Frage kommen; der Gedanke aber, daß das Hegen des Wilds der Kultivierung des Landes voranzustehen habe, ist doch wohl zu grotesk, als daß er hier erörtert zu werden brauchte. Der „Deutsche Jagdverein“ hat es ja leicht, in Berliner Hotels über den Wildschutz in Ostafrika zu reden; ich wurde daran erinnert, als mir ein Engländer aus der besten Gesellschaft von Britisch-Ostafrika sagte: „Wenn ich in den Klubs in London erzähle, daß wir hier für die Löwen Gift legen, da sträuben sich den Herren die Haare

über dieses unweidmännische Verhalten; sie sollten einmal hier herauskommen und farmen, dann würden sie sehen, daß man die Dinge auch noch anders sehen kann, als unter dem Gesichtspunkt des Sports.“

Den Buren wurden bei ihrer Ankunft zunächst Farmen im Ausmaße von je 1000 Hektar von der Regierung zugewiesen, die in jeder der vier Niederlassungen längs des Flusses aneinandergereiht sind. Als die Regierung dann sah, daß ein großer Teil dieses Landes völlig ungenützt dalag, wurde die Größe der Farmen – zum Teil im Wege gütlicher Übereinkunft, auf die die Buren um so mehr einzugehen Anlaß hatten, als die Regierung sie ja bei der Erfüllung der Kulturverpflichtung sowieso ganz in der Hand hat – auf ein geringeres Maß, ich glaube 300 Hektar, herabgesetzt und neu nur mehr in diesem Ausmaße ausgegeben. Die Frage, ob diese Farmen nicht zu klein für Viehzuchtzwecke sind, ist wohl kaum praktisch geworden, da eine volle Ausnützung sowieso nicht stattfand. Jedenfalls würden auch diese Burenwirtschaften bei voller Ausnützung nicht Kleinbetriebe sondern Mittelbetriebe, also auch wieder eine Art „Rittergüter“ sein, nötigenfalls aber eine entsprechende Vergrößerung erfahren müssen. Ein Bur als „Kleinsiedler“ ist eine undenkbare Erscheinung.

Ein Experiment anderer Art verdanken wir der Initiative der „Deutschen Kolonialgesellschaft“. Von dem Gedanken einer kleinbäuerlichen Siedlung ausgehend hat die Gesellschaft 100 000 Mark, die den Einnahmen der Wohlfahrtslotterie entnommen waren, dafür verwendet, um eine Art Dorfgemeinschaft am Meru, etwa vier Wegstunden von Aruscha, zu begründen. Als Ansiedler wurden Deutsche aus dem Kaukasus gewählt; es war zu der Zeit als unter den Deutschen Rußlands

in verschiedenen Teilen des Reichs, infolge der unsicheren Zustände daselbst, eine starke Neigung zur Abwanderung bestand. Dabei handelte es sich durchwegs um mittellose Proletarierfamilien, von denen ein Teil ursprünglich aus den Ansiedlungen an der Wolga stammte und vermutlich in der Eigenschaft als Arbeiter in die deutschen Kaukasusdörfer kam, wo die landbesitzenden Deutschen sich größtenteils in sehr guten wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Man kann natürlich nicht alle Deutschrussen über einen Kamm scheren. Es gibt unter ihnen wirtschaftlich außerordentlich tüchtige Elemente; das gilt z. B. von den Deutschen in Wolhynien und denen in Südrußland, wo deutsche Bauern z. T. sehr ausgedehnte Landflächen ihr eigen nennen. Indes ist auch in den südrussischen Kolonien das dort vorhandene landlose Proletariat außerordentlich minderwertig. Die deutschen Kolonien an der Wolga sind die einzigen, denen von der russischen Regierung schon bei ihrer Ansetzung unter Katharina II. das russische System des Gemeinde-lands (Mir) aufgezwungen wurde, das auch hier seine demoralisierenden Wirkungen übte. Der auf den einzelnen kommende Landanteil ist dort durch das beständige Anwachsen der Bevölkerung so gesunken, daß der größte Teil der Gemeindeglieder überhaupt nicht mehr landwirtschaftlich tätig ist, sondern seinen Anteil verpachtet, selbst aber als Weber, Fabrikarbeiter usw. seinen Unterhalt sucht. Es ist mir nicht bekannt, unter welchen Gesichtspunkten gerade diese Leute für die kleinbäuerliche Besiedlung Ostafrikas für besonders geeignet erachtet wurden; ich nehme an, daß der Regierung, die die Leute dem Besiedlungskomitee empfahl, vor allem der Gesichtspunkt maßgebend war, daß es sich um Ausländer handelt, die im Falle eines Scheiterns des Unter-

nehmens weniger in der Lage sein würden, Vorwürfe zu erheben. Andererseits nahm man wohl an, daß diese Leute sehr anspruchslos und daher besser als etwa reichsdeutsche Ansiedler, die aus einer höheren Kultursphäre kommen, geeignet sein würden, die ihnen in ihrem neuen Wohnsitz auferlegten Entbehrungen zu ertragen.

Daß nun gerade diese Leute nicht sehr anspruchslos sind, hatte ich gelegentlich schon in Rußland selbst beobachten können, wo baltische Gutsbesitzer sie als Arbeiter aufgenommen hatten. Von ihrer Gewohnheit, Weizenbrot zu essen, wollten sie z. B. auf keinen Fall lassen; auch sonst stand ihre Arbeitsfähigkeit in keinem Verhältnis zu ihren Ansprüchen; vor allem aber zeigten sie ein ganz unglaubliches Maß von Unselbständigkeit und hielten die überaus langmütigen Gutsbesitzer mit ihren Bagatellangelegenheiten beständig in Atem. Das Besiedlungskomitee hatte nun von der Regierung am Meru etwa 6000 Hektar, meist sehr gutes Land, in der Höhe von 1200 bis 1400 Metern überwiesen bekommen, dessen Kolonisierung nun mit diesen Deutschrussenfamilien in Angriff genommen werden sollte. Man legte hierbei vor allem auf einen dörflichen Charakter der Ansiedlung Wert. Auf einem flachen Bergrücken, der auf beiden Seiten von Bächen begrenzt ist, wurde das Land in schmale Streifen von 10 Hektar aufgeteilt, die als Ackerland gedacht sind. Vom Dorfe etwas abgelegen, wurde in der Steppe eine gemeinsame Weide eingerichtet, wobei auf jeden Ansiedler 50 Hektar Weideland gerechnet wurde. Das Besiedlungskomitee war den Leuten bei ihrer Einrichtung auf ihrem Platz in jeder Weise behilflich. Sie bauten sich z. T. recht nette und wohnliche Häuser, bekamen etwas Vieh, das sie mit Milch ver-

Samaſſa, Besiedlung.

forgen konnte, jede Art von Gemüse wuchs in ihrem Garten. Aber die Zeiten sind nun einmal vorüber, wo der Mensch daran Vergnügen findet, in reiner Naturalwirtschaft zu leben; und mit der Erzeugung von Produkten, die Geld ins Haus brachten, stand es übel. Im ersten Jahr hatten die Leute immerhin eine leidliche Weizenernte. Im verflossenen Jahr haben sie mit einer einzigen Ausnahme überhaupt nicht geerntet; sie hatten zu früh gesät, der Regen kam in die Blütezeit und alle Ähren waren taub. Mit solchen Zwischenfällen muß man in Afrika rechnen, desgleichen mit dem Rost bei Aussaat ungeeigneten Materials. Ein Monat nach meinem Besuch in der Deutschrussensiedlung Leudorf besuchte ich in Britisch-Ostafrika eine Farm Lord Delameres und sah dort Weizenfelder in einer Pracht, wie ich sie weder in der Magdeburger Böhre, noch in Ungarn jemals gesehen hatte. Da waren etwa 70 Hektar mit Weizen besät, der völlig gleichmäßig, ohne irgendein Unkraut dazwischen stand — es sah von der Ferne aus wie ein völlig ebener Teppich. Der Boden war aber vorher vier- bis fünfmal umgepflügt, das ganze Land mit Draht eingezäunt, rostfreier Weizen aus Südafrika als Saatgut beschafft worden, kurz und gut, es waren vielleicht 20 000 Mark an dieses Experiment gewendet worden, die nun, da es geglückt ist, natürlich reichlich wieder hereinkommen. Wäre es mißglückt, so hätte Lord Delamere immer noch zu essen gehabt; die Deutschrussen in Leudorf haben es aber nicht und klagten, als ich die Siedlung besuchte, sie ständen einfach vor der Hungersnot. Es ist ja möglich, daß man auch in Leudorf schließlich herausfindet, wie man sich regelmäßig eine gute Weizenernte verschaffen kann, möglich, daß man auch noch andre Kulturen findet, die

auch auf 10 Hektar betrieben den Leuten leidliche Einnahmen verschaffen: aber das alles abzuwarten haben sie keine Zeit. Und inzwischen finden sie, daß sie es in Rußland auch nicht schlechter haben können als hier, und wünschen dahin zurückgebracht zu werden; bei ihrem niedrigen Bildungsstand — sie sind fast alle Analphabeten — ist es denn auch weiter nicht verwunderlich, daß sie sich vom Besiedlungskomitee, bez. von den Herren, die mit ihnen verhandelt haben, getäuscht glauben, und ihre Verwünschungen sich nun gegen diese richten. Zwei Familien sind vor etwa einem Jahre ausgerückt und kamen bis Tanga, wo sie als angeblich mittellos wochenlang liegen blieben, bis das Besiedlungskomitee sie endlich in ihre Heimat beförderte. Angeblich sollen die Leute aber, in die Röcke der Weiber eingenäht, über 1000 Rp. besessen haben, womit sie zum erstenmal eine sonst an ihnen schmerzlich vermißte Findigkeit bewiesen hätten. Als nun zwei weitere Familien ihrem Beispiele folgten, wurden sie bereits in Moschi ergriffen, ihnen bedeutet, daß es weitere Freibilletts nach Hause für sie nicht mehr gebe, und mit sanfter Gewalt wieder nach Leudorf gebracht. Solche Vorkommnisse erregen natürlich immer Ärger und sind nicht geeignet, das Ansehen des ganzen Unternehmens in der Gegend zu erhöhen, ganz abgesehen davon, daß solche Parforce-Ansiedler dem Lande doch nichts nützen können. Drei von den Ansiedlern arbeiten nun, um sich etwas Geld zu verdienen, an einem Bau in Aruscha; man sieht es den Mauern des von ihnen gebauten Hauses freilich an, daß sie nicht Maurer von Beruf sind. Vielleicht erlernen sie noch das ihnen ungewohnte Handwerk und finden auf diese Art ihr Fortkommen in der Kolonie; wahrscheinlicher erscheint mir freilich, daß ein Baumeister aus Südafrika, der von in

Aruscha bereits ansässigen Freunden dahin gerufen und zur Zeit meiner Anwesenheit dort schon auf dem Wege war, diesen Notbehelf überflüssig machen und den Leuten die Aussicht auf weiteren Verdienst nehmen wird. Wenn aber auch der erstgenannte Fall eintritt, so wird man dies doch kaum dem Prinzip der Kleinsiedlung als Erfolg anrechnen können; denn wenn man nur bezweckt hätte, ein paar Handwerker nach Aruscha zu bringen, so wäre dies doch wohl billiger zu erreichen gewesen, und man hätte dann gleich Leute hinschicken können, die ihr Handwerk wirklich verstehen.

Von Freunden des Besiedlungsunternehmens ist mir nun gelegentlich erwidert worden, daß der bisherige Mißerfolg doch nur die mangelnde Eignung der Deutschrussen als Siedler beweise, daß die Sache hingegen mit anderm Material vielleicht sehr gut gehen könne. Dem stelle ich die etwas paradox klingende Behauptung entgegen, daß nur die mangelnde Eignung der Deutschrussen die Siedlung in Leudorf überhaupt bis zu diesem Augenblick leidlich zusammengehalten hat, und daß sie schon viel stärker entvölkert wäre, wenn man wirklich geeignete Menschen dahin gebracht hätte. Unter wirklich geeigneten Menschen verstehe ich solche, die im Gegensatz zu der bei den Deutschrussen vorausgesetzten Tugend der Leidenschaftlichkeit und passiven Heldentums die der Tatkraft und Willensstärke in besonderem Maße besitzen. Nun wird sich ja ein Mensch, der völlig mittellos ist, vielleicht dazu verstehen, sich von einem Besiedlungskomitee nach Afrika befördern und dort vorerst auf einem der Dorfplätze von Leudorf ansiedeln zu lassen. Er wird da wohl auch zunächst auf seinen zehn Hektar seinen Weizen und Kohl bauen. Er wird sich während dieser Zeit die nötigen Kenntnisse der Eingeborenen Sprache erwerben und

sich die Verhältnisse etwas ansehen. Gelegentlich kommt er nach Aruscha. Er sieht, auf welche Art andre Leute Geld erwerben, er hört von irgendeinem Wegebau, den das Bezirksamt durch Unternehmer ausführen läßt, er hört von Pflanzern, die das Roden von Land in Kontrakt vergeben; er sieht wie Buren mit einem Anlagekapital von höchstens 2000 M. sich ein schönes Stück Geld mit Frachtfahren verdienen. Vielleicht, daß er auch einen Pflanzler oder Farmer trifft, der ihm anbietet, als Aufseher zu ihm zu kommen. Es wird ihn auch nicht schrecken in eine Gegend zu gehen, wo es Fieber gibt, er wird höchstens seine Familie so lange in Leudorf lassen, bis er er ihr wo anders ein angemessenes Unterkommen bereitet hat. Immer wird ihm aber das Beispiel von Leuten vor Augen stehen, die gleichfalls ohne Kapital ins Land gekommen sind und es da ganz hübsch vorwärts gebracht haben; nach wie vor ist es sein Wunsch, freier Herr auf eigener Scholle zu sein. Aber er will es nicht auf zehn Hektar sein, sondern auf ein paar hundert und er arbeitet eben tüchtig, um möglichst bald so weit zu kommen. Was bietet ihm da Leudorf für Zukunftsverheißungen? Rechts und links sitzt auf Steinwurfsweite ein Nachbar. Vielleicht könnte er sie ja mit der Zeit auskaufen; aber dann wäre ja das ganze Prinzip der Dorfanlage durchbrochen. Und was soll er dann mit dem zweiten Haus anfangen, das der Verkäufer ihm doch im Preise anrechnen wird? Da geht er doch lieber hin und belegt eine Farm von ein paar hundert Hektar oder kauft sie mit einer kleinen Anzahlung von einem Vorbesitzer und hat dann Ackerland und Viehweide beisammen. Dort fühlt er sich dann wirklich als freier Herr, nicht in der Enge von Leudorf, wo er sich rechts und links an einen Nachbarn stößt. Man sagt dem

Buren nach, daß er nicht glücklich sei, solange er den Rauch einer Nachbarfarm sehe. Von Europa haben die Vorfahren der Buren dieses Ideal jedenfalls nicht mitgebracht; es ist gezeitigt auf afrikanischem Boden.

Das ist der entscheidende Grund, warum mir jede Kleinsiedlung, jede Dorfanlage, jedes Hineinzwängen einer Mehrheit in eine vorgezeichnete Gemeinschaft völlig ausichtslos erscheint. Zunächst und auf absehbare Zeit ist der Drang nach Einzelbetätigung in solchem Kolonialland stärker als das Bedürfnis nach Zusammenschluß. Man merkt dies oft an Kleinigkeiten. Da steht auf einer Plantage das Haus des Leiters, zehn Schritt davon das des Assistenten. Jeder hat seine eigene Wirtschaft und ist für sich; sie könnten wahrscheinlich beide besser essen, wenn sie gemeinsame Messe machten. Aber sie halten es so für besser und haben damit recht, schon weil sie meist auf Erfahrung fußen. Wollen sie miteinander sprechen, so können sie sich ja besuchen; aber sie müssen nicht beisammen sein, wenn's ihnen keinen Spaß macht. Gelegentlich traf ich mit Leuten zusammen, die eine Niederlassung irgendwo in der Kolonie erwogen; ich fragte sie, warum sie nicht nach dem Kilimandjaro gingen; nein, das wollten sie nicht, da wäre es schon zu „voll“. Man könnte ja einwerfen, daß die dörfliche Siedlung den Leuten das Vorwärtskommen erleichtere, weil einer dem andern helfe. Aber wer sich selbst in allen Lagen helfen kann, hat in Afrika vor dem, der immer erst zum Nachbar laufen muß, einen Meilenvorsprung voraus; und zunächst ist es wahrscheinlicher, daß die Leute untereinander streiten, als daß sie sich gegenseitig helfen. Zwei Wegstunden von Leudorf hat sich ein gebildeter, mit Mitteln versehener Deutscher mit seiner jungen Frau als Farmer niedergelassen;

er kaufte sich ein paar hundert Stück Eingeborenenvieh zusammen und nach einem halben Jahr erzielte er bereits eine Einnahme von etwa 200 Mark monatlich aus dem Verkauf von Butter nach Aruscha und sonst in die Umgebung; die Deutschrussen sitzen schon länger da als er und hätten das auch schon machen können; es hätte dazu keiner umfangreichen Molkereieinrichtungen bedurft, denn der erwähnte Farmer arbeitet auch zunächst, bis die bestellten besseren Einrichtungen aus der Heimat eingetroffen sind, nur mit einer kleinen Handbuttermaschine. Aber er brauchte mit niemanden Beratungen darüber abzuhalten, er machte es eben und der Erfolg ist auf seiner Seite. Das ist eben die Überlegenheit der Initiative des einzelnen über die schwerfällige Entschlußkraft der Gemeinschaft.

In der nächsten Zeit wird sich wahrscheinlich eine Anzahl von deutschen Templerfamilien aus Palästina am Meru niederlassen. Den Templern wird das Land in Palästina zu eng und sie haben große, in der türkischen Gesetzgebung liegende Schwierigkeiten, dort neues Land zu erwerben. Vor einem Jahre waren zwei Kundschafter von ihnen im Kilimandjaro-Merugebiet, baten das Bezirksamt, ihnen einen bestimmten Landkomplex vorzubehalten, und im August vorigen Jahres las ich, daß zwei Familien bereits die Reise von Mombo aus nach dem Meru angetreten hätten. Ich glaube, daß diese Leute ganz ideale Siedler abgeben werden; sie sind in Palästina überaus erfolgreich gewesen, mit subtropischer Landwirtschaft vertraut, dabei Leute mit guter Schulbildung und im Besitz von Kapital. Wenn irgend jemand, so würden sie wohl die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gemeindebildung erfüllen. Aber ich glaube trotzdem nicht, daß sie sich allzu enge

aufeinander setzen werden; selbst wenn sie in Palästina gewohnt waren, z. B. als Apfelsinenzüchter, einen kleinen Fleck Land intensiv zu bewirtschaften, so werden sie sicher bald erkennen, daß sie in Ostafrika zunächst bei extensiver Wirtschaft besser fahren. Die Möglichkeit, noch größere Landflächen billig zu erwerben, werden sie gewiß nicht ungenützt lassen. Schon die Verhältnisse in Palästina haben bald dazu geführt, ihre ursprünglich sehr enge Gemeindeverfassung zu lockern, die jetzt ihren ausschließlich konfessionellen Charakter schon ganz verloren hat. Daß sie irgend etwas dieser Art in ihrer neuen Heimat schaffen werden, ist kaum anzunehmen, außer etwa eine gemeinsame Vertretung der Behörde gegenüber. Sollte es dennoch der Fall sein, so würde es für die zweckmäßigste Besiedlungsform in unsrer Kolonie wenig beweisen; denn derartige, auf konfessioneller Grundlage aufgebaute enge Zusammenhänge gibt es außer bei den Templern höchstens noch bei den Herrenhutern in Deutschland. So ausnahmsweises Material könnte aber unmöglich die Grundlage eines Besiedlungsplans für unsre Kolonie abgeben.

Schließlich möchte ich noch auf folgende, doch immerhin auch belangreiche Tatsache hinweisen: in dem ältesten Siedlungsgebiet der weißen Rasse in Afrika, dem heute englischen Südafrika, wo Weiße seit Jahrhunderten ansässig sind, gibt es nur ganz wenige Beispiele von Kleinsiedlung. Wenn man von indischen und italienischen Gärtnern in der nächsten Umgebung von Johannesburg absieht, so bleibt kaum mehr als die beiden deutschen Ansiedlungen: Wynberg Vlakte bei Kapstadt und Neu-Deutschland bei Durban, die diesen Namen wirklich verdienen; in beiden Fällen beruht die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit der Siedlungen auf der Nähe der großen

Städte. Nicht ganz als Kleinsiedlung, aber immerhin als einen Übergang dazu, kann man die deutsche Kolonie Kroondal bei Rustenburg in Transval betrachten; hier beruht die Möglichkeit der Bewirtschaftung eines relativ kleinen Grundstücks auf dem Bau eines hochwertigen Produkts, wie des Tabaks, bei künstlicher Bewässerung. Schließlich kann man als gleichfalls diesem Typus angenähert, auch den Wein- und Obstbau in der Umgebung von Paarl in der Kapkolonie ansehen, wo indes die Verkleinerung der Farmen ein Prozeß ist, der sich infolge der Aufteilung des Landes seit mindestens einem Jahrhundert vollzogen hat, und wo die intensive Bewirtschaftung auch die kleinen Besitze immer noch sehr gut ertragfähig macht. Zur Voraussetzung hat diese Ertragsfähigkeit indes auch den Absatz, den die Erzeugnisse bei einer nach hunderttausenden zählenden weißen Bevölkerung finden; die Möglichkeit des Exports ergab sich erst nachher und spielt auch heute noch nur eine sekundäre Rolle. Das wird die Art und Weise sein, wie wir vielleicht auch einmal in Ostafrika zu Kleinsiedlung kommen werden; bis dahin kann aber wohl noch manches Jahrzehnt verrinnen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß sich heute noch nicht übersehen läßt, wie weit künstliche Bewässerung die Kulturzzone um die beiden Berge herum hinauschieben kann; noch viel weniger läßt sich dies in betreff der Viehzucht sagen. Außer von den Buren wird diese auch bereits von einigen deutschen Ansiedlern betrieben. Aber es handelt sich bis jetzt um eine Viehzucht primitivster Art, die immerhin lohnend ist. Die Viehpreise sind in der letzten Zeit erheblich gestiegen und sind durchaus nicht niedriger als in der Nähe der Küste, z. B. in Mombo oder Korogwe, einem Hauptviehhandelsplatz. Das

hat verschiedene Ursachen: einerseits hat das Küstenfieber vor 1½ Jahren die Herden der Eingeborenen etwas, aber doch nicht so erheblich wie mitunter bei früheren Seuchen, vermindert. Dann ist der Fleischverbrauch der Gegend beständig in starkem Steigen begriffen und schließlich spielt die Nachfrage der neuen Ansiedler nach Vieh auch eine Rolle, um so mehr, als von den Hauptviehzüchtern der Gegend, den Massai, Vieh so gut wie gar nicht zu erhalten ist. So, wie sie jetzt betrieben wird, hat aber auch die von Weißen betriebene Viehzucht geringen Kulturwert; sie steht doch zu wenig über der Viehzucht der Eingeborenen. Das wird sich erst ändern, wenn die Viehzüchter mit der Einfuhr europäischer Bullen und südafrikanischer oder australischer Schafe vorgehen. Dazu gehört aber wiederum eine Bahnverbindung nach der Küste, da das Risiko des Transportes gegenwärtig zu groß ist. Dann kann man aber das Kreuzungsvieh nicht in der gleichen primitiven Weise halten, wie das Eingeborenenvieh; dazu gehören bessere Unterkünfte und vor allem – mit Rücksicht auf die Krankheitsübertragungen durch andres Vieh und durch Wild – eingezäunte Weiden. Vielleicht ist es möglich, natürliche Zäune durch Anpflanzung von Kaktus oder Sifal zu schaffen; das würde aber immer einige Jahre dauern, und die Gefahr ist doch vorhanden, daß diese Pflanzen dann weiter wuchern, als dem Besitzer lieb ist; fürs erste müßte man sich also doch an die gewohnte Einzäunungsart mit Draht oder Stacheldraht halten. Daß die Einzäunung die Voraussetzung für eine rationelle Viehwirtschaft für den Europäer ist, beweist das Beispiel von Südafrika, wo sie jetzt in allen Kolonien obligatorisch ist, während man in Britisch-Ostafrika bis jetzt zwar noch nicht so radikal vorgegangen ist, die Regierung aber doch das Einzäunen durch

alle möglichen Erleichterungen für den Farmer nach Kräften fördert. In Deutsch-Ostafrika hat sich diese Förderung bisher darauf beschränkt, daß die Einfuhr von Stacheldraht zollfrei erklärt wurde, während es zu den lieblichen Zollkuriosen unsrer Kolonie, über die ich noch eingehender sprechen werde, gehört, daß einfacher Draht, der es unter Umständen auch tut und natürlich erheblich billiger ist, Zoll bezahlen muß. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen nach dem Kilimandjarogebiet ist aber an die Möglichkeit einer Einzäunung überhaupt nicht zu denken; selbst wenn jemand die Transportkosten bezahlen wollte, so würde er den Draht in größeren Mengen nicht heraufbekommen. Dadurch werden aber auch alle Versuche der Regierung illusorisch, durch eine Umgestaltung der Kaufpachtverträge für Kronland einen Druck auf die Farmer zur Einzäunung ihrer Weideplätze auszuüben. Solange also keine Bahn nach Aruscha führt, müssen alle Versuche einer ausgedehnten Viehwirtschaft durch Weiße in primitiven Anfängen stecken bleiben; in dem Augenblick aber, wo dies der Fall ist, eröffnet sich hier ein weites Feld überaus aussichtsvoller Betätigung, wenn die Regierung durch eine verständige Gesetzgebung den Bestrebungen auf eine rationelle Viehzucht einigermaßen entgegenkommt.

Dies bezieht sich auf drei Gebiete: erstens die Verordnungen über die Erwerbung von Land. Für die Erwerbung von Kronland gilt im Moshibezirk die allgemeine, für das ganze Schutzgebiet geltende Verordnung „über Kaufpachtung von Kronland“; diese Verordnung ist zweifellos sehr zweckmäßig und hat zur Verhinderung einer Landspekulation in der Kolonie viel beigetragen. Ihr Kernpunkt ist, daß jeder Landerwerber mindestens die Hälfte des von ihm belegten Landes „unter Kultur

gebracht oder in dauernde Nutzung genommen“ haben muß, bevor er es gegen einen vorher bestimmten Preis zu Eigentum erwerben kann. Nun wurde aber vor einiger Zeit vom Bezirksamt in Moschi, wohl im Einverständnis mit der Zentrale in Daressalam, erklärt, daß die Viehhaltung nicht als „dauernde Nutzung“ im Sinne des Vertrages angesehen werden könne. Man wollte damit eine Spekulation verhindern, die gewiß in der Weise leicht auszuführen war, daß jemand z. B. 500 Stück Rindvieh von Eingeborenen erwarb, damit 1000 oder 1500 Hektar als in „Nutzung genommen“ in Anspruch nahm, wozu dann nach der Landverordnung eine ebenso große Fläche nicht gebrauchten Landes gekommen wäre. Nachdem der Betreffende dadurch dieses Land zu Eigentum erworben hätte, konnte er mit seiner Herde auf ein andres Land ziehen und dort dasselbe Manöver wiederholen. Aus diesem Grunde gilt auch in der Landverordnung in Britisch-Ostafrika die Befestigung des Landes mit Vieh nicht als Erfüllung der sog. Kulturverpflichtung. Das alles ist ganz in Ordnung; wir haben kein Interesse daran, weite Flächen in den Händen von Spekulanten ungenützt liegen zu lassen. Aber es muß nun natürlich etwas andres an die Stelle dieser Art von Nutzung treten, wie dies in Britisch-Ostafrika der Fall ist; im Moschibezirk blieb das Vakuum in der geltenden Landverordnung einfach bestehen. Inzwischen soll eine neue Verordnung in Arbeit oder bereits erlassen worden sein, von der ich annehme, daß sie sich ziemlich eng an die Bestimmungen in der englischen Kolonie anschließt. Nach diesen wird dem Farmer der Bau von Häusern aller Art, das Einzäunen, die Schaffung von Wassergräben, der Bau von Brunnen, Wegen, Brücken, usw., kurzum alle Investitionen mit Ausnahme derer für die An-

schaffung von Vieh als Kulturarbeit angerechnet und davon eine bestimmte Aufwendung pro Acre gefordert. Diese Verordnung halte ich in einer Beziehung für unbillig: meines Erachtens müßten dem Farmer auch die Aufwendungen für die Einfuhr oder der Ankauf von allem außerhalb der Kolonie geborenen Zuchtvieh angerechnet werden, soferne dieses Vieh eine bestimmte Zeit — sagen wir, ein Jahr — in seinem Besitze ist. Denn hier ist doch jeder Mißbrauch leicht auszuschließen, da man ja die wiederholte Anrechnung desselben Stücks auf verschiedenen Plätzen für unzulässig erklären kann. Eine rigorose Durchführung einer derartigen Verordnung ist aber erst ausführbar, wenn eine Bahn dem Farmer die Beschaffung von Draht und Baumaterial aller Art zu angemessenen Preisen ermöglicht.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist das Ausmaß der von der Regierung zu verkaufenden Farmen. Es gibt zweifellos in dem in Frage kommenden Gebiet Weiden von ungewöhnlicher Güte, auf denen die Besitzer bis zu zwei Stück Großvieh auf dem Hektar ernähren könnten; ich habe wieder andre gesehen, die schlechteren Schafweiden in Südafrika gleichen, und auf denen man vielleicht gerade ein Schaf auf zwei Hektar wird rechnen können. Da ist also zunächst eine Klassifizierung des Landes durch einen landwirtschaftlichen Sachverständigen nötig, wie sie auch in der englischen Kolonie durchgeführt ist, wo es vier Qualitätsklassen von Land gibt. Die Abschätzung kann ja natürlich nur ganz roh sein, und als Grundsatz gilt, daß immer eher nach der unteren als nach der oberen Klasse abgeschätzt wird. Wenn nun aber auch jemand das Glück hat, ein als schlecht eingeschätztes Land zu billigem Preis zu erwerben, und sich schließlich herausstellt, daß

das Land besser ist als seine Taxierung, so ist das auch weiter kein Unglück. Vor allem sollte sich die Regierung aber hüten, durch eine Überbewertung des Landes den Ansiedler zu verlustreichen Experimenten zu zwingen; denn es ist immer noch besser, wenn ein Land, auf dem man auch Kaffee bauen könnte, als Viehweide benützt wird, als daß jemand sein Geld dabei verliert, daß er auf einem bloß zu Viehzucht geeigneten Land, Kaffee baut. Mit der Vergebung von Weideland sollte die Regierung ferner nicht zu engherzig sein, immer vorausgesetzt, daß der betreffende Bewerber die Mittel hat, es zu erschließen; ich habe jedoch den Eindruck, daß wenn heute jemand auf das Bezirksamt in Moschi käme, mit dem Antrag, ihm 20 000 Hektar für die Errichtung einer Schaffarm zu überlassen, er sich sofort eine Ablehnung oder mindestens die Antwort holen würde, daß in Daressalam auf Zustimmung nie zu rechnen sei, ohne auch nur gefragt zu werden, ob er denn auch die Mittel habe, um solch ein Gebiet auszunützen. Das Vorhandensein einiger Gesellschaften oder noch besser von Privatleuten, die Viehzucht in ganz großem Stil treiben, ist aber, wenn nicht gerade eine unbedingte Notwendigkeit, so doch mindestens die Voraussetzung rascher Entwicklung einer rationellen Viehzucht in der Gegend.

Ein Beispiel aus Britisch-Ostafrika mag dies erläutern. Dort ließ sich Lord Delamere vor vier Jahren Schafe der Merino- und Coriedalerrasse aus Südafrika, Australien und Neuseeland kommen, um damit das einheimische Fettschwanzschaf zu kreuzen. Er machte zunächst keine besonderen Aufwendungen und ließ die eingeführten Schafe auf dem gleichen Land weiden, auf dem auch die Massaischafe liefen oder wenigstens kürzlich geweidet hatten. Hierbei stellten sich starke

Verluste ein, die eingeführten Schafe infizierten sich mit Würmern, die durch Massaischafe verbreitet wurden, und wohl auch mit andern Krankheiten. Da entschloß sich der Besitzer, auf seiner Farm am Elementeita-See, die etwa 60000 Hektar zusammenhängend umfaßt, umfangreiche und kostspielige Vorarbeiten für die Aufnahme von Schafen zu machen. Einzelne Schläge wurden eingezäunt, die Weide von Busch gereinigt und verbessert, dann ein volles Jahr unbenützt liegen gelassen, um alle Infektionskeime zum Aussterben zu bringen. Dann wurden die Schafe dahin gebracht, die reinblütigen Herden getrennt gehalten und die Böcke nur auf sechs Wochen zum Decken zu den Massaischafherden gebracht, die wieder in besondern Verschlügen gehalten wurden. Auf der Farm befinden sich heute 14000 Schafe; bereits wurde ein größeres Quantum von Wolle von $\frac{3}{4}$ Blut-Schafen geerntet, für die ein recht guter Preis erzielt wurde. In einigen Jahren hofft man auf 40000 Schafe zu kommen, die durch wiederholte Kreuzungen dann auf $\frac{13}{16}$ edles Blut gebracht sein werden, und deren Wolle der reinen Merinowolle nicht nachstehen wird. Dann kann der Besitzer auf einen jährlichen Reinertrag seiner Farm von 50–60000 M. rechnen, nachdem er mindestens 200000 M. in das Unternehmen hineingesteckt haben wird. Eine Gesellschaft, die gleichfalls auf sehr ausgedehnten Ländereien in der Nähe von Naivasha Schafzucht begann, hat bisher weniger erfreuliche Resultate gehabt, weil sie mangelhaft geleitet war; wie denn bei Gesellschaften immer die Gefahr besteht, daß sie bei sehr sorgfältiger und gewissenhafter Leitung nichts riskieren werden, während andererseits bei allzu unternehmenden Leitern eine für die Aktionäre wenig erfreuliche Mißwirtschaft droht. Der mit ausreichenden Mitteln versehene Privatmann

ist da in einer viel günstigeren Lage. Ein geglücktes Experiment — und das war es schließlich zunächst doch —, wie das des Lord Delamere, kommt aber nicht dem allein zugute, der es gewagt hat. Es dient der ganzen Kolonie als Vorbild, ganz abgesehen davon, daß von einer solchen Farm, nachdem sie ausreichend bestockt ist, an andre Farmer Zuchtmaterial abgegeben werden kann, und der Preis dafür sich durch die Menge des vorhandenen allmählich ermäßigt. Zuchtmaterial kann allerdings auch eine Regierungsfarm, wie die in Nainascha, einführen, weiterzüchten und an die Farmer abgeben. Eine Regierungsfarm kann aber dem Farmer niemals die Rentabilität einer Investition beweisen, weil sie eben nicht auf Gewinn arbeitet, wie dies schließlich doch jeder, auch der reichste, Privatmann tun muß.

Ein dritter wichtiger Punkt ist die Handhabung der Seuchenpolizei und die darauf bezüglichen Verordnungen. Eine neue Seuchenverordnung ist vom Gouvernement ausgearbeitet worden und mit Beginn des Jahres 1909 in Kraft getreten. In dieser Beziehung ist in letzter Zeit seitens des Gouvernements erhebliches geschehen, nachdem das ganze Gebiet der Viehseuchen früher unglaublich vernachlässigt wurde. Wir haben jetzt einen anerkannt tüchtigen tierärztlichen „Korreferenten“ beim Gouvernement, den die eigentümlichen Anstellungsverhältnisse der Kolonialbeamten hoffentlich nicht zwingen, dem Schutzgebiet allzubald wieder Valet zu sagen. Durch die neue Seuchenverordnung wird insbesondere der Trieb von Vieh parallel der Usambarabahn verboten, was bei Fortführung der Bahn bis Aruscha diesem Platz eine besondere Bedeutung zuweist; durch Quarantänestationen im Inneren soll der Verbreitung des Küstenfiebers Einhalt getan werden. Hoffentlich

wird die Gefahr vermieden, daß durch ungenügende Mittel zur Durchführung der Verordnung diese selbst illusorisch gemacht wird und schließlich nichts davon übrig bleibt, als eine Belästigung für die anständigen Leute und die, die leicht zu fassen sind, während sich die eingeborenen Händler ihr zu entziehen wissen. In Aruscha wurde mir wenigstens darüber geklagt, daß die zur Zeit meiner Anwesenheit daselbst schon getroffenen Anordnungen über Quarantäne des aus dem Inneren zugetriebenen Viehs mehr oder weniger darauf hinauslaufen.

Werden diese Voraussetzungen erfüllt und wird die Bahn bis Aruscha gebaut, so eröffnen sich der Viehzucht, wie ich glaube, im Kilimandjaro-Merugebiet sehr gute Ausichten; sie hätte hier Britisch-Ostafrika gegenüber u. a. den Vorteil, daß das Eingeborenenvieh bei uns kaum je so teuer werden könnte wie dort, wo man heute schon für eine Kuh mit Kalb bis zu 170 Mark bezahlt, während bei uns ein so großes viehzuchttreibendes Hinterland vorhanden ist, das eine allzustarke Preissteigerung doch alsbald den Import von Vieh aus der Gegend des Viktoriasees zur Folge hätte, wo die Preise immer noch sehr niedrig sind. Nun führt eine tsetsefreie Viehtriebstraße von Aruscha bis zum See; die Landschaften Iraku und Umbugwe sind außerordentlich viehreich, und heute schon besteht von dort her ein starker Viehzutrieb nach Aruscha. Viehfarmen von Weißen könnten sich zunächst im Süden, von der Grenze ab, wo Kulturen mit künstlicher Bewässerung nicht mehr möglich sind, bis an das Massaireservat erstrecken, ferner könnte die ganze Steppe zwischen Kilimandjaro und Meru in Viehfarmen aufgeteilt werden. Man kann dagegen einwenden, daß der Mangel an Wasser dies verhindern würde. Nun könnte man zunächst die Farmen an den vor-

Samassa, Befiedlung.

6

handenen Flüssen so abgrenzen, daß zu jeder derartigen Farm ein größeres Stück Steppe gehört. Im Notfalle ließen sich Wasserleitungen dahin führen, falls sich nicht, was mir überaus wahrscheinlich ist, an Ort und Stelle Wasser erbohren läßt. An der Wasserfrage scheitert die Nutzbarmachung dieser Gegend sicherlich nicht. Im Norden von den Bergen mag das weit eher der Fall sein, ebenso auf dem Wege nach Iraku; aber Versuche zur Erbohrung von Wasser sind da wohl noch nie gemacht worden. An der Eignung der Landschaften Iraku, Umbugwe, Mutyek und des Jrambaplateaus für Viehzucht wird hingegen von niemand gezweifelt. Hier bildet die Entfernung von etwa acht Tagmärschen sicherlich kein Hindernis für Farmwirtschaft durch Weiße, denn hier hätte man, wenn die Wasserverhältnisse auf dem Wege etwas verbessert würden – sie bilden ja übrigens auch heute kein Hindernis für Menschen- und Viehverkehr – im Ochsenwagen ein geeignetes Transportmittel, weil auf diesem Wege keine Tsetse vorkommt.

Welche Absatzmöglichkeiten würde nun die Viehzucht haben, wenn sie wirklich in so ausgedehntem Maße hier betrieben und durch die Fernhaltung von Seuchen auch das Eingeborenenvieh eine stetige Zunahme erfahren würde? Zunächst nimmt mit der wachsenden wirtschaftlichen Entwicklung der eigene Verbrauch der Gegend zu. Auf der Pflanzung der „Kilimandjaro-Pflanzungsgesellschaft“ wird z. B. jetzt schon täglich ein Ochse geschlachtet, der im wesentlichen von Schwarzen aufgegessen wird. Wahrscheinlich bilden die Hauptkonsumenten die etwa hundert Wanyamwesi, die auf der Pflanzung als Arbeiter beschäftigt sind; daneben werden sich aber auch wohl die Wadshagga daran gewöhnt haben, einen Teil ihres Verdienstes in diesem Leckerbissen anzulegen, der für sie bisher nur ein

feltener Feiertagsbraten war. In dem Maße, als die Pflanzungen genötigt sein werden, auch fremde Arbeiter heranzuziehen, wird sich dieser Verbrauch beständig steigern. Dann wird Überschuß an Vieh als Schlachtvieh an die Küste gehen, da nicht anzunehmen ist, daß Westusambara diesen voraussichtlich gleichfalls stets wachsenden Bedarf vollständig wird decken können. Hier wirkt auch das Hochland des Kilimandjaro als Ergänzung des Tieflands an der Küste, und, daß es seinerseits diese Ergänzung findet, ist gerade für die Viehzucht ein großer Segen, weil sie dadurch für jedes Stadium ihrer Entwicklung einen passenden Markt findet. Denn schließlich wird auch hier der Moment kommen, wo dieser Markt nicht genügt, und man an eine andre Verwertung wird denken müssen, sei es nun den Export von gefrorenem Fleisch oder die Verarbeitung an Ort und Stelle zu Büchsenfleisch, Fleischextrakt usw., in gleicher Art wie dies in Südamerika und den Vereinigten Staaten geschieht. Man hat allen Grund zu der Annahme, daß ein derartiges Unternehmen hier eben so rentabel sein wird wie dort, von dem Augenblicke an, wo ein bestimmtes Quantum von Vieh mit Sicherheit angeliefert werden kann; die Produktionsbedingungen sind in mehrfacher Beziehung hier zweifellos günstiger. Die Verwertung der Milchprodukte müßte natürlich in der Herstellung von Dauererzeugnissen, wie Büchsenfischmalz und Käse bestehen. Über die Verwertung der Schafwolle ist weiter nichts zu sagen.

Bei Gelegenheit der Erörterungen über die Zweckmäßigkeit der Fortführung der Usambarabahn bis zum Meru ist in einer Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“ darauf hingewiesen worden, daß für europäische Siedlung geeignetes Land am Kilimandjaro und Meru nur in beschränktem Umfange vorhanden und

6°

dieses auch größtenteils schon belegt sei. Beschränkt man das für weiße Siedlung geeignete Land auf eine Meereshöhe über 1200 Meter, so dürfte das zutreffen, ohne daß im übrigen der ganze Tatbestand irgendwie geeignet wäre, gegen den Bau der Bahn Stimmung zu machen, was doch wohl damit beabsichtigt war. Denn es kommt nicht darauf an, wieviel Menschen dort in einer bestimmten Höhe wohnen können, sondern was die Gegend in einem Umkreise, der den Transport zur Bahn noch gestattet, produziert. Bedauerlich wäre es, wenn diese Notiz Leute mit Kapital, die sich in einer deutschen Kolonie ansiedeln wollen, veranlaßt hätte, das Kilimandjaro-Merugebiet überhaupt nicht in Betracht zu ziehen. Denn auf der Karte des Bezirksamtes Moschi sieht es allerdings so aus, als ob ein großer Teil des Landes in festen Händen sei, für den, der aber wirklich Land mit barem Geld bezahlen will, liegen die Dinge doch wesentlich anders. Ich glaube, daß ⁴/₅ alles belegten oder schon in Besitz genommenen Landes in dem Gebiet für einen angemessenen Preis zu haben ist. Das erklärt sich aus den eigenartigen Verhältnissen der Besitzer; in kolonialem Neuland ist an sich der Grundbesitz beweglicher und es braucht längere Zeit, bis sich die Besitzverhältnisse befestigen. Über die Neigung der Buren, wegzuziehen und ihre Gründe dafür, habe ich bereits gesprochen.

Einige Italiener und Griechen, die am Kilimandjaro Kaffeeplantagen besitzen, wurden gelegentlich als Beweis für die „Entdeutschung“ des Berges angeführt und die Befürchtung ausgesprochen, daß die Festsetzung dieser Leute eine unwiederbringliche Beeinträchtigung einer deutschen Besiedlung bilde. Die meisten dieser Leute halte ich wegen ihres niedrigen Bildungsstandes nicht gerade für einen Gewinn für das Land; man muß aber and-

rerseits doch anerkennen, daß sie einiges für die Erschließung des Kilimandjaro getan haben. Andererseits glaube ich aber, daß wohl viele von ihnen nicht abgeneigt wären, ihren Besitz für einen ihnen angemessen erscheinenden Preis zu veräußern. Denn soweit ich unterrichtet bin, lebt kein einziger von ihnen mit einer weißen Frau am Berge; die einen haben ihre Familien zu Hause und besuchen sie gelegentlich, die andern sind überhaupt nicht verheiratet. Natürlich würde heute ein Käufer nicht leicht mit ihnen über den Wert ihrer Kaffeepflanzungen einig werden, weil man eben über die Zukunftsaussichten des Kaffeebaus dort sehr verschiedener Meinung sein kann; in ein paar Jahren wird man darin wohl klarer sehen, und wenn die optimistische Auffassung recht behalten hat, so werden für die Kaffeepflanzungen auch sehr erhebliche Preise gezahlt werden müssen, wofür dann der Käufer eben einen Besitz erwirbt, der ihm sogleich sichere Verzinsung bringt. Von den deutschen Ansiedlern dürften sich einige wohl auch so gut eingelebt haben, daß sie ihren Besitz ohne erhebliche Überzahlung nicht veräußern werden; andre gehören zu den Pioniernaturen, denen gerade der erste Kampf mit der Wildnis, das Neuschaffen, die größte Freude macht, und denen es, wenn erst die Bahn in die Gegend kommt, dort leicht zu „voll“ werden könnte; die werden sich, wenn ihnen die geleistete Arbeit gut bezahlt wird – wobei der Käufer durchaus nicht übervorteilt zu sein braucht – gerne mit dem gewonnenen Kapital neuen, unerschlossenen Gegenden zuwenden, die ihren Neigungen besser zusagen. Schließlich hat aber auch die Regierung ein Mittel in der Hand, um sich verfügbares Land zu verschaffen; denn die meisten Ansiedler belegen sehr begreiflicherweise so viel Land, als sie eben bekommen

können. Sehr häufig reichen dann Mittel und Kräfte nicht, um es in der vorgeschriebenen Zeit von zehn Jahren zur Hälfte „unter Kultur zu bringen oder in dauernde Nutzung zu nehmen“; dann fällt nach Ablauf der Frist ein Teil des Landes wieder an den Landesfiskus zurück. Es ist sehr verständig, daß zurzeit diese Bestimmungen nicht nach den Buchstaben gehandhabt werden und die Regierung in dieser Beziehung entgegenkommend gegen die Ansiedler ist; diese Nachsicht würde aber in dem Augenblick nicht mehr zu rechtfertigen sein, wo die Nachfrage nach Land so groß ist, daß ihr wirklich nicht mehr entsprochen werden kann, und etwa ein Mann mit Kapital der Gegend wieder den Rücken kehren müßte, während Leute, die gar nicht in der Lage sind, ihren Besitz zu erschließen, diesen festhielten. Meist wird in solchen Fällen im Wege der gütlichen Verständigung eine Rückgabe des überflüssigen Landes zu erreichen sein. Man geht mit der Annahme kaum fehl, daß in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren, falls die Bahn in nächster Zeit gebaut werden sollte, ein starker Besitzwechsel im Kilimandjaro-Merugebiet eintritt, der dem Lande gewiß nicht zum Schaden gereichen wird.

IV

Die Fortführung der Ufambarabahn nach Aruscha

Verschiedentlich mußte ich schon auf die Eisenbahn als Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes an den beiden Bergen hinweisen; eine Besprechung der Frage im Zusammenhange erscheint um so mehr geboten, als sie die wirklich brennendste für das Land und dessen Zukunft ist. In der Heimat wird die Bahn vor allem von den Kreisen dringend gefordert, denen die weiße Besiedlung der Kolonie aus nationalen Gründen am meisten am Herzen liegt, während sie ihre Hauptgegner bei den Kolonialpolitikern zu haben scheint, die von einer Förderung der Eingeborenenkulturen alles Heil erwarten.

Zunächst ist es nötig, ein paar Worte über die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse nach dem Kilimandjaro vorzuschicken. Das historische und bis zu einem gewissen Grade zuverlässigste Beförderungsmittel ist in Afrika der Kopf des Trägers; sein Gebrauch hängt aber freilich davon ab, daß man Träger zur Verfügung hat. In dieser Beziehung haben sich nun die Verhältnisse beständig verschlechtert, vor allem

wohl deshalb, weil mit der zunehmenden Erschließung des Landes der Verkehr andauernd gewachsen ist und dem vermehrten Transportbedürfnis eine Zunahme der Transportmittel nicht gegenübersteht. Die Wadschagga vom Kilimandjaro gehen nur mit äußerstem Widerstreben nach der Küste, weil sie das Fieber fürchten, von dem sie meist sehr stark mitgenommen werden; höchstens dem Bezirksamt gelingt es unter Anwendung mehr oder weniger starken Drucks, Leute hierfür zu gewinnen; ein Nichtbeamteter kann auf die Gewinnung von Trägern am Berge kaum rechnen. Die Massai sind für diese Dienste überhaupt nicht zu brauchen, ganz abgesehen davon, daß sie sich hierzu zu vornehm dünken. Etwas leichter, darum aber doch immer noch recht schwer, ist es, in Tanga Träger zu bekommen, so gut wie unmöglich am jetzigen Endpunkt der Bahn, in Mombo. In Tanga sammelt sich immer eine Zahl von Wanyamwesi an, die ihre Zeit auf den Pflanzungen abgearbeitet hat oder auch von dort davongelaufen ist; die Mehrzahl der entlassenen Plantagenarbeiter kauft sich freilich an der Küste von den gemachten Ersparnissen Stoffe und andre Waren und tritt damit beladen die Heimreise auf dem nächsten Wege über Kondoa-Irangi an. So kommen als Träger nur Leute in Betracht, die aus irgendeinem Grunde keine Ersparnisse gemacht haben und mit dem, was sie als Träger verdienen, sich dann nach der Heimat durchzuschlagen hoffen. Die Verhältnisse haben sich in letzter Zeit, wo die Bezirksamter es vermeiden, irgendeinen Druck auf die Bevölkerung auszuüben, so gestaltet, daß selbst Regierungsbeamte und Offiziere wochenlang in Tanga oder Mombo warten müssen, bis sie die nötige Anzahl Träger beisammen haben, um ihre Reise antreten zu können. Es würde dem Ansehen der Regierung bei Weiß

und Schwarz förderlicher sein, wenn sie ihre Beamten und Offiziere unauffällig über das englische Gebiet auf der Straße Voi-Taveta nach ihrem Bestimmungsort ziehen ließe.

Nun wäre man ja eigentlich heute auf Träger allein nicht mehr angewiesen, seitdem die Buren wiederholt die Fahrt von den Bergen nach Mombo mit Ochsenwagen gemacht haben. Welche Schwierigkeiten dem entgegenstehen, habe ich schon erwähnt. Gegen die Tsetse konnte man bei den ausgedehnten Strecken, die hierbei in Frage kommen, nicht viel machen; durch den Weiterbau der Bahn bis an den Pangani ist nun aber eine der schlimmsten Strecken ausgeschaltet; und es wäre wohl nicht ausgeschlossen, daß man durch Freischlagen der Umgebung der Rastplätze die Infektionsgefahr erheblich herabsetzen könnte. Das ist nun immerhin eine problematische Hoffnung; worüber aber nie ein Zweifel bestehen konnte, das war die Tatsache, daß durch Verbesserung des Weges selbst der Verkehr sehr erleichtert und die mit den jetzigen Wegeverhältnissen verbundene Überanstrengung der Ochsen vermieden worden wäre. Bei ähnlichen Verhältnissen hat die Regierung von Britisch-Ostafrika den Weg von Taveta nach Voi so hergerichtet, daß man $\frac{1}{10}$ des Weges mit Maultieren im schlanken Trabe fahren könnte; die Ausgabe dafür war 20 000 M. Der Weg zeigt an manchen Stellen die üblichen Regenfurchen, wie sie auch für die Wege in Südafrika typisch sind; nach der Regenzeit wird der Weg einfach um sie herumgelegt; der Boden in der Steppe ist ja nicht kostbar. Ich zweifle auch nicht daran, daß der Weg außer der Regenzeit für jede Art von Automobilen vollkommen fahrbar ist. Bei uns verfuhr man anders. Die Straße am Westrand des Paregebirges ließ man, wie sie war; während meiner Anwesenheit am Kiliman-

djaro verlautete, daß ein Bur den Auftrag bekommen hätte, ein Stück davon instand zu setzen; ich konnte aber nicht ermitteln, auf welchen Teil der Straße sich dies bezog. Die Regierung hielt es nicht für nötig, da viel zu tun; denn gar bald — in etwa acht bis zehn Jahren — würde man ja auf prachtvoller Chaussee im Automobil dem Götterberge zusaufen.

Im Budget des Reichskolonialamt erscheinen jährlich 600 000 M. als Pauschsumme zum Bau von Wegen in der Kolonie. Die Vorgeschichte dieses Postens kann ja hier unerörtert bleiben; an sich schien es nicht unverständlich, daß man die Verwendung dieser Summe nicht in Berlin festlegen, sondern dem Gouverneur einen gewissen Spielraum geben wollte, sie dem Bedürfnis entsprechend am zweckmäßigsten zu verwenden. Über ihren Verbleib erhalten die Reichsboten jährlich in den Jahresberichten, die ihnen über die Entwicklung der einzelnen Schutzgebiete zugehen, eine mehr als summarische Auskunft; in dem Jahresbericht für 1906/07 ist die Sache in dem Hauptbericht in 13 Zeilen abgemacht. Während die Anlagen alle möglichen interessanten und z. T. auch recht uninteressanten Sonderberichte enthalten, fehlt ein solcher der Wegebauabteilung. Und es wäre doch recht wissenswert, zu erfahren, was im einzelnen an den Wegen gemacht wurde, nach welchen Grundsätzen hierbei verfahren wird, vor allem, was an Kosten für jeden Weg aufgewendet und wie hoch er sich nach Vollendung stellen wird. Es genügt ja, wenn nach sechs bis sieben Jahren die Rechnungskommission die Abrechnungen zu sehen bekommt und sich dann freuen darf, daß die Summe von 600 000 M. stimmt und nicht überschritten worden ist. Nach der Art der Verwendung des Geldes kräht dann kein Hahn mehr. Die Parteien der Opposition könnten sich doch

vielleicht um unfre Kolonialpolitik verdienter machen, wenn sie der Verwendung des Geldes in einem Falle nachgingen, wo sich durch rechtzeitige Kritik weiterer Geldvergeudung noch Einhalt tun ließe, als durch Anklagen wegen Etatsüberschreitungen vor acht Jahren – zumal, wenn die persönlichen Beweggründe dafür gar so durchsichtig sind.

Aus der erwähnten Pauschalsumme sollte die Straße nach dem Kilimandjaro gebaut werden; über ihre ersten Anfänge wird in dem Jahresbericht für das Rechnungsjahr 1906/07 schüchtern berichtet. Man muß zugeben, daß diese Anfänge in eine Zeit fallen, wo eine Fortsetzung der Usambarabahn nach Aruscha noch wenig Ausichten zu haben schien. Aber darüber mußte sich das Gouvernement doch auch schon damals Rechenschaft geben, was mit der Straße bezweckt werden sollte und was mit den vorhandenen Mitteln zu schaffen war; ferner konnte man sich doch auch schon damals sagen, daß vor allem bald etwas gemacht werden mußte, und eine Straße, die erst in zehn Jahren fertig wird, doch bereits durch eine Eisenbahn überholt sein konnte. Und schließlich konnte man sich – wenn es schon eine Chauffee sein sollte – doch auch fragen, wo voraussichtlich eine künftige Bahn laufen würde, und ob sich dann die Straße nicht als Unterbau für diese verwenden ließe. Der heutige Tatbestand ist jedenfalls folgender: zwischen Mombo und Same, eine Entfernung von 120 km, ist mit einer Unterbrechung von 11 km in der Nähe von Same ein 6 m breiter Straßendamm aufgeschüttet; alle Wasserdurchlässe sind ausgespart und nicht überbrückt, desgleichen fehlt der Oberbau; Stein- und Schotterhalden am Rande des Weges zeigen aber an, daß die Lieferungen hierfür schon vergeben sind. Von den ersten 20 km, zwischen

Mombo und Mkumbara steht heute schon fest, daß sie niemals ausgebaut werden; denn in der dem Reichstag im Frühjahr 1908 zugegangenen Denkschrift über koloniale Bahnbauten steht über den Weiterbau der Ufambarabahn bis zum Pangani folgendes zu lesen:

„Für die Neubaufstrecke ist bei der Entwurfsbearbeitung ein eigener Bahnkörper vorgesehen worden. Auf ihrem ersten Teile soll jedoch nach Möglichkeit der Straßenkörper des in unmittelbarer Nähe verlaufenden Weges Mombo-Kilimandjaro und der dafür hergestellte und dann verfügbare Kleinschlag für die Bahn mit benutzt werden.“

Es ist nun allerdings merkwürdig, daß hier von der Benutzung des Straßendamms im Futurum gesprochen wird, während er zur Zeit, wo die Denkschrift verfaßt wurde, bereits entweder benutzt oder nicht benutzt worden war, da ja die Firma Lenz den Bau von Mombo nach Mkumbara schon auf eigene Rechnung in Angriff genommen hatte. Tatsächlich ist der Straßendamm nur zum kleineren Teil benutzt und auch damit die einmal geleistete Arbeit nicht voll verwertet worden, weil die Bahn ja keinen 6 m breiten Unterbau braucht, wie ihn die Straße hat. Da man nun der Straße auf dieser Strecke teilweise den Unterbau und in vollem Umfange den Schotter weggenommen hat, so ist ihre Vollendung auf dieser Strecke wohl aufgegeben. Das läßt sich gewiß begründen, denn eine 6 m breite Automobilchauffee hat natürlich neben der Eisenbahn keinen Sinn. Aber die Chauffee hätte sehr gute Dienste leisten können, wenn man diese ersten 20 km im Etatsjahr 1906/07 sofort in Angriff genommen und unter vorläufiger Vernachlässigung des Rests, der ja, wie die Tatsachen beweisen, deshalb auch nicht früher fertig wird, auch vollendet

hätte. Dann hätte sich die Firma Wilkins und Wiese oder die Firma Lenz sicherlich sofort entschlossen, Lastautomobile herauskommen zu lassen, die den großen Verkehr für die Drahtseilbahn in Mkumbara und für den Eisenbahnbau bewältigt hätten; wir hätten überdies einige Erfahrung über die Brauchbarkeit von Lastautomobilen gewonnen, und das hätte auf die Art des Weiterbaus der Straße wohl auch Einfluß haben können.

Die Straße soll, wenn sie einmal fertiggestellt ist, 13—15 000 M. für das Kilometer kosten; das ist, glaube ich, eine etwas optimistische Schätzung, der Daten, die ich von anderer Seite erhielt, widersprechen; aber lassen wir sie einmal gelten. In Uganda habe ich eine Fahrstraße zwischen der Hauptstadt Entebbe und der Königsresidenz Kampala befahren, die 25 engl. Meilen lang ist und ständig von Automobilen benützt wird. Das Terrain ist weit ungünstiger als auf der Strecke Mombo-Same; es ist stark hügelig, geht durchweg durch bebautes Kulturland, und es regnet in dieser Gegend fast in jedem Monat des Jahres. Und trotzdem die Straße den Luxus aufweist, daß sie durchweg rechts und links mit verschiedenen Kautschukbäumen bepflanzt ist (Phuntumia, Hevea, Manihot), betrugen die Kosten nicht mehr als 70 L. für die engl. Meile, also etwa 870 M. für das Kilometer. Die Regierung baut aber noch andre Straßen in Uganda, die gleichfalls für Automobilverkehr dienen sollen, für 35 L. die engl. Meile; und die Straße zwischen Nairobi und Fort Hall, die durch ein von vielen Flüssen durchschnittenen, hügeliges Gelände geht, und auf der Automobile und Straßenlokomotiven anstandslos fahren, ja zurzeit aus seuchenpolizeilichen Gründen den Verkehr allein vermitteln, hat noch nicht 50 L. die engl. Meile gekostet.

Bei uns müssen nun die 600 000 M. Straßenbaupaufschale des Etats auch dazu dienen, andre halbfertige Straßen — dreiviertel fertig zu machen, und so kann also nur ein Teil dieser Summe jährlich auf den Straßenbau nach Same verwendet werden; man kann daher kaum damit rechnen, daß sie vor Ablauf von drei Jahren fertiggestellt sein wird. Nehmen wir an, daß bishin der Weiterbau der Bahn nach dem Kilimandjaro beschlossen ist und die Bahn Same bereits erreicht hat, dann ist die Automobilchauffee weiter nichts als eine lokale Zufuhrstraße Ostpares zur Bahn; aber auch als solche in der jetzigen Straßenführung nicht ganz brauchbar, da man natürlich an die nächstgelegene Station der Bahn zu kommen suchen wird, die Mkomasi und nicht Mkumbara ist. Es ist sehr fraglich, ob die Produktion von Ostpare die Einrichtung eines Automobilverkehrs lohnend machen kann; mit der Zeit ist wohl vielleicht daran zu denken, da die vom Paregebirge kommenden Flüsse Baumwollbau in einer gewissen Ausdehnung gestatten. Aber eine viel wichtigere Frage, die heute noch völlig unbeantwortet ist, wird die sein, ob dieser Verkehr zu den Erhaltungskosten der Straße in irgendwelchem Verhältnis stehen wird; wenn man sieht, wie bereits heute stellenweise der Busch den Straßendamm schon wieder überwuchert, wird man in dieser Beziehung recht skeptisch sein dürfen. Wenn nun aber in drei Jahren die Bahn Same noch nicht erreicht hat und der Bau der Bahn überhaupt vorläufig zurückgestellt wird, so wird auch dann die Straße für den Verkehr nach dem Kilimandjaro nur wenig Nutzen haben. Nehmen wir an, es wird ein Lastautomobilverkehr auf der Straße eingerichtet und die Güter werden auf der Station Mkomasi auf das Automobil umgeladen; in Same müßten sie

dann wieder einem andern Verkehrsmittel überantwortet werden. Wer wird das Risiko laufen wollen, ob er dort auch wirklich ein Transportmittel zur Weiterbeförderung findet? An das Anwerben von Trägern ist da nicht zu denken. Wenn es also den Buren besser paßt, bis nach Pangani zu fahren, so wird auch der Frachtverkehr notwendig diesen Weg einschlagen müssen. Und dies ist deshalb sehr wahrscheinlich, weil Frachtwagen, die vom Kilimandjaro kommen, um Produkte zur Bahn zu bringen, vermutlich die etwas weitere Reise nach Pangani einer Umladung in Same auf das Automobil vorziehen und mit ihren Preisen diesen Wettbewerb sehr leicht werden schlagen können. Ein Reisender, der etwa in der gewohnten Weise mit Trägern nach dem Kilimandjaro ziehen wollte — was ja erheblich schneller geht, als mit Burenwagen — würde natürlich an Zeit sparen, wenn er das Automobil bis Same benützte; es wäre aber für ihn ausgeschlossen, weil er die Träger doch von der Küste mitbringen müßte, da er in Same keine bekommt; er könnte sich also höchstens mit seinen Lasten und mit seinen Trägern auf das Automobil setzen, wozu dessen Tragkraft indes kaum ausreichen dürfte, ganz abgesehen von den Kosten. Daß die Buren mit ihren Wagen auf der neuen Chaussee fahren sollten, ist so gut wie ausgeschlossen, weil die Ochsen auf der chaussierten Straße stärker in Anspruch genommen werden und außerdem die Tsetsegefahr auf diesem Weg viel größer ist, als auf dem Westweg. So wird es wohl dabei bleiben, daß diese Straße, die mit einem Kostenaufwand von etwa zwei Millionen gebaut wird, ein Lokalweg für eine wenig bevölkerte und wenig produzierende Gegend bleibt, — falls die Straße überhaupt je fertig wird und falls man sie nicht nach ihrer Fertigstellung

nicht schließlich doch verfallen läßt; dann wird sie wieder das, was sie heute ist: ein Denkmal ostafrikanischer Verwaltungskunst und ein gigantisches Verkehrshindernis, — bis der gnädige Busch auch darüber zusammenschlägt.

Man kann es den Leuten am Kilimandjaro nicht übelnehmen, daß sie sich bei der Trostlosigkeit dieser Verkehrsverhältnisse auf deutschem Gebiet mehr und mehr der Verbindung über Voi an der englischen Ugandabahn zugewendet haben. Nach der Eisenbahndenkschrift des Kolonialamts soll ja auch der Kilimandjaro in die Verkehrszone der Ugandabahn fallen; auf der dies illustrierenden Karte ist die Farbe aber etwas zu weit geflossen, denn tatsächlich fällt nur ein kleiner Teil des Kilimandjaro in die Zone von 150 km Entfernung von der Bahn. Im übrigen zeigt sich gerade hier, wie sehr schematisch diese Auffassung von der Wirkungsmöglichkeit afrikanischer Bahnen ist; denn die Entfernung spielt eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle gegenüber der Frage des Beförderungsmittels. Eine Beförderung größerer Gütermengen durch Träger wäre hier z. B. ausgeschlossen, weil der Weg zwischen Taveta und Voi bei einer Gesamtlänge von 118 km eine zusammenhängende Durststrecke von etwa 75 km enthält, die außer in der Regenzeit vollkommen wasserlos ist. Durch das notwendige Mitnehmen von Nahrung und Wasser wird also der Transport an sich schon verteuert, ganz abgesehen davon, daß infolge dieses Umstandes und der immer noch starken Beunruhigung der Straße durch Löwen die Gegend bei Trägern nicht gerade beliebt ist. Nun haben Unternehmer in Marangu am Kilimandjaro zurzeit einen Verkehr mit Eselwagen und Lastkamelen eingerichtet, der aber doch mehr oder weniger von der Gnade der Engländer abhängt. Denn

z. B. für Ochsen ist der Weg wegen des in der deutschen Kolonie herrschenden Küstenfiebers — das übrigens gegenwärtig auf britischem Gebiet ebenfalls heimisch ist — schon seit langem gesperrt. Nun ist die Leistungsfähigkeit von Eseln nicht übermäßig groß und läßt sich natürlich mit der von Zugochsen gar nicht vergleichen; dadurch verteuert sich aber der Transport natürlich sehr, da man zum Fahren eines kleinen, wenig tragenden Eselwagens fast ebensoviel Leute braucht wie bei einem Ochsenwagen. Immerhin ist die Sache eine Erleichterung. Aber es ist klar, daß, je mehr dieser Weg in Aufschwung kommt, desto mehr die geschäftlichen Verbindungen des Kilimandjarogebiets von Tanga abgelenkt und Mombasa zugeführt werden, was für unsre Kolonie doch ein Verlust ist. Das allein ist natürlich kein Grund, eine Bahn zu bauen; wenn aber sonstige Gründe bereits für den Bau sprechen, so mag das doch auch ins Gewicht fallen. Die Engländer haben gewiß keinen Grund, dem Verkehr über Taveta-Voi irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen, da er ja ihrer Kolonie nur Vorteil bringt; durch die Herrichtung der Straße haben sie ja auch ihr Interesse an diesem Verkehr bekundet. Es lassen sich aber immerhin Umstände denken, unter denen ihnen die Einstellung dieses Verkehrs erwünscht erscheinen könnte, und dann hätten sie es durch eine einfache Verfügung, die aus veterinärpolizeilichen Gründen jeden Viehverkehr über die Grenze verbietet, jederzeit in der Hand, ihn sofort zu unterbinden.

Das einzige Heilmittel gegen dieses Verkehrselend ist die Fortführung der Usambarabahn nach Aruscha. Den Bau dieser Bahn kann aber nur die Entwicklung rechtfertigen, die das Kilimandjaro-Merugebiet nach Bau der Bahn dank seiner

natürlichen Bedingungen nehmen kann, nicht der heutige Stand der wirtschaftlichen Entwicklung. Denn es ist ungereimt, zu verlangen, daß es sich unter den heutigen Verkehrsverhältnissen entwickeln soll; man muß eher darüber staunen, was trotzdem schon geleistet worden ist. Daß das Gouvernement es schließlich lernt, billige und brauchbare Automobilstraßen herzustellen, kann man nicht abwarten. Jedes Verzögern des Bahnbaus schiebt die Entwicklung des Gebiets und damit auch den Zeitpunkt, wo die Bahn rentiert, hinaus. Ganz anders steht es, wenn man die Rentabilität einer solchen Bahn nach den gegebenen natürlichen Verhältnissen im Kilimandjaro-Meru-Gebiet bezweifelt oder glatt verneint; wer auf diesem, meines Erachtens unbegründeten, Standpunkt steht, der ist natürlich auch mit seiner Ablehnung der Bahn gerechtfertigt. Aber gerade dieser Standpunkt wird kaum von irgendeiner beachtenswerten Stelle vertreten. Im Reichstag hat die Bahn viele Freunde, und der Staatssekretär des Kolonialamts, von dem man annahm, daß er den Bahnbau ablehne, wies auf die 140 000 M. hin, die im Etat für Vorarbeiten zur Weiterführung der Bahn angefordert sind und den ernststen Willen beweisen, dem Weiterbau näherzutreten. An leitender Stelle in der Kolonie selbst werden allerdings für diesen Weiterbau Grundsätze aufgestellt, die zu einiger Kritik herausfordern. Der Gedankengang hierbei ist etwa folgender: die Ufambarabahn wirft zurzeit bereits Überschüsse ab, von denen das Kolonialamt in seiner Denkschrift eine Steigerung in den nächsten Jahren erwartet; in dem Maße nun, als diese Überschüsse die Möglichkeit geben, ein größeres Kapital zu verzinsen, soll die Bahn nach dem Kilimandjaro weitergebaut werden. Damit wird aber die Fortsetzung der Bahn von einem Faktor abhängig

gemacht, der mit der Rentabilität der hinzuzubauenden Linie nichts zu tun hat, nämlich von der wachsenden Prosperität des Anfangsteils. Je mehr Pflanzungen in Tanganital entstehen, je mehr Fracht sie der Bahn liefern, desto weiter kann man die Bahn bauen, — wenn man will, auch in die unfruchtbarste Wüste. Das ist weder wirtschaftlich noch kaufmännisch gedacht. Denn wenn ich eine Brücke über einen Fluß bauen will, so kommt es doch nicht in erster Linie darauf an, ob ich auf meiner Seite des Flusses etwas verdiene, sondern was auf der andern Seite zu holen ist.

Ähnlich liegt es aber bei der Fortführung der Usambara-bahn nach Aruscha; auch hier gilt es, eine Brücke über ein Gebiet zu schlagen, das voraussichtlich auf sehr lange Zeit hinaus nicht in der Lage sein wird, eine Bahn ausreichend mit Fracht zu versehen: das ist die Landschaft Pare. Im einzelnen liegen die Verhältnisse hier so: bis zu der vorläufigen Endstation Pangani durchzieht die Eisenbahn, wie ja auch die Denkschrift zugibt, brauchbares und fruchtbares Land, das größtenteils auch schon für Plantagenzwecke belegt ist. Von Pangani aus müßte die künftige Bahn bis Mabirioni noch etwa 20 km dem Pangani folgen, und man darf wohl annehmen, daß dieses Land gleichfalls günstige Bedingungen bietet; ein eigenes Urteil darüber habe ich nicht, da ich dem Ostweg gefolgt bin. Von da ab hat das Land bis Kahe, das an der Biegung des Pangani nach Osten liegt, auf einer Strecke von rund 120 km einen ziemlich gleichförmigen Charakter, wasserlose, unbewohnte Steppe, die dort, wo Flüsse aus dem Paregebirge kommen, von Eingeborenen-dörfern unterbrochen wird, deren Bewohner mit Hilfe künstlicher Bewässerung ein Areal von verschiedener Ausdehnung

bebauen. Die ganze Wassermenge wird wohl nirgends von den Eingeborenen ausgenützt; z. B. in Gonja am Ostabhang habe ich sehr ausgedehntes fruchtbares Land unbenutzt liegen sehen. An den meisten dieser Orte finden sich auch bereits europäische Unternehmungen, und insbesondere der Anbau der Baumwolle bei künstlicher Bewässerung dürfte hier Zukunft haben. Verschiedene Versuche damit haben quantitativ wie qualitativ glänzende Ergebnisse gehabt. Aber vorläufig wird es sich nur um verhältnismäßig kleine Flächen handeln, die hierfür in Frage kommen; es ist vielleicht nicht ausgeschlossen, daß man sie später einmal durch Anlage von Stauwerken sehr erheblich vergrößert. Wenn nun vorderhand dieses ganze Gebiet eine Bahn nicht genügend befrachten kann, so müßten die Betriebsüberschüsse der Ufambarabahn in dem Maße zurückgehen, als die Bahn weiter vorgestreckt wird. Schließlich würde dann der Weiterbau überhaupt auf Jahre hinaus ins Stocken kommen: um bei dem früher gebrauchten Bilde zu bleiben, die Brücke wäre zur Hälfte in den Fluß hineingebaut, drüben winkt das Verkehr heischende andre Ufer, man baut sie aber nicht weiter, weil man nicht genug von der eigenen Wirtschaft ersparen kann; in dieser Lage wird ein guter Rechner eben zunächst einmal Schulden machen, damit er nur erst die Brücke fertigstellen kann, und dann mag der Brückenzoll dazu dienen, die Schulden zu verzinsen und abzutragen. Einen gewissen Wert hätte allerdings der Weiterbau bis Same (74 km von der Endstation Pangani) insoferne, als dann der Wettbewerb mit der Ugandabahn aufgenommen werden könnte, und bei einigermaßen im Stand gehaltenem Wege von dort zum Kilimandjaro der ganze Verkehr nach den Bergen über die Ufambarabahn ginge. Aber dieses Resultat allein lohnt jedenfalls die Aus-

gabe eines Bahnbaus nicht; denn an den wirtschaftlichen Verhältnissen im Kilimandjaro-Merugebiet kann es nichts ändern, ob der ganze Verkehr nach Tanga, oder ein Teil davon über Voi nach Mombasa geht.

Die Hauptfrage bleibt also immer die Leistungsfähigkeit des Kilimandjaro-Merugebiets, und ob dieses die mindere Leistungsfähigkeit der hier erwähnten 120 km ausgleichen kann. Ich glaube, daß sich diese Frage sehr wohl bejahen läßt; die Bahn nach Tabora durchschneidet weit ausgedehntere Strecken minderwertigen Landes; so ist z. B. die ganze Strecke von Daresfalaam nach Morogoro, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sicherlich nicht besser als die Parestrecke. Das Bezirksamt in Moschi hat versucht, eine Statistik der Produktion für den Moschibezirk aufzustellen, die außerordentlich günstige Zahlen ergeben hat, wonach die Rentabilität der Bahn ganz außer Zweifel stünde; man wird den Wert solcher Aufstellungen nicht überschätzen dürfen, eine gewisse Grundlage können sie immerhin abgeben. Und wenn man auch in der amtlichen Denkschrift zur Begründung der ostafrikanischen Eisenbahnen auf derartige Schätzungen bei der Taborabahn verzichtet hat, so scheint mir doch, daß dort viel mehr auf die Zukunft und die Wirkungen der Bahn gestellt ist, als hier, wo man eine in Anbetracht der jetzigen Verkehrsverhältnisse erstaunliche Entwicklung bereits zu verzeichnen hat.

Bezüglich der durch die Eisenbahn möglichen Erschließung wird man immer zwei Punkte im Auge behalten müssen: erstens, daß es sich nie und nimmer darum handeln kann, die Produktionsmöglichkeit des Gebiets lediglich nach dem Umfange des in einer bestimmten Höhenlage vorhandenen „gefunden“ Landes zu bemessen; die Kulturmöglichkeiten

reichen hier viel weiter, weit in die Steppe hinein, und wenn erst einmal die Aussicht geboten ist, hier Geld zu verdienen, so werden sich auch die Leute finden, die ihr ohne Rücksicht auf die Höhenlage nachgehen. Zweitens gilt hier das Schema von dem 150 km-Umkreis, in dem nach der amtlichen Denkschrift das Land durch eine Bahn erschlossen werden soll, gar nicht. Denn dieses Schema ist auf die Beförderung auf Trägerköpfen zugeschnitten. Gerade dieses Beförderungsmittel würde hier aber meist versagen; so ist z. B. die 150 km-Zone bei der Ugandabahn in der ganzen ersten Hälfte, wo sie durch die wasserlose Steppe läuft, völlig illusorisch; in dem Augenblick, wo sie die gut bewässerten und tsetsefreien Hochländer erreicht, erweitert sich aber die Zone sofort, weil man dann ein andres, weiterreichendes Beförderungsmittel im Ochsenwagen hat. Daselbe gilt aber auch hier; eine Reihe von Plantagenkulturen, z. B. Sisal, vertragen noch nicht eine Entfernung von 50 km von der Bahn; Viehzucht kann aber auf eine Entfernung von weit mehr als 150 km rentabel sein, wenn sie tsetsefreie Verbindungswege auf nicht zu schwierigem Terrain zur Bahn hat. Hier ist nun entscheidend, daß bei Aruscha, aber auch eben erst dort, die Tsetsegegend überwunden ist, und man von dort aus bis zum Viktoriassee tsetsefreie Wege hat. So dehnt sich die Zone der Rentabilität für Rindviehzucht sehr weit aus, und auch die Schafwolle kann sicherlich einen Transport von mehr als 150 km im Ochsenwagen vertragen. Eine volle Wirkung der Bahn kann man sich daher auch erst versprechen, wenn sie Aruscha erreicht hat; dieses wird dadurch zum Verkehrsmittelpunkt des jetzigen Moschibezirks werden, und die Verlegung des Bezirksamts von Moschi, das ja auch heute schon etwas abseits liegt, nach Aruscha wird unbedingt notwendig.

Bei der Führung der Bahntrasse sollte man aber dem Eisenbahntechniker nicht allein das Wort lassen. Es kommt beim Bau afrikanischer Eisenbahnen nicht in erster Linie darauf an, zwei Punkte durch die kürzeste und technisch bequemste Linie zu verbinden, sondern darauf, möglichst viel Kulturland zu erschließen. Nun lehrt ein Blick auf die Karte, daß der nächste Weg nach Aruscha westlich von Kahe über Unteraruscha ginge, wo man auch verlorene Steigungen sowie die Überbrückung der tiefeingeschnittenen Schluchten am Kilimandjaro vermeiden würde. Aus dem erwähnten Gesichtspunkt heraus ist es aber unbedingt nötig, daß die Bahn den Pangani in der Gegend von Kahe übersetzt und dann möglichst dicht am Fuße des Kilimandjaro — nicht allzu tief unter der jetzigen Straße von Moschi nach Aruscha — verläuft. Die größere Länge der Strecke und die technischen Schwierigkeiten, die beide ja natürlich einige Mehrkosten verursachen, kommen gar nicht in Betracht gegenüber dem Vorteil, daß die Zufahrtswege von der Landschaft Moschi, insbesondere aber von der Ostseite des Berges — Marangu und Rombo — auf ein erträgliches Maß verkürzt werden.

Ist nun einerseits aus den angeführten Gründen der Bau der Bahn gerade bis Aruscha unbedingt nötig, so scheint mir für eine Fortführung über diesen Punkt hinaus vorläufig nichts zu sprechen. Der Standpunkt, den das Kolonialamt zu der Frage des Baus einer Konkurrenzlinie zur Ugandabahn einnimmt, ist durchaus verständlich und logisch. Wir können den Engländern nur dankbar sein, daß sie unsre Produkte vom See aus verfrachten, und die bescheidene Verzinsung der Ugandabahn, zu der wir etwas beitragen, dürfen wir ihnen wirklich gerne gönnen. Natürlich können sich Umstände ergeben, die

den Weiterbau ohne weiteres rechtfertigen, z. B. die Entdeckung reicher Goldfelder, die von Aruscha aus am leichtesten an den Bahnverkehr anzuschließen sind; Hoffnungen in dieser Beziehung sind ja nach den bisher gemachten Funden nicht ganz unbegründet. Wenn man damit auf eine geringe Distanz an den See heranrückt und die Verzinsung der Bahn aus dem sich bishin ergebenden Verkehr sowieso gesichert erscheint, kann man dann schließlich wohl die Verbindung nach dem See herstellen. Mit Rücksicht auf die Besiedlung erscheint mir aber ein rascher Ausbau einer solchen Bahn nicht einmal erwünscht, wenn sie auch wahrscheinlich jenseits des großen Grabens Hochländer erschließt, die zur Viehzucht geeignet sind und bis zu denen die Wirkung der Bahn nach Aruscha nicht mehr reicht. Denn wenn man die hier vorgetragene Ansicht teilt, daß wir vor allem gebildete Deutsche mit Kapital zur Erschließung des Landes nötig haben, dann wird man sich auch darüber nicht täuschen können, daß es einer gewissen Zeit bedürfen wird, um die durch den Bahnbau nach Aruscha gebotenen Möglichkeiten voll auszunützen. In dem Maße, wie sich hier der Erfolg einstellt, wird auch das verfügbare Siedlermaterial an Menge zunehmen. Die Pioniere mögen auch diesmal vorangehen und ihr Tätigkeitsgebiet in die Wildnis vorschieben. Wenn dann erst in späterer Zeit die Bahn nachfolgt, sind wir vielleicht so weit, daß wir auf Grund der gesammelten Erfahrungen gleich etwas Endgültiges schaffen, daß wir gewissermaßen eine Auslese geeigneter Siedler gleich hinschicken, während sich diese Auslese jetzt erst an Ort und Stelle vollziehen müßte.

V

Ausblicke in die Zukunft

Wenn in der bisherigen Darstellung der Standpunkt vertreten wurde, daß der Kleinsiedler, genauer ausgedrückt der kleinbäuerliche Siedler, weder in Ufambara, noch am Kilimandjaro und Meru Aussicht hat, als solcher zu bestehen, so mag man einwenden, daß dies doch nur ein beschränktes Gebiet und sicherlich der kleinere Teil der in der Kolonie zur Besiedlung geeigneten Hochländer sei; es könnte also in andern Teilen sehr wohl anders liegen. Ohne ersteres bestreiten zu wollen, hege ich gegen letzteres doch sehr erhebliche Zweifel. Denn ich lege den Hauptnachdruck auf den psychologischen Faktor, der in Uhehe oder in Kondeland nicht anders wirken kann, wie in Ufambara oder am Meru. Man kann dem vielleicht die Art entgegenhalten, wie sich seinerzeit in den Südstaaten von Brasilien (Sta Caterina, Rio Grande) die Besiedlung durch Deutsche vollzog. Die zogen damals in den Urwald und lebten jahrelang in reiner Naturalwirtschaft, bis sie so weit kamen, Produkte ausführen und verkaufen zu können; und sie sind im wesentlichen bis zum heutigen Tage Kleinbauern geblieben. Aber einerseits haben sich in den

letzten 60 Jahren die Ansprüche an das Leben auch seitens der untersten sozialen Schichten so gehoben, daß es heute niemandem einfallen wird, eine Existenz zu führen, bei der er auf alles und jedes, was er als Lebensgenuß zu betrachten gewöhnt ist, verzichtet; andererseits sind die Deutschen in Brasilien auch gezwungen, in der Kleinwirtschaft zu verbleiben, weil es ihnen an Arbeitskräften zur Ausdehnung ihrer Betriebe fehlt. Man müßte also schon auf die barocke Idee kommen, Kleinsiedler möglichst fern vom Verkehr und irgendwelchen Gegenden, wo sie Gelegenheit haben, sich eine bessere Existenz zu schaffen, anzusetzen, und ihnen auch Eingeborene, die ihnen als Arbeiter dienen könnten, fernzuhalten, damit sie so gezwungen sind, auf ihrer bescheidenen Scholle auszuhalten und sie auch selbst zu bebauen. Bringt man sie aber in die Nähe brauchbarer Verkehrswege, so werden die Tüchtigen unter ihnen in Uehe sicherlich ebenso besseren Erwerbsmöglichkeiten nachgehen, wie sie es am Meru tun würden, und die Kleinsiedlerkolonie würde schließlich eine Auslese der Untüchtigsten beherbergen, die gar bald denen, die sie herausgebracht haben, mit ihren Ansprüchen zur Last fiele.

Man könnte noch erwägen, ob nicht die Kleinsiedlung mit dem ausgesprochenen Ziel, den Leuten Gelegenheit zu geben, sich zu Besitzern mittlerer Betriebe emporzuarbeiten, also gewissermaßen als Sprungbrett, erwünscht sei. Nun ist die Sache ja aber auf keinen Fall sehr billig; und dann käme noch immer die Sorge hinzu, was man mit den Untüchtigen macht, die nicht vorwärts kommen. Wer aus eigenem Antrieb in die Kolonie geht und da scheitert, für den trägt niemand die Verantwortung; wer soll sie bei den Ansiedlern übernehmen, die die Regierung oder eine gemeinnützige Gesellschaft an-

geworben hat? Man kann es schließlich verstehen, wenn in einer Kolonie wie Deutschsüdwest, wo es fast eine Lebensfrage für uns ist, möglichst rasch so viel Deutsche dahin zu bringen, wie nur irgend möglich, die Regierung auch zu so verzweifelten Mitteln, wie Ansiedlerbeihilfen und künstlich ins Leben gerufenen Kleinsiedlungen, schreitet, aber für Ostafrika liegt zu derartigen Notbehelfen kein Anlaß vor. Die Regierung denkt verständigerweise nicht daran und die Kolonialgesellschaft wird sich wohl hüten, sich ein zweites Mal die Finger zu verbrennen. Damit ist die Frage der Kleinsiedlung nach ihrer praktischen Seite sowieso erledigt. Ob wir nun genügendes Material finden, um die Besiedlung mit dem Typus von Ansiedlern, den ich allein in Ostafrika für lebensfähig halte, durchzuführen, will ich am Schlusse dieses Abschnittes noch erörtern und mich zunächst der Frage zuwenden, ob wir denn damit, daß wir diesen Traum der kleinbäuerlichen Besiedlung endgültig zu den Toten legen, wirklich so erheblichen Verlust, sei es für die Kolonie oder für das Heimatland, erleiden.

Zunächst steht ja allerdings außer Frage, daß eine Besiedlung nach dem kleinbäuerlichen Typ mehr Deutsche in die Kolonie brächte, als die durch mittlere und große Grundbesitzer. Das hat gewiß in bezug auf die Befestigung unsrer Herrschaft gewisse Nachteile; denn wenn sich in einem Bezirk tausend waffenfähige Weiße befinden, so ist die Möglichkeit einer Auflehnung gegen die weiße Herrschaft in höherem Maße ausgeschlossen, als wenn es nur hundert sind. Aber dies würde sich doch immer nur auf die Hochländer beziehen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß hier auch schon eine dünnere Besiedlung genügen wird, um Aufstandsgelüste der

Eingeborenen zu unterdrücken; und was eine geringere Zahl von Weißen in der ganzen Kolonie an Nachteil brächte, ließe sich bis zu einem gewissen Grad durch ihre gleichmäßigere Verteilung auf das Gebiet wohl wettmachen. Es ist doch sehr bezeichnend, daß die wirtschaftlich am weitesten entwickelten drei Nordbezirke der Kolonie gar keine militärische Besatzung haben, obwohl es nicht die am dichtesten mit Weißen besetzten Bezirke sind; zum Teil mag dies ja aus der friedfertigeren Art der dort wohnenden Eingeborenen zu erklären sein; immerhin könnte man sich heute schon einen Aufstand in Westusambara nicht gut denken. Und mit der fortschreitenden Besiedlung des Kilimandjaro-Merugebiets wird sicherlich auch der Zeitpunkt kommen, wo man die jetzt in Aruscha stationierte Schutztruppenkompagnie beruhigt weiter ins Innere, etwa nach Iraku, wird verlegen können. Wenn man sich aber heute die Folgen eines Aufstandes in dieser Gegend ausdenkt, so hat man die Empfindung, daß ein selbständiger Ansiedler von richtigem Afrikanertypus – mag es nun ein Deutscher oder ein Bur sein – mehr für den Schutz der Interessen der Weißen dort bedeuten würde, als die gesamten Deutschrussen in Leudorf; denn Entschlossenheit und Unerfrockenheit bedeuten in solchem Falle mehr als die Zahl. Nicht ganz, aber doch zum Teil, ist diese Sache aber auch eine Geldfrage; denn wachsen die Einnahmen des Schutzgebiets infolge seiner steigenden wirtschaftlichen Produktion, dann kommt es ja auf eine Verkleinerung der Schutztruppe zu Ersparniszwecken nicht so an, und es wird auch trotzdem möglich sein, die finanzielle Unabhängigkeit der Kolonie zu erreichen.

Wie steht es nun mit der Schaffung von Ausfuhrprodukten, worauf doch schließlich die finanzielle Leistungsfähigkeit der

Kolonie beruht? Wird ein Land von 900 Hektar mehr exportfähige Produkte erzeugen, wenn es von einem kapitalkräftigen Besitzer bewirtschaftet wird, oder wenn dreißig Kleinsiedler darauf sitzen, von denen jeder 30 Hektar bebaut? Die Frage wird bekanntlich auch in europäischen Verhältnissen verschieden beantwortet. In Rußland mit seiner extensiven Landwirtschaft wird z. B. das zur Ausfuhr gelangende Getreide so gut wie ausschließlich vom Großgrundbesitz erzeugt. In Deutschland haben insbesondere die von der preussischen Ansiedlungskommission gemachten Erfahrungen gezeigt, daß der Kleinbesitz viel produktiver sein kann als der Großbesitz; dies freilich unter Zunutmachung der modernsten Errungenschaften des Genossenschaftswesens, die den Vorteil des Großgrundbesitzes in bezug auf arbeitsparenden Betrieb wettmachen. Konstruieren wir uns nun für Ostafrika ein ganz theoretisches Beispiel: von dreißig Familien, von denen die Rede war, soll jede in der Lage sein, auf ihren Besitz von 30 Hektar außer den in Naturalwirtschaft verbrauchten Erzeugnissen, noch irgendein Exportprodukt, Baumwolle, Kautschuk oder was es sein mag, zu ernten, das sie für 1000 M. jährlich verkaufen können; der Großfarmer auf gleichem Land müßte dann mit Unterstützung von zwei weißen Assistenten auf demselben Gebiet mindestens 1300 M. erzielen können, da ihm ja auch das Land zur Verfügung steht, das der Kleinsiedler für seinen und seiner Familie Unterhalt verwendet; dazu hätte der Großfarmer die Möglichkeit, Maschinen in ausgedehnterem Maße zu verwenden, beim Verkauf günstiger abzuschließen usw. Er würde also auf den 900 Hektar eine Brutto-Geldeinnahme von 39000 M. haben, von der er seine Assistenten, seine schwarzen Arbeiter, seine Maschinen usw. bezahlen müßte. Nehmen wir an, es bleiben

ihm als Reingewinn 15000 M., während der Kleinsiedler, da er selbst mitgearbeitet hat, also nicht soviel für Löhne zu bezahlen hat, von seinen 1000 M. 700 M. für sich übrig behält, die er für die Bestreitung der Lebensbedürfnisse, die er auf seinem Lande nicht befriedigen kann, verwendet. Man könnte nun sagen, daß der Großbesitzer zwar wohl mehr für die Ausfuhr erzeugt hat, daß aber andererseits der Kleinbesitzer seine Einnahme sogleich wieder für Einfuhrwaren ausgibt, und dies der Volkswirtschaft des Mutterlandes und der Kolonie in den davon erhobenen Zöllen sofort zugute kommt, während der Großbesitzer die 15000 M. wahrscheinlich nicht gleich verbraucht, sondern teilweise kapitalisiert. Für eine Kolonie, in der erfahrungsmäßig immer Geldmangel herrscht, ist zwar Kapitalsbildung auch keine üble Sache; wahrscheinlich steckt aber auch der Großbesitzer einen Teil des verdienten Geldes wieder in neue Unternehmungen in der Kolonie. Immerhin, wenn man solch eine Rechnung, wie hier, in der Kolonie praktisch verwirklichen könnte, so würden die Vorteile von Groß- und Kleinbesitz sich ziemlich die Wage halten. Aber in der Praxis könnten sich die Dinge leicht anders gestalten. Sobald wir annehmen, daß der Kleinsiedler nicht mehr für 1000 M., sondern nur für 600 M. Produkte zum Verkauf bringen kann, dann sinkt der Betrag, der ihm zur Befriedigung seiner europäischen Bedürfnisse übrig bleibt, so herab, daß ihm nur eine Existenz kümmerlichster Art möglich ist, während der Großbesitzer auch in diesem Falle noch ein sehr gutes Auskommen hat.

Ein Umstand, der auch die Verhältnisse der Heimat mit denen der Kolonie gar nicht vergleichbar macht, beruht auf den Arbeiterverhältnissen. Zu den unveränderlichen Vor-

stellungen von dem Siedlungsland in Afrika, wie es sein soll, gehört den Freunden der Kleinsiedlung, daß das Land so sein müsse, daß der Weiße dort auch schwere körperliche Arbeit leisten könne. Wenn man aber den Siedler dort nicht in eine Gegend setzen will, wo keine Eingeborenen leben oder leben wollen — also etwa auf den Kilimandjaro in 4000 m Höhe — so ist nicht recht einzusehen, warum der Siedler da gezwungen sein soll, schwere körperliche Arbeit zu verrichten, die doch hier naturgemäß dem Neger zufällt. Natürlich soll der Siedler jede Arbeit kennen, damit er sie dem Schwarzen richtig zeigen kann; in der gleichen Lage ist aber der Pflanzer oder Handwerker an der Küste in minder begünstigtem Klima auch. Gewisse Dinge, wie z. B. die Bedienung einer Mähmaschine, wird wohl noch für Jahre der Ansiedler selbst besorgen müssen und den Schwarzen nicht überlassen können, aber dies fällt doch nicht unter den Begriff schwerer körperlicher Arbeit. Wenn der Weiße da aber wirklich schwere mechanische Arbeit verrichten wollte, die der Eingeborene ebenso besorgen kann, so würde er nicht verständiger handeln, wie der Inhaber eines großen Geschäfts, der selbst Adressen schriebe und Marken aufklebte. Wenn man nun die Sache rein vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet und annimmt, daß der Großbesitzer mit zwei weißen Hilfskräften und 200 farbigen Arbeitern auch nur daselbe produziert, wie die dreißig Kleinbesitzer mit 150 farbigen Arbeitern, so liegt in letzterer Produktionsmethode doch eine gewisse Verschwendung von Arbeitskraft, weil der Weiße hier nicht ebenso ausgenützt ist, wie in ersterem Falle. Mit deutschen Verhältnissen fehlt da der Vergleichspunkt, weil hier zwischen dem Kleinbauern und dem Tagelöhner auf dem Gut doch nur ein geringer Abstand besteht, und ersterer sich

mit seiner selbständigen Arbeit auch nicht viel mehr verdient, wie letzterer mit seiner abhängigen.

Wenn man ferner gerade die Arbeit im Dienste des Weißen von erziehlicher Wirkung auf den Eingeborenen hält, dann wird man auch durchaus keinen Vorteil darin sehen, wenn Kleinsiedlung einen Teil der Arbeiter entbehrlich macht, die im Großbetrieb nötig sind. Daß die Einwirkung intensiver sein kann, wenn bei einem Kleinsiedler 5 Schwarze in Dienst stehen, als wenn ein Großbesitzer 200 beschäftigt, ist natürlich zuzugeben; auf der andern Seite steht aber wiederum die Gefahr einer ungeeigneten Eingeborenenbehandlung, die bei ungebildeten Leuten viel größer ist, als bei gebildeten. Wenn der Bur, den man ja im allgemeinen wohl zu ersterer Klasse rechnen muß, scheinbar davon eine Ausnahme macht, da man ihm sehr berechtigterweise zubilligt, daß er es gut versteht, mit Eingeborenen umzugehen, so wird dies durch eine Jahrhunderte alte Tradition leicht erklärt, über die aber natürlich der Kleinsiedler, der frisch aus Deutschland herauskommt, nicht verfügt.

Schließlich könnte man auf eine kleinbäuerliche Besiedlung auch in der Richtung Hoffnungen setzen, daß nun auf den Hochländern immer neue Generationen heranwachsen, die, an das Land angepaßt, schließlich das letzte Fleckchen der Kolonie, das sich zur Ausnützung durch Weiße eignet, in Besitz und unter Kultur nehmen würden. Diese Aussicht wäre gewiß sehr verlockend, aber ihre Erfüllung hätte zur Voraussetzung, daß schon die erste Generation von Siedlern so erhebliche Ersparnisse macht, daß sie die Söhne, die immer weiter hinausziehen, mit entsprechenden Mitteln ausstatten kann. Wir können Kapital zur Erschließung der Kolonie nicht

entbehren, und je mehr es in den Händen von Besitzern ist, die es persönlich in der Kolonie verwerten, desto besser. Dazu ist der Zusammenhang mit der Heimat unbedingt nötig. Wenn es aber dabei bliebe, daß die Kleinsiedlung stets nur wieder ihresgleichen erzeugte und sich dann allmählich ein gewisser Gegensatz zwischen den in bescheidenen Verhältnissen in den Bergen wohnenden Kleinsiedlern und den wohlhabenden Pflanzern des Tieflands herausbildete, dann könnte dies leicht zu einer politischen Gefahr auswachsen. Das Verhältnis einer weißen Kolonistenbevölkerung zum Mutterland bedarf sowieso sehr pfleglicher Behandlung; in Südwest ist es z. B. eine dringende Notwendigkeit, daß sich dort möglichst viel gebildete Elemente als Ansiedler niederlassen, die in gleichem Maße das geeignete Material für eine Selbstverwaltung abgeben, wie andererseits auch die Beziehungen zur alten Heimat aufrecht erhalten. Aber auch diese Ansiedler betrachten die Kolonie als ihre dauernde Heimat, sie sind mit den andern Farmern durch gemeinsame Berufsinteressen verbunden, soziale Gegensätze von besondrer Schärfe können sich da kaum ausbilden. Ganz anders stünde es, wenn in Ostafrika eine Pflanzerbevölkerung, die nur vorübergehend in der Kolonie weilt, in Gegensatz zu einer sesshaften Bauernbevölkerung träte, was um so leichter geschehen könnte, als hier die wirtschaftlichen Interessen in vieler Beziehung nicht identisch wären.

Vom Standpunkte der Kolonie wird der Verzicht auf Kleinsiedler jedenfalls zu ertragen sein; wie steht es mit der Heimat? Man begründet die Notwendigkeit des Besitzes von Kolonien in kolonialfreundlichen Kreisen gerne damit, daß sie nötigenfalls den Überschuss unsrer Bevölkerung aufnehmen,

Samaffa, Besiedlung.

8

der nicht mehr, wie in früherer Zeit, in die Fremde abfließen und uns verloren gehen soll; man hofft besonders in den Kreisen des handarbeitenden Proletariats die Abneigung gegen die Kolonialpolitik mit diesem Argument zu überwinden. Es gäbe indes andre triftige Gründe genug, die den Vorurteilsfreien überzeugen könnten. Südwestafrika kann vielleicht 100 000 Weiße aufnehmen; Transvaal mit dem einzigen Goldvorkommen der Welt zählt nicht mehr als 300 000. Auf den Hochländern Ostafrikas glaubt man bei Wahl des Kleinsiedlungstyps 70 000 Menschen unterbringen zu können. Man nehme meinetwegen das Doppelte an; was würden solche Zahlen bedeuten, wenn in Deutschland wirklich einmal eine Auswanderungsbewegung größeren Stils in Fluß käme?

Augenblicklich ist davon ja keine Rede; wir haben nicht nur keine Auswanderung, wir haben vielmehr in den letzten Jahren auch noch hunderttausende fremder Arbeiter aus dem Auslande herangezogen, da wir in Industrie und Landwirtschaft allein die vorhandene Arbeit nicht bewältigen können. Das ist vom nationalen Standpunkt unerfreulich und bedenklich, vom sozialen hat es die günstige Wirkung, daß es den Einfluß industrieller Krisen auf die Arbeiterschaft mildert, weil nun die Entlassung in erster Linie die fremdnationalen Arbeiter trifft und nicht deutsche Arbeiter zur Auswanderung gezwungen werden. Wenn wir aber in 10 oder 20 Jahren wieder in eine Periode mit starker deutscher Auswanderung eintreten sollten, als ein Volk, das sich um eine Million und einige Hunderttausend jährlich vermehrt, dann müssen wir auch der Tatsache klar ins Auge sehen, daß Länder, die insgesamt 2–300 000 Deutsche ernähren können, doch bestenfalls ein Tröpfchen auf den heißen Stein bedeuten. Hat doch schon in den 80er Jahren

des vorigen Jahrhunderts die Jahresauswanderung die Zahl von 300 000 überschritten. Und dann ist noch gar nicht in Betracht gezogen, daß, wenn diese beiden Kolonien sich wirklich für Kleinsiedlung eignen würden, doch auch in diesem Falle mit dem Hinausbringen der Ansiedler und ihrer ersten Einrichtung eine Menge Kosten verbunden wären. Endlich ist auch nicht jedermann dazu geeignet, und hier käme ja nur landwirtschaftlicher Kleinbetrieb in Frage. Was soll da der Industriearbeiter? An Kleinbauern werden wir vielleicht auch zu jener Zeit so wenig Überfluß haben wie heute; aus dem ganzen europäischen Osten ziehen wir heute das versprengte Deutschtum in unsre Ostmarken, weil wir in der Heimat nicht genügend Ansiedler für das national so bedeutsame Werk der Ansiedlungskommission finden. Hand in Hand geht aber damit eine allmähliche Aufteilung des Großgrundbesitzes; eine kleinbäuerliche, zur Auswanderung geneigte, Bevölkerung werden wir vielleicht auf Jahrzehnte hinaus nicht haben. Man täusche sich darüber nicht, daß wenn einmal die Frage der Auswanderung wieder an uns herantritt, es nicht ein so einfaches Problem sein wird, daß es selbst mit geeigneteren Kolonien, als wir sie besitzen, zu lösen wäre. Die Vereinigten Staaten werden uns dann verschlossen sein, denn schon heute zeigt sich, daß wir die wirtschaftlichen Krisen gemeinsam durchmachen. Die Zukunftsziele unsrer Auswanderung liegen dicht bei unsrer Grenze und weisen nach dem europäischen Südosten. Dort werden dereinst die Schlachten um die Eroberung deutschen Lands geschlagen werden – sei es nun, daß es sich um ein nationales Vordringen ohne politische Verschiebungen handelt oder daß die politische Landkarte eine Veränderung erfährt. Indes, jeder Tag hat seine Sorge, die

Auswanderungsfrage für die deutschen Massen ist keine von heute und morgen.

Aber wenn es in den Schichten unfres Proletariates einen negativen Druck gibt, der uns polnische und russische Arbeiter aus dem Auslande hereinsaugt, so gibt es einen starken positiven Druck in den sozialen Schichten, die man als Mittelstand im weitesten Sinne bezeichnen kann. Hier gibt es wirklich eine Überfüllung, die nach neuen Feldern der Betätigung drängt. Ich meine nicht nur den Kampf um Beamtenstellungen, die Überfüllung akademischer Berufe, die Schwierigkeit für den Kaufmann, zu einer auskömmlichen selbständigen Stellung zu kommen — ich glaube selbst dort, wo materielle Not nicht drückt, herrscht etwas wie Beschäftigungslosigkeit im Hinblick auf eine Betätigung, bei der auch wirklich das Herz dabei ist. Da sind die jüngeren Söhne von Kaufleuten und Industriellen, die ohne innere Berufsfreudigkeit Assessoren oder Offiziere werden, bloß weil es nun einmal die sozial angesehensten Berufe in unsrer Gesellschaft sind; an die Stelle der Berufsfreudigkeit tritt öde Streberei, materielle Lebensauffassung oder blasierte Gleichgültigkeit. Und dieses neidische Drängen um Futterplatz und Stellung gibt unserm öffentlichen Leben heute so oft einen kleinlichen und philiströsen Zug. Gerade das aber ist der große Segen des Kolonialbesitzes, wie wir ihn vor allem in England verkörpert sehen, daß dort der tatenfrohe junge Mann der besseren Gesellschaftsschichten ohne weiteres ein weites Feld der Betätigung in den Kolonien findet; fast jede Familie hat Angehörige draußen, nicht die Mißratenen, sondern die Unternehmendsten. Endlich unser Grundbesitzerstand, vor allem der preußische Kleinadel! Wer wollte die große Rolle leugnen, die er in der preußischen und

damit auch in der deutschen Geschichte gespielt hat; aber nichts kann über die Tatsache wegtäuschen, daß sein Einfluß und seine Bedeutung heute in dem stark industrialisierten Deutschland im Schwinden sind; und was vergangen ist, kommt nicht wieder. Würde dieser Adel nicht zu seinen besten Traditionen zurückkehren, wenn er noch einmal eine große kolonisatorische Aufgabe löste, wie er seinerzeit an der Kolonisation des deutschen Ostens den Hauptanteil gehabt hat? In diesen Kreisen lebt noch die Liebe zur Unabhängigkeit auf eigener Scholle; wie mancher mag sie im Herzen tragen, der bei „standesgemäßer“ Beschäftigung in seinem Beruf doch verkümmert. Was der Vater dem Sohne als Zuschuß oft bis in ein recht spätes Lebensalter geben muß, würde kapitalisiert ein recht hübsches Sümmden ausmachen und bei persönlicher Tüchtigkeit vollkommen ausreichen, um in den Kolonien eine gesicherte Existenz als Farmer oder Pflanzler zu begründen. Auch so mancher Rittergutsbesitzer befindet sich heute, trotzdem ja die Landwirtschaft in den letzten Jahren einen gewissen Aufschwung genommen hat, in wenig beneidenswerter Lage. Wenn jemand ein Gut hat, dessen Verkaufswert um 100 000 M. die Höhe der darauf ruhenden Hypothekschulden übersteigt, wenn er dabei in seiner Lebensführung gewissen sozialen Anforderungen entsprechen und überdies seine Kinder standesgemäß erziehen soll, so wird das Wort vom freien Mann auf eigener Scholle fast zur Ironie. Was könnte er mit dem ihm zur Verfügung stehenden Kapital alles in der Kolonie schaffen, wenn er persönlich tüchtig ist!

Das sind die Kreise, aus denen sich in Zukunft immer mehr der Ansiedler für unsere Kolonien rekrutieren muß. Sie kommen bereits – zunächst in bescheidener Zahl; sie werden noch in



großer Menge kommen. Wie war Südwest bei uns als unfruchtbare Wüste verschrien! Es bedurfte nur des an sich ja wenig erfreulichen Anlasses, daß der Krieg Tausende von Deutschen mit dem Lande bekannt machte, und die Besiedlung kam auf einmal in Fluß; unter den Siedlern aber befindet sich eine ganze Anzahl von Offizieren in guten Verhältnissen. Es weht ja frischer Seewind seit einigen Jahren in unserm Vaterlande; aber es dauert natürlich einige Zeit, bis alle Fenster und Türen ihm geöffnet werden. Dann wird sich manches wandeln; gesellschaftliche Vorurteile werden fallen, und die Fähigkeiten eines Menschen werden nicht mehr danach beurteilt werden, durch wie viele Examina er sich glücklich durchgebracht – oder durchgeschwindelt hat. Unfre Jungens werden frischere röttere Backen haben, und statt der unfruchtbaren philologischen Paukerei wird mehr Kenntnis des Lebens treten, wie es um uns flutet. Charakterbildung wird an die Stelle des Vollstopfens mit Wissen treten, das halbverdaut auch alsbald wieder vergessen ist, und dann wird auch ein tatendurstigeres Geschlecht unfre höheren Schulen verlassen, das bei der Wahl des Lebensberufs auch noch an andre Dinge denkt, als an die Auswahl zwischen den vier Fakultäten.

Wer die Zeichen der Zeit erkennt, der sieht, daß das alles im Werden ist; aber dem, der rasch vorwärts möchte, geht es freilich etwas langsam. Immerhin habe ich alle die Typen in Ostafrika gesehen, wie sie mir als die Vorbilder unfre Kolonialbevölkerung erscheinen: den jungen Mann, der schon auf der Penne von nichts anderm träumte, als dereinst Pflanze in einer deutschen Kolonie zu werden, und seine freie Zeit darauf wendete, sich alle möglichen Handfertigkeiten

anzueignen, die er dereinst als solcher brauchen könnte; den Kaufmannssohn, der dereinst das große väterliche Geschäft übernehmen soll, der sich aber zunächst in der Kolonie den Wind um die Nase blasen und vielleicht das Geschäft daheim Geschäft bleiben läßt, weil ihm der Wirkungskreis draußen besser gefällt; den Referendar aus reicher Familie, der Jura studiert hat – weil man eben Jura studiert, wenn man nichts besseres weiß – und dem das Protokollführen leid geworden ist, der nun hinausgeht und auf langen Jagdexpeditionen erst einen großen Teil der Kolonie kennen lernt, um sich dann an einem Punkt, der ihm besonders gefällt, als Pflanzer niederzulassen; den jungen Offizier, der seinen Abschied genommen hat, eine Frau heiratet, die sich prächtig für das koloniale Leben eignet, und nun in gesunder Gegend gleich in größerem Stil mit Viehzucht beginnt; endlich selbst den höheren Offizier, dem vor der öden Langeweile in irgendeinem Pensionopolis graut, und der trotz seines vorgerückteren Alters nun bloß mit seiner Pension als Rückhalt draußen eine neue Existenz beginnt, die ihm vor allem das bietet, wonach er sich am meisten sehnt: Arbeit. Vielleicht gestattet dieser Typus auch eine Variation. In Britisch-Ostafrika gibt es bereits Leute, die zu ihrem Vergnügen dort von ihren Renten oder von ihrer Pension leben. Der Gedanke wäre wirklich auch für unsre Kolonie nicht so grotesk. Nehmen wir einmal an, daß die Bahn nach Aruscha ausgebaut ist; warum sollte dann dort nicht ein Neu-Wiesbaden, ein afrikanisches Pensionopolis, entstehen? Sollte das Leben dort, in dem schönen gesunden Klima nicht für manchen Reiz haben, der es zu Hause mit einer knappen Pension mühsam fertig bringt, „standesgemäß“ zu leben? Wer sein Bedürfnis nach Alkohol einzuschränken

weiß, kann dort billig und gut leben, er kann sein Haus und seinen Garten haben, Gelegenheit zur Jagd und sich daneben noch eine kleine Pflanzung anlegen; das wäre eine Art von „Kleinsiedlern“, die man sich sehr wohl gefallen lassen könnte.

Einen Typus von Ansiedlern möchte ich unserm Schutzgebiet noch wünschen, der in Britisch-Ostafrika in einer Persönlichkeit wie Lord Delamere so prächtig vertreten ist. Ein Pair von England, den weder seine soziale Stellung noch seine Besitzungen nach England ziehen und der in Jahren kaum ein paar Wochen dort verbringt. Der geregelte Müßiggang eines englischen Grandseigneurs hat für ihn keine Reize. In der Kolonie hat er wirklich Vorbildliches geschaffen; die weiße Bevölkerung daselbst hat ihm viel zu danken. Denn er hat sich stets als der Kamerad jedes Ansiedlers gefühlt, der im Lande ehrlich vorwärts strebt; und seine soziale Stellung hat er nur dazu benützt, um den Wünschen der Siedler in der Heimat besondern Nachdruck zu geben. Lebt in unserm Hochadel auch noch dieser Tatendrang und dieses Gefühl der Unabhängigkeit, daß wir einmal ähnliches aus seinen Kreisen erwarten dürften?

Zu diesem Zuzug aus der Heimat würde sich der Zuwachs aus der Kolonie selbst gesellen: der frühere Plantagenassistent, der sich in hartem Ringen aus eigener Kraft zum selbständigen Pflanzer emporgearbeitet hat, der ehemalige Beamte, Offizier oder Unteroffizier der Schutztruppe. Auch sonst könnten wir aus Afrika selbst wertvollen Zuzug gewinnen. Im ganzen englischen Südafrika leben Deutsche, teils in größeren Siedlungen, teils als einzelne Farmer verstreut. Die meisten haben es zu etwas gebracht; ein großer Teil von ihnen gleitet ohne ernstlichen Widerstand allmählich in englisches Wesen hinüber,

und die nächste Generation ist uns wohl endgültig verloren. Aber in manchen lebt doch ein stilles Heimweh und die Sehnsucht nach einer deutschen Umgebung; und wenn sie das alles in kolonialen Verhältnissen haben könnten, wie sie sie gewöhnt sind, und sie die Möglichkeit eines auskömmlichen Daseins da sehen, so würden sie gerne kommen. Aber freilich genießen unsere Kolonien im englischen Gebiet einen üblen Ruf, als seien Beamte und Offiziere da allmächtig und behandelten die Ansiedler als Menschen zweiter Klasse; darin steckt manche Übertreibung, die von den Engländern natürlich gerne genährt wird, einige Berechtigung zu solchem Urteil ist aber immerhin vorhanden, und der, der aus Südafrika kommt, hat wohl mitunter Anlaß den Kopf zu schütteln. Aber das alles sind keine unabänderlichen Dinge, und je dichter die Kolonie besiedelt ist, desto leichter werden sie beseitigt werden. Im einzelnen werde ich in einem folgenden Abschnitt noch eingehender darauf zurückkommen.

Aus all den hier angeführten Elementen muß sich schließlich ein gemeinsamer Typ des ostafrikanischen Siedlers herausbilden, für den ich kein besseres Vorbild weiß, als den englischen „Gentleman“. Ich muß mich rechtfertigen, wenn ich hier nach dem fremden Vorbild greife; es geschieht wahrhaftig nicht aus Auslandsfucht oder Englandanbetung. Man hat es oft versucht, das Wort „Gentleman“ zu übersetzen und hat damit nie Glück gehabt; denn an das Wort knüpft sich auch ein Begriff, der bei uns bestenfalls erst in Entwicklung ist. Das Gentleman-Ideal des Engländers wurzelt in seinen besten germanischen Eigenschaften. Bei uns hat jede soziale Schicht, jede Kaste ihren eigenen Ehrbegriff und beinahe auch ihre eigenen Umgangsformen; in England ist beides der ganzen

Oberschicht der Nation gemeinsam. Und wenn der sozial Niedererstehende mit dem Höherstehenden verkehrt, so braucht der erstere den Männerstolz nicht durch Rauheigkeit zu markieren, er behandelt den andern mit ruhiger Selbstverständlichkeit als seinesgleichen. In Britisch-Ostafrika bestehen zwischen den Ansiedlern und der Beamtschaft scharfe Gegensätze, aber der gesellschaftliche Verkehr wird davon gar nicht berührt. Wenn irgendwo bei uns, so kann sich in einer Kolonie solch eine einheitliche Gesellschaft von „Herren“ bilden, wenn mit diesem Wort vielleicht doch eine, wie mir wohl bewußt ist, anfechtbare Übersetzung des englischen „Gentleman“ gewagt werden darf.

Dieses koloniale Deutschtum wird in seiner Art auch etwas eigenes sein, wenn es sich auch nicht durch Inzucht fortpflanzt und einer beständigen Auffrischung aus der Heimat bedarf. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die Ansiedler auf Familiengründung verzichten müssen und es in Ostafrika geborene Generationen von Deutschen niemals geben wird. Zunächst wird ja ein Teil davon in jenen Hochländern leben, die man stets zu dauernder Niederlassung von deutschen Familien geeignet betrachtet hat. Hierbei hat man freilich die Bedeutung der Meereshöhe in bezug auf die klimatischen und hygienischen Verhältnisse sehr überschätzt. Eine Höhengrenze für Fieber, wo die Anopheles-Mücke nicht mehr existieren kann, wird es wohl geben, sie liegt aber sicher der Grenze, die für die wirtschaftliche Betätigung des Weißen selbst gezogen ist, ziemlich nahe. Daß die Grenze bei 1000 oder 1200 m liegt, wie man vielfach annahm, ist eine Fabel. Es gibt am Kilimandjaro in Höhen von über 1400 m Fieber, in Britisch-Ostafrika auch in noch größerer Höhe. Ebenfogut wie es aber in dieser

Höhe vorkommen kann, wenn die Wasserverhältnisse aus natürlichen oder künstlichen Ursachen die Entwicklung der Mücke begünstigen und Gelegenheit zu ihrer Infektion durch Fieberkranke gegeben ist, kann man sich das Fieber in weit niedrigeren Lagen fernhalten, wenn die Örtlichkeit dazu einigermaßen günstig ist und man die geeigneten Maßnahmen trifft, um den Mücken keine Gelegenheit zur Fortpflanzung zu geben. Ich habe gar nicht weit von der Küste in ganz niedriger Lage einen Pflanzler getroffen, der schon mehrere Jahre mit Frau und mehreren Kindern da wohnt, ohne irgendwie vom Fieber heimgesucht zu werden. Im zweiten Abschnitt wurde auch schon darauf hingewiesen, wie sich den Ansiedlern, die Pflanzungen im Tiefland haben, doch an vielen Orten die Gelegenheit bietet, in den Bergen zu wohnen, oder mindestens ihre Familien dort dauernd wohnen zu lassen. Wenn sich freilich der Neuling, der eben hinauskommt, nicht gleich mit der Sorge für eine Familie belastet, so wird er in den meisten Fällen sehr gut daran tun, obwohl ja andererseits eine tüchtige Frau ihm seine Aufgabe auch sehr erleichtern kann.

Mit den Hindernissen, die einer Familiengründung entgegenstehen, ist es also nicht so arg; der Pflanzler ist dabei in einer viel günstigeren Lage als der Beamte und der Offizier, bei denen noch andre Momente mitsprechen — vor allem seine Bewegungsfreiheit, die durch die Sorge um eine Familie oft sehr behindert sein kann. Ich hebe dies hervor, weil ich gegenüber der Neigung mancher Kreise, auf das Hinausfenden möglichst vieler verheirateter Beamten und Offiziere zu drängen, die obigen Bemerkungen nicht ohne weiteres verallgemeinert sehen möchte. Auch bezüglich des Pflanzers möchte ich eine Einschränkung machen: es wird sehr viel darauf ankommen,

daß er seine Frau in einigermaßen geordnete Verhältnisse bringt. Es wird natürlich auch Frauen geben, die das Leben in einem Lehmhaus und bei Entbehrung jedes Komforts kürzere oder längere Zeit aushalten können. Im ganzen und großen werden sie es aber natürlich eher zu büßen haben, als die Männer; und gegen die Folgen solcher Entbehrungen ist das Hochland auch kein Allheilmittel. Dem Fieber sind seine größten Schrecken genommen, seitdem man seine Ursachen kennt und Mittel hat, ihm einigermaßen vorzubeugen. Die hygienischen Verhältnisse in der Kolonie haben sich bisher schon außerordentlich gebessert und werden es sicherlich auch in Zukunft tun. Manches kann seitens der Regierung geschehen, um dies zu beschleunigen; darauf komme ich noch zurück. Im übrigen stelle ich mir natürlich die wirtschaftliche Lage des Ansiedlers in Ostafrika so vor, daß sowohl er selbst, wie auch seine Familie, sich von Zeit zu Zeit einen Aufenthalt in Deutschland, wie auch die Erziehung der Kinder von einem gewissen Alter an daselbst leisten kann. Für die Knaben, auf die es ja im Hinblick auf ihre spätere Tätigkeit in der Kolonie vor allem ankommt, wird dies ein großer Segen sein; sie mögen die Sehnsucht nach ihrer ostafrikanischen Heimat im Herzen tragen, für ihre Charakterbildung aber ist es sicherlich von Vorteil, wenn sie ihre Entwicklungsjahre in Deutschland verbringen. Und dadurch werden auch die Gefahren vermieden werden, von denen insbesondere England in seinen Siedlungskolonien bedroht ist: daß dort die Kulturentwicklung ihren eigenen Weg geht und sich so allmählich eine Entfremdung von der alten Heimat vollzieht.

Wenn die Besiedlung des Schutzgebiets im wesentlichen der Initiative des einzelnen überlassen bleiben soll, der auf eigene

Gefahr hinauskommt und sich da sein Fortkommen sucht, so ist damit schon gesagt, daß weder die Regierung, noch eine Privatgesellschaft, es in der Hand hat, ein bestimmtes Gebiet direkt zu besiedeln. Aber die Regierung kann sehr viel in der Richtung tun, daß sie durch eine entsprechende Verkehrspolitik und angemessene Verwaltungsmaßregeln die Besiedlung vorbereitet, wie denn auch alle ihre sonstigen Maßnahmen davon beeinflußt sein müssen, ob sie eine derartige Erschließung der Kolonie durch Weiße will oder ob sie die Kolonie für eine Eingeborenenkolonie hält, in der die Tätigkeit des Weißen nur vermittelnd, nicht produktiv ist. Dies muß sich in der Eingeborenenpolitik und in der ganzen Art der Verwaltung des Schutzgebiets spiegeln, und davon wird noch ausführlich zu handeln sein. Hier will ich nur noch die Frage kurz berühren, welche Gegenden für eine ausgedehntere Besiedlung durch Weiße außer dem bereits besprochenen Usambara und dem Kilimandjaro-Merugebiet zunächst in Frage kämen. Da wird man vor allem Uhehe die Aufmerksamkeit zuwenden müssen, mindestens von dem Zeitpunkt ab, wo die Zentralbahn Mpapua erreicht; von dort aus läßt sich Iringa in etwa zehn Tagemärschen in verhältnismäßig günstigem Terrain durch tsetsefreies Gebiet erreichen, was von dem nähergelegenen Kilossa aus nicht der Fall ist. Zunächst käme Uhehe wohl nur für Viehzucht in Betracht. Wird der Verkehr durch Herstellung eines guten Weges erleichtert, so ist nicht einzusehen, warum rationelle europäische Viehzucht dort nicht möglich sein sollte. Ist man einmal so weit, daß ein starker Überschuß an Vieh für den Verkauf vorhanden ist, dann könnte in Mpapua, ebenso wie dies für Aruscha später zu erwarten ist, ein Verwertungsunternehmen für Fleisch ent-

stehen, dem nicht nur von Uhehe, sondern auch aus dem Innern mit der Bahn Vieh zugeführt wird. Nimmt die europäische Viehzucht, insbesondre auch die Schafzucht, in Uhehe eine günstige Entwicklung, so sind die Bedingungen für den Bau einer Zweigbahn nach Iringa gegeben, die später ihre Fortsetzung nach dem Nyassa finden könnte.

Wird die Bahn nach Aruscha gebaut und Uhehe und vielleicht auch der nördliche Teil des Irambaplateaus von der Zentralbahn aus einigermaßen erschlossen, so öffnet sich dem Unternehmungsgeist weißer Siedler ein weites Gebiet, umsomehr als ja gleichzeitig die nähere Umgebung der Zentralbahn starke Anziehungskraft ausüben wird. Für eine Reihe von Jahren wird dies dem zu erwartenden Zuzug von Ansiedlern genügen, während die Regierung reichlich zu tun haben wird, allen billigen Anforderungen zu entsprechen, die in bezug auf Wegebau und Intensität der Verwaltung an sie in solchen, von Weißen stark besiedelten Gegenden gestellt werden müssen. Sollte, wofür ja einige Anzeichen sprechen, die Tätigkeit des Weißen in den leitenden Kreisen unsres Kolonialamts in absehbarer Zeit wieder mehr gewürdigt werden, dann werden sich ja natürlich auch die einzelnen Bezirksamter bemühen, Ansiedler heranzuziehen, um dadurch ihren Eifer zu bekunden. Wie sich bisher schon da und dort Weiße in der Kolonie, weit entfernt von jedem Verkehrsweg, niedergelassen haben, so wird dies gewiß auch in Zukunft der Fall sein. Wenn das Bezirksamt solche Leute unterstützt, soweit dies in seinem Machtbereich liegt, so ist dagegen gewiß nichts zu sagen; wenn sich jemand aber in bezug auf die Möglichkeit, dort Absatz für seine Produkte zu finden oder sich auf andre Weise bar Geld zu beschaffen, enttäuscht fühlen und nun unter Berufung auf

den Wert weißer Besiedlung die Regierung oder die Öffentlichkeit zu Hause zu weitgehenden Maßnahmen zur Erschließung des betreffenden Teils der Kolonie auffordern sollte, so müßte er taube Ohren finden. An der Verzettelung von Kräften hat die Kolonie bisher genug gelitten; es ist höchste Zeit, daß einmal ein Beispiel energischer Zusammenfassung aller Kräfte gegeben wird, zur Erschließung der Gebiete, die nach Schaffung der Bahnen die besten Aussichten zu rascher wirtschaftlicher Entwicklung bieten.



VI

Europäer- oder Eingeborenenkulturen?

Für die Politik, die wir in unsrer Kolonie befolgen, muß es von entscheidender Bedeutung sein, ob wir die Tätigkeit des Weißen als einen wesentlichen Faktor in der wirtschaftlichen Produktion ansehen, es für wünschenswert halten, daß eine möglichst große Zahl von Weißen in der hier dargelegten Weise als Besitzer von Land den Produktionsprozeß leitet, oder ob wir der Ansicht sind, daß dies besser dem selbständigen Eingeborenen zu überlassen ist. Der Gegensatz Eingeborenen- oder Plantagenkulturen trifft den Kern der Sache nicht ganz; es muß besser heißen: Eingeborenen- oder Europäerkulturen? Man hat sich in kolonialpolitischen Kreisen, insbesondere des Reichstags, dem Dilemma so entziehen zu können geglaubt, daß man sagte: man müsse das eine tun und das andre nicht lassen, es könnte sehr gut beides nebeneinander bestehen. Das ist an sich zwar richtig, es enthebt aber nicht der Notwendigkeit, zu der Frage doch Stellung zu nehmen; denn es ist natürlich ein großer Unterschied, ob man die Eingeborenenkulturen als das Wünschenswerte, die Europäerkulturen nur als

einen Notbehelf betrachtet, oder umgekehrt. Alle Maßregeln der Verwaltung werden davon mehr oder weniger beeinflusst sein. Die Auffassung, die in diesem Buche vertreten wird, kann nach all dem bereits hier Vorgetragenen nicht gut zweifelhaft sein; es scheint aber doch nötig, auch die für den andern Standpunkt vorgetragenen Gründe hier kurz durchzugehen.

Man kann diese Gründe in ethische und praktische scheiden. Für die Würdigung beider ist die Stellung wichtig, die man zur Rassenfrage einnimmt. Zunächst also über diese ein paar Worte. Gelegentlich stößt man auch bei Leuten, die den hier vertretenen Anschauungen sehr nahe stehen, auf Redensarten, wie die: man dürfe den Vorsprung einer 2000jährigen Kulturentwicklung, die wir vor dem Neger voraus hätten, nicht übersehen. Das ist nicht der springende Punkt; denn unsere Kulturentwicklung ist nur eine Folge dessen, was wir vor dem Neger voraus haben: eine andre geistige Organisation, mag man diese nun auf eine transzendente Ursache im philosophischen Sinne zurückführen oder auf das physiologische Substrat der bei den beiden Rassen verschiedenen Gehirnstruktur. Jedenfalls würden auch schon vor 2000 Jahren unsere germanischen Vorfahren, trotz des Mangels einer „Kultur“ sich bestens dafür bedankt haben, die Neger als ihresgleichen zu betrachten, und bekanntlich haben sie auch schon damals auf die Ansprüche der Römer, die sich auch auf ein paar Jahrhunderte Kulturentwicklung berufen konnten, die sie vor ihnen voraus hätten, anders reagiert, als die Neger heute auf das gleiche Verfahren unsererseits. Nun kann man natürlich, wie dies die Entwicklungslehre tut, die Ansicht vertreten, daß auch die geistige Organisation einer Rasse, gerade so wie ihre körperliche, allmählich entstanden, also wandelbar ist. Sei es nun aber, daß

Samaffa, Befiedlung.

9

dazu außerordentlich lange Zeiträume erforderlich sind oder besondere Bedingungen, wie etwa eine nachdrückliche Wirkungsmöglichkeit der natürlichen Zuchtwahl: es ist bisher jedenfalls kein Beweis dafür erbracht worden, daß ein Volk in geschichtlicher Zeit seine geistige Konstitution verändert habe. Es wird z. B. doch kaum jemand behaupten wollen, daß die Kulturhöhe, auf der wir angelangt sind, von einer höheren geistigen Organisation Zeugnis ablege, als die der alten Griechen. Wir haben die uns adäquate Kulturentwicklung zeitlich später durchgemacht und durch das uns Gemäße etwas Neues geschaffen; es wäre aber eine starke Überhebung, es als etwas Höheres zu bezeichnen, es sei denn, daß man Kultur und Zivilisation verwechselt.

Wenn sich nun die geistige Veranlagung einer Rasse mindestens innerhalb von Zeiträumen, die für eine geschichtliche Betrachtung, wie für die praktische Politik gleicherweise in Frage kommen, nicht ändert, dann hat es auch keinen Sinn, den Neger das „einholen“ lassen zu wollen, was wir vor ihm voraus haben. Dann kann es sich höchstens darum handeln, ihm die Teile unsrer Kultur und – hauptsächlich wohl – unsrer Zivilisation mitzuteilen, die er nach seiner vererbten geistigen Veranlagung aufnehmen kann, und deren Aneignung nicht im Widerspruch zu der Stellung steht, die wir ihm im Wirtschaftsleben der Kolonie zuweisen. Damit entfällt von selbst ein Ziel der Einwirkung der weißen Rasse auf die schwarze, selbst wenn dieses Ziel, was vom dargelegten Standpunkt des Rassenunterschiedes bestritten werden muß, überhaupt erreichbar wäre: sie unsern Kulturvorsprung mit unsrer Hilfe einholen zu lassen, ihnen dann aber – logischerweise – das volle Selbstbestimmungsrecht wieder zu geben, zu dessen vernünfti-

gem Gebrauch sie dann ja auch ganz befähigt sein müßten, da sie sich ja in nichts mehr von uns unterscheiden. Derartigen Utopien haben die Missionen, insbesondrer in früheren Zeiten, nachgejagt, sich aber in letzter Zeit, angesichts der doch allzudeutlich sprechenden Tatsachen, mehr und mehr zu vernünftigeren Anschauungen bekehrt.

Damit sind wir bei dem Standpunkt angelangt, daß der Neger für „ewige Zeiten“ der Vormundschaft des Weißen bedarf, und daß wir ihm unser Gesetz auflegen; und das ist gleichbedeutend mit der Rassenherrschaft und dem von der herrschenden Rasse auf die unterworfenen ausgeübten Zwang. Wie die Missionen das mit der christlichen Lehre und der allgemeinen Brüderlichkeit in Einklang bringen, ist ihre Sache. In der Praxis kommen auch sie um den Zwang nirgends herum und sehen es insbesondrer sehr gerne, wenn er von dritter Seite zu ihren Gunsten ausgeübt wird. Ich brauche kaum zu sagen, daß der von der herrschenden Rasse ausgeübte Zwang nichts zu tun hat mit dem Zwang, den wir als Mitglieder einer Kulturgemeinschaft täglich erleiden, indem wir uns den Interessen der Gemeinschaft unterordnen müssen; denn hier fügen wir uns aus freier Einsicht in das Notwendige, empfinden letzten Endes die Herrschenden als die Vollstrecker des Willens der Gesamtheit, als deren Teil wir in der einen oder der andern Weise unsere Meinung und unseren Willen auch zur Geltung bringen können.

Indem wir den Neger beherrschen, legen wir ihm, selbst wenn wir keine materiell egoistischen Absichten dabei haben das auf, was wir, nicht das, was er für gut und nützlich hält. Wenn sich aber unser ethisches Empfinden mit der Ausübung des Zwanges gegenüber der schwarzen Rasse abfinden kann,

so wird es sich lediglich darum handeln, welchen Grad seiner Anwendung wir für berechtigt halten. Im allgemeinen verurteilen wir wohl alle, ohne Unterschied der Weltanschauung, die Sklaverei; immerhin haben sich die christlichen Kirchen auch mit ihr jahrhundertlang abgefunden. Aber es ist nicht gerade die Freiheitsbeschränkung, die dem in Sklaverei befindlichen Individuum auferlegt ist, die unserm humanen Empfinden am meisten zuwiderläuft, sondern die Grausamkeiten, mit denen dieser Zustand, insbesondere aber die Beschaffung der Sklaven, vielfach untrennbar verknüpft war. Wäre ersteres der Fall, so könnte doch eine „humane“ Regierung, wie die unsre, das Bestehen der Sklaverei, wie es in unsrer Kolonie noch auf eine beträchtliche Zeitspanne gesetzlich gesichert ist, nicht einen Augenblick dulden, die öffentliche Meinung in Deutschland müßte sich ungestüm dagegen auflehnen; da aber anerkanntermaßen die bestehende Hausklaverei zu ungebührlich grausamer Behandlung der Sklaven nicht führt und in diesem Fall die Regierung die Möglichkeit zum Einschreiten hat, finden wir uns damit ohne Widerspruch ab; in der Beschränkung des freien Willens der Sklaven sehen wir weiter kein Unglück. Ja mit Rücksicht auf unsre Herrschaftsinteressen erleichtert die Regierung den Freikauf von Sklaven nicht allzusehr, weil sie dadurch eine Schädigung der materiellen Interessen der Araber, der früheren Herren des Landes, fürchtet, die sie lieber zu Freunden als zu Feinden der deutschen Herrschaft machen will. Wir handeln damit jedenfalls vernünftiger als die Engländer, die aus rein sentimentalen Gründen in Britisch-Ostafrika und Zanzibar die Sklaverei als gesetzlichen Zustand aufgehoben haben. Im übrigen dürfen wir ja auch nicht vergessen, daß in der Antisklavereibewegung prak-

tisch-materielle Beweggründe immer eine große Rolle gespielt haben. So schon im amerikanischen Bürgerkrieg die Frage der „poor whites“ in den Südstaaten; späterzeit in der Kapkolonie das nationale Moment der Unterdrückung der holländischen Bewohner; und in der ganzen Bekämpfung des Sklavenhandels die Erwägung, daß an eine Erschließung des schwarzen Kontinents durch die weiße Rasse solange nicht gedacht werden kann, als der Sklavenraub das Land periodisch verwüstet und entvölkert. Letzten Endes hat die humane Flagge den Machtkampf gedeckt, den wir mit den Arabern um die Beherrschung eines großen Teils Afrikas geführt haben.

Die Grenzen, die ethische Rücksichten der Anwendung des Zwanges gegenüber den Eingeborenen ziehen, sind also ziemlich weit; sie liegen etwa in der Forderung, jede Grausamkeit bei seiner Anwendung den Eingeborenen gegenüber zu vermeiden, ihnen nicht unnötigerweise Schmerzen zu bereiten, eine Forderung, die ein gebildeter Mensch ganz allgemein gegenüber Mensch und Tier vertreten wird. Eine weichliche Ausartung dieses Humanitätsgefühls wäre es aber, wenn wir fordern wollten, ihnen überhaupt keine Schmerzen zu bereiten, was mitunter in dem Verlangen nach Abschaffung der Prügelstrafe gipfelt. Wir müssen zur Erreichung staatlicher Zwecke den Mitgliedern unserer Gemeinschaft auch gar oft Schmerzen zufügen; in welcher Form dies nun z. B. die Strafrechtspflege tut, hängt doch vor allem davon ab, welche ihr am zweckmäßigsten erscheint. Innerhalb der erwähnten Grenzen, die unser ethisches Empfinden der Anwendung des Zwanges gegenüber den Eingeborenen zieht, werden im wesentlichen auch Gründe der Zweckmäßigkeit zu bestimmen haben, in welcher Form und bis zu welchem Grade wir vom Mittel des Zwanges

Gebrauch machen. Hier altruistische Politik zu treiben, ist der Staat gar nicht berechtigt; seinen Staatsangehörigen gegenüber hat er die Aufgabe, im Kampfe egoistischer Interessen ausgleichend zu wirken und die Bürger zu, im gewissen Sinne, altruistischer Hingabe an die großen Zwecke der Gemeinschaft zu erziehen; der Außenwelt gegenüber ist er der verkörperte Egoismus. In Betätigung dieses Egoismus haben wir Kolonien erobert, in denen wir kraft des Rechts des Stärkeren herrschen. Den Auftrag zur Ausübung dieser Herrschaft erhalten die Regierungsorgane nicht von den unterworfenen Völkern, sondern vom deutschen Volke; hat doch selbst im Deutschen Reiche der Selbsterhaltungstrieb des Staates dazu geführt, daß er sich gegen seine nichtdeutschen Angehörigen wenden muß, und so nicht die Gesamtheit seiner Untertanen, sondern nur die Interessen seiner deutschen Staatsangehörigen die Richtung seiner Politik bestimmen. Auch für unsere Politik in den Kolonien kann nur das deutsche Interesse maßgebend sein, dem eben die unterworfenen Eingeborenen nutzbar gemacht werden.

Die neuerdings in unserer ostafrikanischen Kolonie befolgte negrophile, das Interesse der Eingeborenen in den Vordergrund schiebende Politik, sucht sich denn auch, wenn sie die Anwendung von Zwangsmitteln zu dem Zwecke, die Eingeborenen zur Lohnarbeit bei Weißen zu veranlassen, zurückweist, durch Zweckmäßigkeitsgründe zu rechtfertigen. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß jeder Zwang zu einer Beunruhigung der Eingeborenen führe, die sich dann bei guter Gelegenheit in für uns sehr kostspieligen und die Kolonie in ihrer wirtschaftlichen Produktionskraft auf Jahre hinaus schädigenden Aufständen Luft mache. Demgegenüber kann man darauf hin-

weisen, daß dies wohl den Anstoß zu Aufstandsgelüsten geben kann, daß aber erfahrungsgemäß Aufstände nur dann ausgebrochen sind, wenn die Neger aus uns wahrscheinlich wenig, ihnen sehr, einleuchtenden Gründen annahmen, stark genug zu sein, um unsre Herrschaft abschütteln zu können; alles, was sie als ein Zeichen unsrer Schwäche auslegen, wird sich ihnen stets als ein solcher Grund darstellen. Weit mehr wird jedoch in der Erörterung das Argument in den Vordergrund geschoben, daß der Neger auch ohne Anwendung von Zwang zu bewegen sein werde, Ausführprodukte zu erzeugen, und daß wir auf diesem Wege viel eher zu dem erstrebenswerten Maximum von Produktion gelangen werden, als durch Ausübung irgendeines Zwanges zur Arbeit beim Europäer. Auf dem Wege dieser Hoffnung kommen wir dann zur Bewertung des Eingeborenen als dem „wichtigsten Aktivum“ unsres Kolonialbesitzes, was sich gut macht, weil es trocken kaufmännisch und nicht sentimental klingt.

Beweisen läßt sich die Sache natürlich leicht; etwa nach folgendem Muster: fünf Leute streiten sich darüber, was das Wichtigste an einer Fabrik sei; der eine meint, der Besitzer, aus dessen Initiative und mit dessen Kapital sie entstanden ist, der zweite sagt, die Beamten, der dritte die Arbeiter, der vierte die Maschinen, da führt der fünfte sie alle ad absurdum, indem er einer bestimmten Schraube an der Dampfmaschine diese Rolle zuweist, die man bloß herauszunehmen brauche, um die ganze Fabrik mit einem Schlage zum Stillstand zu bringen. Probatum est. Daß wir den Neger zur Erzeugung von Werten in der Kolonie nötig haben, ist noch nie von einem Menschen bestritten worden, der seiner fünf Sinne mächtig war; wenn man aber fragt, was der wertvollste Be-

standteil der Bevölkerung des Schutzgebietes ist, so braucht man sich doch nur anzusehen, was es denn hervorgebracht hat, bevor der Weiße da die Herrschaft übernahm, und was überhaupt die Leistungen der schwarzen Rasse sind? Ich meine, es kann wirklich nicht zweifelhaft sein, zu welchem Resultat man dann kommt. An sich würde ja ein Streit kaum lohnen; wenn aber diese übertriebene Wertung der Eingeborenen zu einer Politik führt, die die Eingeborenenkulturen weit überschätzt und sie zum Rückgrat der Wirtschaft unsrer Kolonie machen will, dann wird dies eine sehr ernste Sache, man kann sagen, die brennendste Frage unsrer ostafrikanischen Kolonialpolitik.

Auch in unsrer Kolonie erzeugen Eingeborene Produkte für die Ausfuhr. Ein großer Teil davon beruht aber auf Raubbau; das gilt vor allem vom Kautschuk, teilweise auch von den Tierhäuten und vom Wachs. Daß mindestens die Ziegen im Gebiet des Victoria-sees lediglich geschlachtet wurden, weil der Preis für die Haut etwa den Preis des Tieres deckte und man den Braten noch umsonst dazu hatte, wurde mir von allen Kennern der Gegend versichert; dadurch wurde aber der Kleinviehbestand der Gegend über Gebühr vermindert; das hier gewonnene Geld war also kein Einkommen einer geordneten Wirtschaft, sondern ein Verbrauch von Kapital. Von mancher Seite wird das Gleiche auch in bezug auf das Großvieh behauptet. Jedenfalls ist die Ausfuhr von Häuten in letzter Zeit sehr erheblich zurückgegangen. Genau genommen kann man nur von den Erdnüssen, die von Schirati und Muansa aus ausgeführt werden, als einem bisher ins Gewicht fallenden Erzeugnis einer geordneten Eingeborenenkultur reden. Sie hat von 1905 auf 1906 um rund

eine Viertel Million Mark im Werte zugenommen*); und auf dieser Tatsache, sowie dem Umstand, daß die Eingeborenen dieses Produkt Tagereisen weit herbeischleppen, um es zu Markt zu bringen, beruht im wesentlichen die Hoffnung des Kolonialamts, die Kolonie durch Eingeborenenkulturen wirtschaftlich zu erschließen und die Bahnen daselbst rentabel zu machen. Man könnte dies wegen der dabei bewiesenen Einseitigkeit am besten als Wanyamwesi- und Erdnußpolitik bezeichnen.

Tatsächlich wird hier eine ganz unzulässige Generalisierung vorgenommen. Denn wenn es natürlich einerseits gewisse Grenzen der Befähigung gibt, die der Neger nie überschreiten wird, so bestehen andererseits innerhalb dieser Grenzen doch wieder sehr große, auf Rassenanlage oder „Geschichte“ – wenn man davon in afrikanischen Verhältnissen sprechen darf – beruhende Verschiedenheiten. Im allgemeinen werden Stämme, die jahrhundertlang unter der Fuchtel von Herrenstämmen oder mächtigen Sultanen standen, sich bereits mehr an regelmäßige Arbeit gewöhnt haben, als andere, die einer straffen Beherrschung entbehrten. Die Wanyamwesi und Wassukuma sind als ein nicht sonderlich begabter, aber gutmütiger und für afrikanische Verhältnisse arbeitsamer Menschenschlag bekannt. Wie wenig aber Verallgemeinerungen angebracht sind, darüber kann schon eine Fahrt mit der Ugandabahn

*) Erst nachdem dies geschrieben war, erschien die Denkschrift des Kolonialamts über die Entwicklung des ostafrikanischen Schutzgebiets im Etatsjahr 1907/08, der zu entnehmen ist, daß in diesem Jahr infolge von Trockenheit und schlechter Ernte die Ausfuhr am Victoriafee um 154 000 M. zurückgegangen ist; über die Seehäfen hat sie um 28 000 M. zugenommen. Auch hier zeigt sich, welchen Schwankungen diese Produktion unterliegt – im Gegensatz zu den meisten Plantagenprodukten.

und von deren Endpunkt mit dem Dampfer nach Uganda belehren.

In einem kürzlich erschienenen geistvollen Buche, das in dem über Ostafrika handelnden Abschnitte aber wohl mehr die Reflexe der Ansichten anderer, als eigene Reflexionen wiedergibt, schreibt Walther Rathenau:

„Ein Mann wird gerne bereit sein, für ein Stück Baumwollenzug eine Woche zu arbeiten, lehnt er es ab, einen Monat oder mehr darum zu werben, so ist hierdurch Mangel an Bedürfnisfähigkeit nicht bewiesen.“

Wenn man mit der Ugandabahn von den Höhen des westlichen Grabenrands heruntersteigt, so kommt man in die Landschaft Kavirondo. Seit etwa sieben Jahren braußt das Dampfroß durch die Gegend; an Arbeitsgelegenheit fehlt es wahrhaftig nicht, und der Bewohner dieser glücklichen Gefilde brauchte wirklich höchstens durch die Arbeit von ein oder zwei Tagen um ein Stück Baumwollenzug „zu werben“. Die Bewohner von Kavirondo lehnen dies aber ab, weil sie kein Bedürfnis nach dem Baumwollenzug haben; ihre Damen laufen noch heute in paradiesischer Nacktheit, nur mit einer Perlenchnur um die Lenden bekleidet, herum, und die Männer tragen allerhöchstens einen Fellschurz – nach europäischen Anstandsbegriffen auf der falschen Seite. Und das tun sie wirklich nicht aus besondrer Bosheit; alle Reisenden, die früher ihr Land durchzogen, wie nicht minder die englischen Beamten, die heute mit ihnen zu tun haben, rühmen sie wegen ihres guten Charakters, sie sind wahre Muster von Bescheidenheit, Keuschheit, Wahrheitsliebe und Gastfreundlichkeit. Der wahre Menschen- und Negerfreund könnte nichts besseres tun, als ihnen die Hände aufs Haupt zu legen und

das bekannte Heinesche Gedicht dazu aufzufügen. Aber Bedürfnisse haben sie eben nicht und fühlen sich in ihrem paradiesischen Zustand außerordentlich wohl.

Der bequeme Dampfer führt den Reisenden hinüber in das andre Gestade des Sees zu den Waganda. So weit die Kenntnis dieses Landes durch Weiße reicht, waren sie immer tadellos in Rindenstoffe gekleidet; als seinerzeit der englische Captän Luggard die sudanesischen Soldaten Emin's mit ihrem Anhang von mangelhaft bekleideten Weibern nach der Residenz Kampalla brachte, fühlten sich die Waganda durch diesen Anblick aufs äußerste „shockiert“ und führten bei Luggard Beschwerde über diese Verletzung ihres Schamgefühls. Die Waganda sind größtenteils Christen, ein Teil hängt dem Islam an, die Heiden sind auf dem Aussterbeetat; die Kenntnis des Lesens und Schreibens ist bei ihnen sehr verbreitet, es gibt sogar schon eine größere Zahl von Sparkassen. Schon vor der Ankunft der Europäer hatten sie ein Ministerium und ein Parlament, was den König allerdings nicht hinderte, seinen Untertanen hie und da Ohren und Nasen abschneiden zu lassen und andre Grausamkeiten zu begehen. In Flechtwerkarbeiten und zierlichem Häuserbau sind sie geradezu Meister. Im allgemeinen gelten sie aber, sehr im Gegensatz zu den unschuldigen und unbekleideten Wakavirondo, für frech, verlogen und diebisch. Ein Engländer sagte mir, es wäre gefährlich, einen Mganda als Koch zu haben, da sie hervorragende Giftmischer seien; und ein englischer Beamter, den ich fragte, wozu die Leute ihre Kenntnis des Lesens und Schreibens benützten, sagte mir, sie wollten alle Schreiber beim Gouvernement werden und keine Handarbeit mehr verrichten. Für die Ausfuhr erzeugt das fruchtbare und in

kolonialen Werken stets mit dem Epitheton des „reichen“ geschmückte Uganda noch herzlich wenig, obwohl die Verkehrsverhältnisse doch mindestens ebenso günstig sind, wie für das Hinterland von Muansa und Schirati. Die Regierung hat kürzlich begonnen, die Baumwollkultur der Eingeborenen mit allen Mitteln zu fördern; die „Cotton Growing Association“ zahlte für die geerntete Baumwolle bisher Ermunterungspreise, bei denen sie selbst Verlust hat; ob also die Baumwolle als Eingeborenenkultur da eine Zukunft hat, steht noch sehr in Frage.

Solche Gegensätze vereinigen sich hier auf einem verhältnismäßig beschränktem Gebiet. Allerdings haben die Waganda etwas fremde Blutbeimischung wahrscheinlich abessynischer Herkunft; der somatische Typus des Volkes ist auch eigentümlich unausgeglichen, neben Leuten mit fast edler Gesichtsbildung findet man auch die rohesten Negertypen. Die breite Grundlage der Bevölkerung bildet indes zweifellos die Banturasse, wie ja auch die Sprache eine reine Bantusprache ist. Bei der Frage der Eingeborenenkulturen bedarf es aber gar keiner so schroffen Gegensätze, wie sie sich zufällig hier auf verhältnismäßig kleinem Raum finden, um ihr je nach der Bevölkerung des betreffenden Landstrichs ein ganz verschiedenes Gesicht zu geben. Die Erdnüsse wachsen doch an der Küste, im Hinterland von Tanga, den Landschaften Bondei und Handei, mindestens ebenfogut wie in Unyamwezi; die Handelsstatistik für 1906/07 und 1907/08 weist aber bei den beiden Häfen Tanga und Pangani bei der Position Erdnüsse einen Strich auf; über Lindi und Mikindani ist sie in Zunahme begriffen.

Auch sonst kann man hier in bezug auf Eingeborenen-

kulturen recht interessante Beobachtungen machen. Auf dem Marsche zwischen Buschirihof und Lewa in der Landschaft Bondei traf ich Ende Mai 1908 verschiedentlich kleine Manihotwäldchen, die einen recht vernachlässigten Eindruck machten, indes immerhin eine ganze Anzahl vier- bis fünfjähriger zapfreifer Bäume enthielten. Sie waren seinerzeit auf Befehl der Regierung von den Jumben für ihre Dörfer angelegt worden und sollten den Beginn einer Eingeborenenkultur in dieser Gegend vorstellen. Nur in einem dieser Wäldchen sah man ein paar Bäume mit Spuren einer erfolgten Anzapfung; da hatte der Jumbé seine Leute zum Zapfen gezwungen und den Erlös wohl in seine Tasche gesteckt. Vor einiger Zeit war er gestorben, und seitdem lag das Wäldchen gänzlich ungenutzt, bis es dann schließlich mit Zustimmung des Bezirksamts von einem weißen Pflanzer gekauft wurde. In allen andern Fällen waren die Bäume völlig unberührt; nun herrschte um diese Zeit gerade großer Nahrungsmangel, fast Hungersnot in der Gegend, da die letzte kleine Regenzeit ausgeblieben und die während der eben beendeten großen Regenzeit gepflanzten Feldfrüchte noch nicht reif waren; aus einem der Dörfer, bei dem sich eine solche Kautschukpflanzung befand, kamen die Leute zu dem Leiter einer benachbarten großen Plantage und bettelten ihn um Geld oder Nahrung an, da sie sonst verhungern müßten; sie erhielten zur Antwort, daß sie doch ihre Kautschukbäume zapfen und den Kautschuk zu einem ihnen genannten, sehr anständigen Preis an die Plantage verkaufen sollten; sie zogen ab und ließen sich nicht mehr sehen. Auch der Hunger war nicht imstande, ihre Abneigung gegen die Arbeit zu überwinden.

Anderswo kann es wieder besser gehen. Im Bezirk

Morogoro wurde mir von einem guten Kenner des Bezirkes versichert, daß die Bahn eine ganz außerordentliche Veränderung bei den Eingeborenen der Uluguruberge bewirkt habe; während noch vor zwei Jahren die Bevölkerung dort fast unbekleidet herumging, müßte man jetzt schon stundenweit gehen, um ein Frauenzimmer zu sehen, das nicht ebenso wie an der Küste mit bedruckten Baumwolltüchern (Kangas) bekleidet sei; und der starke Absatz, den der Weiterbau der Bahn jetzt in Morogoro schaffe, veranlasse die Eingeborenen, die Anbauflächen für Negerhirse (Mtama) ganz bedeutend auszudehnen. Andererseits kann man z. B. bei den Wakikuyu in der Umgebung von Nairobi den Zustand sehen, daß die Eingeborenen ganz fleißig Produkte nach der Stadt bringen, der Verkehr daselbst aber anscheinend besondere Begehrlichkeit nach den Schätzen Europas in ihnen nicht weckt, denn die Weiber gehen dort nach wie vor in halbgegerbte Häute gekleidet, die ihnen wenig ästhetisch um den Leib schlottern und wohl auch kaum einen genügenden Schutz gegen die in dem Gebirgsland oft recht empfindliche Kälte abgeben. Ähnliche Verhältnisse findet man am Meru und in den meisten Landschaften am Kilimandjaro, wo die gemachten Ersparnisse meist zum Ankauf von Vieh verwendet werden.

Die Verhältnisse sind also außerordentlich verschieden. Aber wenn die Regierung sich einmal dazu entschlossen hat, die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie auf Eingeborenenkulturen zu stellen, so wird sie sich kaum damit abfinden können, weite und meist gerade die fruchtbarsten Teile des Landes brach liegen zu lassen und dann wird — ob man es in Berlin will oder nicht — der Zwang gegenüber den Eingeborenen zur Anwendung kommen. Nehmen wir z. B.

an, daß sich längs der Taborabahn nicht die Entwicklung vollzieht, die man erhofft, und die versprochene Rentabilität ausbleibt oder sogar Zuschüsse erforderlich sind. Dann wird das Kolonialamt beim Gouvernement in Daresalam anfragen, warum es denn mit den Eingeborenenkulturen nicht vorwärts gehe, das Gouvernement bei den Bezirksämtern; jeder Bezirksamtman wird wissen, daß er an der vorgeetzten Stelle für um so tüchtiger gilt, je mehr er die Eingeborenenproduktion in seinem Bezirk zu steigern versteht. Und von der freundlichen Zusprache an die Akiden und Jumben wird er, falls dies nichts nützt, gar bald zum mehr oder minder sanften Zwang übergehen; häufig wird sich allerdings auch schon der den schwarzen Verwaltungsorganen ausgesprochene Wunsch nach unten in der Form des Zwanges fortpflanzen. Gerade damit hat aber die Regierung recht üble Erfahrungen gemacht. In den Nordbezirken erzählt man sich immer noch schmunzelnd die schon vor einer Reihe von Jahren vorgekommene Geschichte von dem Leiter des Bezirks Wilhelmstal, dem die Buckel der Rinder in Westusambara gar nicht gefallen wollten und der es für dringend nötig hielt, daß die dortige Viehrafse durch europäisches Blut aufgebeßert werde. So ließ er denn aus Europa Bullen kommen und befahl den Wambuggu (ein zwischen den Waschambaa wohnender viehzüchtender Stamm Westusambaras), ihre Kühe nur vom europäischen Stier decken zu lassen. Aber den Wambuggu wiederum gefiel der Buckel ihrer Rinder so ausnehmend gut, daß sie um keinen Preis wollten. Da sollten sie denn zu ihrem Glücke und zu des Landes Wohlfahrt gezwungen werden, und der Bezirksgewaltige ordnete an, daß alle Wambuggubullen kastriert werden sollten. Das aber paßte den Wam-

buggu nicht, es kam zum Aufruhr und dem ewig denkwürdigen „Bullenkrieg“, der glücklicherweise sehr unblutig verlief.

Daß die Bestrebungen, bei den Eingeborenen die Baumwollkultur einzuführen, bei dem letzten großen Aufstand in den Matumbibergen eine Rolle spielten, ist bekannt und seitens der Regierung zugegeben. Man hat dann später freilich gesagt, es sei gar zu ungeschickt angestellt worden; aber die Regierung legt bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen, die sie in die Hand nimmt, ein hervorragendes Maß von Ungeschick an den Tag, weil es ihr eben an den geeigneten Organen hierfür fehlt. Man muß zufrieden sein, wenn ein Bezirksamtman ein guter Verwaltungsbeamter ist; man kann von ihm nicht auch noch verlangen, daß er ein tüchtiger Landwirt und ein gerissener Kaufmann sein soll. Und selbst wenn alle diese Vorbedingungen erfüllt wären, so liegt die Gefahr eines solchen Verfahrens doch klar auf der Hand. Wenn die Behörde dem Eingeborenen empfiehlt oder ihn in irgendeiner Weise dazu zwingt, auf die Plantage eines Weißen zur Arbeit zu gehen, so kann sie ihm sagen: „Wenn du soviel Wochen dort arbeitest, wirst du soviel Lohn erhalten“, und kann die Einhaltung des Versprechens wohl einigermaßen überwachen. Wenn sie ihm aber sagt: „Wenn du dein Feld mit Baumwolle bestellst, so wirst du nach einer gewissen Zeit soviel ernten und soviel dafür an Geld erhalten“, – wie kann sie dafür die Verantwortung übernehmen, daß nicht Schädlinge in die Baumwolle kommen, daß die Ernte nicht verregnet oder der Eingeborene irgendwie sonst durch höhere Gewalt um den in Aussicht gestellten Gewinn kommt? Wie kann die Regierung, z. B. wenn sie die Eingeborenen durch sanften Druck dazu

bestimmt, Manihot anzupflanzen, dafür gutstehen, daß der Kautschuk in drei Jahren, wenn die Bäume zapfreif werden, überhaupt noch einen Preis hat, daß er nicht vielleicht durch irgendein Kunstprodukt ersetzt ist oder ähnliches? Daß derartige auch der Vertreter der Regierung nicht wissen kann, dafür hat der Neger natürlich kein Verständnis; ihm gegenüber muß er der Allwissende scheinen, soll er sich nichts vergeben. Und das Endresultat ist dann bestenfalls eine Schädigung der Autorität der Regierung bei den Schwarzen.

Den Kernpunkt der Frage: ob Eingeborenenkultur, ob Europäerkultur? trifft dies alles indes nicht. Es ist sehr wohl möglich, daß man es auf diese oder jene Art dahin bringt, die Eingeborenenkulturen erheblich auszudehnen, vielleicht auch die Zentralbahn mit Erdnüssen so reichlich zu befrachten, daß sie ihr Anlagekapital verzinst. Das Ziel unsrer Wirtschaftspolitik in der Kolonie kann es aber doch nicht sein, ein gewisses Quantum von Ausfuhrprodukten in ihr zu erzeugen, sondern wir wollen möglichst viel erzeugen und suchen eben den rationellsten Weg dazu. Da ist denn entscheidend, auf welchem Wege pro Einheit der Fläche und Einheit der Arbeitskraft mehr erzeugt wird. Die Antwort darauf fällt aber ganz außerordentlich zugunsten der europäischen Plantagenwirtschaft aus – womit ich immer Pflanzungen unter Leitung von Weißen, also sowohl große wie mittlere Betriebe, Gesellschaften wie selbständige Pflanzler meine. Ich will das an einem Beispiele zeigen, das sich durchaus auf tatsächliche Verhältnisse stützt. Nehmen wir an, ein Mann arbeitet auf einer Kautschukpflanzung als Zapfer 200 Tage im Jahr. Als durchschnittliche Tagesleistung, die aber bei einiger Übung leicht übertroffen wird, nimmt man $\frac{1}{2}$ Pfund

Samassa, Befiedlung.

10

trockenen Kautschuks an; dafür wird ganz allgemein ein voller Tagelohn bezahlt, also bei dem in Tanganital üblichen Lohnsatz von 12 Rupie monatlich, 40 Heller = 53 Pf. Der Mann erzeugt also im Jahr 100 Pfund Kautschuk, der bei einem Preise von 3 M. das Pfund in Hamburg und 2,50 M. an Ort und Stelle einen Wert von 250 M. im Jahre vorstellen würde. Dabei hat der Arbeiter selbst 106 M. verdient und überdies 165 Tage im Jahre für sich übrig behalten, in denen er sein eigenes Feld bestellen kann, soweit dies nicht schon durch sein Weib geschieht. Es bleibt ihm also auch zum Faulenzen noch genügend Zeit übrig. Der hier aufgeführte Verdienst stellt aber keineswegs eine Höchstgrenze vor; bei einiger Geschicklichkeit, die durch Übung leicht erworben wird, kann er es pro Tag auch bis auf $\frac{3}{4}$ Pfund bringen, die ihm natürlich entsprechend höher bezahlt werden; und da das Zapfen keinerlei großen Körperkräfte erfordert, können sich daran auch Weiber und halbwüchsige Kinder leicht beteiligen. Trotzdem könnte die eigene Wirtschaft die für den Neger normale Nahrung erzeugen, da es ja in der Negerlandwirtschaft lange Pausen gibt und die Leute während der Zeit der Bestellung und Ernte der Kautschukpflanzung fernbleiben und sich der Arbeit auf ihrem Felde widmen können. Der Ertrag des Bodens stellt sich bei Manihot nach sehr niedriger Schätzung auf 250 Pfund auf das Hektar; unter Zugrundelegung des obengenannten, recht niedrigen Preises erzeugt also das Hektar Ausfuhrprodukte im Werte von 625 M. Nicht viel anders würde sich die Berechnung für Sisal stellen; es ist aber da nicht so einfach, wie beim Kautschuk, der Geldwert der Leistung des eingeborenen Arbeiters zu berechnen. Ins Gewicht fällt beim Sisal indes, daß er auch auf Böden noch Ertrag liefert, auf

denen z. B. Erdnüsse kaum oder nur sehr kümmerlich gedeihen würden.

Wie stellt sich nun die Rechnung für Erdnüsse? Einem Aufsatze im „Agricultural Journal of British East Africa“ entnehme ich, daß man bei guter Bearbeitung des Bodens auf einen Ertrag von etwa 1000 Kilo auf das Hektar rechnen kann; in der vom Kolonialamt veröffentlichten Statistik des ostafrikanischen Handels wird das Kilo Erdnüsse am Victoria-see mit 10 bis 13 Pf. bewertet. Der Ertrag eines Hektars würde also dort, falls die Pflanzung unmittelbar am See liegt, mit 100 bis 130 M. zu berechnen sein. Bei der primitiven Art des Ackerbaus des Negers ist aber gar nicht daran zu denken, daß er etwa ein Hektar mit Erdnüssen bepflanzen könnte, da er ja auch für seine Nahrung sorgen muß. Selbst ein halbes Hektar dürfte zu hoch gegriffen sein; nehmen wir aber so viel an, so erlöst er, wenn er wirklich – was wahrscheinlich auch zu hoch angenommen ist – 500 Kilo darauf erzeugt, am Hafenplatz des Victoria-sees etwa 60 M. im Jahre dafür. Nehmen wir an, er wohne 90 km vom Hafen entfernt – die Denkschrift des Kolonialamts behauptet, daß Erdnüsse noch auf eine Entfernung von 150 km zum See gebracht werden – so braucht er drei Tage, um 30 Kilo dahin zu tragen; beide Schätzungen sind sehr günstig, weil man im allgemeinen rechnet, daß eine Trägerkarawane 25 km im Tage macht und ein Träger etwa 25 Kilo trägt. Rechnet man, daß er einen Tag am Hafenplatz bleibt, so ist er 17 Wochen im Jahre unterwegs, um sein Produkt an den Mann zu bringen, also ein Drittel des Jahres. Alles in allem wird seine Arbeit beträchtlich die des Kautschukzapfers in der Manihotpflanzung übersteigen, an barem Verdienste erzielt er aber wenig mehr als die Hälfte. Er würde

10*

sich also als Plantagenarbeiter im Küstenbezirk erheblich besser stehen. Er würde sich bei geringerer Arbeitsleistung aber auch besser stehen, wenn ein Weißer in seiner Gegend trotz der Entfernung von 90 km vom Hafen sich entschließen könnte, eine Manihotpflanzung anzulegen, und er nun statt Erdnüsse zu bauen, bei ihm als Zapfer tätig wäre; es wäre auch dann noch volkswirtschaftlich eine viel rationellere Ausnützung des Bodens und der Arbeitskraft des Eingeborenen; denn bei dem höheren Wert des Produkts würde die Jahresleistung eines Arbeiters noch nicht ganz zwei Trägerlasten ausmachen, gegenüber 17 Lasten bei Erdnüssen, und die dadurch in Wegfall kommende unproduktive Arbeit des Transports könnte in produktive Arbeit verwandelt werden.

Wenn es nun auch ausgeschlossen ist, daß ein weißer Ansiedler sich an einer so ungünstigen Stelle niederlassen wird, solange er Plätze mit günstigen Transportverhältnissen in Fülle zur Auswahl hat, so wäre dies doch für die Volkswirtschaft der Kolonie wie für die Eingeborenen der Gegend der erwünschter Zustand; nur im Hinblick darauf, daß er vorläufig doch nicht zu erreichen ist, kann man darüber befriedigt sein, daß der Eingeborene wenigstens etwas erzeugt, was zur Ausfuhr kommt. Diese Rechnung gilt natürlich im erhöhten Maße für das mit Plantagen reichlich besetzte Land in der Nähe der Küste; es wäre eine ganz irrationelle Vergeudung von Arbeitskraft, wenn dort ein Eingeborener Erdnüsse bauen wollte, statt auf die Plantagen zur Arbeit zu gehen.

Es wird kaum ein Produkt geben, das der Weiße nicht mit besserer Ausnützung des Bodens sowohl wie der Arbeitskraft anbauen könnte als der Neger; es sei denn, daß es sich um Verhältnisse handelt, die jede Anwendung von verbesserter

landwirtschaftlicher Technik verhindern. Das würde auch sogar für Erdnüsse gelten; Pflügen des Landes, eine Maschine zum Ernten, die wahrscheinlich unschwer zu konstruieren wäre, eine andre zum Enthüllen der Nüsse würden dem Weißen sofort eine große Überlegenheit schaffen. Aber er hat zunächst keinen Anlaß, minderwertige Produkte zu bauen, solange die Möglichkeit gegeben ist, mit hochwertigen mehr Geld zu verdienen. Die Erfahrung lehrt auch, daß dasselbe Produkt von Eingeborenen gezogen dem von Plantagen erzeugten gegenüber fast immer minderwertig ist. Und wo etwa industrielle Anlagen zur Verarbeitung eines Rohstoffs an Ort und Stelle nötig wären, wird man sich nie auf den Eingeborenen als regelmäßigen Lieferanten verlassen können. Eine Verarbeitung des Manioks zu Tapioka, Futterstoffen oder Spiritus wird in der Kolonie immer nur denkbar sein, wenn gleichzeitig der Anbau von Weißen in die Hand genommen wird. Ich glaube ferner, daß auf Plantagen, die eine größere Zahl von Kontraktarbeitern beschäftigen, der Anbau von Nahrungsmitteln für diese sowohl eine billigere Ernährung der Arbeiter ermöglichen, wie auch der Plantage Nutzen abwerfen würde; die Schwierigkeit läge mehr darin, daß die Früchte in großem Maße vom Felde gestohlen würden und man die Kosten der Überwachung nicht minder scheut wie die Konflikte mit den Arbeitern, die sich daraus ergäben.

Die hier vertretene Behauptung, daß der europäische Betrieb unter allen Umständen produktiver ist, als der des Negers, gilt auch, und zwar in erhöhtem Maße, von der Viehzucht. Unfre Kolonie ist zweifellos ein äußerst viehreiches Land; daß sie das ist, geht zur Genüge aus der Ausfuhrstatistik hervor, die für das Jahr 1906 eine Ausfuhr von

Häuten im Werte von 1 658 044 M., für das Jahr 1905 von 1 201 579 M. verzeichnet. *) Die Ausfuhr fand hauptsächlich über die Häfen am Victoriafee statt. Im übrigen wurde aus der Kolonie im Jahre 1906 für 71 000 M., im Jahre 1905 nur für 33 000 M. lebendes Vieh nach dem englischen Süden des Erdteils exportiert, und unter der Rubrik: Milch, Butter, Käse, Eier, usw. werden für das Jahr 1906 Ausfuhr Güter im Werte von rund 97 000 M., 1905 von 83 000 M. vermerkt, was wohl hauptsächlich Schmalz für Eingeborenenbedarf (Samli) gewesen sein dürfte. Nun kann man nicht gut sagen, daß die Haut das Erzeugnis besondrer Anstrengungen des Viehzüchters ist, es ist wohl das mindeste, was das Tier hergeben muß; ihre Verwertbarkeit ist lediglich eine Frage der Verkehrsmittel, die zu ihrer Ausfuhr zur Verfügung stehen. Im übrigen stellt aber das, was die Viehzucht bisher an Ausfuhrprodukten liefert, eine mehr als bescheidene Ziffer vor. Nun könnte man ja sagen, das sei ebenfalls nur eine Verkehrsfrage. Sehen wir uns also die Viehzucht der Eingeborenen etwas näher an. Die Massai gelten in der ganzen Kolonie als treffliche Viehzüchter, und wenn man ihr sehr schön aussehendes Vieh sieht, wird man sich der Wahrheit dieser Behauptung kaum entziehen können; sie verstehen es jedenfalls, mit dem Vieh umzugehen. Ihre Viehzucht ist aber vollkommen unproduktiv. Die Milch dient ihnen zur Nahrung, das überschüssige Vieh essen sie als Festtagsbraten selbst, die Häute werden zur Kleidung verwendet und ihre Schafe geben keine Wolle. Jeder Antrag, ihnen ein Stück abzukaufen, findet glatte Ablehnung. Von Zeit zu Zeit dezimiert eine Seuche

*) Im Jahre 1907 fand ein Rückgang der Ausfuhr statt.

ihre Herden und dann müssen sie sich den Riemen für einige Zeit enger schnallen, bis sich ihr Viehbestand wieder ergänzt hat. Wie das Gras der Steppe wächst und vergeht das Vieh der Maffai.

Ein Land, das sich andern Viehzuchtländern an die Seite stellen kann, wird Deutsch-Ostafrika erst werden, wenn der Weiße dort die Viehzucht in ausgedehntem Maße in die Hand genommen hat. Selbst wenn die nötigen Verkehrsmittel vorhanden wären, würde sich sicherlich kein Kapitalist finden, der selbst in der viehreichsten Gegend unsrer Kolonie heute eine Fleischverwertungsfabrik errichten wollte, trotzdem der Preis des Viehs, z. B. in der Umgebung des Victoria-sees, sehr erheblich geringer ist, als in Argentinien; denn er hätte keine Sicherheit, die für den Betrieb seiner Fabrik nötige Minimalmenge Vieh regelmäßig geliefert zu bekommen. Erst die von Weißen betriebene Farmwirtschaft kann ihm die nötigen Voraussetzungen schaffen. Was hier von der Rindviehzucht gesagt wird, gilt noch in verstärktem Maße von der Schafzucht. Durch die bisher in Britisch-Ostafrika gemachten Erfahrungen kann es bereits als bewiesen gelten, daß überall, wo das Eingeborenenschaf fortkommt, bei entsprechenden Einrichtungen auch das Merinoschaf gedeiht. Auch hier ziehen nur die noch zu schaffenden Verkehrsmittel eine Grenze für die Betätigung des Weißen in unsrer Kolonie; entsprechendes Kapital wird allerdings auch hier eine Voraussetzung des Erfolges sein.

Sprechen nun alle wirtschaftlichen Erwägungen für Europäer- und gegen Eingeborenenkulturen, die man nur als Notbehelf dort gelten lassen kann, wo Europäerkulturen noch nicht oder überhaupt nicht möglich sind, so tut dies in gleicher Weise

die Fürsorge für die Eingeborenen selbst. Das Reichskolonialamt hat es als eine seiner wichtigsten Aufgaben bezeichnet, die hygienischen Verhältnisse der Eingeborenen so zu verbessern, daß sich die Bevölkerung möglichst stark vermehrt. Steht man auf dem Standpunkt der Entwicklung der Kolonie nur durch Eingeborenenkulturen, so müßte der Wunsch nach dieser Vermehrung zwar eine gewisse Einschränkung finden; denn sonst könnte schließlich der Zustand eintreten, daß das Land so knapp wird, daß es überhaupt nur hinreicht, den Eingeborenen die nötige Nahrung zu liefern, und für den Anbau von Ausfuhrerzeugnissen nichts übrigbleibt. Wenn man indes Europäerkulturen als den wichtigsten Faktor zur Erschließung der Kolonie ansieht, kann man sich dem Wunsche nach Vermehrung der Eingeborenenbevölkerung mit ganzem Herzen anschließen. Dieser erwünschten Vermehrung wirkten die Kämpfe der Stämme untereinander und Sklavenjagden in früherer, Aufstände noch in jüngster Zeit entgegen, außerdem zu allen Zeiten schlechte hygienische Verhältnisse, Aberglauben, künstliche Beschränkung der Kinderzahl; eine der Hauptursachen, durch die die Bevölkerung auch heute noch von Zeit zu Zeit vermindert wird, sind aber die periodischen Hungersnöte.

In der bereits erwähnten Eisenbahndenkschrift des Kolonialamts heißt es:

„Die Vorteile, welche die Verbindung Unyamweſis mit der Küste bringen würde, bestehen einmal in der Möglichkeit, den starken Bedarf des Küstengebiets an Körnerfrüchten und Reis aus eignen Beständen zu decken und bei Hungersnöten helfend einzugreifen. Von welchem Einflusse letzteres sein kann, hat sich bei der Hungersnot in den Nordbezirken

während der Jahre 1897/98 gezeigt. Während an der Küste Tausende infolge Hungers zugrunde gingen — die Bezirke Tanga-Wilhelmstal verloren über ein Drittel*) ihrer Bevölkerung — verfauten in Unyamweşi, das eine überreiche Ernte hatte, große Massen von Reis und Zerealien.“

Die hier angewandte Beweisführung ist nicht ganz einwandfrei; denn wenn die Zentralbahn damals auch schon bestanden hätte, so hätte das aus dem Innern kommende Getreide doch in Daresalam auf Schiffe verladen und von Tanga aus im Hungergebiet verteilt werden müssen. Auch damals schon wäre es möglich gewesen, Getreide und Reis, wenn auch zu etwas höheren Preisen als in dem hier vorausgesetzten Falle, von Indien nach Tanga zu bringen; der springende Punkt war aber, daß die Bevölkerung die Nahrungsmittel nicht bezahlen konnte, weil sie eben nichts verdiente, und die Regierung einem so großem Notstand gegenüber natürlich auch ohnmächtig war und nicht über genügende Mittel verfügte, ihm zu steuern. An diesem Sachverhalt hätte aber eine Zentralbahn auch nichts ändern können; die Wirkung wäre höchstens die gewesen, daß sich die Eingeborenen für das wenige in ihrem Besitze befindliche Geld mehr Nahrung hätten kaufen können. Auch für den Fall, daß sie sich damals mit größtem Eifer dem Anbau von Erdnüssen gewidmet hätten, wäre die Lage nicht anders gewesen; denn Ersparnisse zu machen, liegt nicht in der Natur des Negers, und wenn andre Früchte wegen der Dürre nicht wachsen, so tut die Erdnuß dies auch nicht; die Eingeborenen hätten also aus dieser Quelle auch keine Einnahmen gehabt. Ganz anders steht indes die

*) Tatsächlich war es, wie der damalige Bezirksamtmann von Tanga, Herr v. St. Paul-Illaire, die Freundlichkeit hatte, mir mitzuteilen, genau die Hälfte.

Sache, wenn Plantagen vorhanden sind, in denen die Eingeborenen regelmäßig arbeiten. Nehmen wir an, daß der Zustand, in dem Tanganital sich voraussichtlich im Jahre 1910 befinden wird, schon 1897 bestanden hätte. Der „Wirtschaftliche Verband der Nordbezirke“ hat vor anderthalb Jahren eine Berechnung über den mutmaßlichen Bedarf Tanganitals an Arbeitern aufgestellt, wobei die damals bereits angelegten Kaffee-, Sisal- und Kautschukpflanzungen zugrunde gelegt wurden. Seit dieser Zeit ist eine erhebliche Zahl neuer Pflanzungen hinzugekommen, so daß die Aufstellungen sicherlich nicht zu hoch geraten sind. Hier wird der Arbeiterbedarf für das Jahr 1907 auf rund 25 000, für 1910 auf 36 000 Mann veranschlagt. Es ist leider nicht angegeben, wieviel Arbeitstage jährlich für den Mann vorausgesetzt sind; ich will 180 Tage nehmen, was etwa den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht. Der dafür gezahlte Lohn würde nach dem zurzeit üblichen Satz von 12 Rp. für 30 Tage rund 100 M. betragen; im ganzen würden also 3 600 000 M. an die Arbeiter ausgezahlt worden sein. Es ist klar, daß dieser Betrag ausgereicht haben würde, um die Arbeiter auch im Fall einer Hungersnot mit importierten Nahrungsmitteln zu versorgen. Wären dies freilich ausschließlich Kontraktarbeiter aus Unyamwesi gewesen, so wäre der einheimischen Bevölkerung des Hungersnotgebiets nichts davon zugute gekommen, da sie ja nichts zu verkaufen hatte. Die Wanyamwesi hätten für die Nahrungsmittel mehr bezahlen müssen, was sie wahrscheinlich veranlaßt hätte, nicht jeden zweiten Tag zu faulenzten, was sie gegenwärtig tun, sondern jeden dritten oder vierten; schließlich würden sie dann doch, wie üblich, nach Ablauf ihres Kontrakts mit den gemachten Ersparnissen nach Hause gezogen sein. Nun betrug

nach den Erhebungen der Bezirksämter die Bevölkerung Tanganitals im Jahre 1907 rund 230 000 Köpfe, von denen man 57 000 als arbeitsfähige Männer in Anspruch nehmen kann. Trotzdem nun diese Zahl wohl hinreichen würde, um den gesamten Bedarf der Plantagen Tanganitals zu befriedigen, wobei die Leute nebenbei auch recht gut ihre eigenen Felder bestellen könnten, ist nur eine verschwindend kleine Zahl auf den Plantagen tätig. Wäre dies aber in dem Maße der Fall, daß die Einfuhr von Wanyamwesi sich überhaupt erübrigte, dann würde der verdiente Lohn jedenfalls ausgereicht haben, sämtliche Arbeiter mit ihren Familien zu ernähren und so mehr oder weniger die ganze Bevölkerung ohne erhebliche Schädigung über die böse Zeit der Hungersnot hinwegzubringen. Die Wanyamwesi aber hätten sich ruhig in ihrer Heimat an dem Überfluß gütlich tun können, der dort geherrscht hat und nutzlos verkam.

Das setzt freilich voraus, daß die Eingeborenen Tanganitals bereits an die Plantagenarbeit gewöhnt waren; während der Hungersnot hätten sie nicht auf einmal damit einsetzen können. Denn erstens hätten ja die Plantagen nicht auf einmal alle ihre Wanyamwesi fortschicken können; zweitens lehrt die Erfahrung, daß der Neger, solange er noch etwas zu essen hat, durchaus nicht in der Voraussicht, daß die Nahrung bald zu Ende sein werde, zur Arbeit geht; sobald er aber einmal etwas gehungert hat, tut er es erst recht nicht, weil er sich dann nicht mehr kräftig genug dazu fühlt und seine ohnehin nicht sehr starke Willenskraft vor allem geschwächt wird. In fatalistischer Ergebung erwartet er dann entweder, daß andre für ihn sorgen, oder den Tod.

Diese Hungersnöte sind eine in unsrer ostafrikanischen

Kolonie, wie auch im englischen Nachbargebiet regelmäßige Erscheinung, die vor allem mit den in einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehrenden Trockenjahren zusammenhängt; das Idyll vom Neger, der in bedürfnisloser Sorglosigkeit dahin lebt, da ihm eine verschwenderische Natur alles in den Mund wachsen läßt, gibt es da nirgends. Zur Zeit meiner Anwesenheit am Kilimandjaro im August 1908 gab es dort in der Landschaft Rombo geradezu Hungersnot; in den andern Landschaften immerhin Nahrungsmangel und ein starkes Emporschnellen der Nahrungsmittelpreise. Das alles, weil die große Regenzeit im Jahre 1907 nicht sehr ausgiebig gewesen und die kleine überhaupt ausgeblieben war. Da die Wadschagga in ausgedehntester Weise von künstlicher Bewässerung Gebrauch machen, so wäre eine Ausdehnung des Anbaus wohl möglich gewesen. Aber zunächst hatten sie auch während der trockenen Zeit genügend Bananen, und daß die Trockenheit sich an den Pflanzen erst nachträglich bemerkbar machen würde, daran dachten sie nicht. In der nicht minder gesegneten Gegend um den Berg Elgon im britischen Ugandaprotektorat trat derselbe Zustand in noch verschärftem Maße ein, und die Regierung schaffte Tausende von Lasten dahin, um die Bevölkerung vor dem Hungertode zu bewahren. Dieses Mittel ist sehr kostspielig, bekämpft lediglich ein Symptom und nicht die Ursachen; in Gegenden, die vom Verkehr weit abliegen, ist es überhaupt undurchführbar, und hier beschränkt man sich meist darauf, den Leuten Saatgetreide zu liefern, da auch dieses aufgeessen worden ist.

Die Schaffung von Verkehrsmitteln allein kann da keineswegs Abhilfe schaffen, wie ich bereits an obigem Beispiele gezeigt habe; es kann dadurch höchstens erleichtert werden,

daß die Regierung die Verpflegung der Leute in die Hand nimmt auf Kosten der ganzen Kolonie. Das kann aber auf die Dauer nicht Aufgabe der Regierung sein, denn wir sind doch schließlich nicht in die Kolonie gekommen, um die Eingeborenen bei Hungersnöten durchzufüttern; das müßten wir Missionen oder humanitären Vereinen zuweisen, denen ja ähnliche Fürsorge auch bei uns zu Hause überlassen bleibt. Die Regierung muß vielmehr die ganze Wirtschaft der Kolonie dahin beeinflussen, daß solche Zustände überhaupt nicht eintreten können. Und dies ist nur möglich durch Förderung der Europäerkulturen. Ein Teil der von weißen Unternehmern angebauten Erzeugnisse ist von den Witterungsverhältnissen ganz unabhängig, z. B. der Sisal, der sogar bei andauernd trockenem Wetter mehr Arbeiter beschäftigen kann, da der Regen die Aufbereitung behindert; andre Kulturen sind zum mindesten nicht im gleichen Maße beeinflußt, wie die Eingeborenenfrüchte, so der Manihot, dessen Ertrag bei andauernder Trockenheit wohl etwas zurückgeht, aber doch nicht ganz zum Stillstand kommt; ebenso die Baumwolle, wenn sie unter künstlicher Bewässerung gezogen wird. Aber selbst der Anbau von Früchten, wie Mais, durch Europäer würde der Verhinderung von Hungersnöten dienen. Der Eingeborene sammelt in guten Jahren keine Vorräte an; das liegt einerseits wohl an seinem Mangel an Voraussicht und seiner geringen Selbstbeherrschung, die ihn wahrscheinlich unter allen Umständen veranlassen würden, den vorhandenen Überschuß lieber in Pombe umzusetzen, als ihn aufzubewahren auf die Befürchtung hin, daß die nächste Ernte mißraten könnte; andererseits fehlt es ihm an geeigneten Aufbewahrungsmethoden, um Feldfrüchte längere Zeit zu erhalten. Ich habe

bereits darauf hingewiesen, daß dies von Europäern versucht worden ist und daß sich dabei herausgestellt hat, daß es dazu gar keiner übermäßig kostspieliger Vorrichtungen bedarf, deren Herstellung durch Eingeborene aber ganz ausgeschlossen ist. Wenn nun ein Weißer sich mit dem Anbau von Mais beschäftigen würde, um ihn bei billigen Preisen, eventuell unter Zukauf von den Eingeborenen, auszuführen, so wären dadurch immer Vorräte im Lande angesammelt, die bei Notstandspreisen mit gutem Nutzen an die Eingeborenen verkauft werden könnten. Dasselbe gilt vom Maniok, wenn sich einmal, was ich für sehr wahrscheinlich halte, eine Industrie entwickeln sollte, die ihn entweder an Ort und Stelle zu Tapioka verarbeitet oder getrocknet zur Verwendung in der Spiritusfabrikation oder als Kraftfutter ausführt.

Neben den periodisch auftretenden Hungersnöten, die die Negerbevölkerung dadurch dezimieren, daß diese z. T. Hungers stirbt, z. T. körperlich geschwächt andern Krankheiten leicht zum Opfer fällt, leidet der Neger im allgemeinen aber auch an einer chronischen Unterernährung, die ihn tatsächlich zu schwerer Arbeit oft nicht fähig macht. Bekanntlich bedarf der Mensch zu seiner Ernährung einer gewissen Menge von Eiweiß, Fett und Kohlehydraten; diese Stoffe können sich zum Teil vertreten, es kann Fett das Kohlehydrat, Eiweiß beide Stoffe ersetzen, was aber umgekehrt nicht der Fall ist. Es ist mir nun zwar bekannt, daß die ursprünglich von Pettenkofer aufgestellten Ziffern über das Minimum von Stoffen, das der Körper zu seiner Erhaltung braucht, von einigen Physiologen bestritten werden; und andererseits wird der Nahrungsbedarf des Negers in gleichmäßig warmem Klima nicht so groß wie in kälterem sein, weil er nicht für

einen so großen Wärmeverlust aufzukommen hat; in Gebirgs-
gegenden verstärkt er sich andererseits durch die ungenügende
Bekleidung. Trotzdem dürfte die normale Nahrung des Negers
einen dauernden Mangel an Eiweißstoffen aufweisen. Daraus
erklärt sich vielleicht auch die Gefräßigkeit, mit der der Neger,
wenn er einmal unbeschränkte Gelegenheit zu Fleischgenuß
hat, ganz unglaubliche Mengen von Fleisch verschlingt; neben
der mangelnden Selbstbeherrschung im Genießen spielt das
Gefühl, sich einen Stoff zuzuführen, den der Körper nötig hat,
dabei sicherlich eine Rolle. Man könnte dagegen die große
körperliche Leistungsfähigkeit anführen, die der Neger angeb-
lich besitzt [soll. Diese Behauptung wird aber meist von
Reisenden auf Beobachtungen hin aufgestellt, denen jede
Beweiskraft fehlt. Der Gebrauch, größere Lasten auf dem
Kopfe zu tragen, erscheint uns an sich fremdartig; und den
der körperlichen Arbeit entwöhnten Städter kann der Ge-
danke wohl erschauern machen, mit 30 Kilo auf dem Kopf
sechs Stunden in glühender Hitze spazieren zu gehen. Wollte
aber der Neger seine Kräfte mit Leuten bei uns messen, die
an das Tragen von Lasten gewöhnt sind, dann würde seine
mindere Leistungsfähigkeit sehr bald offenbar werden. Ebenso
sind die Leistungen der Schwarzen bei der Plantagenarbeit,
mit unsern heimischen Verhältnissen verglichen, recht mäßig;
und ich glaube nicht, daß er der Arbeit, die im Sommer bei
uns von jedem Feldarbeiter gefordert wird, gewachsen wäre.
Stämme, wie die Massai, mögen bei ihrer fast ausschließlichen
Milchnahrung wohl auf ihr volles Eiweißquantum kommen;
und ich will nicht bestreiten, daß dies auch bei andern Stäm-
men unter günstigen Verhältnissen vorkommen mag; so fielen
mir in den Minen von Johannesburg seinerzeit die wahrhaft

herkulischen Gestalten der Zulu auf, die diese nicht gut erst in den Compounds bei der dort zweifellos sehr ausreichenden Ernährung bekommen haben können. Im allgemeinen wird man aber sagen können, daß die gewöhnliche Nahrung des Negers eines täglichen Zuschusses von Fleisch bedarf, den er sich eben nicht beschaffen kann, so sehr es auch ein Gegenstand seines Begehrens ist. Erst die Arbeit beim Weißen eröffnet ihm diese Möglichkeit. Auf allen größeren Plantagen wird fast täglich ein Ochse geschlachtet und von den Arbeitern verzehrt. Arbeiten die Eingeborenen aus der Umgebung der Pflanzung daselbst, so können sie sich um so leichter diesen Luxus leisten, als im übrigen das eigene Feld das Bedürfnis nach vegetabilischer Nahrung befriedigt. Die ganzen Ernährungsverhältnisse einer Bevölkerung, die in Plantagen weißer Unternehmer arbeitet, verbessern sich, was natürlich den Gesundheitszustand günstig beeinflussen muß.

Schließlich sei hier noch auf einen Umstand hingewiesen, der die Hygiene des Eingeborenens Lebens nicht minder berührt, wie die ethische Auffassung unsrer Pflichten den Eingeborenen gegenüber. Jede sogenannte humane Politik dem männlichen Neger gegenüber, die möglichst wenig in seine Lebensgewohnheiten eingreifen will, ist im Grunde eine brutale Politik gegenüber der Frau. Denn nur die männliche Hälfte der Negerbevölkerung ist an die Arbeit nicht gewöhnt und unterliegt keinem Zwange, der weibliche kann sich weder der Arbeit noch dem Zwange entziehen. Daß der männliche Neger auch auf dem Felde arbeitet, wird gelegentlich der Behauptung entgegengestellt, daß er die Arbeit ganz dem Weibe überlasse; das trifft gewiß zu, daß auch der Mann auf dem Felde arbeitet, wenn er Lust hat oder wenn es dringend nötig

ist; im allgemeinen kommen aber immer auf einen Mann, den man im Felde arbeiten sieht, drei Weiber. Je nach den Stämmen wechselt allerdings das Maß und die Art der Arbeit, die dem Weibe aufgebürdet wird; in Nairobi kann man lange Karawanen von Kikuyuweibern sehen, die schwere Lasten auf dem Rücken zur Stadt schleppen; und daneben geht der Herr der Schöpfung mit dem Spazierstöckchen und sieht zu, ob auch alles in Ordnung geht. Man braucht wirklich nicht Feminist zu sein, um bei diesem Anblick ein Jucken in der Hand zu bekommen. Jedenfalls übersteigt das Maß der von den Weibern geleisteten Arbeit auch dort, wo sich der Mann etwas größeren Anstrengungen unterzieht, sehr beträchtlich das, was der Mann tut.

Es ist ziemlich einleuchtend, daß die Eingeborenenkulturen dieses Verhältnis eher zu ungunsten als zugunsten der Weiber verschieben. Denn natürlich wird auch der Anbau der zum Verkauf bestimmten Produkte die Arbeit der Weiber noch vermehren, auch für den Fall, daß sich nun der Mann etwas mehr anstrengen sollte. Anders liegt es aber, wenn der Mann in die Plantage des Europäers arbeiten geht und den Barlohn nach Hause bringt. Man hört über Roheit des Negers gegenüber seiner Familie selten klagen; daß die Frau das Arbeitstier ist, ist ihm etwas Selbstverständliches, worüber er kaum je nachgedacht hat. Darum wird er aber seinen Lohn auch seiner Familie zugute kommen lassen, und das, was er dafür an Nahrungsmitteln beschafft, entlastet die Frau und verbessert die Ernährung der ganzen Familie. Endlich ist vielleicht auch zu erwarten, daß die dauernde Gewöhnung an die Arbeit in der Plantage den Neger auch geneigter machen wird, auf seinem eigenen Felde tätig zu sein und die Arbeit der Frau

dadurch zu vermindern. Die Rückwirkung von all dem auf eine erhöhte Zahl von Kindern, vor allem aber auf deren bessere Pflege und verminderte Sterblichkeit, läßt sich leicht ausdenken. Hier liegen die praktischen Grundlagen einer vernünftigen Bevölkerungspolitik; so vieles andre, was man sonst ausdenken könnte, wie Vermehrung des ärztlichen Personals, usw., scheitert nur zu leicht an der geringen Zahl der Personen und der Geringfügigkeit der Mittel, deren Wirkung sich über einen weiten Raum verteilt und verzettelt.

VII

Arbeiterfrage und Eingeborenenpolitik

Im letzten Abschnitt habe ich zu zeigen versucht, daß Europäerkulturen die Volkswirtschaft des Landes, wie auch das Wohl der Eingeborenen, weit mehr fördern als Eingeborenenkulturen. Werden die dort vorgebrachten Argumente als beweiskräftig angesehen, dann ist es auch Pflicht der Regierung, mit allem Nachdruck die Ausdehnung der Europäerkulturen zu unterstützen. Diese sind aber an die Voraussetzung gebunden, daß sie genügend schwarze Arbeitskräfte zu ihrer Verfügung haben. In manchen Fällen ist der Bedarf daran so geringfügig, daß die Beschaffung der nötigen Arbeiterzahl kaum auf Schwierigkeiten stoßen kann, z. B. bei der Viehzucht. In andern Fällen ist die Bevölkerung an sich geneigt, beim Weißen zu arbeiten, und es bedarf hierzu keines besondern Drucks; dies gilt vor allem von den Wanyamwesi. Es ist anzunehmen, daß nach Ausbau der Zentralbahn bis Tabora Unternehmungen von Weißen längs der Bahn entstehen, falls dem nicht seitens der Regierung Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. In andern Teilen des Landes

— und dies gilt besonders von dem bisher durch Plantagenkultur am weitesten entwickelten Nordbezirken — hat indes eine sich jetzt bereits über längere Zeit erstreckende Erfahrung gezeigt, daß alles, was wir dem Schwarzen zum Ankauf anbieten können, bisher noch nicht imstande war, seine Trägheit zu überwinden und ihn zur Arbeit in den Plantagen zu bewegen; eine geringe Summe baren Geldes verdient er sich verhältnismäßig leicht durch Verkauf vorhandenen Überschusses an Feldfrüchten an die Arbeiter der Plantagen. Wie der frühere Gouverneur Graf Goetzen in einer Denkschrift über die Ursachen des Matumbiaufstandes ausführt, gäbe es hier nur eine Ware, die den Neger zur Arbeit reizen könnte, das ist der Branntwein, der Hauptanreiz zur Arbeit an der afrikanischen Westküste; durch internationale Abmachungen ist uns die Anwendung dieses Mittels untersagt. Es kommt also praktisch heute nicht in Frage; ein paar Bemerkungen über die Alkoholfrage seien aber hier doch eingeschaltet.

In den Erörterungen über diesen Gegenstand — auch in der dem Reichstage im Frühjahr 1908 zugegangenen amtlichen Denkschrift — werden gewöhnlich die von den Negern selbst hergestellten alkoholischen Getränke als höchst unschuldig im Vergleich zu eingeführtem Branntwein hingestellt. Demgegenüber ist aber doch darauf zu verweisen, daß das, was diesen Getränken an Alkoholgehalt abgeht, vom Neger durch Quantität ersetzt wird; andererseits ist der Alkoholgehalt allein für die Schädlichkeit eines Getränks nicht maßgebend, hier spielen auch der Methylalkohol und die Fuselöle eine große Rolle, bekanntlich die Hauptursache der besonders verderblichen Wirkungen des Absynths; und diese Stoffe entstehen besonders reichlich bei Gärungen, die in so primitiver Weise herbei-

geführt werden, wie bei den gebräuchlichen Negergetränken. Wenn nun der Regierungsarzt Dr. Külz die Harmlosigkeit dieser Getränke daraus ableitet, daß sie trotz jahrhundertelangen Gebrauchs „keine nennenswerte Alkoholisierung der Rasse“ zur Folge gehabt hätten, so scheint mir daraus viel eher zu folgen, daß der Neger eben gegen den Alkohol eine viel größere Widerstandskraft besitzt, als man gemeinhin annimmt; die Gefahr besteht für ihn vor allem in der Willensschwäche, die ihn im Genuße nicht Halt machen läßt, solange er noch irgend etwas vor sich hat. Und hier setzt ein hoher Preis für eingeführten Branntwein eher eine Grenze als die Aufnahmefähigkeit seines Magens für die von ihm selbst hergestellte Pombe. Daß nun aber 300 Gramm absoluten Alkohols in 10 Litern Bier genossen, auf die Gesundheit weniger schädlich einwirken, als 150 Gramm in $\frac{1}{3}$ Liter Branntwein, dürfte kaum zu beweisen sein. Andererseits ist es wohl richtig, daß der Alkoholgenuß sich auf gewisse Trinkzeiten konzentriert, in denen das Rohmaterial für die Bereitung berauschender Getränke besonders reichlich vorhanden ist; die „Festlichkeiten, Spiele und besondern Begebenheiten“, bei denen nach der etwas optimistischen Auffassung von Külz nur reichlicher Alkoholgenuß stattfindet, stellen sich in dieser Zeit ganz besonders zahlreich ein. Ich habe vor vier Jahren in Portugiesisch-Ostafrika in dem Städtchen Inhamban erlebt, daß sich für die Verladung einer geringen Menge Fracht keine Leute aufreiben ließen, weil die ganze Bevölkerung anläßlich der Reifezeit einer zur Alkoholbereitung verwendeten Baumfrucht seit vierzehn Tagen aus einen Rausch in den andern verfiel. Hiergegen ist die Regierung ziemlich machtlos, weil es ganz unmöglich ist, ein Gebiet von der Größe Deutsch-Ostafrikas so intensiv zu

verwalten, daß man die Bereitung alkoholischer Getränke, zu der nicht mehr als ein Topf und ein vom Neger sowieso benötigtes Nahrungsmittel gehört, verhindern könnte. Jedenfalls läßt sich ein Zustand denken, wo bei Verhinderung der Alkoholproduktion im Lande und Einfuhr von Alkohol aus Europa der Neger weniger geschädigt würde, als gegenwärtig.

In Mozambique haben die Portugiesen durch den freien Ausschank ihres eigenen Weins viel dazu beigetragen, daß die dortige Bevölkerung nach den Minen von Johannesburg zur Arbeit geht. Die Leute bringen von dort viel erspartes Geld mit, das dann nach der Heimkehr für den Ankauf von Weibern und Wein verwendet wird. Die Portugiesen haben dadurch die früher fast bankrotte Kolonie zu finanzieller Blüte gebracht, und durch den leichten Absatz des sonst schwer verkäuflichen Weins hat auch das Mutterland großen wirtschaftlichen Vorteil. Die Sache hat nun allerdings zwei sehr üble Seiten: erstens wird der nach der Kolonie ausgeführte Wein stark verfälscht, mit Alkohol und andern scharfen Substanzen versetzt, um ihn dadurch für den Neger zwar nicht bekömmlicher, wohl aber „wirkungsvoller“ und daher auch anziehender zu machen; zweitens sind die Löhne in den Randminen für afrikanische Verhältnisse sehr hoch, 40 bis 50 M. monatlich bei völlig freier Wohnung und Verpflegung. Nach sechsmonatlicher Arbeit in den Minen, wo ihm jeder Alkoholgenuß verwehrt ist, kommt nun der Neger mit Ersparnissen in seine Heimat, die sich auf mehrere hundert Mark belaufen können; und das gäbe ihm allerdings die Möglichkeit, mehrere Wochen oder selbst monatelang aus dem Rausch nicht herauszukommen. Daß darin eine sehr erhebliche Schädigung seiner Gesundheit liegt, besonders wenn man die Art des Stoffes in Betracht

zieht, den er genießt, ist wohl zweifellos. Indes gibt es auch andre Beispiele; so ist es dem Arbeitgeber in den Weindistrikten der Kapkolonie gestattet, den Arbeitern Wein zu verabfolgen, und dies bildet für die dortige farbige Mischlingsbevölkerung einen Hauptanreiz, zum Weißen zur Arbeit zu kommen; daß die Bevölkerung dadurch wesentlich alkoholisiert worden sei, wird gelegentlich behauptet, ist aber kaum je bewiesen worden. Wenn man nun bei uns dem Arbeiter auf Plantagen die Möglichkeit gäbe, billigen italienischen Wein zu mäßigem Preis zu kaufen – was zurzeit wegen des hohen Zolls so ziemlich ausgeschlossen ist – und man ihn so weit an den Genuß gewöhnte, daß er ihm zuliebe auf die einheimischen Alkoholika als zu „gemein“ verzichtete, so würde ich darin weder eine gesundheitliche Schädigung des Negers, noch einen Rückschritt in seinem Kulturstande sehen. Bei der vielen Heuchelei, die sich bei der Behandlung der Alkoholfrage breit macht, möchte ich ferner darauf hinweisen, daß doch auch andre „Geschenke“, die wir dem Neger bringen und die als „Kulturfortschritt“ gepriesen werden, hygienisch wenig einwandfrei sind. So hat man z. B. in der Kapkolonie die Erfahrung gemacht, daß die Einführung europäischer Kleidung, für die ein Neger auch erst reif werden muß, von sehr üblen gesundheitlichen Folgen begleitet ist. Im Eingeborenenreservat Kaffraria laufen die bekehrten Kaffern in europäischen Anzügen herum, während die „Wilden“ sich mit einer Decke begnügen. Wenn es nun regnet, so rollt der „Wilde“ seine Decke hübsch zusammen und trägt sie unterm Arm, kommt er dann in seine Hütte, so hat er eine leidlich trockene Hülle; der bekleidete Kaffer legt diese Kleider aber überhaupt nie ab und holt sich auf diese Art eine Erkältung.

Allerdings ist zuzugeben, daß es nicht ganz leicht sein würde, in der Praxis einen Weg zu finden, dem Neger den Alkoholgenuß in unschädlichen Mengen als Anreiz zur Arbeit zugänglich zu machen und dabei jeden Mißbrauch auszuschließen. So wie die Dinge heute liegen, ist ja auch auf eine Unterstützung der Regierung bei einem Versuch dieser Art nicht zu rechnen, obwohl wir durch die Kongoakte nur in bezug auf den Branntwein gebunden sind. Um so mehr darf man aber gerade im Zusammenhang mit der Alkoholfrage daran erinnern, daß wir auch hier den Neger als Objekt unsrer Bevormundung behandeln und seine Handlungsfreiheit beschränken; darum haben wir aber andererseits auch das Recht, Zwang gegen ihn auszuüben, wo dies unsern wirtschaftlichen Interessen dient und ihm doch zum mindesten nicht schadet. Damit komme ich auf die Formen, in denen der Arbeitszwang ausgeübt werden kann und zum Teil auch in der Kolonie bereits ausgeübt wird.

Eine dieser Formen ist die Besteuerung; es wird ein unvergängliches Verdienst des damaligen Gouverneurs von Liebert sein, daß er die Hüttensteuer eingeführt hat, trotz mannigfachen Widerspruchs und Unheilprophezeiungen, die sich dagegen geltend machten. So günstig sich schließlich die Wirkung der Steuer auch auf die Finanzen des Schutzgebiets äußerte, so war bei ihrer Einführung doch hauptsächlich der Gesichtspunkt maßgebend, die Eingeborenen zur Arbeit zu erziehen. Damit fällt jede Möglichkeit fort, die Besteuerung mit unsern heimatlichen Zuständen zu vergleichen, wie denn ja auch das Verhältnis des Eingeborenen zu der ihn regierenden Herrenrasse nicht mit dem des Einzelindividuums zur Regierung in einem modernen Staate vergleichbar ist; denn

diese Regierung hat doch irgendwie aus dem Volke ihren Ursprung, dessen Teil das einzelne Individuum ist, während unsre Herrschaft in der Kolonie eine auf dem Rechte der Eroberung ruhende Rassenherrschaft ist. Darum kann man auch aus der Steuerleistung der Eingeborenen keine Rechte für diese ableiten; die Beschränkungen, die wir unsrer Herrschaft auferlegen, fließen, wie ich bereits gezeigt habe, aus ganz andern Quellen. Schließlich könnte man auch darauf hinweisen, woher denn der Eingeborene überhaupt die Möglichkeit bekommen hat, Steuern in Geld zu entrichten, wenn nicht durch die wirtschaftliche Tätigkeit des Weißen in der einen oder andern Richtung.

Die Form der Besteuerung, die bei ihrer Einführung gewählt wurde, mußte naturgemäß roh sein, um einem zahlenmäßig sehr beschränkten Beamtenkörper ihre Eintreibung zu ermöglichen. Sie wirkte außerdem – und auch das ließ sich nicht vermeiden – ungerecht, da es trotz verschiedentlicher Abstufungen, in denen sie eingeführt wurde und die auch heute bestehen, natürlich nicht möglich war, überall in der geforderten Geldsumme oder Naturalleistung das gleiche Maß geleisteter Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Drei Rupie können unter Umständen an der Küste viel müheloser erworben werden, als eine Rupie im Inneren. Konnte das alles nun freilich gegen den Vorteil gar nicht ins Gewicht fallen, daß hier endlich einmal ein Anfang mit dem Prinzip der Eingeborenenbesteuerung gemacht war, so wiesen diese Ungerechtigkeiten doch darauf hin, daß man sie beständig im Sinne einer fortschreitenden Spezialisierung ausbauen müsse. Graf Goetzen hat in der bereits erwähnten Denkschrift über die Ursachen des Matumbiaufstandes dies für notwendig erklärt, nachdem der

zwangsweise Anbau von Ausfuhrprodukten mit zum Ausbruch des Aufstandes beigetragen hatte und er nicht glaubte, daß der Neger ohne Anwendung von Zwang zur Arbeit zu erziehen sei. Im März 1906 hatte denn auch der Gouvernementsrat einstimmig — also einschließlich seiner beamteten Mitglieder — beschlossen, die Hüttensteuer zu erhöhen und entsprechend zu differenzieren; der Wechsel in den leitenden Stellen in Berlin und Daresalam hatte aber zur Folge, daß diese Anregung in der Versenkung verschwand. Eine gewisse Abstufung der Steuer besteht insofern, als in den Bezirken des Inneren, die wirtschaftlich minder entwickelt sind, weniger als 3 Rp. erhoben wird, in den stadtartigen Hafenplätzen, wie Tanga und Daresalam hingegen 6 Rp. Nun ist an sich schon im Verhältnis zu den leichteren Erwerbsmöglichkeiten diese höhere Steuer sehr mäßig; sie wird aber völlig illusorisch, wenn, wie ich dies mit eigenen Augen gesehen habe, die Eingeborenenhütten in Daresalam jetzt allgemein mit 5 bis 6 Gelassen gebaut werden, in denen zwei bis drei Familien bequem wohnen können. Dabei ist der übliche Satz, den ein Boy für eine Schlafstelle monatlich bezahlt, 2 Rp. Die Regierung läßt sich aber diese Umgehung des Sinnes der Hüttensteuer ruhig gefallen. Als man in Uganda ähnliches versuchte, ergänzte die dortige Regierung die Hüttensteuer von 3 Rp. sofort durch eine Kopfsteuer in gleicher Höhe für jeden arbeitsfähigen Mann über 15 Jahren, der nicht Hüttensteuer bezahlt. Dabei kann man die wirtschaftliche Entwicklung Ugandas mit der unsrer Küstenbezirke gar nicht vergleichen, und auch die Verwaltung, die ja dort seit viel kürzerer Zeit besteht als bei uns, verfügt weitaus nicht über so viele Hilfskräfte wie in unsrer Kolonie.

Damit ist auf eine Ausgestaltung, deren die Hüttensteuer

in den wirtschaftlich weiter entwickelten Bezirken bedarf, schon hingewiesen: die Ergänzung oder die Ersetzung durch eine Kopfsteuer, die überdies allein die Personenkontrolle der schwarzen Bevölkerung, die in den Bezirken, in denen auswärtige Arbeiter auf Europäerplantagen beschäftigt sind, dringend nötig ist, ermöglichen würde. Damit könnte eine Erhöhung der Steuer mit einem Nachlaß für diejenigen, die eine bestimmte Zeit, etwa 100 bis 120 Tage im Jahre, beim Europäer gearbeitet haben, Hand in Hand gehen. Dieses Prinzip, das die Buren in ihren Republiken angewandt haben, ist von den Engländern verschiedentlich übernommen worden; so bezahlt der Eingeborene in Britisch-Zentralafrika 6 Sh. Steuer, die auf 3 Sh. ermäßigt wird, wenn der Betreffende einen Monat im Jahr beim Europäer gearbeitet hat. Die Geldwerte allein geben nun gar keinen Anhaltspunkt zum Vergleich; man kann sich erst ein Urteil bilden, wenn man erfährt, daß der durchschnittliche Monatslohn dort 3 Sh. beträgt, in den Plantagenbezirken des Nordens bei uns aber mehr als das fünffache davon. 3 Sh. stellen dort die Arbeit eines vollen Monats vor, bei uns die Arbeit von $5\frac{1}{2}$ Tagen. Das würde also bei uns noch keinen großen Anreiz abgeben, um dafür mehrere Monate beim Weißen zu arbeiten; eine wichtige Wirkung eines solchen Nachlasses würde aber doch dadurch erreicht, daß der Eingeborene den Wert sieht, den die Regierung auf seine Tätigkeit beim Weißen legt. Auch hier müßte im übrigen stark individualisiert werden; selbst in ein und demselben Bezirk wird es sich oft als nötig herausstellen, die Steuer nicht überall in gleicher Höhe zu erheben; geschieht dies unter Berücksichtigung der Erwerbsmöglichkeiten, so ist deshalb sicherlich nicht eine Entvölkerung des Teils des

Bezirks zu befürchten, in dem der höhere Satz gilt. Denn es kommt durchaus nicht auf die absolute Höhe der Steuer an, sondern darauf, welches Maß von Arbeit ihr Gegenwert ist.

Auf eine Art der Differenzierung, die eben so nötig wie gerecht ist, möchte ich noch hinweisen: man erwartet, daß nach dem Ausbau der Bahn nach Tabora die Eingeborenen sich in großer Zahl in die Nähe der Bahn ziehen werden, um für ihre Produkte erleichterte Absatzmöglichkeiten zu haben. Nun ist die Bahn doch ein Unternehmen, an dem die Eingeborenen vollständig unschuldig sind, das mit dem von deutschen Steuerzahlern aufgebrauchten Gelde gebaut wird, und für dessen Verzinsung wir aufzukommen haben, falls die erhoffte Rentabilität ausbleibt. Da wäre es wirklich nur eine sehr vernünftige Anwendung bodenreformerischer Grundsätze, wenn man die Eingeborenen für den dadurch geschaffenen Mehrwert des Landes in der Umgebung der Bahn auch bezahlen ließe. Wenn ein Weißer Land kaufen will, so wird der Fiskus ihm natürlich einen höheren Kaufpreis auferlegen, wenn er Land unmittelbar an der Bahn haben will, als 100 km davon entfernt; in gleicher Weise sollte auch den Eingeborenen innerhalb gewisser Entfernungszonen eine sachgemäß abgestufte höhere Hüttensteuer auferlegt werden, wobei dann auch gleichzeitig darauf Bedacht genommen werden kann, daß von vornherein die Eingeborenen in bestimmten Blocks angesiedelt werden, während das dazwischen liegende Land für Plantagen weißer Unternehmer frei bleibt.

Die Einwände, die man gegen eine Kopfsteuer oder Erhöhung der Hüttensteuer regierungsseitig erhebt, sind erstens, daß dies die schwarze Bevölkerung „beunruhigen“ würde.

Wenn dieses: „*Quieta non movere*“ der Gipfel der Regierungsweisheit ist, dann wird man überhaupt auf jeden Fortschritt in der Entwicklung der Kolonie verzichten müssen; denn alles, was dem Neger gegen seine Gebräuche geht und seine ihm lieb gewordenen Gewohnheiten stört, pflegt ihn auch zu beunruhigen; in diesem Sinne war es aber eine nicht wieder gut zu machende Beunruhigung, daß wir überhaupt vom Lande Besitz ergriffen haben. Und wenn seinerzeit die Einführung der Hüttensteuer im ganzen Lande nicht zu Aufständen geführt hat, so ist noch weniger zu erwarten, daß dies der Fall sein wird, wenn in einzelnen Bezirken die Steuer erhöht wird, wobei man ja doch für alle Fälle auch seine Vorbereitungen treffen kann. Daß nun z. B. die Eingeborenen aus den Küstenbezirken nach dem Inneren abwandern werden, wenn die Steuer bloß in ersteren erhöht wird, ist wenig wahrscheinlich; denn dort, wo der Eingeborene wirklich sesshaft ist, hängt er in den meisten Fällen auch an seiner Heimat. Wenn aber dadurch unter dem von überallher zusammengeströmten Gesindel der Hafenplätze etwas aufgeräumt würde, so wäre das weiter kein Unglück. Die schwarze Bevölkerung von Daresalam beläuft sich gegenwärtig auf mehr als 30 000 Köpfe; dabei ist Daresalam heute noch im wesentlichen eine Beamtenstadt, die nur einem kleinen Teil dieser Bevölkerung Gelegenheit zu meist ziemlich leichtem Verdienst gibt. Der Rest lebt offenbar davon, was dieser Bruchteil verdient, und seine Lebenshaltung drückt sich gerade um das Existenzminimum herum. Wie soll es erst werden, wenn die Landeshauptstadt nach dem Ausbau der Bahn nach Tabora wirklich ein großer Handelsplatz wird? Wenn sich also durch die höhere Besteuerung ein Teil der Leute, die aus dem Inneren dahin

gekommen sind, um im wesentlichen dort doch nur herumzulungern, veranlaßt sieht, sich wieder ihrer Heimat zuzuwenden, so wird dies zu ertragen sein. Gelegentlich wurde auch die Befürchtung ausgesprochen, daß die Eingeborenen sich dann nach dem englischen Gebiet wenden würden; welche Sachkenntnis hinter dieser Behauptung steht, ergibt sich aus der doch für jedermann leicht festzustellenden Tatsache, daß der in Britisch-Ostafrika an Arbeiter gezahlte Lohn durchschnittlich 4 Rp. monatlich beträgt, was gewiß gegenüber dem bei uns in den Nordbezirken üblichen Satz von 12 Rp. keine große Verlockung ist. Wanyamwesi werden als Träger bei Jagdexpeditionen allerdings höher bezahlt und sie tun diese Arbeit gerne, trotzdem der Lohn auch hier nicht 12 Rp. erreicht, weil es, wie dies der Jagdbetrieb mit sich bringt, zwischen den Märschen lange Pausen und vor allem Fleischnahrung in Hülle und Fülle gibt; daß aber die Zahl der Leute, die da Verwendung finden können, naturgemäß beschränkt ist, bedarf kaum des Beweises.

Ein fernerer Einwand ist der, daß die Einhebung der Steuer zu kompliziert und ein größeres Beamtenpersonal erfordern würde. Letzteres ist nicht zu bestreiten; die Mehraufwendungen dafür sind aber durchaus produktiv. Man macht ja im Schutzgebiet auch die Erfahrung, daß, wenn ein Bezirk aus der billigeren Militärverwaltung in die Zivilverwaltung übergeht, die Einnahmen aus der Hüttensteuer sofort beträchtlich in die Höhe gehen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie bringt es sowieso mit sich, daß die Verwaltungsausgaben steigen und mehr weißes Personal angestellt werden muß; das ist jedenfalls dort am berechtigtesten, wo diese intensivere Verwaltung auch zur Erhöhung der Einnahmen führt. Auch die Individualisierung bei Erhöhung der Steuer verwickelt die

Aufgaben der Verwaltung, und die Durchbrechung der Gleichförmigkeit ist ja das, wogegen sich der bürokratische Geist am meisten sträubt.

Eine andre Form des Arbeitszwanges wird in einem Teil des Bezirkes Wilhelmstal ausgeübt; dort besteht für jeden arbeitsfähigen männlichen Eingeborenen Westufambaras die Verpflichtung, von je vier Monaten einen Monat beim Weißen zu arbeiten. Früher hatten dort die eingeborenen Jumben so viel Einfluß auf ihre Leute, daß sie über Verlangen des Weißen in der Lage waren, ihm eine größere Zahl von Arbeitern zu stellen; der Jumben war natürlich durch einen entsprechenden Bakschisch willig zu machen. Dieses System mußte in dem Maße versagen, als das alte Verhältnis der Unterordnung sich lockerte und die Eingeborenen sich dessen vergewisserten, daß der Jumben nicht das Recht habe, sie zur Arbeit beim Weißen zu zwingen. Da führte der frühere Bezirksamtman von Nostitz mit Zustimmung des Bezirksrats die erwähnte Arbeitsordnung ein; Herr von Nostitz wirkt gegenwärtig als Rechtsanwalt in Tanga, was mit dieser Arbeitsordnung in einem gewissen Zusammenhang stehen dürfte. Gewisse Mängel haften ihr sicherlich an; so häuft sich natürlich das Arbeitsangebot im letzten Monat der viermonatlichen Periode, da die Leute die ihnen unangenehme Verpflichtung gerne solange wie möglich hinauschieben. Auch kamen Fälschungen der Ausweiskarten durch die Schwarzen und leider auch Unterstützung von Mißbräuchen durch Weiße vor. Aber gerade da hat die weiße Bewohnerschaft Westufambaras eine erfreuliche Solidarität gezeigt, und aus der Mitte der weißen Siedler heraus erfolgte die Anregung, daß jeder Weiße sich zu einer hohen Konventionalstrafe verpflichten sollte, falls er

die Bestimmungen der Arbeitsordnung den Schwarzen in irgendeiner Weise umgehen hilft; der allergrößte Teil der weißen Bewohner Westusambaras hat sich dieser Verpflichtung freiwillig unterzogen. Ein weiterer Mangel dieser Arbeitsordnung ist es, daß der in Westusambara wohnende Hirtenstamm der Wambuggu von der Arbeitsverpflichtung ausgenommen ist, weil die Leute an Feldarbeit nicht gewöhnt sind. Das mag an sich richtig sein; die notwendige Ergänzung müßte aber dann eine Erhöhung der Hüttensteuer auf etwa 6 Rp. für die Wambuggu sein, die die Leute in dem wirtschaftlich hoch entwickelten Gebiet leicht bezahlen könnten, da dies nicht mehr als den Wert einer Ziege vorstellt. Für die Bewohner von Pare und die Maffai in der Ebene gilt die Arbeitsordnung gleichfalls nicht; das ist gewiß zweckmäßig, solange das Paregebirge nicht auch europäische Pflanzungen in größerer Zahl aufweist. Im übrigen ist die Verordnung in einem verhältnismäßig so beschränkten Gebiet wie Westusambara nur durchführbar, weil es ein Gebirgsland ist, dessen Bewohner ihre Berge auf keinen Fall verlassen werden, um in die Ebene zu ziehen; sonst wäre eine gewisse Auswanderung wohl zu befürchten. Würde indes eine derartige Maßregel in ganz Tanganital zu gleicher Zeit durchgeführt, so würde sich die Abwanderung wohl nur auf einen geringen Bruchteil der Bevölkerung beschränken und könnte dann auch durch geeignete Verwaltungsmaßnahmen verhindert werden.

Die Arbeitsordnung hat sich in Westusambara zweifellos gut bewährt. Die Eingeborenen sind natürlich nicht übermäßig davon begeistert; aber der Zustand ist ihnen doch noch lieber als die „sanfte Überredung“, durch die man sie früher zum Anbau von allerlei nützlichen Dingen zu bringen suchte. Nun

wissen sie doch, wozu sie verpflichtet sind, und werden im übrigen in Ruhe gelassen. Wo sie arbeiten wollen, können sie sich bei der großen Nachfrage nach Arbeitern jederzeit ausfinden, und ein Herr, der sie schlecht behandeln wollte, würde vergeblich nach Arbeitern ausschauen. Ich habe mit evangelischen und katholischen Missionaren Westusambaras gesprochen, die die Arbeitsordnung sehr zweckmäßig finden und ihre Aufhebung sehr bedauern würden. Der Handel der Gegend hat sich sehr gehoben; neue Inderläden sind in Wilhelmstal entstanden und die alten haben einen vermehrten Umsatz. Das Bezirksamt hat mehrfach Vorteile: die Gewerbesteuer erhöht sich, und verschiedene Eingeborene lösen sich Hausierscheine für 10 Rp., weil sie dann von der Arbeitsverpflichtung befreit sind. Endlich sind die Eingeborenen, die ihrer Arbeitsverpflichtung nicht nachgekommen sind, gezwungen, die noch fehlende Zeit beim Bezirksamt lediglich gegen freie Verpflegung abzuarbeiten, und dieses gewinnt auf diese Weise Arbeiter für gemeinnützige Arbeiten, wie Wegebau, usw.

Die gegenwärtige Verwaltung der Kolonie steht dem Wilhelmstaler System, wie ich es kurz nennen will, mit ziemlicher Abneigung gegenüber, die deutlich zwischen den Zeilen der Denkschrift über die Entwicklung des Schutzgebiets im Jahre 1907/08 hervorleuchtet; die auch im vorstehenden erwähnten Schattenseiten, die zum Teil schon behoben sind, zum Teil sich bei einigem guten Willen unschwer beseitigen lassen, werden besonders unterstrichen, die Vorteile kaum erwähnt. Sehr merkwürdig muten folgende Ausführungen an:

„Ferner wird ganz besonders in dem Gebiet, in welchem die Arbeitskarten eingeführt sind, über geringe Leistungen der Arbeiter geklagt. Begreiflicherweise kommt es dem

Samassa, Befriedlung.

12

Arbeiter nur darauf an, den Tag abgearbeitet zu haben, nicht etwas zu leisten. Es zeigt sich die, auch in Zanzibar und andern Orten bei der Sklavenarbeit gemachte Beobachtung, daß unfreiwillige Arbeit minderwertig ist.“

Nun dürfte man wohl ganz allgemein in Afrika die Erfahrung machen, daß der Neger nicht den Ehrgeiz hat, „etwas zu leisten“, sondern daß er gerade so viel arbeitet, als nötig ist, um seinen Taglohn zu erhalten; und wahrscheinlich geht der Ehrgeiz auch beim weißen Lohnarbeiter gewöhnlich nicht höher, so daß man dem Neger aus diesem Standpunkt wahrhaftig keinen Vorwurf machen kann. Damit daraus nun nicht ein allzu geringes Maß von Arbeitsleistung erwachse, führt der Unternehmer, wo es irgend möglich ist, ein bestimmtes, zu leistendes Arbeitspensum ein, was ja auch bei diesen „Zwangsarbeitern“ in Westusambara möglich wäre. Das „ganz besonders“, womit die angeführten Sätze eingeleitet werden, weist aber schon auf eine Erklärung hin, die den weißen Bewohnern Westusambaras viel einleuchtender ist: daß nämlich die Arbeitsleistung der Schwarzen aus verschiedenen Gründen, auf die hier einzugehen zu weit führen würde, überhaupt ständig zurückgeht. Ein Mann, der seit etwa fünfzehn Jahren in der Kolonie tätig ist, versicherte mir, daß der Neger heute kaum die Hälfte dessen leiste, wie vor zehn Jahren. Das eröffnet denn freilich recht unerfreuliche Perspektiven und läßt die Erziehung zur Arbeit nur desto dringlicher erscheinen. Kein vernünftiger Mensch wird im übrigen leugnen, daß die Zwangsarbeit nur ein unvollkommener und wenig erwünschter Ersatz für die freie Arbeit ist; aber man sah sich zu ihrer Einführung doch nur genötigt, weil die freie Arbeit nicht zu erreichen war. Und unter diesem

Gesichtspunkt ist es doch immerhin besser, die Eingeborenen arbeiten wenig, als sie arbeiten überhaupt nicht.

Im übrigen wird in der Denkschrift bereits angedeutet, mit welcher Begründung das Gouvernement das Arbeitskartensystem in Westusambara überhaupt abzuschaffen gedenkt: es wird nämlich darauf hingewiesen, daß nach Vollendung der Wegbauten das Bezirksamt für die Leute, die ihre Arbeitszeit strafweise beim Bezirksamt abarbeiten müssen, keine Verwendung haben werde. Zunächst ist doch anzunehmen, daß die Eingeborenen mehr und mehr einsehen werden, daß es vorteilhafter ist, für Lohn als umsonst zu arbeiten. Außerdem wurde während meiner Anwesenheit in Wilhelmstal wegen Geldmangels an der Straße gerade nicht gearbeitet, und das Bezirksamt hatte trotzdem nicht Leute genug, um notwendige Lasten aus Mombo holen zu lassen, so daß sogar die Post dort tagelang liegen blieb. Im Notfall würde es aber auch gar keine Schwierigkeiten haben, die Leute gegen Vergütung bei den Pflanzern in der nächsten Nähe von Wilhelmstal arbeiten zu lassen, was aber bei einigermaßen guter Instandhaltung der Wege sicherlich nicht nötig sein wird.

Die Einführung des Wilhelmstaler-Systems für die Bezirke Tanga und Pangani wäre in hohem Grade wünschenswert und bei einigem guten Willen auch durchführbar; sollte die Zahl der arbeitsfähigen Männer die Nachfrage der Plantagen übersteigen – was ich übrigens nicht für sehr wahrscheinlich halte – so könnte man die beim Weißen abzudienende Zeit entsprechend herabsetzen oder den Arbeitszwang alternativ mit einer, dann allerdings ziemlich hoch anzusetzenden, Kopfsteuer einführen. Denn das jetzige System der Kontraktarbeiter aus Unyamwesi ist nur ein sehr zweifelhafter Notbehelf, der die Plantagen

eigentlich immer vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellt. Zurzeit ist der Zuzug von Arbeitern allerdings genügend; und für die Zukunft vertröstet man sich auf die Wirkungen der Bahn nach Tabora. Gerade die erfahrensten Pflanzer wiegen sich aber nicht in dieser Hoffnung. Und zwar sehr mit Recht; denn es kann kaum einen verhängnisvolleren Irrtum geben, als den, zu glauben, daß die Wanyamwesi nur darauf warten, daß das Dampfroß Tabora erreicht, um sich dann in Massen Billetts zu kaufen und nach Daressalam und von dort mit dem Dampfer nach Tanga zu fahren. Zunächst wäre dies entgegen der naheliegenden Vermutung durchaus nicht billiger als die jetzige Fußwanderung dahin. Gegenwärtig stellen sich die Kosten für die Anwerbung und die Reise der Wanyamwesi bis zur Pflanzung durchschnittlich auf 15 Rp. Bei Benutzung der Eisenbahn würde bei dem jetzt auf der Strecke nach Morogoro geltenden Tarif von 1 Heller für das Kilometer die Reise von Tabora bis Daressalam 9 Rp., die Fahrt von dort bis Tanga 5 Rp. kosten, wozu dann noch die Verpflegung auf dem Marsche von der Heimat bis Tabora und von Tanga bis zur Pflanzung, hier unter Umständen auch wieder der Preis der Eisenbahnfahrt auf der Usambarabahn, hinzukämen. Diesen Reisekosten wären dann noch die Anwerbungskosten zuzurechnen, die sich sicherlich auf mindestens 5 Rp. für den Kopf stellen. Das wären also im ganzen etwa 21 Rp.; dabei ist es überdies noch sehr zweifelhaft, ob der Tarif von 1 Heller für das Kilometer der Eingeborenenklasse von der Bahn aufrechterhalten werden kann, da man natürlich bei so weiter Reise die Leute nicht zusammenpferchen kann wie die Heringe. Auf der Ugandabahn, die doch sehr bedacht ist, durch möglichst niedrige Tarife den Verkehr zu heben, wird für die gleiche

Leistung fast das Doppelte gefordert. Wenn also nach Fertigstellung der Bahn Wanyamwesi überhaupt noch nach Tanganital kommen, so werden sie wahrscheinlich den gewohnten Weg über Kondoa-Irangi wählen und nicht die Bahn. Es droht aber die Gefahr, daß sie überhaupt nicht mehr oder nur in ganz ungenügender Zahl kommen werden, nicht so sehr deshalb, weil sie sich nun ganz auf Eingeborenenkulturen werfen werden, sondern weil sie in den Pflanzungen weißer Unternehmer, die längs der Bahn entstehen, in nächster Nähe Arbeitsgelegenheit finden dürften.

Aber auch bei dem jetzigen Zustande wird sich das Kontraktarbeitersystem mindestens für die Kautschukpflanzungen als unhaltbar erweisen, wenn die jetzt in Ausarbeitung begriffene Arbeiterverordnung ins Leben tritt. Zurzeit, wo ich dies niederschreibe, ist mir über den Inhalt dieser neuen Arbeiterverordnung das bekannt, was nach den Verhandlungen des ostafrikanischen Gouvernementsrats, dem sie zur Begutachtung vorgelegt wurde, an Mitteilungen darüber vorlag; die nichtamtlichen Mitglieder des Gouvernementsrats haben gegenüber dem ihnen vom Gouvernement vorgelegten Entwurf einige Veränderungen zugunsten der Arbeitgeber durchgesetzt, gerade in den entscheidenden Punkten ist ihnen dies aber nicht gelungen.*) Der wichtigste Punkt dieser Ver-

*) Seitdem dies geschrieben wurde, ist der Entwurf der Verordnung an das Kolonialamt gegangen und die Vertreter der Pflanzungsgesellschaften in Berlin haben es erreicht, daß der Staatssekretär des Kolonialamts ihnen einige weitere Verbesserungen in Aussicht gestellt hat, falls der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika zustimmt. Unter diesen Verbesserungen befindet sich auch die Erstreckung der Verpflichtungszeit von 7 auf 9 Monate und die Herabsetzung der Zeit, in der die Arbeiter ungestraft der Arbeit fernbleiben dürfen. Möglicherweise wird also ein Teil der hier geäußerten Bedenken hinfällig. Darum bleibt doch von Interesse, was das Gouvernement ursprünglich vorgeschlagen hat, und welche Konsequenzen sich für das Wirtschaftsleben der Kolonie

ordnung ist, daß in Hinkunft Kontrakte auf 180 Arbeitstage, wie sie bisher üblich waren, nicht mehr abgeschlossen werden dürfen, sondern nur auf sieben, nach dem ursprünglichen Regierungsentwurf sogar nur auf sechs Kalendermonate ohne Rücksicht auf die innerhalb dieser Zeit geleistete Arbeit. Um die Tragweite dieser Änderung zu verstehen, ist es nötig, kurz auf den gegenwärtig bestehenden Zustand einzugehen. Die jetzt übliche Art der Verpflichtung zwingt den Arbeiter, 180 Tage auf der Pflanzung zu arbeiten; auf einigen Pflanzungen werden ihm auf den Gesamtlohn für diese Leistung nur Vorschüsse gewährt, mit denen er sich verpflegt, der Rest aber erst nach Erfüllung der ganzen kontraktlichen Verpflichtung ausgezahlt; eine Reihe von Pflanzungen ist aber dazu übergegangen, nach je 30 Arbeitstagen die geleisteten Vorschüsse aufzurechnen und den Rest auszuzahlen. Gewisse Mißbräuche waren bei der ersteren Form der Auszahlung möglich. Sind genügende Schutzmaßregeln gegen Kontraktbruch getroffen, was nur in den Händen der Regierung liegt, so steht nichts im Wege, die zweitgenannte Form der Auszahlung verpflichtend zu machen, wie dies in der neuen Arbeiterverordnung geschehen soll. Nun kann natürlicherweise kein Arbeiter die 180 Tage in sechs Monaten abarbeiten; ist er fleißig, so kann er sich in 7 bis 8 Monaten seiner Verpflichtung entledigen, faulenzet er von drei Tagen einen, in neun, und „schläft“ er, was die Regel

daraus ergeben hätten; denn daraus läßt sich der Grad des „Wohlwollens“ entnehmen, den das Gouvernement den wirtschaftlichen Interessen der Weißen in der Kolonie entgegenbringt. Dadurch wird auch der unnatürliche Zustand grell beleuchtet, daß das Kolonialamt, gedrängt von den in der Heimat sitzenden Interessenten sich der weißen Pflanzter draußen annehmen und sie vor schweren Benachteiligungen schützen muß, während es doch das Natürliche wäre, daß der Gouverneur der Anwalt ihrer Belangen bei der Heimatsbehörde ist.

ist, jeden zweiten Tag, so braucht er eben ein Jahr dazu. Rechnet man nun als Durchschnitt für die Reise von Unyamwesi nach dem Plantagenbezirk zwei Monate, so ist klar, daß der Mnyamwesi, selbst wenn er fleißig war, nicht damit rechnen konnte, etwa nach der Ernte seine Heimat zu verlassen und bis zur nächsten Feldbestellung wieder da zu sein, da bestenfalls immer 11 Monate vergehen werden, bis er seine Heimat wieder sieht. Da aber diese Sachfengängerei der Wanyamwesi nach den Plantagen doch mindestens schon ein Jahrzehnt besteht, ist es doch so ziemlich ausgeschlossen, daß diese Tatsache auch dem Arbeiter, der sich zum ersten Male anwerben läßt, ein Geheimnis sein könnte. Nun stellen sich aber diese Verhältnisse, wie man aus folgenden Ausführungen des Buches von Rathenau schließen darf, an der maßgebenden Stelle unfres Kolonialamts folgendermaßen dar:

„In Usambara lautet der normale Arbeitsvertrag nicht auf eine bestimmte Arbeitszeit, sondern auf Arbeitstage. Fällt ein Arbeitstag aus – was freilich nach dem Geschmack des Negers häufig genug geschieht – oder wird an einem Arbeitstage nach Ermessen des Arbeitgebers nicht genügendes geleistet, so wächst, abgesehen von der gesetzlichen Strafbefugnis, dieser Tag der Kontraktsdauer zu, die ohne Rücksicht auf den Wunsch des Negers, zur Bestellung seiner Felder in die Heimat zurückzukehren, auf diese Weise beliebig, allenfalls lebenslänglich ausgedehnt werden kann.“

Nach dieser Darstellung müßte also der Arbeiter für jeden Tag, den er nicht zur Arbeit kommt oder nicht genügend arbeitet, einen Tag über die 180 Tage, zu denen er sich verpflichtet hat, arbeiten, so daß dann unter Umständen eine „lebenslängliche“ Sklaverei herauskommt; außerdem wird

noch angedeutet, daß er für sein Wegbleiben oder seine Minderleistung auch noch bestraft wird. Ich bin auf einer ganzen Reihe von Pflanzungen gewesen, habe aber diese ungeheuerliche Praxis nirgends gefunden; die Regel ist, daß der Pflanzungsleiter sich darauf einrichtet, daß nur die Hälfte der angeschriebenen Arbeiter zur Arbeit kommt; hat ein Arbeiter in einer Woche ungebührlich viel gebummelt, so bekommt er am Ende der Woche keinen Vorschuß oder Verpflegungsgeld (Poscho). Da die Einleitung zu den Ausführungen Rathenaus über Ostafrika diesen einen gewissen halbamtlichen Charakter gibt, so wäre es wirklich höchste Zeit, daß das Kolonialamt das Material, auf das sich die hier wiedergegebene phantastische Darstellung zu stützen scheint, veröffentlichte. Ich will indes nicht verschweigen, daß ich allerdings selbst einmal einen Arbeitsvertrag gesehen habe, der auf eine Art Sklaverei hinausläuft; in diesem Falle war der Arbeitgeber aber ein Inder; die Sache ist so bezeichnend, daß ich sie hier kurz wiedergeben will. Am Gerichtstag, den ein Bezirksamtman in einem Innenbezirk abhält, erscheint ein indischer Schneider, der einen eingeborenen Gefellen anklagt, ihm entlaufen zu sein; dabei legt er seinen Vertrag vor, nach dem er dem Schwarzen 124 Rp. Vorschuß gegeben hat, wofür sich dieser verpflichtet, bei ihm 20 Monate gegen einen Lohn von $12\frac{1}{2}$ Rp. monatlich zu arbeiten, von denen 6 Rp. bis zur Rückzahlung des Vorschusses abgezogen werden sollen. Daß der Schwarze aus dieser Schuldknechtschaft sein Lebtage nicht herauskommen kann, liegt auf flacher Hand; unter diesem Vertrag stand der Stempel des Bezirksamts Bagomoyo zum Zwecke der Bekundung, daß er rechtsgültig sei! Ich bezweifle, daß ein Weißer einen solchen Vertrag bestätigt bekäme.

Charakteristisch ist, daß das Kolonialamt in der neuen Arbeiterverordnung ursprünglich sogar die Verpflichtung festgestellt wissen wollte, den Arbeiter unter allen Umständen nach Ablauf der Verpflichtungszeit zu entlassen und ihn selbst mit seiner Zustimmung nicht länger als Arbeiter zu behalten, weil die Sultane in Unyamwesi es nicht gerne sähen, wenn ihre Leute solange fortblieben. Es ist bezeichnend genug für diese Art „deutscher“ Kolonialpolitik, daß man also gerne bereit war, Zwang auf die Eingeborenen zu üben, es durfte aber natürlich nur im Interesse schwarzer Sultane sein! Als besonderes Zugeständnis an die Pflanzer hat das Kolonialamt dann bewilligt, daß es dem Arbeitgeber und dem Arbeiter erlaubt sein soll, nach Ablauf der sechs bez. sieben Monate, den Vertrag zu verlängern. Ein großer Teil der Arbeiter wird aber sicherlich der Versuchung nicht widerstehen, mit den einmal gemachten Ersparnissen, mögen sie auch bescheiden sein, die Heimat wieder aufzusuchen. Dadurch wird aber die Lage der größeren Kautschukunternehmungen äußerst kritisch. Schon jetzt können sie die 180 Arbeitstage des Kontraktarbeiters nicht voll ausnützen, weil es eine ganze Weile dauert, bis dieser sich im Zappen einige Fertigkeit angeeignet hat, wobei sich die vor allem an grobe Handarbeit gewohnten Wanyamwesi alles eher als geschickt anstellen. Setzt sich nun die Zahl der Arbeitstage durch die neue Vorschrift von 180 auf 110 oder 100 Tage herab, so wird die Zahl der Tage, in denen der Arbeiter es bereits zu einer normalen Leistung gebracht hat, noch stärker herabgedrückt; ganz abgesehen davon, daß sich nun die Anwerbe- und Reisekosten auf eine geringere Zahl von Tagen verteilen. Dann könnte allerdings das eintreten, woran der Pflanzer bei dem gegenwärtigen

Zustände kaum Interesse hat: daß er nämlich um jeden Preis innerhalb der Verpflichtungszeit den Arbeiter zur Arbeit zu zwingen sucht.

Zu den Mitteln einer sachgemäßen Ausgestaltung und Erhöhung der Besteuerung und der Einführung der Arbeitsverpflichtung in bestimmten Bezirken, die ihre Wirkungen sofort in einer dem weißen Pflanze günstigen Weise geltend machen würden, müßte im Hinblick auf die Zukunft eine entsprechende Landpolitik der Regierung gegenüber den Eingeborenen treten. Die Buren in Südafrika haben den Standpunkt vertreten, daß alles Land, das sie unter ihre Herrschaft brachten, Eigentum des Staates sei, der dann seine weißen Bürger damit beteilte. Wo es zweckmäßig erschien, wurde den Eingeborenen die Nutzung überlassen oder ein Reservat geschaffen; wo nicht, wurde er durch die Aufteilung des Landes an die Bürger gezwungen, bei diesen Dienste zu nehmen. So bildete sich eine Art von patriarchalischem Hörigkeitsverhältnis heraus, dem die Freizügigkeit jede Härte für den Eingeborenen nahm; paßte ihm der eine Herr nicht, so konnte er sich einen andern suchen, auf jeden Fall mußte er aber arbeiten. Buren wie Eingeborene standen sich bei diesem System gleich gut. In der für unsere südwestafrikanische Kolonie erlassenen Eingeborenenverordnung, die neuerdings ein wenig verwässert wurde, sind im wesentlichen die gleichen Grundsätze zur Geltung gebracht; die gesamte farbige Bevölkerung des Schutzgebiets kann bei den vorhandenen Unternehmungen Weißer Arbeit und Nahrung finden, und man zwingt sie dazu, indem man ihnen jede andere Existenzmöglichkeit abschneidet.

So richtig der Grundsatz an sich ist, so läßt er sich in Ostafrika auf irgend absehbare Zeit jedenfalls nicht durchführen.

Immerhin wird man auch hier im Auge behalten müssen, daß die unbefchränkte Landnutzung durch den Eingeborenen weder im Interesse einer weißen Besiedlung ist, noch auch die Hebung des Eingeborenen auf einen höheren Stand der Landbewirtschaftung zuläßt. Solange der Eingeborene ein Stück Busch niederbrennt, darauf seine Pflanzung anlegt und nach wenigen Jahren wieder weiterzieht, um das gleiche Verfahren vom neuen zu beginnen, weil der benutzte Boden schon wieder ausgesogen ist, bleibt er als Nomade in den primitivsten Wirtschaftsformen stecken, mag das Gebiet seiner Wanderungen auch eng begrenzt sein. Es ist charakteristisch, daß sich etwas wie Kultur beim Eingeborenen nur da entwickelt hat, wo er durch den Zwang äußerer Verhältnisse zu einer gewissen Sesshaftigkeit gelangt ist, z. B. bei den Wadschagga oder in Uganda. Diese Tatsachen sind der Regierung natürlich nicht fremd; in der Denkschrift über die Entwicklung der Kolonie im Jahre 1907/08 finden sich folgende Sätze:

„..... Nach ähnlichen Ursachen wird man auch zu suchen haben, wenn man beim Neger den Übergang zur intensiveren Kultur durch Düngung vermißt, auch da, wo die Bedingungen infolge Viehreitums gegeben sind. Wozu sich mit der Mehrarbeit befassen, solange Neuland in hinreichender Menge vorhanden ist?“

Aus diesen Tatsachen wird aber des weiteren nur die Folgerung gezogen, daß man den Neger „auf den Wert der Düngung hinweisen“ müsse; wahrscheinlich durch Zirkularerlässe, auf die jeder Eingeborene sein „Gelesen“ schreiben soll. In der Tat läuft aber die Praxis des Gouvernements der hier gezeigten Erkenntnis schnurstracks zuwider; es hat nämlich den Grundsatz aufgestellt, daß bei Landzuweisungen

an Weiße den Eingeborenen immer viermal soviel Land verbleiben muß, als sie augenblicklich bebauen. Bezeichnend ist es, daß dieser Grundsatz gerade in Gegenden, wo die Eingeborenen einen gewissen Fleiß und Eifer an den Tag legen, gar nicht durchzuführen ist, z. B. in der Umgebung von Morogoro, wo man weithin ununterbrochen bestellte Eingeborenenfelder sieht, oder am Kilimandjaro, wo innerhalb des Eingeborenenlands fast jedes Fleckchen ausgenutzt wird. Tritt nun z. B. dort, wie dies zu erwarten ist, infolge des Aufhörens der Stammeskriege und der Raubzüge der Maffai allmählich eine Übervölkerung ein, so wird der Überschuß an Arbeitskräften naturgemäß darauf hingewiesen, in den Pflanzungen der Weißen Arbeit zu suchen. Die, die ihre Felder bestellen, finden in den guten Preisen, die sie für ihre Feldfrüchte erhalten, einen Anreiz, möglichst intensiv zu wirtschaften. Was an Nahrungsmitteln noch fehlen sollte, wird aus den tieferliegenden Teilen zugeführt, wo die Baumwollpflanzer Mais in Fruchtfolge mit Baumwolle pflanzen können, wo aber auch der Eingeborene Gelegenheit hat, Überschüsse seiner Produktion zu guten Preisen abzusetzen. So ist allen Teilen gedient und der Zwang zur Arbeit hat eine sehr milde, dem Eingeborenen kaum erkennbare Form.

Was nun hier durch die besondern Verhältnisse am Berge hervorgerufen wird, ließe sich anderwärts durch eine weit-schauende Politik der Regierung erreichen, indem die Eingeborenen zur Anlage von Dörfern veranlaßt und mit der Zeit immer neue Strecken Landes für europäische Pflanzungen freigemacht werden, wo deren Anlage überhaupt in Betracht kommt. Die Eingeborenen von dem Platze zu vertreiben, auf dem sie gerade ihre Hütte und ihr Feld haben, wäre eine

unbillige Härte; in dem Augenblick, wo sie aber den Platz verlassen, hört auch nach ihren eigenen Rechtsbegriffen jeder Eigentumsanspruch an ihn auf, und man kann ihnen jetzt wohl vorschreiben, innerhalb welchen Gebiets sie sich niederlassen dürfen, wobei ihnen ja immer noch eine gewisse Auswahl gelassen ist. Augenblicklich herrscht aber bei der Verwaltung des Schutzgebiets die Tendenz, um jede Eingeborenenhütte einen weiten Kreis der Unverletzlichkeit zu ziehen, ohne Rücksicht darauf, daß der Eingeborene selbst seine Niederlassung nur als einen provisorischen Aufenthalt ansieht. Das hat z. B. im Bezirk Wilhelmstal zu einem höchst eigenartigen Erwerbszweig der Eingeborenen geführt; mangels einer genügenden Zahl weißer Beamten beim Bezirksamt Wilhelmstal liegen dort über hundert Anträge von Pflanzern auf Zuweisung von Kronland unerledigt; wenn nun die Weißen, die die Kaufpachtung des Landes anstreben, daselbst nicht ihren Wohnsitz nehmen, so pflegen sie zum Zeichen, daß sie die Überlassung dieses Landes beantragt haben, seine Grenzen durch in den Busch geschlagene Schneisen festzulegen. Was nun weiter folgt, haben die Schwarzen schon herausbekommen, und nun verlegen ein paar von ihnen ihre Hütten auf dieses Land mit dem Anspruch, vom Käufer mit einer entsprechenden Summe abgelöst zu werden, damit aus ihrer Anwesenheit keine weiteren Schwierigkeiten für die Kronlandserklärung erwachsen.

Daselbe, was hier von den Eingeborenen im allgemeinen gesagt ist, gilt auch von viehzüchtenden Stämmen wie den Massai, obwohl ja hier die oben gegebenen Beispiele nicht zutreffen. Auf die Unproduktivität der Viehwirtschaft der Massai habe ich bereits hingewiesen. Von mancher Seite

werden die Massai als ein Stamm hingestellt, an dem alle Zivilisationsversuche scheitern werden und denen schließlich ein Schicksal, wie das der Indianer, bestimmt ist. Von guten Kennern des Volks werden sie wiederum als gutmütige Leute geschildert, die sich mit der Herrschaft der Weißen abgefunden haben und denen insbesondrer Aufstandsgelüste ganz ferne liegen. Vereinzelt kommen sie auch als Zapfer auf die Kautschukplantagen Tanganitas, während sie die Arbeit mit der Hacke als entwürdigend zurückweisen. Es kann hier unerörtert bleiben, was das künftige Schicksal der Massai sein wird; wenn ihnen aber überhaupt Zivilisation beizubringen ist, so sicherlich nur auf dem Wege der Landbeschränkung. Wenn z. B. im Kilimandjaro-Merugebiet die von Weißen betriebene Viehwirtschaft größere Ausdehnung erhält, wird gegen das Grasbrennen, das jede Verbesserung der Weide verhindert, mit allem Nachdruck vorgegangen werden müssen; für die primitive Viehhaltung der Massai bedeutet dies aber bereits eine beträchtliche Schädigung. Werden sie dann noch in der Landnutzung so beschränkt, daß ihre Herden zur Ernährung des Volks nicht mehr ausreichen, dann müssen sie notgedrungen dazu übergehen, ihr Vieh mit europäischem zu kreuzen, um so einen größeren Milchertrag zu erhalten. Sie werden dann auch vom Weißen lernen, die Weide künstlich zu verbessern und schließlich auch zur Zucht von Wollschafen übergehen, um ein Produkt zu gewinnen, das ihnen den Zukauf von Nahrungsmitteln gestattet. Der Überschuß ihrer Bevölkerung kann sich aber beim Weißen als Viehhirten verdienen, was sie ja auch heute schon nicht ungern tun. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, aus den Massai einen wirtschaftlich wertvollen Bestandteil der Eingeborenenbevölke-

rung der Kolonie zu machen. Noch leichter wird dies bei den viehzüchtenden Stämmen gehen, die schon heute eine gewisse Neigung zeigen, Ausfuhrwerte zu erzeugen.

Alle die hier angeführten Maßnahmen sollen dazu dienen, dem weißen Pflanzler eine genügende Zahl eingeborener Arbeitskräfte zu sichern und so seine wirtschaftliche Existenz auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. Ideelle und materielle Momente zu gleicher Zeit berührt aber die Frage, welche Stellung der nichtbeamtete Weiße dem Eingeborenen gegenüber überhaupt einnimmt. Daß der weiße Unternehmer zur wirtschaftlichen Erschließung der Kolonie unentbehrlich ist, wäre selbst dann kaum zu bestreiten, wenn das Gouvernement selbst nicht auf diesem Gebiet bisher so viele Proben mangelnder Befähigung abgelegt hätte. Es wäre aber eine unsinnige Vergeudung von Kräften, wenn man dieses Element nicht auch der politischen Beherrschung der Kolonie dienstbar machen würde. Denn trotz der größeren Sicherung unsrer Herrschaft durch den Bau von Eisenbahnen, die es im Notfall ermöglichen, auch Marinedetachements oder weiße Truppen aus der Heimat vorübergehend in der Kolonie zu verwenden, können wir unsre Herrschaft erst dann allen Wechselfällen gegenüber als gesichert ansehen, wenn die Zahl der in der Kolonie wohnenden Weißen so groß ist, daß diese aus eigener Kraft die Aufrechterhaltung unsrer Herrschaft gewährleisten; liegt dieser Zeitpunkt auch für das ganze Schutzgebiet noch recht ferne, so ist es immerhin schon ein großer Vorteil, wenn in einzelnen Teilen, die dann als unerschütterlich feste Stützpunkte unsrer Herrschaft gelten können, dieser wünschenswerte Zustand erreicht ist. Mindestens ebenso wichtig ist aber auch die erziehlche Einwirkung der gesamten weißen Bevölkerung auf die

Eingeborenen in friedlichen Zeiten. Sollen die Kosten dafür nicht ungeheuer anschwellen, so wird in den meisten Teilen des Schutzgebiets die Verwaltung, an europäischen Maßstäben gemessen, immer extensiv sein müssen; ein Pflanzler, der 100 schwarze Arbeiter beschäftigt, kann auf diese viel intensiver einwirken, als ein Bezirksamtmann, der 100 000 Eingeborene in seinem Bezirk hat. Die Persönlichkeit wirkt auf den Schwarzen mehr als die papierene Verordnung. Soll die Persönlichkeit aber wirken, so darf ihre Autorität nicht untergraben werden. Die Politik, die in der Kolonie in letzter Zeit eingeschlagen wurde, ist aber auf dem besten Wege dazu.

Sieht die Beamtenschaft des Schutzgebiets in den weißen Pflanzern und Unternehmern ihre gegebenen Helfer bei der Erziehung der Eingeborenen und überhaupt bei allen Verwaltungsaufgaben an, so wird ja zwar der Eingeborene immer das Bewußtsein haben müssen, daß der Beamte die höchste Autorität im Bezirke vorstellt, es wird sich aber keineswegs empfehlen, ihm gegenüber die Grenze zwischen dem beamteten und dem nichtbeamteten Weißen und die Unterordnung des letzteren unter den ersteren besonders hervorzuheben. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Ansehens der weißen Rasse ist es vielmehr, das Einschreiten der Staatsgewalt gegen Weiße dem Eingeborenen so wenig als möglich bemerkbar zu machen. Nun wird ja kein vernünftiger Mensch leugnen wollen, daß es in der Kolonie auch unerfreuliche weiße Elemente gibt, Leute, die von vornherein moralisch minderwertig sind oder die der Aufgabe gegenüber, dem Schwarzen Herren und Lehrmeister zu sein, völlig versagen. Daß sich derartige Menschen den Eingeborenen gegenüber Übergriffe gestatten, ist vorgekommen und wird vorkommen, wie eben

überall auf der Welt Gesetzesübertretungen stattfinden, solange das Reich der Tugend und Gerechtigkeit noch nicht entdeckt ist.

Es ist aber ziemlich einleuchtend, daß derartige Vorkommnisse desto unwahrscheinlicher sind, je gesicherter die wirtschaftliche und soziale Stellung eines Menschen ist. Der Leiter einer Gesellschaftsplantage wird sich sehr hüten, seine Befugnisse gegenüber seinen Arbeitern zu überschreiten, denn er läuft Gefahr, daß er überhaupt keine Arbeiter bekommt, wenn er einmal in den Ruf eines Leuteschinders gekommen ist; dies stellt natürlich wieder die Rentabilität des Unternehmens in Frage, und er legt sich durch sein Vorgehen bei seiner Direktion in Deutschland gewiß kein Bildchen ein, die ihm andererseits, wenn es zu einem öffentlichen Skandal kommen sollte, sicherlich nicht die Stange halten wird. Der Pflanzer, der selbst auf seiner Scholle wirtschaftet und der zum guten Teil davon abhängt, ob es ihm gelingt, Arbeiter aus der Umgebung zu bekommen, statt der für ihn zu kostspieligen Kontraktarbeiter, wird in der Behandlung der Leute nicht minder vorsichtig sein. Hingegen mag für einen Unternehmer, der „seine Sach' auf nichts gestellt“ hat, die Verlockung nahe liegen, seine Leute um den Lohn zu prellen, oder für den Mann, der irgendwo im Inneren mit seiner Karawane umherzieht, sie willkürlich zu behandeln oder sich Übergriffe gegenüber den Bewohnern des Landes zu erlauben. Und besonders letzteres liegt manchmal nahe, wenn die Eingeborenen sich weigern, auch gegen Bezahlung Nahrungsmittel abzugeben. Häufig spielen sich solche Dinge recht weit vom Sitze einer Behörde ab und mangels eines Klägers findet sich auch kein Richter. Kommt ein begangenes Unrecht zur

Kenntnis der Behörde, so kann man es nur verständig finden, wenn sie nachdrücklich den Gesetzen Anerkennung verschafft. Und gegenüber Leuten, die dauernd das Ansehen der Weißen in der Kolonie schädigen, scheint mir kein Mittel radikal genug; man kommt hier sicherlich mit den in der Heimat üblichen Grundsätzen allein nicht durch. In der Anwendung der Ausweisungsbefugnis deutschen Reichsangehörigen gegenüber sehe ich durchaus keine ungebührliche Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Weißen in der Kolonie. Allerdings glaube ich, daß diese Befugnis mit entsprechenden Sicherheiten gegen eine willkürliche Anwendung umgeben werden müßte; nicht die Verwaltungsbehörde sollte das Recht zur Ausweisung haben, sondern nur der Oberrichter nach Einleitung eines förmlichen gerichtlichen Verfahrens, das von der Verwaltungsbehörde beantragt und in dessen Verlauf auch der Bezirksrat des Bezirks, in dem der Auszuweisende seinen Wohnsitz hat, gehört werden müßte. Ein gleiches Verfahren wäre auch nötig, wenn dem Leiter einer Pflanzung die Strafbefugnis gegenüber seinen Arbeitern entzogen werden soll; damit fallen ja wohl die Gerichte aus dem Schema, in dem sie in Deutschland wirken, heraus. Es ist jedoch dringend nötig, daß dies endlich geschieht und ihre Aufgaben der Umgebung angepaßt werden, in der sie wirken.

Nun ist es aber ein andres, ob man einen überführten Missetäter scharf anfaßt, oder ob man eine ganze Klasse von Menschen so behandelt, als ob jeder einzelne alle Anlagen zum Missetäter hätte. Auf derartigen Voraussetzungen fußt aber die neue Arbeiterordnung. Ich habe schon bei einer ihrer Bestimmungen darauf hingewiesen, auf was für irrtümlichen Vorstellungen sie sich aufbaut. Ich möchte dies noch an einem

andern Beispiel erläutern. Nach der Reise des Staatssekretärs Dernburg durch die Kolonie wurde den Pflanzern immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie für die Ernährung ihrer Arbeiter nicht genügend sorgen; die Leute müßten oft stundenweit gehen, um sich Nahrung zu beschaffen und daher komme es, daß sie nicht jeden Tag zur Arbeit erschienen. Auch in dem Rathenaufschens Buch findet sich diese Behauptung. Nun bin ich mindestens auf 20 Plantagen Tanganitas gewesen und ich habe nicht eine ohne Inderladen gefunden. Ob aber die sehr wechselnde Arbeitsfreudigkeit des Negers wirklich auf die verzweifelte Suche nach Nahrung zurückzuführen ist, zu der er angeblich gezwungen sein soll, das läßt sich an der Hand der Arbeitslisten der Plantagen mit Leichtigkeit nachprüfen. Ich hatte auf einer Pflanzung, wo den Arbeitern alles, was ihr Herz begehrt, unmittelbar vor ihren Hütten in reichster Auswahl geboten ist, Gelegenheit, mich an der Hand der monatlichen Ausweise zu überzeugen, wie es hier, wo die Leute es wahrhaftig nicht nötig haben, sich zum Zwecke der Nahrungsbeschaffung mehr als zehn Schritt von ihren Hütten zu entfernen, mit ihren Arbeitsleistungen bestellt ist; hierbei hat sich herausgestellt, daß durchschnittlich etwas über 50 v. H. der angeschriebenen Arbeiter täglich zur Arbeit kommen. Auf verschiedenen größeren Pflanzungen wurde mir von den Leitern versichert, daß sie nur dann mit der regelmäßigen Deckung ihres Arbeiterbedarfs rechnen können, wenn doppelt so viel Arbeiter vorhanden sind, als der Betrieb täglich erfordert. Ich füge noch hinzu, daß ich die obenerwähnte Feststellung für eine Zeit gemacht habe, wo die Nahrungsmittel sehr teuer waren, was doch immerhin ein Ansporn für die Arbeiter sein konnte, mehr zu verdienen. Aus der obenerwähnten Ent-

stellung der tatsächlichen Verhältnisse wuchs aber die Bestimmung der neuen Arbeiterordnung heraus, daß dem Arbeiter der volle Lohn bezahlt werden müßte, wenn er erklärt, Lebensmittel einkaufen zu gehen; und zwar soll die Notwendigkeit dazu von ihm selbst bestimmt werden, nicht vom Arbeitgeber. Man kann sich denken, wie bald dies die Schwarzen heraus haben und die Gelegenheit, für das Spaziergehen auch noch bezahlt zu werden, weidlich ausnützen werden. Dabei ist aber noch folgendes in Betracht zu ziehen: die Wanyamwesi kommen gewöhnlich in geschlossenen Trupps von 10 bis 12 Mann zur Arbeit in die Pflanzungen; diese Trupps führen gemeinsame Wirtschaft, indem immer einer von ihnen sich um die Küche und die Beschaffung der Lebensmittel bekümmert. Also selbst im Falle, daß es wirklich nötig sein sollte, die Lebensmittel aus größerer Entfernung herbeizuschaffen, würde doch nur ein ganz kleiner Teil der Arbeiter notwendigerweise davon in Anspruch genommen werden.

Diese Bestimmung stellt schließlich nur eine, wenn auch sehr empfindliche materielle Schädigung des Pflanzers dar; an andern gleichartigen ist kein Mangel. Indes kann man annehmen, daß dieser Arbeiterordnung ein ähnliches Schicksal bestimmt sein wird, wie der in Britisch-Ostafrika, die nach kurzer Zeit wieder abgeändert werden mußte, nachdem sie sich in der Praxis gar bald als ein Werk des grünen Tisches erwies. Die materielle Schädigung wird dann wieder zu beseitigen sein. Schlimmer steht es mit der Herabminderung des Ansehens der weißen Arbeitgeber gegenüber den eingeborenen Arbeitern; die verhängnisvollste Bestimmung ist hier die Einführung der Arbeiterkommissare, die nach dem Etat für 1909/10 in der Zahl von fünf neu angestellt werden sollen. Es ist interessant

zu sehen, welche Veränderung sich in der Auffassung des Kolonialamts in bezug auf die Stellung dieser Beamten vollzogen hat. Zum erstenmal war von ihnen die Rede in der Besprechung, die Staatssekretär Dernburg anlässlich seines Besuchs in der Kolonie im Herbst 1907 mit den Vertretern des „Wirtschaftlichen Verbands der Nordbezirke“ über dessen Wünsche hatte; in dem darüber von den erwähnten Vertretern herausgegebenen Bericht, der wohl auf Genauigkeit Anspruch machen kann, heißt es:

„Von seiten des Gouvernements würde zuerst für die Nordbezirke ein besondrer Arbeiterkommissar ernannt werden, mit dem die Interessenten alle einschlägigen Fragen (bez. der Arbeiterbeschaffung) besprechen und beraten sollten. Die Aufgabe dieses Kommissars sollte es sein, den Pflanzungen in einer Weise zu den von ihnen benötigten Arbeitskräften zu verhelfen, daß den Wünschen der wirtschaftlichen Unternehmungen entsprochen, die Bevölkerung aber dabei nicht beunruhigt würde.“

Daß die Pflanzler gegen einen Beamten, der diese Aufgaben erfüllen sollte, nichts einzuwenden hatten, kann man sich leicht denken. Inzwischen ist aus dem einen Kommissar die Zahl von fünf geworden, deren Aufgabe im Reichshaushaltsentwurf für 1909/10 folgendermaßen umschrieben wird:

„Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, sowohl im Interesse der europäischen Betriebe, als auch der eingeborenen Arbeiter, Beamte mit besonderen Befugnissen zu schaffen. Diese Beamten-Distriktskommissare sollen die ihnen zugewiesenen Gebiete dauernd bereisen, die eingeborenen Arbeiter zur Innehaltung der übernommenen Arbeitsverpflichtungen, erforderlichenfalls selbst durch Strafen,

anhalten, aber auch die Überwachung und Durchführung der hinsichtlich der Unterbringung, Behandlung, usw. der Arbeiter bestehenden oder noch zu erlassenden Vorschriften sich angelegen sein lassen und die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erledigen, welche sich aus dem Arbeitsverhältnis oder dem Arbeitsvertrage ergeben. Für diese Stellen können nur Personen von großer Erfahrung in Betracht kommen. Es sind zunächst fünf Stellen in Aussicht genommen, und zwar für die Bezirke Ostusambara, Westusambara, Pangani, Morogoro und Lindi.“

Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, daß sich die Bedeutung dieser Kommissare im Laufe eines Jahres vollkommen gewandelt hat; von der Unterstützung, die die Pflanze in bezug auf die Arbeiterbeschaffung erhalten sollten, ist nicht mehr die Rede. Der Satz über das Anhalten der Arbeiter zur Arbeit ist vollkommen nichtsagend, weil das doch nur im Rahmen der neuen Arbeiterordnung der Fall sein kann, die gegenüber dem jetzigen Zustand eine sehr beträchtliche Verschlechterung der Stellung des Arbeitgebers herbeiführt. Innerhalb der Bestimmungen dieser Arbeiterverordnung müßte der Pflanze aber doch auch ohne besondern Beamten beim Bezirksamt sein Recht finden. So wird die Stellung des Arbeiterkommissars auf einmal die eines Gewerbeinspektors zu Hause, und seine Aufgabe ist die einseitige Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Arbeitgeber.

Wir sind in Deutschland zu dieser Einrichtung als einem Teil unserer hochentwickelten sozialen Gesetzgebung gekommen, die als Ganzes auf die primitiven und ganz anders gestalteten Verhältnisse einer Kolonie anzuwenden, doch wohl keinem Menschen einfallen würde. Aber auch vom rein verwaltungs-

technischen Standpunkt ist die Schaffung derartiger Arbeiterkommissare eine sehr anfechtbare Maßregel. Der Schwarze hat ein ausgesprochenes Gefühl für Autorität; er versteht es, daß der Bezirksamtman der „Bwana mkuba“, der große Herr, und der Sekretär der „Bwana mdogo“, der kleine Herr, ist; daß er aber nun unter zwei großen Herrn stehen soll, von denen der eine dem andern nichts zu sagen hat, das wird ihm nicht einleuchten. Man braucht im übrigen gar keine große Prophetengabe zu besitzen, um vorauszusehen, daß es sehr bald zu Reibungen zwischen diesen beiden beigeordneten Stellen kommen wird, wie dies schon heute häufig zwischen der Verwaltungsbehörde und der Forstverwaltung der Fall ist, die sich in einem ähnlichen Verhältnis zueinander befinden. Die Hüterin der Rechte der Arbeiter ist naturgemäß die Verwaltungsbehörde; ist diese aber, wie dies in den Plantagenbezirken meist der Fall ist, so überlastet, daß die Bezirksamtänner zu wenig Zeit haben, um ihren Bezirk genügend zu bereisen, dann ist das einfachste Auskunftsmittel dagegen, daß man eben eine genügende Anzahl von Beamten anstellt. Nun sollen die Arbeiterkommissare darüber wachen, daß auf den Pflanzungen seitens der Besitzer oder Leiter die neue Arbeiterordnung durchgeführt und beachtet wird. Diese Arbeiterordnung hat nun eine Reihe von sehr dehnbaren Bestimmungen, deren Anwendung in die Hände des Kommissars gelegt sein wird; und wenn er den Unternehmer schikanieren will, so finden sich tausend Handhaben. Nun kommt dazu, daß diese Kommissare teilweise so wenig beschäftigt sein werden, daß sie notwendig auf eine kleinliche und schikanöse Auslegung der Verordnung kommen müssen, um ihrer vorgesetzten Behörde gegenüber den Anschein der Untätigkeit zu

vermeiden. Im Bezirk Pangani gab es z. B. im Herbst 1907 im ganzen 13 Pflanzungen von Europäern, darunter einige bescheidensten Umfangs; auch dort soll ein Arbeiterkommissar hingesetzt werden. Um sich überhaupt zu beschäftigen, wird er sich natürlich fortgesetzt um alle Dinge auch auf den Pflanzungen bekümmern, wo die Persönlichkeit des Leiters bereits alle Gewähr für eine humane und verständige Behandlung der Arbeiter gibt. Dann sind Reibungen unausbleiblich; vor allem wird aber gerade von den Pflanzern, die wegen ihrer gerechten Behandlung der Eingeborenen bei diesen in hohem Ansehen stehen, die Untergrabung dieses Ansehens am schwersten empfunden werden, was gleichzeitig für die ganze Stellung der Weißen in der Kolonie sehr verhängnisvoll werden kann. Denn der Schwarze wird gar bald heraus haben, daß der Kommissar die Aufgabe hat, seinen Arbeitgeber zu überwachen, und sind die Dinge einmal so weit, daß dieser in die Eingeborenen das hineinfragt, was er zu ungunsten des Arbeitgebers verwerten kann — und was wäre beim Neger leichter als dies! —, dann ist es mit der Autorität des Pflanzungsleiters ein für allemal vorbei.

Ein überaus wertvoller Faktor für die Verwaltung des Schutzgebiets wird dadurch ohne triftigen Grund ausgeschaltet, und der Weiße wird statt zum Hilfsorgan der Verwaltung zu deren hauptsächlichstem Objekt. In außerordentlich vielen Fragen, die das Wohl des Schutzgebiets betreffen, kann die verständnisvolle und willige Mitarbeit der Pflanzler und Pflanzungsleiter aber gar nicht entbehrt werden; was helfen z. B. alle Verordnungen gegen Krankheiten, wenn ihre Befolgung dem Neger überlassen bleibt und die Beaufsichtigung lediglich in den Händen der beamteten Regierungsorgane liegt. Ich

sprach einmal mit einem Arzt im Schutzgebiete, der von der sich immer weiter verbreitenden Wurmkrankheit die schlimmsten Verheerungen unter der eingeborenen Bevölkerung befürchtet; eine medikamentöse Behandlung ist bei der heutigen Verbreitung des Übels bereits ziemlich aussichtslos. Bleibt also nur eine umfassende Prophylaxe; um diese durchzuführen, ist aber eine Mitarbeit der Pflanzungsleiter ganz unumgänglich, dementsprechend aber auch eine genügende Strafbefugnis. Ist der Pflanze aber einmal durch eine ihm mißgünstige Auslegung des „väterlichen Züchtigungsrechts“, das ihm verbleibt und das einer sehr dehnbaren Auslegung fähig ist, so weit gekommen, daß er davon nur in den dringendsten Fällen Gebrauch macht, so wird er die Sorge um die Beschränkung der Wurmkrankheit den Verwaltungsorganen überlassen, die ihrerseits kaum irgendein brauchbares Mittel haben, um jede Übertretung auch der verständigsten Verordnung zur Bestrafung zu bringen. Ähnlich liegen die Dinge aber auch auf vielen andern Gebieten.

Ein anderer Punkt, der das Ansehen der weißen Rasse herabzusetzen geeignet ist, ist die Handhabung der Gerichtsbarkeit gegenüber Weißen. Für die weißen Bewohner der Kolonie sind die dort vorhandenen Bezirksgerichte und in zweiter und letzter Instanz das Obergericht in Daressalam zuständig, während die Farbigen von den Verwaltungsbehörden abgeurteilt werden. Wenn nun aber ein Schwarzer eine Zivilklage gegen einen Europäer anbringen will, so verklagt er ihn beim Bezirksgericht und hat nun alle Rechte, die einer Partei nach der in Deutschland geltenden Zivilprozeßordnung zustehen, nur mit dem Unterschied, daß er unter allen Umständen das Armenrecht genießt und nichts zu bezahlen braucht.



Sobald nun die Eingeborenen in den Küstenstädten, wo sich ja bekanntlich eine Auslese der Besten ansammelt, auf den Geschmack der Sache gekommen waren, ging das Klagen gleich im Großbetrieb los. Im Frühjahr des vergangenen Jahres konnte die „Ufambara-Post“ mitteilen, daß im Laufe von vier Wochen 199 Klagen gegen Weiße beim Bezirksgericht Tanga von Schwarzen anhängig gemacht wurden. Gleichzeitig erzählte mir ein Beamter, daß ein schwarzer Kläger einen Weißen verklagt hätte, weil er ihm „Dummkopf“ gesagt habe, was der Richter gleichfalls geduldig zu Protokoll nehmen mußte. Etwa zur selben Zeit wurde es in der deutschen Presse vielfach kritisiert, daß wegen der Klage eines Schwarzen gegen einen Weißen über den Betrag von 70 Pf. sogar der Reichsanzeiger in Bewegung gesetzt wurde, weil der Beklagte nicht auffindbar war. Diesen Verhältnissen wäre leicht abzuhelfen, wenn nur die Verwaltungsbehörde das Recht hätte, Zivilklagen Eingeborener gegen Weiße anhängig zu machen, was ja ganz logisch aus dem Gedanken entspringt, daß die Verwaltung die Vormundschaft über die Eingeborenen ausübt. In der Arbeiterordnung ist dies auch vorgesehen und die Wahrung zivilrechtlicher Ansprüche des Arbeiters gegen den Arbeitgeber dem Arbeiterkommissar übertragen; was hier aber zur besseren Wahrung der Rechte der Eingeborenen geschieht – weil man eben von einem Mnyamwesi nicht annimmt, daß er erfahren genug sein sollte, um sich in Verfolg seiner Ansprüche an das Bezirksgericht zu wenden –, das sollte die Regierung doch auch dort tun, wo der Erfolg in erster Linie dem Weißen zugute kommt. Eine derartige Regelung läge aber auch im Interesse einer geordneten Verwaltung; denn einerseits ist es doch nicht erwünscht, daß die Bezirksgerichte in dieser Weise

mit Bagatellsachen überhäuft werden und die Kraft der Beamten an läppischen Dingen verbraucht wird, andererseits liegt auch in der Heraushebung eines Zweiges der Rechtspflege aus dem Amtsbereich des Bezirksamtmanns eine Schädigung seiner Autorität. Wenn der Eingeborene zum Bezirksamtmanne mit der Beschwerde kommt, er sei von einem Weißen geschädigt worden, und dieser ihn auf den Weg der Klage beim Bezirksrichter verweist, so stellt sich dies im Kopfe des Negers doch nur so dar, daß der Bezirksamtmanne eben doch nicht der „Bwana mkuba“ ist, sondern der Bezirksrichter noch über ihm steht. Kann ihm aber der Bezirksamtmanne sagen: „Gut, ich werde untersuchen lassen, ob dir unrecht geschehen ist; ist es der Fall, so sollst du zu deinem Recht kommen, hast du aber gelogen, so bekommst du eine Tracht Prügel,“ so würden die Herren Schwarzen sich bald einen besseren und minder riskanten Sport aussuchen, als den, mutwillige Klagen gegen Weiße anzuhängen, die diesen unter allen Umständen, auch wenn sie gewinnen, eine Menge Zeit, Ärger und natürlich auch Geld kosten.

Wenn man hier den Eingeborenen mit all den Kautelen gegen Beeinträchtigung seiner Rechte umgeben sieht, die sich in einem modernen Kulturstaat im Laufe von Jahrhunderten entwickelt haben, so fragt man sich doch, wie es mit ihrer Anwendung im ganzen Bereich der Kolonie steht. Da machen wir die weiter nicht erstaunliche Entdeckung, daß diese unangebrachte Anwendung der Grundsätze eines hochentwickelten europäischen Gemeinwesens auf Bantuneger in unsrer Kolonie nur dort gilt, wo sich bereits eine größere Zahl weißer Unternehmer niedergelassen hat und wo diesen eine Reihe von Unannehmlichkeiten und Schädigungen daraus erwachsen kann,

daß aber in einem Gebiet, das zum mindesten $\frac{9}{10}$ des Flächenraums der Kolonie umfaßt, der Eingeborene gegenüber seinen eigenen Stammesgenossen des Schutzes häufig recht sehr entbehrt; und dadurch bekommen diese Maßregeln einen einseitig gegen die nichtbeamtete weiße Zivilbevölkerung der Kolonie gerichteten Charakter. Im ganzen Schutzgebiet stützt sich die Verwaltung auf eingeborene Hilfskräfte, die ihre untersten Organe vorstellen, die Jumben, Akiden, Sultane. In Residenturen, wie Urundi und Ruanda liegt fast die ganze Verwaltung und der größte Teil der Rechtsprechung in den Händen der eingeborenen Sultane und die Residenten müssen froh sein, wenn es ihnen gelingt, die größten Ungerechtigkeiten gegenüber der Bevölkerung zu verhindern. Von Übergriffen von Polizeiaskaris gegenüber der Bevölkerung kann man in der nächsten Nähe der Hafenstädte hören; und ich möchte einen Beamten oder Offizier kennen, der einige Zeit im Inneren stationiert war oder dort gereist ist, und der mit gutem Gewissen behaupten kann, daß seine Boys nie Nahrungsmittel „kommandiert“, seine Askaris nie etwas von der Bevölkerung erpreßt, die Jumben nie mehr Steuer eingehoben als abgeführt haben. Kein Zweifel, daß jeder Beamte und Offizier den besten Willen hat, derartiges zu verhindern und nachdrücklich straft, wenn es ihm zu Ohren kommt; aber es ist nicht zu verhindern, wenn ein paar Weiße einen Bezirk zu verwalten haben, in dem Hunderttausende von Eingeborenen leben, — Rußland ist groß, und der Zar ist weit.

Das alles ist weiter kein Unglück, wenn es nicht zu großen Umfang annimmt, und für die Eingeborenen bedeutet es trotz alledem eine ungeheure Verbesserung ihrer Rechtsicherheit gegenüber dem Zustande, der vor der deutschen Besitzergreifung

geherrscht hat. Die Anwendung von Grundsätzen zum Schutze der Eingeborenen, die schließlich doch bestenfalls einem Zehntel zugute kommen, erhält aber einen unangenehmen Beigeschmack, wenn sie sich gerade gegen die deutschen Bewohner der Kolonie richtet und die eingeborenen Organe der Regierung vollkommen ungeschoren läßt – weil man in dieser Beziehung nicht gut etwas machen kann oder will. Und man braucht sich nur etwa vorzustellen, daß der Eingeborene Beamte oder Offiziere beim Bezirksgericht verklagen wollte, um sofort zu sehen, daß die bei uns geltende Gleichheit vor dem Gesetz hier zur Illusion wird; denn in dem Augenblick, wo die Eingeborenen sich einmal dies erlauben würden, könnte man geradezu von einem Zusammenbruch der Autorität der Regierung sprechen und müßte der schlimmsten Folgen gewärtig sein. Dadurch kommt aber die weiße nichtbeamtete Bevölkerung in eine eigenartige Lage: der Eingeborene ist ihr gegenüber durch die weitestgehenden Maßnahmen der Regierung geschützt; die Regierungsorgane durch ihre Autorität. Der Eingeborene kann den Weißen durch Klagen und Beschwerden schikanieren, und der Beamte findet, wenn er will, Handhaben genug, ihm auch das Leben sauer zu machen, ja ihm direkt seine wirtschaftliche Existenz zu untergraben. Zwischen diesen zwei Mühlsteinen zerreibt sich dann seine Energie und Nervenkraft, die er für seine wirtschaftliche Betätigung voll in Anspruch nehmen müßte; und schließlich verläßt er das Land, in dem anscheinend für die private Initiative des Weißen kein Raum ist.

Man wird dagegen einwenden, daß von derartigen Zuständen heute doch nicht die Rede sein kann. Ich will nun gerne zugeben, daß durch verständige Beamte von einiger

Erfahrung die Tendenzen der Zentralregierung heute noch eine gewisse Abschwächung erfahren; zudem sind ja auch die Verordnungen, auf denen sich das neue negrophile Regiment aufbauen soll, noch nicht erlassen; treten aber diese erst in Kraft, dann wird es dem Gouverneur unschwer gelingen, den von ihm vertretenen Tendenzen auch in der Lokalverwaltung Geltung zu verschaffen, was hier ja um so leichter gelingt, als im Vergleich zu europäischen Verhältnissen der Wechsel der Beamten ungleich rascher vor sich geht. Daß aber beim Gouvernement gegenwärtig die Absicht besteht, die Stellung der weißen Rasse den Farbigen gegenüber herabzudrücken, findet seinen bezeichnendsten Ausdruck in einem von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf einer Verordnung über die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Bezirksvertretungen, der durch die Aufhebung der Kommunen notwendig geworden war. Was das weitere Schicksal dieses Entwurfes sein und in welcher Form er schließlich in Wirksamkeit treten wird, ist mir zurzeit nicht bekannt; mag sein, daß die Bestimmung, auf die ich hier Bezug nehme, ausgemerzt wird. In der vom Gouvernement in Daresfalaam ausgearbeiteten Fassung steht jedenfalls, daß dieses zur Vertretung der Interessen der farbigen Bevölkerung einen Eingeborenen zum Mitglied des Bezirksrats ernennen kann. Nun ist daran allerdings die Bedingung geknüpft, daß der Betreffende der deutschen Sprache so weit mächtig sei, daß er den Verhandlungen folgen könne, und es wird meist schwer halten, einen Schwarzen zu finden, der diesen Bedingungen entspricht; in diesem Falle soll auch ein Nichtfarbiger zum Vertreter der farbigen Bevölkerung des Bezirks ernannt werden. Aber was nicht ist, kann ja noch werden; und wenn heute schon eine derartige Bestimmung für möglich erachtet

wird, so kann sie nur den Zweck verfolgen, die weiße Bevölkerung allmählich an den Gedanken zu gewöhnen, mit Schwarzen auf einer Bank zu sitzen und mit ihnen von gleich zu gleich zu verhandeln. Denn die Vertretung der Rechte der Eingeborenen kann mit einer solchen Maßregel nicht ernsthaft bezweckt sein; das wäre doch eine Beleidigung der weißen Beamten, denen damit indirekt vorgeworfen würde, daß sie nicht fähig seien, diese genügend wahrzunehmen. So bleibt dann als Zweck nur die Herabsetzung des Weißen dem Neger gegenüber; den Beamten schützt ja zunächst noch die Macht, die er ausübt, vor allzu plumper Vertraulichkeit. Die Gefahren, die daraus für die weiße Herrschaft im Lande überhaupt entstehen, seien hier nur gestreift; und weil dies ja allzu offenkundig ist oder mindestens bei den ersten Betätigungen derartiger Politik auch blöderen Augen offenbar werden muß, so ist an eine Dauer eines derartigen Regimes nicht zu denken. Es kann natürlich auch in kürzerer Zeit Schaden genug anrichten; und solange es herrscht, ist es ein schweres Hindernis für eine stärkere Besiedlung der Kolonie durch Weiße. Denn einerseits untergräbt eine derartige Eingeborenenpolitik die Voraussetzungen wirtschaftlichen Gedeihens weißer Unternehmer; andererseits wird gerade ein Mann, der über ausreichende Mittel verfügt und dadurch den erwünschtesten Typ weißer Einwanderer vorstellt, es sich zweimal überlegen, ob er sich in einem Lande dauernd niederlassen soll, in dem er in seiner Betätigung nach allen Richtungen beengt ist und sein Rassenselbstgefühl als Weißer auf harte Proben gestellt wird. Leute, die in andern Kolonien Erfahrungen gemacht haben und darum uns besonders nützen könnten, werden besonders abgeneigt sein, sich solchem Regime zu

fügen. Aber dauernd wird dieses Hindernis nicht sein, denn um mehr als eine Episode kann es sich hier keineswegs handeln.

❖

❖

❖

Da hier von der Eingeborenenpolitik die Rede war, die nur bei Verständnis für die Rassenfrage auf richtiger Grundlage aufgebaut werden kann, mag auch noch eine andere Rassenfrage kurz erörtert werden, die gleichfalls zum Siedlungsproblem verschiedene Beziehungen hat: die Inderfrage. Denn von Kolonialpolitikern, die den Kampf gegen die Ausbreitung indischer Händler in unsrer Kolonie mit besonderem Nachdruck führen, wird darauf hingewiesen, daß eine Verminderung oder völlige Entfernung der Inder aus der Kolonie notwendig zu einer Vermehrung der weißen Bevölkerung führen müsse, der der Inder infolge seiner Anspruchslosigkeit als Angehöriger einer niedriger stehenden Rasse die Erwerbsmöglichkeiten wegnehme.

Nun kann man ohne weiteres zugeben, daß die Inder an sich gerade keine erfreulichen Landesgenossen sind, und daß sie, wenn man die Sache rein theoretisch auf dem Papier ausrechnet, sehr wohl durch Weiße ersetzt werden könnten. Eine andre Frage aber ist es, ob dadurch den Weißen wirklich sehr genützt würde und ob nicht erhebliche anderweitige Interessen empfindlich Schaden litten. In Orten, wo heute 4 oder 5, oder, wie in den großen Hafenplätzen, 30 und mehr Inderläden bestehen, könnten diese gewiß in der Weise durch Kaufläden Weißer ersetzt werden, daß etwa an Stelle von je 5 Inderläden der Laden eines Weißen träte. Nimmt man an, daß der Inder 1000 Mark im Jahre ver-

dient, so kämen auf den Weißen, wenn man die Sache rein theoretisch berechnet, 5000 Mark und damit die Möglichkeit, bei sparsamem und nüchternem Leben nicht nur seinen Unterhalt zu bestreiten, sondern auch etwas auf die Seite zu legen. Aber in der Praxis dürfte die Rechnung nicht ganz stimmen. Der Weiße könnte ohne Gehilfen nicht auskommen; ein weißer Gehilfe wäre natürlich zu kostspielig, und ob man heute schon Eingeborene in genügender Zahl zu derartiger Tätigkeit heranziehen könnte, scheint zweifelhaft; früher oder später wird es durch die ausgezeichneten Regierungsschulen für Eingeborene sicherlich dazu kommen, wie ja auch in Südafrika die weißen Kaufleute am Lande fast ausschließlich farbige Gehilfen haben.

Nun hat die Sache aber auch dort, wo wirklich ein Gewinn möglich ist, der zum Lebensunterhalt eines Weißen genügt, doch ihre sehr bedenklichen Seiten. Das Leben, das solch ein weißer Kaufmann, der keine weiße Hilfskraft besolden kann, führen müßte, wäre in hohem Maße unhygienisch. Gerade in den Abendstunden, wo sich der Weiße etwas Bewegung zu machen pflegt, wäre er an seinen Kaufladen gefesselt; jede Krankheit, jeder Fieberanfall müßte ihn stets der Sorge überantworten, daß sein Geschäft Schaden leidet. Eine Reise in gemäßigtes Klima ist für ihn, wenn nicht nach zwei oder drei, so doch nach vier oder fünf Jahren zur Erhaltung seiner körperlichen und geistigen Spannkraft unerläßlich. Selbst bei größeren Unternehmungen in der Kolonie, die durch die Tüchtigkeit ihrer Schöpfer und Leiter zu großer Blüte gelangt sind, mußten diese, um nicht zu Schaden zu kommen, oft längere Zeit ununterbrochen dort verweilen, als ihrer Gesundheit zuträglich war, und häufig hat ihnen eine kurze Abwesen-

heit schweren Schaden gebracht, trotzdem sie in der Lage waren, weiße Hilfskräfte anzustellen und ausreichend zu bezahlen. Was soll nun ein Mann machen, der allein einen Laden führt und sich vielleicht in vier Jahren dabei wirklich 6–8000 Mark erspart hat? Soll er sein ganzes Geschäft für die Zeit seiner Erholungsreise einem Vertreter übergeben, den er sich erst aus Deutschland herauskommen ließ, den er selbst nicht kennt, der mit den Verhältnissen des Schutzgebiets nicht vertraut ist und ihm in wenigen Monaten alles verwirtschaften kann, was er mit Mühe und Arbeit in Jahren aufgebaut hat? Nehmen wir andererseits an, daß der Vertreter sich bewährt, so hat wahrscheinlich der Ladenbesitzer nach seiner Rückkehr einen Konkurrenten mehr, den er überdies noch selbst gezüchtet hat. Die Möglichkeit, als Kaufmann eine bescheidene Existenz in einer Küstenstadt führen zu können, würde nur für manche Leute eine Verlockung sein, mit ungenügenden Mitteln an das Unternehmen zu gehen, und das Endresultat wäre eine unerwünschte Vermehrung des weißen Proletariats.

Wäre es in den Hafenplätzen und in größeren Orten des Innern wenigstens theoretisch möglich, daß der deutsche Kaufmann den Inder ersetzt, so ist dies dort überhaupt ausgeschlossen, wo die Einnahmen eines indischen Kaufmanns, der auf einem größeren Gebiet allein für die Bedürfnisse der Eingeborenen sorgt, gar nicht hinreichen würden, um dem Weißen eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Ich habe keine größere Pflanzung gesehen, die nicht einen Inderladen aufzuweisen gehabt hätte. Mag man nun immerhin voraussetzen, daß dieser Inder die Eingeborenen übervorteilt und dadurch ein gutes Einkommen findet, so ist trotz alledem seine Einnahme nicht so groß, daß ein Weißer davon leben

könnte, der sich überdies auch noch den unmoralischen Praktiken des indischen Händlertums anpassen müßte, um überhaupt einen nennenswerten Ertrag erzielen zu können. Gerade dort aber ist der Kaufladen von Wichtigkeit und kann in keiner Weise entbehrt werden. Hier kann man nicht vorschlagen, daß an Stelle von fünf Inderläden der Kaufladen eines Weißen treten möge, denn die Entfernungen wären dann für die Eingeborenen zu groß, die Versorgung der Arbeiter mit Nahrungsmitteln würde darunter leiden, und der Anreiz zum Kauf würde sich vermindern. Es träte dann in der Tat jener Zustand ein, der nach der Meinung den Pflanzern mißgünstiger Beobachter teilweise in den Plantagen-distrikten schon bestehen soll.

Nur in beschränkten Teilen unsres Schutzgebiets bestehen Verhältnisse, die sich mit denen Südafrikas, das ja gerne in der Inderfrage als Beispiel herangezogen wird, vergleichen lassen. Südafrika hat ein durchaus gesundes Klima, mit dem sich das in den Niederungen Ostafrikas in keiner Weise vergleichen läßt. Außerdem zirkulieren dort unter den Eingeborenen infolge der hohen Löhne, die in den Minen gezahlt werden, ganz andre Geldsummen, als in unsrer Kolonie. Der sogenannte „Winkel“, das ist der kleine Laden, den der Bur häufig auf seiner Farm hält, wirft dem Besitzer im allgemeinen nur bescheidenen Gewinn ab, mit dem er sich aber zufrieden geben kann, da seine Haupteinnahmequellen aus der Farmwirtschaft fließen und der Laden für ihn hauptsächlich den Zweck verfolgt, für seine Schwarzen zu sorgen, so daß diese nicht größere Wege zum Einkauf ihrer Bedürfnisse zu machen brauchen. Soweit in den Hochländern unsrer Kolonie ähnliche Bedingungen vorhanden sind oder sich schaffen lassen,

14*

wäre ein Ausschluß der indischen Händler recht erwünscht. Man könnte vielleicht in der Weise vorgehen, daß die Regierung die Eröffnung eines Ladens von einer von ihr zu erteilenden Erlaubnis abhängig macht und, falls ein Weißer einen Laden unterhält, innerhalb eines gewissen Umkreises an Farbige eine gleichartige Erlaubnis nicht gibt.

Wie sollte man ferner im Inneren den indischen Handwerker, insbesondere den Schreiner, entbehren können? Seine Arbeit steht nicht gerade im Rufe besondrer Solidität, aber besser etwas als gar nichts. In größeren Orten mag genug Arbeit auch für einen weißen Handwerker vorhanden sein, an kleineren Orten gewiß nicht; und die Schwarzen sind eben bis jetzt trotz der aner kennenswerten Leistungen der Regierungs- und mancher Missionschulen im handwerklichen Unterricht noch nicht so weit. Aus diesen Schulen erwüchse aber nun wieder eine neue Schwierigkeit; man muß zu Tode froh sein, daß man sie hat; der selbständige weiße Handwerker, der sich heute etwa am Kilimandjaro als Schreiner niederlassen würde, hätte aber allen Grund, über den Wettbewerb der Missionswerkstätten zu klagen, die natürlich vom geschäftlichen Standpunkt aus unter unendlich viel günstigeren Bedingungen arbeiten als er, weil sie nicht gezwungen sind, auf einen guten Verdienst zu sehen; wenn sie andererseits keine Arbeit haben, leidet natürlich auch der Unterricht der Zöglinge. Schließlich würden die Weißen in der Kolonie im Falle der Ausschaltung der Inder bald die sehr schmerzliche Entdeckung machen, daß sich das Leben in der Kolonie recht beträchtlich verteuert hat. In Südafrika ist das Leben in Natal am billigsten, weil dort die Inder ungehindert Zutritt haben; die weißen Bewohner Südafrikas nehmen freilich die

Verteuerung des Lebens mit in den Kauf, um des höheren Zweckes willen, lebensfähige weiße Existenzen in möglichst großer Zahl im Lande zu schaffen. Bei uns würde dieser Zweck aber nicht erreicht, denn die Lebensfähigkeit wäre mehr als problematisch. Bei so zweifelhaftem Erfolg lohnt es aber nicht, daß man sich in Unkosten stürzt, die für die überwiegende Mehrheit der weißen Bevölkerung denn doch recht erheblich wären.

Schließlich darf man einen Punkt auch nicht übersehen: es hat sich in unsrer Kolonie gezeigt, daß unter Umständen ein Grieche ganz gut dem indischen Wettbewerb ertragen kann, wo ein Weißer den Versuch kaum wagen wird. Es liegt dies natürlich daran, daß auch der Grieche in seinen Lebensansprüchen bescheidener ist und sich darin dem Inder nähert, was ihn eben mit diesem wettbewerbsfähig macht. Dann fragt es sich, wo wir überhaupt die Grenze des Schutzes für den weißen Kaufmann ziehen sollen. Der Rasse nach sind die auch vielfach in Gouvernementsdiensten beschäftigten Goanesen von den Indern kaum zu unterscheiden, wenn sie sich auch auf Grund ihres geringfügigen portugiesischen Bluteinschlags als etwas Besseres dünken. Eine allgemeine Ausweisung der Inder aus der Kolonie würde sehr bald den Wunsch lebendig machen, auch die Goanesen, Griechen, Italiener, usw. aus dem Schutzgebiete zu entfernen, und wir kämen dann zu einer protektionistischen Wirtschaftspolitik, die doch wohl zu Repressalien von anderer Seite führen könnte. Ich glaube, daß wir auch im britischen Südafrika nach Entfernung der Inder eine merkwürdige Entwicklung erleben werden. Das Fehlen der Inder wird nicht in erster Linie der alteingesessenen weißen Bevölkerung oder den englischen Kaufleuten

zugute kommen, sondern den zahlreichen russischen Juden, die in den letzten Jahren nach Kapstadt und Johannesburg eingewandert sind und sich nun um so mehr über das ganze Land verbreiten werden, als sich in den großen Städten der erhoffte Segen nicht oder nur in bescheidenem Maße eingestellt hat. Und wenn wir die Inder aus der Kolonie ganz entfernen, so würde dies wahrscheinlich die Wirkung haben, daß wir von dieser Überflutung Südafrikas mit auf niedrigster Kulturstufe stehenden russischen Juden auch einen Teil abbekämen.

Wenn ich also denen nicht zustimmen kann, die in radikaler Weise die Entfernung der indischen Händler aus der Kolonie fordern, so will ich damit nicht sagen, daß man sie darum mit so übertriebener Rücksicht anfassen soll, wie das gegenwärtig seitens der Regierung häufig geschieht. Man kann sie sehr wohl in der Besteuerung ordentlich herannehmen und ihren Geschäftsbetrieb einer Kontrolle unterwerfen, der insbesondere die Eingeborenen vor Ausplünderung und Bewucherung schützt. Man mag ferner alles daran wenden, um für die Zukunft eine Änderung in die Wege zu leiten, indem man den Eingeborenen zum Kleinhändler zu erziehen und dadurch den indischen Kleinhandel überflüssig zu machen sucht, wodurch von selbst auch der Lebensnerv der indischen Großhändler getroffen wäre. Nicht ausgeschlossen erscheint es auch, daß die Araber sich in dem Maße mehr dem Handel zuwenden werden, als sich ihre sonstigen Erwerbsmöglichkeiten einschränken und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtern. Daß wir bei der Behandlung, die wir den Indern in der Kolonie zuteil werden lassen, irgendwie auf englische Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen, erscheint durchaus unangebracht,

denn man kann von uns doch nicht gut verlangen, daß wir die Inder mit mehr Entgegenkommen behandeln, als dies die Engländer selbst in ihren südafrikanischen Kolonien tun. Auf einen Punkt möchte ich übrigens noch besonders hinweisen: es wäre ja nicht gerade ein Zeugnis besonderer Befähigung unserer Kolonialverwaltung, wenn wir schließlich dahin kämen, daß nur die Einfuhr von asiatischen Kulis uns vor Arbeiternot rettet. Aber immerhin wäre es nicht unmöglich, daß den Plantagen der Nordbezirke infolge einer verkehrten Eingeborenenpolitik schließlich kein anderes Mittel bliebe, um überhaupt bestehen zu können. Nun erhalten indische Kulis, die unter dreijährigem Kontrakt die nicht gerade leichte Arbeit in den Zuckerplantagen in Natal leisten, einen Monatslohn von 15 sh, d. h. also weniger als die Kontraktarbeiter in den Nordbezirken unsrer Kolonie, bei viel größerer Arbeitsleistung. Tatsächlich sind derartige indische Feldarbeiter für uns nicht zu erlangen, weil die indische Regierung ihnen die Auswanderung nach fremden Kolonien verbietet. Hier müßte es einer geschickten Vertretung unsrer auswärtigen Angelegenheiten gelingen, die allgemeine Stellung der Inder in unsrer Kolonie als Handhabe zu benützen, um nötigenfalls die Erlaubnis zur Anwerbung derartiger Kontraktarbeiter für unsre Plantagen zu erzwingen.



VIII

Die Verwaltung Deutsch-Ostafrikas

Aus den bisherigen Ausführungen geht wohl zur Genüge hervor, daß ich nicht daran denke, irgendeine materielle Unterstützung für weiße Ansiedler in der Kolonie seitens der Regierung zu fordern; derartige künstliche Mittel müssen dort versagen, wo Selbständigkeit, Entschlußkraft und Energie die höchsten Tugenden sind, die man von einem Kolonialpionier fordern kann. Und nichts könnte dem mehr entgegenwirken, als eine Besiedlung, die am Gängelbände der Regierung bleibt, wenn diese einmal den einzelnen Ansiedler mit Geld oder dessen Gegenwert in Form von Vieh, Saatgut, Lebensmitteln unterstützt hat und die moralische Verantwortung für die Verwendung des Geldes wie für das Schicksal und Gedeihen des Ansiedlers in gleicher Weise trägt. Gerade, wenn man auf diesem Standpunkt steht, wird man aber mit um so größerem Nachdruck fordern dürfen, daß die Regierung in ihrem eigensten Bereich, der Verwaltung, die Voraussetzungen schafft, die für die Entfaltung privater Initiative unerläßlich sind; auf dem Gebiete, wo der einzelne machtlos ist und wo seine Kräfte nicht reichen, muß die Gemeinschaft eintreten, die zunächst vom kolonisieren-

den Mutterlande dargestellt wird. Und es gibt in der Tat kaum ein Gebiet der Verwaltung, das das Wohlergehen des Ansiedlers unberührt ließe.

Das so wichtige, vielleicht wichtigste Gebiet der Eingeborenenpolitik habe ich bereits eingehend erörtert. Wenn ich nun noch eine Reihe von andren Zweigen der Verwaltungstätigkeit durchgehe, so werden meine Ausführungen naturgemäß kritisch sein müssen. Dadurch entsteht ja freilich ein einseitiges Bild; ich möchte darum hier zusammenfassend vorausschicken, daß ich weit entfernt bin, das viele Gute, das von unsrer Verwaltung im Schutzgebiet geleistet worden ist, zu übersehen. Aber es kann nicht die Aufgabe dieser Schrift sein, gewissermaßen Zensuren zu erteilen; sondern ich möchte das in die Erörterung werfen, was nach meiner Meinung als Voraussetzung einer weißen Besiedlung noch fehlt, wobei es eine unnötige Belastung wäre, alles hervorzuheben, was bereits vorhanden ist. Ferner weiß ich wohl, daß manche bestehenden Mängel, die hier erwähnt werden, auch an maßgebender Stelle erkannt werden und daß man auf ihre Abstellung sinnt; aber das Stadium der „Erwägungen“ kann mitunter etwas lange dauern, und wenn eine öffentliche Erörterung es ein wenig abkürzt, so hat diese ihren Zweck erreicht. Endlich gebe ich auch zu, daß vielfach der Abstellung eines Übelstandes größere Schwierigkeiten entgegenstehen mögen, als es nach der hier gegebenen Darstellung erscheint; wenn man aber nicht Unsinniges oder Unmögliches fordert, so kann man wohl den berufenen Lenkern der Geschicke unsrer Kolonien die Sorge überlassen, einen geeigneten Weg der Ausführung zu finden, mag derselbe auch über manche Hindernisse gehen.

Man hat manche Mängel unsrer Kolonialverwaltung dem

Menschenmaterial in die Schuhe geschoben, durch die sie ausgeübt wird; die Vorwürfe werden gewöhnlich in die Schlagworte „Militarismus und Assessorismus“ zusammengefaßt. Ich halte sie nicht für gerechtfertigt — ebenso wie der Vergleich mit dem englischen Kolonialsystem meist schief ist und von beträchtlicher Unkenntnis der Verhältnisse in englischen Kolonien zeugt. Ich habe die Überzeugung, daß wir ein so tüchtiges Offiziers- und Beamtenkorps in unsrer Kolonie besitzen, wie es nur irgendeine englische Kronkolonie haben kann; sobald wir eine Kolonie mit Selbstverwaltung damit vergleichen, verschieben sich eben die Voraussetzungen. Wo die Selbstverwaltung einsetzt, beginnt auch die Stärke und Überlegenheit des englischen Kolonialsystems; wo sie fehlt, zeigen sich dieselben Mängel der Bürokratie, wie bei uns, mitunter, wie man dies zurzeit des absoluten Milnerschen Regiments in Südafrika gesehen hat, noch in verstärktem Maße. Der große Zug englischer Kolonialpolitik erwies sich dann freilich wieder, als man den eroberten Burenstaaten die Selbstverwaltung gewährte, trotz der vielen politischen Bedenken, die dagegen sprechen mochten. In Britisch-Ostafrika hat sich die englische Regierung dazu noch nicht entschließen können; sie schafft auch keine Übergänge dazu; ich vermute, daß dies hauptsächlich mit der Inderfrage zusammenhängt. Hier hat man also eine Kronkolonie, die von England aus verwaltet wird und man kann dort alle möglichen Klagen über bürokratische Wirtschaft hören. Dabei sind in der ganzen Verwaltung sicherlich noch keine zwei Menschen angestellt, die Jura studiert haben. Sir Charles Eliot, einer der tüchtigsten Gouverneure, die Britisch-Ostafrika gehabt hat, schreibt in seinem lefenswerten Buche über diese Kolonie:

„Man kann nicht leugnen, daß der bürokratische Geist mehr ordnend, als erfinderisch ist; wir ziehen es vor, die Bevölkerung ruhig zu erhalten, als Streitfragen aufzuwerfen, die sehr fruchtbringend sein können, und fühlen uns am wohlsten, wenn das Tagewerk glücklich zwischen den beiden großen Tröstern des Beamtenlebens verteilt ist: dem Papierkorb und dem Aktenfach.“

Damit ist, wie ich glaube, das Wesen jeder Bürokratie sehr gut gekennzeichnet; und es scheint mir nicht das wichtigste, daß man die unerfüllbare Forderung stellt, daß diese Bürokratie aus ihrer Haut fahren soll, sondern daß sie dort durch Selbstverwaltung ihre notwendige Ergänzung findet, wo die Grenzen ihrer eigenen Befähigung am klarsten zutage treten, das ist vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.

Man hat sehr häufig vom kaufmännischen Geist gesprochen, der der kolonialen Bürokratie eingefloßt werden müsse, man hat eine mehr kaufmännische Vorbildung der Kolonialbeamten, ja sogar die Berufung von Kaufleuten in Beamtenstellungen gefordert. Man übersieht hierbei, daß die Tätigkeit des Kaufmanns mit der des Beamten kaum irgendwelche Berührungspunkte hat; die Aufgabe des Kaufmanns liegt vor allem im Verdienen, im Kampf mit seinen Wettbewerbern, in der Betätigung eines gesunden Egoismus. Der Beamte soll der Allgemeinheit dienen und den Egoismus der erwerbenden Kreise mit deren Interessen in Einklang bringen. An das kaufmännische Genie einer staatlichen Verwaltung glaube ich nicht recht; denn dort, wo der Staat wirtschaftliche Unternehmungen leitet, sei es nun die preußische Eisenbahnverwaltung oder die österreichische Tabakregie oder die Ausbeutung des Kongostaats, schützt ihn immer seine Monopolstellung vor dem wesentlichsten

Prüfftein kaufmännischer Befähigung: dem Wettbewerb. Es ist sehr charakteristisch, daß der jetzige Leiter des Kolonialamts nicht einmal einen Versuch gemacht hat, die koloniale Bürokratie mit kaufmännischem Geist zu erfüllen oder ihr aus dem Kaufmannsstande neues Blut zuzuführen, weil er klug genug ist, den Mißerfolg, der damit verbunden sein müßte, vorzusehen. Es ist ja gewiß nicht ausgeschlossen, daß jemand der früher Kaufmann war, auch einen guten Verwaltungsbeamten abgeben könnte; aber nur dann, wenn er sich selbst bis zu einem gewissen Grade bürokratisiert, ein Schicksal, dem ja auch der jetzige Staatssekretär nicht ganz entgehen konnte.

Im Lichte dieser Auffassung erscheint die Frage der Vorbildung unsrer Kolonialbeamten nicht so wichtig, wie sie von mancher Seite hingestellt wird. Wir haben sehr tüchtige Bezirksamtswänner, die Assessoren, Offiziere oder Subalternbeamte gewesen sind; es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß sich auch einige der jetzt neu geschaffenen Kolonialeleven dazu entwickeln. Die Gefahr bei diesen liegt aber darin, daß es viel schwerer sein wird, untüchtige Elemente abzustoßen, weil sie zu ausschließlich auf ihren Beruf vorbereitet sind, und es immerhin ein harter Entschluß ist, jemanden, der seine besten Lehrjahre der Vorbereitung für die Kolonialaufbahn gewidmet hat, aufs Pflaster zu werfen, ohne ihm eine andre Art des Fortkommens zu ermöglichen. Das Ziel, dem wir zustreben müssen, ist vor allem, einen Verwaltungsapparat zu schaffen, der in hervorragendem Maße zur Ausübung der „ordnenden“ Tätigkeit befähigt ist; das „Erfinderische“ muß von außen kommen. Das „Men, not measures“ mag für die erste Zeit einer kolonifatorischen Tätigkeit angebracht sein,

wo die Natur des Landes, die Eigenart seiner Bewohner, seine wirtschaftlichen Möglichkeiten zu Hause niemand, in der Kolonie nur ganz wenigen Menschen bekannt sind und man noch in bezug auf die meisten Fragen im Stadium der Versuche und Experimente steht. Ist man darüber hinaus, weiß man beiläufig, was man aus der Kolonie machen kann und will, dann wird die Stetigkeit der Verwaltung und das ruhige Fortschreiten auf der ihr gewiesenen Bahn eine ihrer hervorragendsten Tugenden.

❖

❖

❖

Die Frage der Stetigkeit der Verwaltung hängt aufs engste mit der der Stetigkeit des einzelnen Beamten auf seinem Posten zusammen; dieser Mangel ist seitens des Kolonialamts anerkannt worden und der neue Reichshaushalt für 1909/10 enthält Forderungen zur Schaffung von 6 Stellen für Adjunkten bei den Bezirksämtern, die unter dem Bezirksamtmannt arbeiten und ihn während seines Urlaubs vertreten sollen, so daß sich die Vertretung durch einen Beamten, dem der Bezirk vollkommen fremd ist, erübrigt. Da diese Bezirksadjunkten an Bezirksämter kommen sollen, die gegenwärtig mit Arbeit sehr überlastet sind, so wird die Maßregel mit Rücksicht auf einen geordneten Gang der Verwaltung gewiß von den weißen Bewohnern der betreffenden Bezirke als Wohltat empfunden werden. Mit der Schaffung der Adjunktenstellen wird aber dem Übelstand des häufigen Beamtenwechsels nicht gesteuert werden. Zunächst wird es nicht, oder nur unter Vergeudung von Arbeitskraft, angängig sein, in Bezirken, in denen für zwei höhere Beamte überhaupt nicht

genügend Beschäftigung gegeben ist, Adjunkten anzustellen. Dann werden die Adjunkten natürlich nach einer gewissen Zeit der Erprobung auch den Wunsch haben, nun einen Bezirk selbständig zu leiten, und man wird sich dem kaum widersetzen können, wenn sie sich wirklich bewährt haben. Bleiben sie überdies ewig „weiße Hilfskräfte“, so werden sie, je tüchtiger sie sind, desto eher diesen Zustand der Unsicherheit aufgeben und in ihre Stellung in der Heimat wieder zurückkehren.

In den Anstellungsverhältnissen liegt der Hauptgrund für den häufigen Beamtenwechsel neben dem Umstand, daß das Kolonialamt durch den bürokratischen Grundsatz der Gleichförmigkeit viel zu sehr beengt ist, um tüchtige Beamte durch besondere Vergünstigungen halten zu können. Der Reichshaushalt für 1909/10 weist für Besoldungen und Dienstzulagen der fest angestellten Beamten 996 760 M. aus, für „weiße Hilfskräfte“ 1 610 184; infolge der Übernahme eines Teils der Kommunalbeamten und sonstigen Zuwachses ist dieser Haushaltsposten gegenüber dem Vorjahre um 352 898 M. gestiegen. Noch vor vier Jahren, also im Haushalt für 1905/06, sind die entsprechenden Posten: 769 700 M. Besoldungen und nur 393 800 M. für „weiße Hilfskräfte“. War wohl auch schon damals die Mehrzahl der Beamten im Schutzgebiet nur provisorisch angestellt, da sich ja der erstgenannte Posten gerade auf die höchstbezahlten verteilt, so hat sich dieses Übel in den letzten Jahren noch vervielfacht; das bedeutet, daß die überwältigende Mehrheit der Beamten in der Kolonie mit zweijährigen Verträgen ohne Pensionsanspruch angestellt ist, die nach Ablauf von der Kolonialverwaltung nach Gutdünken erneuert werden können oder nicht. Daß diese rechtlose Stel-

lung gerade kein Anreiz ist, in die Koloniallaufbahn einzutreten, liegt auf der Hand; als interessante Abwechslung mag der Betreffende die Verpflichtung für ein oder zwei Perioden mitnehmen, dann verabschiedet er sich, um in der Heimat bei der Rückkehr in seinen früheren Beamtenstatus nicht zu sehr zu Schaden zu kommen. Der häufige Wechsel schadet aber nicht nur in den höheren Stellen, wie denen des Bezirksamtmanns, die gewöhnlich mit Juristen besetzt werden; auch die unteren Beamten sind für die Aufrechterhaltung der Kontinuität von Wichtigkeit, ganz besonders die Bezirkssekretäre.

Nun kommen die Urlaubsverhältnisse hinzu. Nach je zwei Jahren haben die Beamten Anspruch auf einen viermonatlichen Urlaub, der vom Erreichen des ersten europäischen Hafens ab gerechnet wird. Der Anspruch darauf ist nun freilich auch verklauselt; wenn die Dienstesinteressen es erfordern, so muß der Beamte auch länger bleiben. In der Tat gehört es zu den gewöhnlichen Erscheinungen, daß der Beamte wegen Mangels an Ersatz nicht abgelöst wird und dann ein paar Monate über seine Zeit Dienst tun muß. Hätte er von vorneherein damit gerechnet, so würde ihm das vielleicht weiter nicht wehe tun; aber nun hat er sich vielleicht darauf gefreut, im Sommer nach Deutschland zu kommen und hat danach seine Reisepläne geschmiedet; nun kommt er gerade in den November hinein. Ein anderer hat sich den Herbst ausgesucht, weil er da Gelegenheit zur Jagd hat; nun darf er im Frühjahr in die Heimat. Diese Unsicherheit verstimmt und geht den Leuten auf die Nerven. Ganz anders wäre es, wenn das Kolonialamt oder der Gouverneur in der Lage wären, besondere Verträge über eine längere Dienstverpflichtung mit Beamten abzuschließen. In Deutschsüdwest lauten die Dienst-

verträge der Beamten heute schon auf drei Jahre; auch in Ostafrika werden die Plantagenbeamten und die Angestellten der Handelshäuser mit dreijähriger Verpflichtung angestellt; dabei sind sie meist zum Aufenthalt im Tiefland gezwungen. Aber man mag schließlich zugeben, daß zurzeit an eine generelle Verpflichtung zu dreijährigem Dienst für Beamte und Angehörige der Schutztruppe noch nicht gedacht werden kann, weil es doch manche ungesunde Stationen gibt, und die häufige Ortsveränderung, die in einigen Stellungen nötig ist, die Gesundheit auch beeinträchtigt. Mit der Zeit müssen wir aber auch dazu kommen, wie ja z. B. im tropischen Java die Verpflichtungen der holländischen Beamten auf fünf und zehn Jahre gehen, d. h. der Beamte hat die Wahl, nach fünf Jahren ein halbes, oder nach zehn Jahren ein ganzes Jahr Heimatsurlaub zu nehmen. Daneben hat er natürlich auch jährlich seinen regelmäßigen vierwöchentlichen Urlaub, den er in Java in irgendeinem kühlen Ort im Gebirge verbringen kann. Heute schon könnte in unsrer Kolonie jemand in einem gesunden Ort, wie z. B. Wilhelmstal, ganz gut drei oder vier Jahre ununterbrochen bleiben, wie es schließlich doch Beamte und Offiziere gegeben hat, die es auch an minder gesunden Plätzen ebensolange ausgehalten haben, ohne in bezug auf Gehalt oder Verlängerung des Urlaubs nachher den geringsten Vorteil davon zu haben. Da kann man es natürlich niemand zumuten, freiwillig auf Reisezuschuß und Urlaub zu verzichten und über seine Verpflichtungszeit hinaus in der Kolonie zu bleiben, mag dies auch noch so sehr im Interesse einer guten Verwaltung liegen. Hier müßte das Kolonialamt eben einen Weg finden, um im einzelnen Falle für ein längeres Verweilen Vergünstigungen zu gewähren; die Bestimmungen darüber

ließen sich ja wohl auch auf irgendeine Formel bringen, die einseitige Förderung oder Benachteiligung von Beamten ausschließt. Im allgemeinen ist die gleichförmige Durchführung der zweijährigen Dienstperioden ein bequemes Schema; insbesondere gegen die Gleichstellung der niederen und höheren Beamten und der Unteroffiziere und Offiziere der Schutztruppe läßt sich aber sehr Triftiges einwenden.

Sind Rücksichten auf die Gesundheit für den Urlaub nach zwei Jahren maßgebend, so kann man natürlich keinen Unterschied zwischen höheren und niederen Beamten machen; die Gesundheit des einen muß dem Gouvernement so wichtig sein wie die des andern. Wenn es sich aber lediglich darum handelt, daß der Urlaub eine gewisse Auffrischung in geistiger Beziehung bieten soll, dann nimmt der höhere Beamte oder der Offizier doch eine andre Stellung ein, als der einfache Schreiber oder Unteroffizier. Es ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß auch letztere in der Kolonie sozial gegenüber der Heimat gehoben werden; aber sie sollen sich das erst allmählich verdienen. Für einen Unteroffizier, der zu Hause höchstens einmal im Jahre auf acht Tage Urlaub bekommt, bedeutet es einen gewaltigen Sprung, wenn er nun auf einmal vier Monate in der Heimat untätig verbringen soll; hat er dies aus gesundheitlichen Gründen nötig, so ist natürlich nichts dagegen zu sagen. Ist das aber nicht der Fall, so darf man billig bezweifeln, ob von diesem Urlaub immer der beste Gebrauch gemacht wird. Ebenso steht es auch mit den in der Kolonie gezahlten Gehältern. Das Mindestgehalt, das ein weißer Angestellter, sei er nun Schreiber oder Unteroffizier, dort bekommt, beträgt 200 Mk. monatlich; und mit der Höhe dieser Gehälter wird dann die Verwendung der vielen Goa-

neseu und Inder im Gouvernementsdienst gerechtfertigt. Durch die Lebensverhältnisse ist ein so hoher Mindestgehalt jedoch in keiner Weise begründet; der Betreffende wird dadurch nur dazu verleitet, die Lebensgewohnheiten der Offiziere nachzuäffen. Müßte er sich zunächst mit einem bescheidenen Gehalt einrichten, so würde er später, wenn er zu höheren Einnahmen kommt, es auch leichter fertig bringen, sich etwas zu ersparen. Diese Verhältnisse haben zur Siedlungsfrage eine gewisse Beziehung; denn zweifellos stellen auch die weißen Angestellten im Schutzgebiet ein recht brauchbares Ansiedlermaterial vor, und man könnte sie wahrscheinlich in höherem Maße dazu veranlassen, sich nach Ablauf ihrer Dienstzeit dauernd im Schutzgebiete niederzulassen, wenn sie mehr gewöhnt würden, die Kolonie als einen dauernden Aufenthalt zu betrachten, und wenn für sie ein psychologischer Anreiz zum Sparen gegeben wäre. Das müßte geschehen durch längere Verpflichtungsperioden und geringere Anfangsgehälter, die dann durch höhere Gehälter nach längerer Dienstzeit wieder ausgeglichen werden könnten. Dann läge ein Anreiz für den Mann vor, der die Kolonie gut kennt und sich entschlossen hat, dauernd dort zu bleiben, sich ein kleines Kapital zusammenzusparen, das ihm für den Anfang gute Dienste leisten kann. Gegenwärtig liegt die Sache aber so, daß, wenn z. B. ein Unteroffizier nach Ablauf seiner Dienstzeit im Schutzgebiet verbleibt, ihm nicht einmal das Reisegeld nach Europa, auf das er Anspruch hätte, ausgezahlt wird; neuerdings wurde nur die Einrichtung getroffen, daß er auch nach einiger Zeit noch auf diese Vergütung Anspruch machen kann, — wenn er nach Hause reisen will. Kurzum, alles ist darauf zugeschnitten, daß die Kolonie den Mann wieder los wird; auf sein Ver-

bleiben daselbst wird nicht die geringste Prämie gesetzt. Wenn auch, wie schon hervorgehoben, Ansiedlerbeihilfen und ähnliches durchaus nicht erwünscht scheinen, so müßte man doch seitens des Gouvernements ansiedlungslustigen ehemaligen Angestellten das zukommen lassen, worauf sie zweifellos Anspruch haben, während gegenwärtig nur der Fiskus ein Geschäft macht, wenn sie sich in der Kolonie dauernd niederlassen.

Eine bessere Regelung der Anstellungsverhältnisse muß in erster Linie dafür sorgen, daß wir einen Beamtenkörper in der Kolonie erhalten, der aus möglichst erfahrenen Leuten besteht. Daß man einen Beamten in der ersten Periode provisorisch anstellt, hat gewiß seine guten Gründe; man will erst sehen, ob der Mann für den Kolonialdienst taugt, und man läßt ihm auch selbst Zeit, sich dies zu überlegen. Aber in diesen zwei Jahren müssen sich seine Vorgesetzten darüber ein Urteil gebildet haben, und dann muß dem Betreffenden die Möglichkeit gegeben sein, dauernd in den Kolonialdienst überzutreten und dort eine bestimmte Laufbahn vor sich zu sehen. Daß dadurch der Pensionsetat der Kolonie stärker belastet wird als bisher, ist gewiß; für ebenso sicher halte ich es aber, daß dies eine Ausgabe ist, die sich auf der andern Seite recht gut bezahlt macht.



Sind auf diesem Wege die Bedingungen zu schaffen, daß die Beamten länger in der Kolonie dienen wollen, so muß man auf der andern Seite auch darauf bedacht sein, daß sie dies tun können, d. h., daß sie nicht vorzeitig invalid werden

oder dem Klima zum Opfer fallen. Die hygienischen Bedingungen, unter denen der Weiße draußen lebt, haben sich zweifellos im Laufe der Zeit sehr gebessert; wir danken dies zum Teil den Fortschritten der Wissenschaft, die uns die Ursachen tropischer Krankheiten erkennen, sie besser zu bekämpfen und ihnen vorzubeugen gelehrt hat; die fortschreitende Kultivierung des Landes hat, freilich bisher nur in sehr beschränkten Teilen, ein übriges getan. Auf beiden Gebieten können wir auf weitere Fortschritte rechnen, ohne daß es besondrer Anstrengungen bedarf. Aber es wäre doch unverständlich, wenn wir diesen natürlichen Fortschritten alles überlassen wollten; nirgends machen sich Aufwendungen letzten Endes besser bezahlt, als auf dem hygienischen Gebiet. Der Gesundheitszustand der weißen Beamten und Schutztruppenangehörigen macht sich im Haushalt der Kolonie gar sehr bemerklich, und was bei den unbeamteten Weißen die Krankheit nicht an Lebenskraft und Energie verzehrt, muß doch schließlich der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zugute kommen. In diesem Grenzgebiet der Verwaltung, das sich mit der Wissenschaft berührt, darf die Forderung nach der bloß „ordnenden“ Tätigkeit nicht gelten, hier ist auch „erfindende“ nötig. Der Chef des Medizinalwesens der Kolonie könnte gar nicht genial genug sein. Das Kolonialamt müßte in der Lage sein, einen Hygieniker ersten Ranges für diese Stellung zu gewinnen, dessen Besoldung dann wohl auch aus dem Schema herausfallen würde. Heute entscheidet über die Besetzung dieser Stelle gute Gesundheit und Anziennität, und der bürokratische Geist geht nirgends so tot papieren um, wie in dieser Abteilung, die in wahrstem Sinne des Worts Leben schaffen sollte. Das ganze System der militärischen Medizinal-

verwaltung war für die Anfänge der Verwaltung des Schutzgebiets recht gut, in dem Maße aber, als die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie zur Hauptaufgabe wird und die militärische Sicherung das Erkämpfte vor allem zu erhalten hat, ist es den Bedürfnissen der Kolonie nicht mehr angepaßt und veraltet. Gegenwärtig werden 18 Militärärzte von der Schutztruppe dauernd für die Zwecke der Zivilverwaltung abkommandiert, 5 vorübergehend, während der Chef des Militärärztekörpers der Schutztruppe gleichzeitig der Medizinalreferent des Gouvernements ist. Im ganzen sind 38 Militärärzte in der Kolonie. Im neuesten Haushaltsentwurf sind zum erstenmal auch drei Zivilregierungsärzte angefordert, deren Aufgabe sich annähernd mit der der Kreisphysici zu Hause decken soll. So gering ja schließlich die Zahl von 38 Ärzten im Verhältnis zu der räumlichen Ausdehnung der Kolonie erscheint, so würde sie doch andererseits für die Bedürfnisse der daselbst wohnenden Weißen mehr als ausreichen; daß dies aber nicht das Hauptziel der Bemühungen des ärztlichen Personals sein soll, geht aus der Verteilung der Ärzte ziemlich klar hervor. Während in Daresalam gewöhnlich vier Ärzte ihren Aufenthalt haben, befand sich im Sommer 1908 in Tanga nur ein einziger, der durch die Leitung des dortigen Hospitals und die damit verbundene Schreibarbeit, die ihm zum größten Teil von einem Intendanturbeamten abgenommen werden könnte, dermaßen in Anspruch genommen war, daß er Besuche im Tangabezirk überhaupt nicht machen konnte, wenn damit eine mehr als halbtägige Abwesenheit von Tanga verbunden war. In Morogoro, in dessen Umgebung eine beträchtliche Zahl von Europäern wohnt, gab es keinen Arzt, bis die Fortführung der Zentralbahn den Arzt der Bahnbau-

unternehmung dahin brachte, zu dessen Anstellung diese verpflichtet ist. Ob die Militärärzte bei den Schutztruppenkompagnien volle Beschäftigung finden, mag dahingestellt bleiben; Tatsache ist es, daß es Kompagnien gibt, die auch ohne Arzt ganz gut auskommen. Ein Übelstand ist es auch, daß die der Zivilverwaltung zugewiesenen Militärärzte in einem sehr verklausulierten Verhältnis zu den Bezirksamtmännern stehen, was sich eben aus ihrem militärischen Dienstverhältnis ergibt; durch Takt auf beiden Seiten läßt es sich wohl vermeiden, daß darunter die Aufgabe, die die Ärzte zu erfüllen haben, leidet; aber das ganze System ist auf die Dauer doch unhaltbar. Um Mißverständnissen zu begegnen, möchte ich hervorheben, daß ich überall die Tüchtigkeit und Aufopferung der Militärärzte nur loben gehört habe; und zweifellos haben einzelne von ihnen auch wissenschaftlich und für die Assanierung des Landes ganz Hervorragendes geleistet; das herrschende System, das sie mit einer Unmenge unproduktiver Schreiarbeit belastet, drückt aber gerade auf den Tüchtigsten unter ihnen. Es wäre nicht wunderbar, wenn die Zahl der Militärärzte, die sich zum Dienst in der Kolonie melden, schließlich ungenügend werden sollte.

Daß die Gesundheit des Weißen das höchste Ziel der Sanitätsbehörde der Kolonie sei, geht aus allen ihren Maßnahmen jedenfalls nicht hervor. Und wenn man dieses Ziel voranstellt, so bedeutet das gewiß keine Herzlosigkeit dem Eingeborenen gegenüber. Denn was hier auch die doppelte und dreifache Menge von Ärzten durch Heilbehandlung erreichen könnte, spielt ja der Menge gegenüber, die in Frage kommt, gar keine Rolle; und auch da muß doch der wirtschaftliche Zweck, das Anwachsen der eingeborenen Be-

völkerung, obenan stehen. Was bedeutet es, wenn ein paar Ärzte mehr in der Kolonie selbst ein paar hundert Schwarze jährlich durch medikamentöse oder chirurgische Behandlung vom Tode retten, wenn eine einzige Hungersnot, wie die bereits erwähnte im Hinterland von Tanga, Zehntausende hinwegrafft, wenn durch Aberglauben und die Behandlung durch eingeborene Zauberer jährlich Tausende zugrunde gehen, Fruchtabtreibungen als Volksgebrauch bei den meisten Stämmen üblich sind, usw. Hier kann nur eine planmäßige Behandlung der Eingeborenen in Jahrzehnten Wandel schaffen, und hundert Weiße, die einen Bezirk mit europäischen Pflanzungen bedecken, können für die Volksvermehrung der Schwarzen mehr tun, als ein Dutzend Ärzte. Daß in dem heutigen Anfangsstadium wirtschaftlicher Entwicklung die Weißen auch schon die Last für ihre ärztliche Versorgung voll tragen sollen, ist eine unbillige Forderung. Daß sie indes dazu schon recht erheblich beisteuern, geht doch aus der Tatsache hervor, daß die drei Zuschußleistungen in Höhe von je 4000 M., die die Regierung an Privatärzte vergibt, von solchen auch in Anspruch genommen werden. Auf diesem Wege müßte fortgefahren, die Stellung der Bezirksärzte vermehrt werden; die Zuschüsse, die das Gouvernement Privatärzten gibt, wären natürlich je nach der Aussicht auf Einnahmen aus privater Praxis verschieden hoch zu bemessen. Im Interesse der Eingeborenen sollte die Regierung aber die Missionen ermuntern, sich der ärztlichen Tätigkeit mehr zu widmen; was wir zu Hause als Kurpfuscherei ansehen würden, kann draußen noch eine Menge Segen stiften. Jeder Weiße muß sich fast darauf verlegen; auf der Pflanzung, auf dem Marsch, bei jeder Gelegenheit kommen die Eingeborenen zu

ihm und bitten um Medizin; und man ist erstaunt, was für Eisenbarkuren beim Neger oft gelingen. Vielleicht könnte man einen Weg finden, um den Missionaren, die dazu Lust und Befähigung besitzen, die Ausbildung zu „Viertels-Doktoren“ in Deutschland in weitem Maße zu ermöglichen; die ärztliche Akademie in Köln hat damit ja schon einen sehr erfreulichen Anfang gemacht. Aber das Herumdoktern ohne genügende Kenntnisse, das dem Eingeborenen immer noch Nutzen bringt — es spielt ja auch eine gewisse suggestive Wirkung hier eine Rolle, und es ist an sich schon ein Gewinn, wenn er sich nicht von seinen Zauberern behandeln läßt —, das wird dem Weißen, der es ja oft der Not gehorchend an sich und andern tun muß, leicht zum Verhängnis.

*

*

*

Ich habe eingangs von den Grenzen bürokratischer Befähigung gesprochen, die nirgends so zutage treten, wie auf wirtschaftlichem Gebiet; die Verwaltung der Kolonie ist in ihrer ersten Entwicklungszeit vor Aufgaben gestellt worden, die zu lösen man in der Heimat gewöhnlich der privaten Initiative überläßt. Eins ihrer Schmerzenskinder ist das Dock in Daresfalam, das zu klein, und die dazugehörige Werftanlage, die zu groß ausgefallen ist. Man wird die Absicht des Staatssekretärs, diese Unternehmungen wenn möglich an eine Privatfirma, wenn auch mit Verlust — die Werftanlage hat allein eine halbe Million Mark gekostet —, abzustossen, nur billigen können. Eine Tragikomödie besondrer Art bildet die Geschichte der Domäne Kwai in Westusambara, in die seitens des Gouvernements Unsummen ohne den geringsten

Erfolg hineingesteckt wurden; es genügte, sie zu verpachten – noch dazu an einen Mann, der zwar seit langem im Lande, aber von Hause aus nicht Landwirt ist – um einen blühenden landwirtschaftlichen Betrieb daraus zu machen. Die Versuchsplantage in Mombo wurde schließlich in allerletzter Zeit auch verpachtet, nachdem sie zuletzt auf einen solchen Hungeretat gestellt war, daß der sehr tüchtige Leiter des Unternehmens nicht mehr genug Arbeiter annehmen konnte, um auch nur des Unkrauts Herr zu werden.

Ein andres, ganz besonders beklagenswertes Opfer bürokratischer Wirtschaft ist das Höhen-sanatorium Wugiri. Es wurde zum Teil mit den Mitteln errichtet, die ein Kolonialfreund namens Lienhard letztwillig diesem Zwecke gewidmet hatte; es handelt sich also um einen Besitz, auf dessen zweckmäßige Verwertung wohl die ganze weiße Bewohnerschaft der Kolonie Anspruch hat. Das Sanatorium liegt in Höhe von etwa 1100 m über der Station Korogwe der Usambara-bahn; über die Wahl dieses Platzes kann man verschiedener Ansicht sein, vielleicht wäre der Bomole über Amani geeigneter gewesen. Aber wie dem auch sei, auch dort, wo es steht, erfüllt das Sanatorium ganz gut seinen Zweck, Rekonvaleszenten einen gesunden Aufenthalt in kühler Luft, Gefunden eine Erholung von der abspannenden gleichförmigen Temperatur der Küste zu gewähren. Aber in dem Kampfe zwischen Bürokratie und Hotelbetrieb mußte der letztere notwendig unterliegen. Als ich den Ort vor vier Jahren besuchte, gab es für seine Benützung Statuten von unendlicher Paragraphenzahl; eine der sinnigsten Bestimmungen war es, daß man die Wohnräume des Sanatoriums nicht kürzere Zeit als drei Tage benutzen, die Erlaubnis zur Benutzung aber vom

Gouvernement in Daresalam erbitten mußte. Denn warum sollte die Reichspost von dem daraus erwachsenden Telegrammwechsel nicht auch etwas abbekommen? Aber nicht jeder, der der Kolonie einen Besuch abstattete, konnte in alle Tiefen des Reglements eindringen; man mußte zwar das Zimmer in Daresalam bestellen, wollte man aber ein Reittier nach der Station Korogwe gesandt haben — und es gehört doch schließlich auch zum Wesen eines Sanatoriums, daß es für den Besucher in einer, seine Körperkräfte nicht allzusehr in Anspruch nehmenden Weise zu erreichen sei — so mußte man sich direkt an die Leitung des Sanatoriums wenden, und eine daraufbezügliche Bitte ans Gouvernement wurde mit gebührender Nichtbeachtung und Nichtübermittlung nach Wugiri bestraft. Ich selbst hatte bei meinem Besuch die Unkenntnis all dieser verwickelten Bestimmungen mit einer mehrstündigen Kletterei bei Nacht auf einem steilen Eingeborenenpfad zu büßen, was ich als gesunder Mensch wohl mit Humor ertragen konnte; ein früherer ärztlicher Leiter des Sanatoriums erzählte mir aber, daß er eine Dame, die mit ähnlichem Mißgeschick zu kämpfen hatte, halbtot heraufbekam und es längerer Zeit bedurfte, um die Erholungsbedürftige von den Folgen dieses vielversprechenden Beginns ihrer Erholungskur herzustellen.

Und nun der sonstige Betrieb; im Reichshaushalt erscheint Wugiri zweimal; einmal bei den Einnahmen mit 20 000 M. und das andere Mal bei den Ausgaben mit 24 000 M. Daß die Einnahmen richtig einkommen, das muß man natürlich dem Eifer der Bittsteller überlassen, die sich reglementmäßig beim Gouvernement um die Gunst bewerben, das Sanatorium benützen zu dürfen; daß aber nicht mehr ausgegeben wird, dafür glaubt ein sorgsames Gouvernement die Bürgschaft über-

nehmen zu können. Es wird dem Leiter des Sanatoriums für den Betrieb eben nur *soundsoviel* monatlich zugewiesen, und damit muß er auskommen. Ist die Zahl der Gäste gering, so leben sie herrlich und in Freuden; wächst sie aber ungebührlich an, dann umwölkt sich die Stirn des Leiters, denn womit soll er die Hungrigen speisen; dann wird eben Schmaltzens Küchenmeister. Sollte aber auch die Ernährung knapp werden, so hat der Gast doch das beruhigende Gefühl, daß über seinem Getränkeverbrauch das Auge der Zentralverwaltung wacht. Denn die Gutscheine, die er für die Getränke schreibt, werden dort genauer Kontrolle unterzogen, damit sich ja nicht etwa jemand unter dem trügerischen Vorwand, Stärkung seiner Gesundheit zu suchen, schlemmerischem Lebenswandel hingibt und die Zollfreiheit der Getränke, die Wugiri genießt, zur Völlerei mißbraucht. Als sich einmal ein englischer Missionar innerhalb dreier Tage zwei Flaschen Whisky verschrieb, da wurde der Leiter des Sanatoriums „zu eiligem Bericht“ aufgefordert, was der Missionar mit diesem Quantum Stoff angefangen habe; zum Glück für den Missetäter konnte er nachweisen, daß nicht er allein gesündigt, sondern auch noch andre Menschen sich an der Vertilgung der beiden Flaschen beteiligt hatten, so daß auf ihn nicht mehr gekommen sei, als er als Engländer und Christ als eine billige tägliche Ration verantworten könnte. Daß auf diese Art alle Voraussetzungen des Blühens und Gedeihens gegeben sind, kann man sich beiläufig ausmalen. Aber das Sanatorium soll auch gar nicht blühen und gedeihen; denn als ein unternehmender ärztlicher Leiter kleine Prospekte drucken ließ, um das Sanatorium in weiteren Kreisen bekannt zu machen — es wurde auch von Engländern aus Zanzibar, soferne sie von seiner Existenz Kenntnis hatten,

gerne benützt — verhinderte das Gouvernement dieses einer staatlichen Anstalt völlig unwürdige Beginnen, und die Prospekte ruhen noch heute in irgendeiner Kiste wohlverpackt in Daresalam, wo sie wahrscheinlich jedes Jahr als noch vorhanden inventarisiert werden.

Durch gesteigerten Besuch das bisher beim Betriebe der Anstalt stets vorhandene Defizit zu beheben, erscheint dem Gouvernement offenbar ausichtslos, was unter diesen Umständen ja auch nicht zu verwundern ist; so betätigt es seine Erfindungsgabe in anderer Richtung, und das Sanatorium wird seit zwei Jahren immer auf ein halbes Jahr gesperrt, angeblich weil in der kühlen und „gesunden“ Zeit, während der der Südwestmonsum weht, kein Bedürfnis für dessen Offenhaltung besteht; wie gesund diese Zeit ist, erläuterte recht drastisch eine Notiz der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ im Juni vorigen Jahres, wo die „gesunde“ Zeit gewissermaßen auf ihrem Höhepunkt steht und man leider feststellen mußte, daß das Krankenhaus in Daresalam so stark in Anspruch genommen war, wie noch nie; einige dieser Kranken würden später doch wohl Rekonvaleszenten abgegeben haben, denen das Sanatorium zugute gekommen wäre; und so ziemlich in der ganzen Kolonie weiß man, daß die Zeit, die der großen Regenzeit folgt, zwar kühl, aber auch recht ungesund ist, weil da meist die während der Regenzeit erworbenen Fieber zu vollem Ausbruch kommen; aber warum sollte das Gouvernement schließlich nicht dekretieren können, daß eine Jahreszeit gesund, eine andere ungesund ist. Es hätte um diese Anspannung seiner Verfügungsgewalt vielleicht herumkommen können, wenn es das Sanatorium verpachtet hätte, und dann wäre es wohl auch ohne Rücksicht auf diese aktenmäßige Feststellung das ganze Jahr

zum Besten der weißen Bewohner der Kolonie geöffnet; es lagen auch Pachtanträge vor, die Sache zerßlug sich aber an irgendwelchen bürokratischen Zwirnsfäden.

Eine kurze Betrachtung verdient auch die Forstverwaltung des Gouvernements, die ja zum Teil auch zu den wirtschaftlichen Betrieben zu rechnen ist. Über die Bedeutung des Waldes und seiner Erhaltung für die klimatischen Verhältnisse der Kolonie ist ja kaum ein Wort zu verlieren; aber wenn man hört, daß insgesamt eine Fläche, die etwa 0,22 % der Gesamtfläche der Kolonie beträgt, zu Forstreservat des Kolonialfiskus erklärt ist, wird man sich wohl keinen Illusionen über die Wirkung der Erhaltung dieses Waldes für die klimatischen Verhältnisse hingeben. Soweit diese Wälder nun ausgenützt werden, sei es durch die Forstverwaltung unmittelbar oder mittelbar durch private Unternehmungen, die dann der Kontrolle durch die Forstverwaltung bedürfen, kann ja über die Nützlichkeit einer Forstverwaltung kein Zweifel sein, die ja auch in einzelnen Abteilungen erhebliche Überschüsse erzielt. Eine andre Frage ist es aber, ob die Organisation zum Schutze der Wälder wirklich zweckmäßig ist und erheblichen Erfolg hat. Die Hauptfeinde des Waldes sind die Eingeborenen, die den Wald entweder zum Zwecke der Anlegung von Pflanzungen niederschlagen oder durch Brände Teile davon vernichten; die Brände entstehen entweder beim Honigsuchen, wobei die Bienen aus den Stöcken ausgeräuchert und die zu diesem Zwecke angelegten Feuer dann sich selbst überlassen werden, oder bei den jährlich sich erneuernden Grasbränden, die zum Zwecke der Verbesserung der Weide zu Ende der Trockenzeit angelegt werden und gegen den Waldrand vordringen. Soweit hier nun überhaupt durch Ver-

Ausgesondert

ordnungen etwas zu machen ist, ist der Bezirksamtmann wohl die berufenste Person, um deren Beachtung durchzusetzen, weil er mit den Eingeborenen viel öfter und eingehender in Berührung kommt und naturgemäß auch bei ihnen über größere Autorität verfügt, als der Vertreter der Forstbehörde; das Niederbrennen von Wald zur Anlage von Kulturen wird aber wohl erst dann aufhören, wenn die Eingeborenen an Sesshaftigkeit und intensive Kultur gewöhnt oder dazu gezwungen sind; und das gleiche gilt bis zu einem gewissen Grade auch vom Abbrennen der Weiden. Die Erhaltung des Waldes hängt also mit der Eingeborenenfrage im allgemeinen innig zusammen.

Nun handelt es sich aber um eine zweite Aufgabe: die Vermehrung des Waldes, deren Notwendigkeit sich ja aus der Geringfügigkeit der vorhandenen Waldbestände ohne weiteres ergibt. Daß hier natürlich durch die Anpflanzungen der Forstverwaltung so gut wie nichts erreicht wird, bedarf wohl kaum der Erwähnung; was für Mittel wären nötig, um auf diesem Wege zu einem genügenden Waldbestand in der Kolonie zu kommen! Aber wir besitzen Aufforstungen größeren Umfangs dort, wo es sich um Kulturen handelt, von denen baldiger Gewinn erhofft wird, und die sind aus privater Initiative entstanden: die Manihotwälder, die heute schon einige tausend Hektar bedecken. Und da möchte ich auf den grotesken Widerspruch hinweisen, der darin liegt, daß man auf der einen Seite den Wald für eine Notwendigkeit für die Kolonie erklärt, auf der andern Seite Arbeiterverordnungen plant, die die Lebensfähigkeit des Manihotbaus überhaupt in Frage stellen.

Das eine steht jedenfalls fest, daß die Entdeckung eines Kulturbaums, der den Anbau durch private Unternehmer lohnt,

mehr für die Bewaldung der Kolonie bedeutet, als die Tätigkeit von hundert Forstbeamten. Die produktivste Tätigkeit der Forstverwaltung wäre es also, sich auf diesem Gebiet „erfinderisch“ zu betätigen. Es mag ja nun sein, daß auch alle Erfindergabe hier an der Macht der Tatsachen scheitern würde; aber ich habe doch den Eindruck, daß die Forstverwaltung eine Verpflichtung zur Findigkeit auf diesem Gebiet überhaupt nicht anerkennt. So ist die Frage, ob die Kultur der Gerberakazie in der Kolonie rentabel ist, doch zweifellos auch vom forstwirtschaftlichen Standpunkt von der höchsten Bedeutung. Ich habe bereits erwähnt, daß die bisher genommenen Proben von Gerberrinde aus unsrer Kolonie einen um 10 % höheren Gerbstoffgehalt ergeben haben, als in Natal. Aber bei diesen Untersuchungen hat es sich immer nur um Analysen von kleinen Rindenstücken gehandelt, zur Beurteilung des Ertrags auf die Flächeneinheit hat man bisher keine Anhaltspunkte. Nun ist die Forstverwaltung allein im Besitz von etwa einem Hektar eines Gerberakazienwalds bei Wilhelmstal, der bereits sieben Jahre alt ist und nach den in Natal üblichen Verfahren nun abgetrieben werden könnte. Da die Bäume hier sehr viel rascher wachsen als in Natal, so könnte der Umtrieb wahrscheinlich in kürzeren Perioden stattfinden, aber das müßte erst festgestellt werden. Wenn nun auch dieser Wald in seiner Anlage nicht ganz mustergültig ist, so hätten sich doch wertvolle Anhaltspunkte für die Kultur der Gerberakazie gewinnen lassen, wenn man vom fünften Jahre ab je ein Viertel der Anlage abgetrieben und die Rinde sachgemäß weiterverarbeitet hätte. So aber steht der Wald, wächst und gedeiht, für die Lösung der hier vorliegenden wirtschaftlichen Frage ist er aber in ein bis zwei Jahren bereits völlig wertlos.

Das biologisch-landwirtschaftliche Institut in Amani kann hier außer Betracht bleiben, denn es ist im wesentlichen ein wissenschaftliches Institut, das die praktische Tätigkeit des Pflanzers ergänzt und gewiß in erfreulicher Weise in diese Aufgabe hineingewachsen ist. Der Nachdruck liegt hier auf dem Wort: „biologisch“, zu landwirtschaftlicher Betätigung würde es ihm auch an Mitteln fehlen. Die Stärke des Instituts liegt aber, wie gesagt, auf wissenschaftlichem Gebiet, auf dem der Deutsche wohl selten versagen wird.

♦

♦

♦

Es wäre indes unbillig, von den Mißgriffen des Gouvernements in Daresalam auf wirtschaftlichem Gebiet zu sprechen, ohne auch gleichartiger Leistungen des Kolonialamts in Berlin zu gedenken; denn schließlich stehen die beiden Behörden ja auch zueinander im Verhältnis von Mutter und Kind. Eine Glanzleistung auf diesem Gebiet ist die vor einigen Jahren erfolgte Neuordnung der Geldwährung. Es mochte manches dafür sprechen, es bei dem alten System der indischen Rupie zu belassen, das von dem Zeitpunkte an, wo die freie Silberprägung in Indien eingestellt wurde und die Rupie einen festen Kurs bekam, einen seiner Hauptübelstände verlor. Aber andererseits empfand man es doch mit Recht einer deutschen Kolonie nicht ganz würdig, daß sich die Geldzirkulation ausschließlich in einer ausländischen Münze vollzog; es entging ja außerdem der Kolonie der Münzgewinn, der nach der Stabilisierung des Kurses bei der Ausprägung zu machen war. Wenn man aber nun zu einer Umwälzung schritt, die ja bei der konservativen Art des Negers seine

Bedenken hatte, so sprach nichts gegen den radikalen Schritt der Einführung deutscher Währung. Nun sind wir glücklich im Besitz einer „deutschen Rupie“, die in Zanzibar gar nicht oder nur gegen Disagio als Zahlungsmittel verwendbar ist; die in Ceylon geltende Hundertteilung der Münze, die wir bei dieser Gelegenheit auch eingeführt haben, ist natürlich für die Rechnung auf dem Papier bequemer, beim Handel mit den Eingeborenen aber, die aufs Kopfrechnen angewiesen sind, die Einteilung in 16 Anna zu 4 Pesa sehr viel brauchbarer; und dem Eingeborenenhandel sollte doch die Beibehaltung der Rupiewährung in erster Linie dienen. Daß die Schwarzen sich nun, wie man von mancher Seite gehofft hatte, mit dem Heller begnügen würden, wo sie früher den Pesa nahmen, ist nicht eingetreten; sie verlangen vielmehr nach wie vor Pesa und rechnen diese, so gut es geht, mit Abrundung nach oben in Heller um. Außerdem hielt man die Einführung halber Heller für eine glückliche Anpassung an die Bedürfnisse des Landes; aber das Geldstück ist kaum im Verkehr. Als neues Experiment hat man nun große Kupferscheiben als Fünfhellerstücke eingeführt; es sollte mich nicht wundern, wenn die Eingeborenen diese einfach mit dem abgeschafften Pesa identifizieren sollten, was die Schwierigkeiten des Handels noch vergrößern würde. Diese ganze Neuordnung war lediglich eine Arbeit vom grünen Tisch, wobei einer ostafrikanischen Interessentengruppe, die sich dabei übrigens auch verrechnet hat, der Haupteinfluß eingeräumt wurde.

Aber diese böse Tat mußte fortzeugend neues Unheil gebären; das ist die ostafrikanische Bank. Hätte man einfach die deutsche Währung eingeführt, so konnten ein paar Nebenstellen der Reichsbank im Schutzgebiet dem Be-

Samassa, Besiedlung.

16

dürfnis nach einem geordneten Geldverkehr vollständig genügen. Nun mußte eine eigene Bank gegründet werden und es ergab sich der groteske Fall, daß der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ erst ihr Münz- und Notenrecht vom Reich abgekauft wurde, um es ihr nun teilweise in Form der Bank wieder zurückzugeben. Daß diese Bank die ihr gestellten Aufgaben keineswegs erfüllt, davon kann man sich im Schutzgebiete selbst leicht überzeugen. Der Regierung steht das Recht zu, der Bank die Errichtung von Nebenstellen an Orten, wo sich dazu der Bedarf ergibt, aufzuerlegen; daß dafür in Tanga, das heute das lebhafteste Zentrum wirtschaftlichen Verkehrs bildet, ein Bedürfnis vorhanden sein werde, ließ sich wohl ausdenken. Dort hat nun die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ die Vertretung der Bank, damit aber beileibe nicht die Verpflichtung, für Bereithaltung der nötigen Umlaufsmittel zu sorgen. Ich habe es selbst erlebt, daß man von dieser „Nebenstelle“ nicht für zwanzig Rupie Banknoten erhalten konnte; ein paar Hundert Rupie Banknoten mußte man sich im ganzen Ort zusammenbetteln und erhielt sie auch nur, wenn man Glück und gute Freunde hatte. Die Verhältnisse haben sich durch das Vorhandensein der Bank sogar verschlechtert; denn dort, wo es keine Bankvertretung gibt, halten es die Bezirksamter für ihre Pflicht, soweit dies in ihren Kräften steht, für die nötigen Zirkulationsmittel zu sorgen; das wurde mir wenigstens von einem Bezirksamtmann eines Innenbezirks versichert. In Tanga lehnt es aber das Bezirksamt ab, Geld zu wechseln, mit dem vielleicht nicht unberechtigten Hinweis, daß dies doch die Aufgabe der Bankvertretung sei. In diesem Falle versagt also offenbar das Aufsichtsrecht der Regierung völlig; wie ich höre,

ist man denn seitens der Regierung auch daran, das Verhältnis zur Bank neu zu regeln — zwei Jahre nachdem sie ins Leben trat.

Ein andres lehrreiches Beispiel, wie mangelhaft die Aufsicht des Kolonialamts über ein vom Reich subventioniertes wirtschaftliches Unternehmen ist, bietet das Verhältnis zur „Deutschen Ostafrika-Linie“. Nach dem Subventionsvertrag steht es der Regierung zu, die Tarife und jede Abänderung derselben zu genehmigen. Sie hat nun in der Tat zur Förderung des Wirtschaftslebens verschiedene Ermäßigungen in den Tarifen durchgesetzt, unter anderen auch für in die Kolonie einzuführende Maschinen. Von der Linie werden diese Tarife in folgender Weise umgangen, die ich an einem bestimmten, tatsächlich vorgekommenen Fall beleuchten möchte: für eine Maschine waren nach dem Tarif rund 1000 M. Fracht zu bezahlen, die Linie erhob aber dazu einen „Reedereizuschlag“, der die Kleinigkeit von 3800 M. ausmachte. Es kann ja hier unerörtert bleiben, ob die vielen Vorwürfe, die gegen die Ostafrika-Linie in der Kolonie erhoben werden, und gegen die sich die Linie immer mit ihrer Dividendenlosigkeit verteidigt, berechtigt sind; aber daß sollte doch nicht möglich sein, daß sie in dieser Weise dem Kolonialamt ungestraft auf der Nase herumtanzt.

Noch ein charakteristischer Mißgriff sei hier erwähnt, der wesentlich dem Kolonialamt, bez. seinem jetzigen Leiter zur Last fällt: das ist der prohibitive Ausfuhrzoll auf Sisalsaatgut. Man kann ja hier allerdings den Pflanzern der Nordbezirke den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in diesem Falle über ihre eigenen Interessen kein klares Urteil gehabt haben; jedenfalls hielt die Mehrheit von ihnen die Ausdeh-

nung der Sisalkultur in Britisch-Ostafrika für eine Gefahr und stimmte der Auflegung des Ausfuhrzolls, der ihr angeblich steuern sollte, freudig zu. Aber die Regierung hätte doch mehr Mittel gehabt, als ein einzelner Pflanze, sich zu vergewissern, welche Ausdehnung der Sisalbestand in der britischen Kolonie zur Zeit der Einführung des Zolles schon hatte, um die Wirksamkeit der Maßregel zu beurteilen. Tatsächlich waren im Sommer 1908 in der englischen Kolonie schon über eine Million Sisalpflanzen vorhanden, und der Ausfuhrzoll wird bestenfalls eine Hemmung des Sisalbaus daselbst um $1\frac{1}{2}$ Jahre bewirken, dem andererseits der Verlust von etwa 80 000 M. gegenübersteht, die durch den Verkauf von Saatgut leicht hätten verdient werden können. Zudem bleibt sehr zu erwägen, ob eine Ausdehnung des Sisalanbaus im britischen Gebiet wirklich für uns ein Schaden ist; ich glaube, daß wir von den Bemühungen der Engländer, eine ostafrikanische Standardmarke zu schaffen und für diese geeignete Märkte zu finden, nur Nutzen haben werden.

✧

✧

✧

Bei manchen wirtschaftlichen Unternehmungen des Gouvernements mag nun wohl der Ausweg gangbar sein, daß man sie zu ihrer Führung geeigneteren Händen überläßt; man kann das Dock und die Werft, die Domäne Kwai und die Versuchsplantage in Mombo verkaufen, das Sanatorium in Wugiri verpachten. Aber es gibt Aufgaben wirtschaftlicher Art, die man auf diese Art der Verwaltung nicht abnehmen kann, und bei denen es nötig ist, sie in irgendeiner Weise zu ihrer zweckmäßigen Lösung zu befähigen. Das gilt vor allem vom

Wegebau, der die Interessen der Pflanzer und Farmer aufs innigste berührt. Man kann nicht sagen: wer immer in die Kolonie kommt und sich dort niederlassen will, ist willkommen, und den Betreffenden dann einladen, sich in eine Wildnis zu setzen, aus der nur ein Negerpfad zu einem besseren Verkehrsmittel, sei es nun die Küste oder die Eisenbahn, führt. Die Schaffung von Eisenbahnen ist gewiß das nötigste, daneben kann man aber der kleineren Verkehrsadern, der Straßen, nicht entbehren. Die Bedürfnisse mögen hier sehr verschieden sein; bald werden die Straßen der wirtschaftlichen Erschließung vorangehen, bald ihr unmittelbar folgen müssen; in dem einen Falle wird es genügen an einer mit Ochsen befahrbaren Straße, die sich nahezu selbst den Weg durch die Steppe bahnt, die Flußübergänge zu verbessern, in einem andern wird es nötig sein, eine Straße zu schaffen, die für den Automobilverkehr brauchbar ist. Die Last dieses Straßenbaus kann man um so weniger den Ansiedlern aufbürden, als es in der Kolonie wohl nur sehr beschränkte Gebiete gibt, wo die Bodenverhältnisse auf größere Strecken hin gleichmäßig günstig sind, so daß Pflanzung sich an Pflanzung reihen kann und die Last des Wegebaus sich leicht auf die Interessenten verteilt.

Was ist nun in bezug auf Wegebau bisher geschehen? An guten Absichten hat es nicht gefehlt; im Reichshaushaltsentwurf für das Jahr 1905|06 findet sich eine kleine Denkschrift über Straßenbau in der Kolonie. Danach sollte ein Wegenetz in der Ausdehnung von 2000 km im Laufe von 18 Jahren hergestellt werden; da 200 km davon bereits bestanden (wo? wird leider in der Denkschrift nicht gesagt) und sich „entsprechend den bisherigen Erfahrungen“ der Bau eines

Kilometers auf 6000 M. stellen soll, sei hierfür eine Gesamtsumme von 10 800 000 M. nötig. „Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe!“ kann man wohl ausrufen, wenn man heute diese Ausführungen liest. Auf Grund dieser Denkschrift sind für das Rechnungsjahr 1905/06 300 000 M., von da ab jährlich 600 000 M. im Reichshaushalt angefordert, und bis zum 1. April 1909 werden insgesamt 2 100 000 M. für diesen Zweck verbraucht sein; nach den Angaben der Denkschrift müßten wir also bis dahin ein Netz gut fahrbarer Straßen im Umfange von 550 km haben. Wo sind sie?

In der Tat sind auch nicht zehn Kilometer dieses Wegenetzes in der Kolonie in brauchbarem Zustand vorhanden. Man hatte wenigstens gehofft, daß die 36 km der Straße Mombo-Wilhelmstal bis ersten April 1909 fertiggestellt sein würden; aber auch davon ist, wie die letzten Nachrichten aus der Kolonie besagen, keine Rede. Nun wird man natürlich nicht behaupten können, daß es technisch nicht möglich sein sollte, im Laufe von drei Jahren auch in afrikanischen Verhältnissen eine Gebirgsstraße von dieser Länge herzustellen; immer wieder wurden die Arbeiten unterbrochen, weil die für das betreffende Haushaltsjahr ausgeworfenen Mittel bereits verbraucht waren. Über die Straße nach dem Kilimandjaro habe ich bereits gesprochen; es ist nicht die einzige „Straßenleiche“ in der Kolonie. Auch nach dem Höhen-sanatorium Wugiri wurde eine neue Straße gebaut, von der es in der Denkschrift für 1907/08 heißt, daß sie in der Länge von 13 km als unbeschottete Straße dem Verkehr übergeben wurde und am Kwamkorre-Sattel den Anschluß an die von der Firma Wilkins und Wiese erbaute Straße erreicht habe; das heißt auf Deutsch, daß die Straße unvollendet liegen

gelassen wurde, denn die Straße von Wilkins und Wiese besteht doch seit Jahren und ist in ihrem unteren Teil so gut oder so schlecht brauchbar, wie in ihrem oberen. In ähnlichen unklaren Wendungen wird über den Bau einer Straße von Daresalam nach Bagamoyo berichtet. In Daresalam zweifelt niemand – ich glaube einschließlich des Gouverneurs – daran, daß diese Straße nie ausgebaut werden wird; eine Straße, die längs des Meeresufers verläuft, ist bei dem jetzigen Entwicklungszustand der Kolonie auch völlig sinnlos; und gerade der Bau dieser Straße liefe dem sehr vernünftigen und seit Jahren vom Gouvernement verfolgten Grundsatz, das ganz von Zanzibar abhängige und nur dessen Handelsverkehr dienende Bagamoyo wirtschaftlich lahmzulegen, schnurstracks zuwider. Aber man will doch nicht zugestehen, daß der Bau der Straße tatsächlich aufgegeben ist. Diesen Mißerfolgen gegenüber nimmt sich das, was von einzelnen Kommunalverbänden mit sehr bescheidenen Mitteln im Straßenbau geleistet worden ist, immer noch glänzend aus, mag man auch zugeben, daß hier mitunter nicht planmäßig gebaut worden ist und man Straßen, die erst als dringende Notwendigkeit bezeichnet wurden, später wieder verfallen ließ; über die Gründe dafür wird noch zu reden sein.

Forstet man nach den Ursachen dieses Mißerfolgs, so liegen sie im allgemeinen im Wesen bürokratischer Denkungsart, das man kaum an einem besseren Beispiel erläutern könnte, als an der erwähnten Denkschrift zum Reichshaushalt 1905/06. Die Stimmung des Reichstags war damals der Bewilligung für Eisenbahnbauten sehr abgeneigt und im Kolonialamt bestand wenig Lust, zur Überwindung dieser Abneigung ein besonderes Maß von Energie aufzuwenden; man suchte sich

anzupassen. Der Wink wurde nach unten an das Gouvernement in Daresalam weitergegeben; und flugs war der hübsche Plan auf der Karte fertig, durch den der Bau von Eisenbahnen eigentlich überflüssig schien. Ein Bauplan für 18 Jahre! Und heute sind von all den projektierten Straßen gerade die 36 km der Vollendung am nächsten — die auf der Karte nicht verzeichnet und in dem Plan nicht genannt sind! Aber der Reichstag war's zufrieden, denn nun schien er ja doch etwas für die so nötige Verkehrsentwicklung in der Kolonie getan zu haben; und das Gouvernement in Daresalam war es zufrieden, denn nun hatte es eine hübsche Summe in der Hand, über deren Verwendung es nicht jedes Jahr lange Berichte zu schreiben hatte.

Was sind nun aber die Ursachen der technischen Unzulänglichkeit bei der Ausführung der Straßenbauten? Wie kann es kommen, daß die Kosten, die angeblich erfahrungsgemäß noch zu Beginn des Jahres 1905 6000 M. für das Kilometer betrugen, unmittelbar danach auf das doppelte und dreifache hinaufschnellten? Eine Ursache liegt wohl zweifellos in dem häufigen Wechsel der Beamten, insbesondere in den technischen Zweigen der Verwaltung, wo ja ausschließlich „weiße Hilfskräfte“ beschäftigt sind; so fehlt dem Einzelnen die Zeit, um genügende Erfahrungen in der Eigenart afrikanischer Verhältnisse zu erlangen, andererseits mindert sich das Verantwortlichkeitsgefühl, wenn ein Beamter weiß, daß er die Suppe nicht auszulöffeln braucht, die er eingebrockt hat; wo sind sie heute, die jene schönen Pläne ausfannen? Wenn heute ein Baureferent findet, daß das, was er geplant und ausgeführt hat, daneben geraten ist, so erneuert er mit der nächsten Dienstperiode seinen Vertrag eben nicht mehr und

zieht sich in seine ihm offengehaltene Stelle in der Heimat zurück. Zum Teil hängt nun mit dieser „Flüchtigkeit“ der „weißen Hilfskräfte“ der weitere Übelstand zusammen, daß unsere Kolonialbeamten von den Verhältnissen fremder Kolonien so wenig wissen; wenn in unserm Kolonialetat jährlich 50 000 M. für Informationsreisen deutscher Kolonialbeamter in fremde Kolonien ausgebracht wären, so könnte damit vielleicht auf der andern Seite mancher Betrag gespart werden. Ich habe schon darauf hingewiesen, wie unvergleichlich billiger sehr gut brauchbare Straßen in Britisch-Ostafrika und Uganda gebaut werden; ich glaube so wenig an die Überlegenheit englischer Techniker über deutsche wie sonst an die Gottähnlichkeit der Söhne Albions; aber hier haben sie eben die größere Praxis und Erfahrung für sich. Ihre Straßenbauer kommen aus den verschiedensten englischen Kolonien und so wissen sie eben das Zweckmäßigste anzuwenden. Ein Aufenthalt von sechs Wochen in den britischen Nachbarkolonien und von zwei Monaten in Südafrika würde einem deutschen Straßenbauingenieur jedenfalls Gelegenheit geben, eine Menge Nützliches zu sehen und zu lernen. Aber es hat in der Tat ein gewisses Risiko für das Gouvernement, einen Beamten dahin zu senden, da es ja nie weiß, wie lange der Betreffende Gelegenheit haben wird, seine Kenntnisse in der Kolonie zu verwerten. Gelegentlich hat das Kolonialamt derartige Studienreisen auch veranlaßt; in einem Falle soll die Reise gerade den Abschluß der kolonialen Tätigkeit des betreffenden Beamten gebildet haben.*)

*) Wenn man übrigens manche Leistung bei der Bahn von Daresalam-Morogoro betrachtet, die doch von einer privaten Unternehmung gebaut wurde, so könnte man auch auf den Gedanken kommen, daß die deutschen Ingenieure überhaupt wenig Neigung haben, sich von andern gemachte Erfahrungen zunutze zu machen. Der Bahnhof in Daresalam bildet in dieser Beziehung eine Sehenswürdigkeit; nach dem Muster

Zum Teil läßt sich da wohl Abhilfe schaffen. Am wichtigsten erscheint es mir aber, daß die Leute, die wirklich im Wirtschaftsleben der Kolonie stehen, und in deren Interesse doch in erster Linie die Straßen gebaut werden sollen — die Neger sind mit ihren Pfaden völlig zufrieden und haben kein Bedürfnis nach Automobilverkehr — gehört werden. Man kann dagegen einwenden, daß die Beratung durch den Bezirksrat gerade bei den Kommunen nicht besonders glänzende Resultate gezeitigt habe; sehr häufig seien von ihnen Straßen gebaut worden, von denen nur ein Mitglied des Bezirksrat Vorteil gehabt habe. Man übersieht dabei, daß dieser

eines Bahnhofes, wie er für irgendeinen deutschen Marktflecken von 1000 Einwohnern sehr gut passen mag, ist hier ein solider Steinbau aufgeführt worden; über ein paar Steinstufen und einen engen im rechten Winkel abgebogenen Gang winden sich die Trägerkolonnen mit ihren zum Teil sehr sperrigen Lasten durch eine enge Tür dem Wagezimmerchen zu, wo man in drangvoll fürchterlicher Enge, die durch Hitze und intensiven Negergeruch gewürzt ist, die Abfertigung des Gepäcks an einer für die dortigen Verhältnisse, wo man doch mit sehr reichlichem Gepäck zu reisen pflegt, viel zu kleinen Wage besorgen muß; in Tanga tut man dies sehr bequem in einer großen, offenen, mit Wellblech gedeckten Halle; wie man denn der viel verlästerten Ufambara-bahn manches abbittet, wenn man die Bahn Daresalam-Morogoro einmal genossen hat. Und ebenso eigenartig berühren im Vergleich zu den praktischen Wellblechbauten der Ugandabahn, die fast festungsartigen Stationshäuser, die von zwei, sehr profanen Zwecken dienenden Türmen flankiert sind. Vielleicht sind sie ja nicht teurer als Wellblechbauten; aber das kommt hier nicht allein in Betracht; man muß auch darauf Rücksicht nehmen, daß die Stationen zunächst in dem ganz unerschlossenen Gelände meist ganz willkürlich gewählt sein müssen. Erst die wirtschaftliche Entwicklung wird die Punkte bestimmen, wo Stationen wirklich benötigt werden; und dann ist natürlich die Verlegung einer Station viel leichter und weniger kostspielig, wenn man zunächst nur provisorische Bauten errichtet hat. Hoffentlich hat man wenigstens für den Weiterbau der Bahn etwas dazugelernt. Die Wahl eines größeren Brückenprofils soll z. B. beabsichtigt sein; bei der bestehenden Strecke ist das Herausstecken des Kopfes beim Passieren einer Brücke tatsächlich mit Todesstrafe bedroht; denn das Brückenprofil ist gerade so breit, daß die Waggons des Zuges durchkommen können, und rechts und links der Brücke stehen die Warnungstafeln, die auf die Gefahr aufmerksam machen. Aber die Humanität sollte auch einige Rücksicht auf die des Lesens unkundigen Schwarzen gebieten; daß sie der eigenartigen Bauart der Brücken wegen nun alle lesen lernen sollten, wäre eine unbillige Forderung.

Fehler gerade eine Folge der Zusammensetzung der Bezirksräte aus vom Gouvernement ernannten Mitgliedern ist, wenn in der Tat dieser Mißbrauch in erheblichem Maße eingerissen sein sollte. Der Bezirksamtmann hat ein Interesse daran, die Mitglieder des Bezirksrats zufrieden zu erhalten, und das ernannte Mitglied ist für seine Tätigkeit im Bezirksrat niemand Rechenschaft schuldig. Wäre es auch nur einer Wählerschaft von einem halben Dutzend Menschen verantwortlich, so würde es sich wohl hüten, seine Interessen denen der Allgemeinheit voranzustellen.

Über die Verwendung der Pauschalsumme für Straßenbau wird aber überhaupt niemand gehört. Die Bauleitung hängt unmittelbar vom Gouvernement in Daressalam ab und selbst der Bezirksamtmann des Bezirks, in dem die Straße gebaut wird, weiß kaum Bescheid darüber, was beabsichtigt ist, geschweige denn, daß er einen Einfluß auf die Ausführung hätte. Auch in der Öffentlichkeit, in der Presse der Kolonie werden diese Straßenbauten wenig erörtert. Spricht man mit einem Bewohner der Nordbezirke, der den Straßenbau zwischen Mombo und Same kennt, so begegnet man wohl einem Kopfschütteln oder ironischen Lächeln. Aber man hütet sich, gegen die Art der Verwendung des Geldes laut zu protestieren, denn schließlich denkt man sich: das Geld wird doch ausgegeben, eine Anzahl von Unternehmern verdient dabei, warum soll nicht wenigstens das unsrer Gegend zugute kommen. Es ist klar, daß die Dinge ganz anders lägen, wenn eine aus dem Kreise der weißen Bevölkerung der ganzen Kolonie oder mindestens ihrer wirtschaftlich am meisten entwickelten Teile gewählte Vertretung über die Verwendung der 600 000 M., die jährlich für Straßenbau zur Verfügung stehen,

zu beschließen hätte. Natürlich würden dann partikulare Interessen gegeneinander kämpfen. Aber hier könnte die Regierung wohl einen geeigneten Ausgleich schaffen; gerade wenn nicht die ganze Summe einem bestimmten Bezirk zugewendet werden kann, wird der Erfindungsgeist der Interessenten darauf ausgehen, auch mit geringeren Mitteln auszukommen, um das Gewünschte zu erreichen. Eine Menge von Erfahrungen könnte nutzbar gemacht werden, die die neu ins Land kommenden Baubeamten unmöglich schon besitzen können. Ich will nicht behaupten, daß nun auf einmal alles ins beste Geleise käme; daß es bedeutend besser würde, als gegenwärtig, scheint mir kaum zweifelhaft.

✧

✧

✧

Der Straßenbau streift eine Frage, die für die weiße Besiedlung sehr erheblich ist: die der intensiveren Verwaltung wirtschaftlich entwickelter Bezirke. Man kann die Verwaltung der ganzen Kolonie nicht über einen Kamm scheren; in der Tat wird sie auch in verschiedenen Formen ausgeübt. Die loseste ist die der Residentur, wobei man die Eingeborenen stark sich selbst überläßt und die Sultane noch weitgehende Befugnisse haben; dann kommen die Bezirke mit Militärverwaltung, endlich die mit Zivilverwaltung; der nächste Schritt wären Bezirke mit Selbstverwaltung. Wenn zu letzteren auch erst allmählich der Übergang geschaffen werden muß, so ergibt sich doch schon jetzt die Notwendigkeit in Bezirken, die stärker von Weißen besiedelt sind, intensiver zu verwalten und die Macht der weißen Verwaltungsbeamten tiefer in Einzelheiten der Verwaltung eingreifen zu lassen, als in Bezirken, in

denen vorwiegend die Interessen der Eingeborenen wahrzunehmen sind. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: der Wirtschaftsbetrieb eines Weißen beruht auf viel komplizierteren Bedingungen, wie die Eingeborenenwirtschaft; der weiße Ansiedler hat Anspruch darauf, daß sein Vieh vor Seuchen nach Möglichkeit geschützt werde, daß die Wege gut imstande gehalten werden, endlich auf unbedingte Sicherheit seines Eigentums. Auf die Zustände im Moschibezirk in letzterer Beziehung habe ich schon hingewiesen; stiehlt ein Schwarzer dem andern ein Stück Vieh, so gleicht sich das durch Gegenseitigkeit wieder aus; vereinigen aber die Eingeborenen ihre Diebstähle auf den Weißen, der sich seinerseits nicht auf gleiche Weise entschädigen kann, so steht er vor dem Ruin.

Im allgemeinen ist nun der Verwaltungsapparat in allen Bezirken dieser Art unzulänglich; es fehlt an weißen Beamten und farbigen Organen zur Durchführung einer wirklich intensiven Verwaltung. Im Bezirk Wilhelmstal lagen z. B. im Sommer 1908 über hundert Anträge auf Überlassung von Kronland z. T. seit Jahren unerledigt, weil der Bezirksamtmann die nötigen Bereisungen nicht vornehmen konnte. Leuten, die mit dem Land lediglich eine Spekulation vorhaben, mag es ja zupass kommen, daß sie ihren Anspruch darauf angemeldet haben, im übrigen aber keine Pacht zu bezahlen und es auch nicht in Kultur zu nehmen brauchen; Leute aber, die sogleich ernstlich an die Kulturarbeit gehen wollen, werden den Zustand der Unsicherheit sehr peinlich empfinden und sich vielleicht dadurch von der Niederlassung überhaupt abhalten lassen. Nun kommt dazu, daß, wenn die Besichtigung des Landes durch den Bezirksamtmann schließlich erfolgt ist, der Antrag erst noch an das Gouvernement nach Daresalam

zur endgültigen Erledigung gehen muß, was eine weitere Verzögerung in sich schließt. Dies erscheint als eine sehr überflüssige Maßregel, wenn die Bestimmungen für die Überlassung von Kronland, an die sich die Bezirksbehörde zu halten hat, klar und eindeutig sind. In Britisch-Ostafrika, wo es an Klagen über das Landdepartement auch nicht fehlt, ist man in einigen Teilen der Kolonie zu der sehr vernünftigen Maßregel übergegangen, größere Landblöcke in Farmen aufzuteilen und roh zu vermessen, die Grenzen mit Pfählen zu vermarken, und nun können sich Siedlungslustige unter den festgelegten Bedingungen ohne weiteres einen Platz auswählen; das Geschäft kann in einer Viertelstunde erledigt sein. Dieses Verfahren würde sich auch in manchen Teilen unserer Kolonie empfehlen.

An dem Beispiel von Westusambara möchte ich kurz erläutern, wie sich eine intensive Verwaltung im Interesse der weißen Siedler gestalten müßte. Die Fahrstraße nach Wilhelmstal wird ja nun wohl bis Ende des Jahres 1909 fertiggestellt sein und rund 700 000 M. gekostet haben; nun sollen nach den Angaben des neuesten Etats noch Mittel für die Chausfierung der von Wilhelmstal nach dem Schumewald bereits vorhandenen Straße aufgewendet werden. Da gilt es doch, die gemachten Aufwendungen nutzbringend zu gestalten. Man beabsichtigt, auf der Straße einen Straßenlokomotivverkehr einzurichten; vielleicht hat man damit Erfolg; eine Schwierigkeit, die in Ansiedlerkreisen bereits geltend gemacht wurde, ist hierbei jedenfalls, daß die Straße dann für den Fahrverkehr schwer benutzbar sein wird, denn es wird schwerlich jemand den Versuch wagen, auf der Gebirgsstraße, die in steile Berghänge hineingeschnitten ist, Pferde mit Wagen

an einer fauchenden Lokomotive vorbeizubringen. Aber andererseits ist es ja auch möglich, daß der Versuch mit dem Straßenlokomotivbetrieb überhaupt nicht glückt, sei es wegen technischer Schwierigkeiten oder wegen mangelnder Rentabilität. In diesem Falle wird man eben doch auf den Verkehr mit Ochsenwagen für Fracht und Pferden für Personen angewiesen sein. Nun herrscht aber am Endteil der Straße und in Mombo selbst Tsetse. Bei der geringen Strecke, die hier in Frage kommt, ist es zweifellos möglich, das schädliche Insekt der Straße selbst fernzuhalten, wenn man den Busch zu beiden Seiten niederschlägt und dafür sorgt, daß er nicht wieder hoch kommt, in Mombo selbst einen Ausspannplatz einrichtet, der unter der Kontrolle eines Tierarztes steht, usw. Nicht minder wird man aber dafür sorgen müssen, daß kein Vieh nach Westusambara kommt, daß nicht in bezug auf Gesundheit der schärfsten Kontrolle unterworfen worden ist; denn sonst hört sich Viehzucht in europäischer Weise dort überhaupt auf. Dies setzt voraus, daß allein für Westusambara ein Tierarzt mit mindestens einer weißen Hilfskraft angestellt wird; in dem Maße als die Besiedlung und Viehzucht seitens Weißer in Gebiet zunimmt, kann man diese ja auch zur Deckung der Unkosten hiefür heranziehen. Geschieht das nicht, dann kann man voraussetzen, daß die mit so großen Kosten erbaute Straße, falls der Straßenlokomotivverkehr aus irgendeinem Grunde nicht durchzuführen ist, das Grab der Ochsen, die von oben kommen, sein wird und ein Einfallstor für Seuchen von unten. Und schließlich wird von der ganzen schönen Chaussee ein sich in Schlangenwindungen auf ihr hinziehender Negerpfad in Benutzung bleiben.

Die gleiche Sorgfalt, wie der Benutzbarkeit der Hauptader

des Verkehrs, wird man auch ihren weiteren Verästelungen widmen müssen. Ich bin in Westusambara viele Kilometer auf breiten, gut angelegten Wegen gewandert; alle waren sie — beinahe fahrbar. Ging es erst einmal eine halbe Stunde auf so schönem Weg, daß man bedauerte, nicht mit einem Wägelchen im flotten Trabe darüberhin fahren zu können, so kam man plötzlich an einen querliegenden Baumstamm, der die schöne Illusion zerstörte; dann traf man wieder auf einen Erdrutsch, der den Weg in seiner ganzen Breite versperrte; war der Weg geraume Zeit sehr sauber gehalten, so verwandelte er sich mit einem Schlage, wenn man den Machtbereich eines Jumben betrat, den die Sache nicht sonderlich interessierte, in ein hochbewachsenes Dickicht. Man wird natürlich dagegen sagen, es sei ja auch niemand da, der auf den Straßen fahren wolle; man kann es aber niemandem, der aus Erfahrung den Zustand der Straßen kennt, zumuten, sich ein Gefährt zuzulegen; so bewegt man sich hier in einem *circulus vitiosus*. Nur eine intensivere Verwaltung kann Abhilfe schaffen; der Distrikt muß ein paar weiße Wegemeister bekommen, denen die Instandhaltung der Wege obliegt; unter Umständen kann diese Funktion auch von Ansiedlern übernommen werden. Der Schwarze wird tun, was man ihm aufträgt; aber den Sinn der Fahrstraße wird er solange nicht begreifen, als er nicht selber darauf fährt, und damit hat es wohl noch seine guten Wege.

Eine der nächsten Aufgaben des Straßenbaus in Westusambara wird die Anlage einer Straße am östlichen Fuße des Gebirges durch das Luengeratal bis in die Umbasteppe sein müssen. Am Fuße von Westusambara finden sich überall, wo der Abfall nicht ganz steil ist, überaus fruchtbare An-

schwemmungen, die auch bereits die Anlage einer größeren Zahl von Pflanzungen veranlaßt haben; ein brauchbarer Weg zu den Pflanzungen ist überaus nötig; leider ist tierische Zugkraft wegen der auf dem ganzen Wege verbreiteten Tsetse so ziemlich ausgeschlossen, und man wird den Weg wohl auf den Verkehr mit Lastautomobilen einrichten müssen. Das mag ja die Kosten auch bei rationeller Herstellung der Straße etwas hoch stellen; gerade solche Wege werden aber die wirtschaftliche Entwicklung viel mehr fördern, als das utopische Straßennetz, das in der Denkschrift vom Jahre 1905 in die Karte eingezeichnet ist und das in der Theorie so gut wie das ganze Schutzgebiet erschließen soll.

♦

♦

♦

Die Frage der tierärztlichen Versorgung des Schutzgebiets wurde eben gestreift; bis vor kurzem waren die Verhältnisse in dieser Beziehung geradezu jämmerlich. Die Ärzte der Schutztruppe nahmen sich zwar wohl der Tierseuchen auch an; bei allem guten Willen fehlte es aber doch an der nötigen Vorbildung, und die erzielten Resultate waren denn auch sehr bescheiden. In den letzten Jahren wurden dann einige Tierärzte angestellt und im laufenden Etat sind wir glücklich auf fünf gekommen. Noch vor einem Jahre saß einer der neu angestellten Tierärzte auf einer Insel gegenüber von Tanga, auf der es überhaupt kein Vieh gab, weil man angeblich keine Mittel hatte, um ihn Bereisungen ausführen zu lassen. Vor etwa zwei Jahren ereignete es sich, daß ein Deutscher aus Natal, der sich in Westusambara niedergelassen hatte — er hat inzwischen die Kolonie wieder verlassen —

Samassa, Befriedlung.

17

Zuchtvieh aus Südafrika kommen ließ; da traf der telegraphische Befehl aus Daresalam ein, das Vieh müßte in Tanga in Quarantäne gestellt werden; da es an allen Einrichtungen dafür fehlte, ging denn auch der größte Teil des Viehs glücklich ein. Später führte man die Ordre des Gouvernements auf ein Mißverständnis zurück, was tote Bullen auch nicht wieder lebendig machen konnte. Wenn, wie ich annehme, europäische Viehzucht in der Kolonie eine große Zukunft hat, dann ist eine ausreichende tierärztliche Versorgung eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen. Dann wird aber nicht nur die Zahl der über das Schutzgebiet verteilten Tierärzte von Wichtigkeit sein, sondern auch eine großzügige Leitung des Veterinärwesens von der Zentrale aus, die über die nötigen Mittel für die Durchführung seuchenpolizeilicher Maßnahmen, aber auch für wissenschaftliche Versuche, verfügt. Zurzeit liegt die Leitung des Veterinärwesens in den Händen des Medizinalreferenten; nur als Korreferent ist ihm ein Tierarzt beigegeben, der in den Reichshandbüchern der letzten Jahre bald vor, bald hinter dem Apotheker aufgeführt ist. Nach meiner Überzeugung ist der tierärztliche Referent, der eine vom Medizinaldepartment unabhängige Stellung erhalten müßte, neben dem Gouverneur und dem Medizinalreferenten der wichtigste Beamte in der Kolonie — eine Vorstellung, die den juristisch gebildeten Bürokraten wohl erschauern lassen kann. Aber auch hier lehren Beispiele. Der Mann, dem wir in bezug auf die Bekämpfung der Tierseuchen in Afrika am meisten verdanken, ist der Chef-Veterinär von Transvaal, Dr. Theiler, der in ganz hervorragender Weise das Genie des Forschers mit dem scharfen Blick des Praktikers vereinigt. Weder die Buren noch die Engländer haben

sich daran gestoßen, daß er Deutschschweizer ist, und er hatte unter der Regierung der Transvaalrepublik, die ihn anstellte, den gleichen Einfluß, wie unter der absoluten Herrschaft der Engländer zu Lord Milners Zeiten. Sein Gehalt dürfte dem eines Ministers nicht nachstehen, und für sein vorbildliches Institut und seine Experimente verfügt er über die reichlichsten Mittel. Man stelle sich nun einmal vor, daß wir einen Mann von solchen Fähigkeiten für eine unsrer Kolonien gewinnen wollten. Was würden wir ihm wohl bieten? Wahrscheinlich 8000 M. Gehalt, die amtliche Stellung als „weiße Hilfskraft“, die nach zwei Jahren wieder abgeschoben werden kann, und die soziale Stellung als — „Vieh doktor“. Er wird sich schön bedanken.

✧

✧

✧

Die jeder Bürokratie als Naturübel anhaftenden Mängel und Unzulänglichkeiten müssen ihre Korrektur in den von der Bevölkerung gewählten Vertretungskörpern und in der Selbstverwaltung finden; wie denn auch bei uns zu Hause der Hauptwert parlamentarischer Einrichtungen nicht in der ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Machtstellung liegt, sondern in der Möglichkeit öffentlicher Kritik, die an sich schon manchen Übergriffen gegenüber vorbeugend wirkt. Daß eine Selbstverwaltung in Neuland, wie es die Kolonie ist, mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen hat, braucht kaum hervorgehoben zu werden; aber es ist kein Argument dagegen, höchstens ein Ansporn, diese Schwierigkeiten zu überwinden. In dem Maße, als das Schutzgebiet sich wirtschaftlich entwickelt, die Zahl weißer Unternehmer sich dort vermehrt, ihr Bildungsstand und ihre

17*

soziale Stellung sich heben, vermindern sich auch diese Schwierigkeiten. Man muß darauf vertrauen, daß durch die Not gezwungen mancher reiten kann, wenn er nur erst einmal in den Sattel gesetzt ist. Statt nun einer weiteren Ausdehnung der Selbstverwaltung die Wege zu ebnen, ist das Kolonialamt gegenwärtig vielmehr darauf bedacht, die bescheidenen Ansätze dazu, die bereits bestehen, wieder von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Einen bedenklichen Schritt in dieser Richtung bedeutet die Aufhebung der sogenannten Kommunalverbände. Bei der Einführung der Hüttensteuer wurde die Bestimmung getroffen, daß in den unter Zivilverwaltung stehenden Bezirken, in denen ein Bezirksrat dem Bezirksamtmann zur Seite steht, die Hälfte der aufgebrachten Hüttensteuer zur Deckung lokaler Bedürfnisse innerhalb des Bezirks verwendet werden soll. Zum Teil mag der Wunsch, einen Teil des Budgets der Kolonie der schwerfälligen Verrechnung und Kontrolle des Potsdamer Rechnungshofes zu entziehen, hier mitbestimmend gewesen sein; aber andererseits lag auch der gesunde Gedanke darin, den Bezirksamtmännern die Freude des Schaffens in ihrem Bezirk zu erhöhen und Zentren intensiverer Verwaltungstätigkeit zu schaffen. Daß ein Bezirk, der viel Hüttensteuer aufbringt, auch mehr Bedürfnisse hat, liegt doch auf der Hand; der für die Aufhebung der Kommunalverbände angeführte Grund, daß die Einnahmen zu ungleich verteilt seien und manche Bezirke Not leiden, während andre im Überflusse schwelgten, ist um so weniger stichhaltig, als es doch dem Gouvernement unbenommen bleibt, aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln ärmere Bezirke entsprechend ihren Bedürfnissen zu versorgen. Es mag sein, daß die Verwendung der den Kommunen

zufließenden Einnahmen nicht immer die zweckmäßigste war, besonders da, wo es sich um wirtschaftliche Unternehmungen handelte. Das Gouvernement in Daressalam wäre freilich zuletzt berechtigt, hier einen Stein aufzuheben. Zum Teil lagen diese Mängel übrigens an dem häufigen Wechsel der Bezirksamtsträger und dem Fehlen einer genügenden Zahl geeigneter Persönlichkeiten für die Bezirksräte. Zuerst hat man nun den Kommunen auch die Kosten für die Landespolizei aufgepackt, und nun soll auch noch der Rest ihrer Einnahmen vom Landesfiskus eingezogen werden. Als scheinbare Gegenleistung bleiben die Bezirksräte bestehen, und es wird ihnen zur Deckung lokaler Bedürfnisse eine Summe zugewiesen, die die bisherigen Einnahmen übersteigt, wofür natürlich auch größere Aufgaben zu erfüllen sind. Scheinbar bekommt der Bezirksrat also eine größere Machtfülle, aber es steht jederzeit im Belieben des Gouverneurs, die den Bezirken zugewiesenen Summen zu beschneiden. Vor allem wird aber dem Wunsche, die nichtbeamteten Bezirksratsmitglieder durch die weißen Bewohner des Bezirks wählen zu lassen, keine Rechnung getragen. Ja, falls die in einem früheren Abschnitt erwähnte Bestimmung über die Ernennung farbiger Bezirksratsmitglieder zur Tat werden sollte, werden die Weißen daraus überhaupt verschreckt und die Bezirksräte sinken zu einer Farce herab, wenn sie dann nicht gar ganz aufgehoben werden.

Bezüglich des Gouvernementsrats ist seitens seiner nichtbeamteten Mitglieder im Juli 1908 der Wunsch ausgesprochen worden, ein neues Statut für diese Körperschaft auszuarbeiten, nach dem die nichtbeamteten Gouvernementsratsmitglieder vermehrt und gewählt werden sollten. Man kann auf das Schicksal, das dieser Wunsch im Kolonialamt findet, einigermaßen

gespannt sein. Es ist nicht verständlich, welche Bedenken entgegenstehen sollen, eine Körperschaft, die doch nur beratende Stimme hat, aus Wahlen hervorgehen zu lassen, die verbürgen, daß alle Erwerbskreise der weißen Bevölkerung der Kolonie darin vertreten sind. Auch die ausschweifendsten Forderungen können heute noch nicht so weit gehen, dieser Körperschaft ein Beschlußfassungsrecht über das ganze Budget der Kolonie zuzugestehen. Immerhin könnte dies aber für Teile davon wohl in Anspruch genommen werden, selbst wenn man sich auf den – wie wiederholt hervorgehoben wurde, für die Verhältnisse der Kolonie nicht zutreffenden – Standpunkt stellt, daß die Steuerleistung einen Maßstab für das Mitbestimmungsrecht in der Kolonie abgeben soll; denn es ist ein recht erheblicher Teil der Zölle, der von der weißen Bevölkerung aufgebracht wird, wozu neuerdings die Gewerbesteuer mit ihren den Weißen gegenüber nicht immer sehr billigen Bestimmungen hinzutritt. Aber möge es auch vorläufig nur eine Körperschaft mit beratender Stimme bleiben, so könnte sie vor allem dann einen großen Wert haben, wenn ihre Verhandlungen öffentlich sind und eingehende Berichte darüber der deutschen Presse und den Mitgliedern des Reichstags zugänglich gemacht werden. Der Zustand ist auf die Dauer unerträglich, daß deutsche Reichsangehörige in einer deutschen Kolonie keinerlei bürgerliche Rechte haben, weder zu Hause noch draußen.

Als Fortschritt der Selbstverwaltung wird seitens der Regierung vielleicht die Städteordnung hingestellt werden, die zunächst an den beiden Plätzen Tanga und Dar-es-Salaam ins Leben treten soll. Sieht man sich das Statut an, dessen Entwurf zunächst dem Gouvernementsrat vorgelegt wurde, so

erkennt man leicht, daß es sich hier nur um die Karikatur einer Selbstverwaltung handelt. Dem Bezirksamtmann, der an ihrer Spitze steht, soll ein Stadtrat von vier Mitgliedern beigegeben werden, von denen drei von der Bevölkerung gewählt sind, während eines vom Gouverneur ernannt wird. Wieweit diese Stadtverwaltungen überhaupt mit Mitteln zur Erfüllung ihrer Aufgaben ausgestattet werden, hängt ganz von der Gnade des Gouverneurs ab. Dieser hat sich außerdem eine Handhabe zur Beseitigung jedes Beschlusses des Stadtrats, der ihm nicht zusagt, dadurch beschafft, daß ein farbiger Beirat von der Regierung ernannt werden soll, dem alle Vorlagen des Stadtrats zur Begutachtung zu überweisen sind. Erhebt er gegen eine Protest, so steht dem Gouverneur die Entscheidung zu. Es wird gerade keiner besonderen Kunst seitens des Bezirksamtmanns bedürfen, sich diesen Protest jederzeit bei Bedarf zu beschaffen.

✧

✧

✧

Ein Gebiet, auf dem der Bürokratismus in der Kolonie besonders niedliche Blüten treibt, ist das Zollwesen. Ich glaube nicht, daß in irgendeinem Staat oder einer Kolonie die Zolleinnahmen ganz allein unter fiskalischem Gesichtspunkt betrachtet und behandelt werden können. Fallen mitunter auch Gesichtspunkte, wie die des Schutzes heimischer Arbeit weg, was zunächst ja auch für Deutsch-Ostafrika zutreffen dürfte, so sucht man doch im Zollwesen dem Gedanken einer einigermaßen gerechten Besteuerung Rechnung zu tragen, oder man bemüht sich, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern, indem man die Zollsätze bei für produktive Anlagen

eingeführtem Material herabsetzt oder beseitigt. An gutem Willen dazu hat es bei uns auch nicht gefehlt, aber die besten Absichten prallen an der dicken Mauer buchstäblicher und zum Teil sogar widersinniger Auslegung gedruckter Vorschriften ab. Hier liegt die Schuld nicht an den einzelnen Beamten, die ja wohl ihre Erfahrungen darüber gemacht haben werden, wie Auslegungen nach dem Geiste der Verordnungen von ihren Vorgesetzten aufgenommen werden. Daraus entwickelt sich dann eine engherzige, schikanöse Behandlung der weißen Interessenten. Von jemand, der die Verhältnisse an der ostafrikanischen Küste gut kennt, wurde mir gesagt: „Die englischen Zollbehörden in Zanzibar behandeln den Angestellten eines großen deutschen Handelshauses als Gentleman, solange er nicht den Beweis des Gegenteils erbracht hat, die deutschen als Schmuggler.“ Von einem Teilnehmer einer offiziellen deutschen Reisegeellschaft, die durch Britisch-Ostafrika nach dem deutschen Gebiet am Viktoriasee reiste, wurde mir erzählt, daß man deren Gepäck gar nicht visitiert habe; angeblich soll der König von England selbst Auftrag gegeben haben, die Herren mit möglichster Zuvorkommenheit bei der Zollabfertigung zu behandeln. Der deutsche Kaiser, setzte er hinzu, würde dies im gleichen Falle gar nicht versuchen, weil er doch wüßte, daß es aussichtslos sei — ein Scherz eines Kenners, der die Sachlage recht gut kennzeichnet.

Wenn ich hier einige der krausesten Zollkuriosa wiedergebe, so erscheinen sie ja mehr in humoristischem Licht, aber dem, der sich ständig in seinen Interessen durch diese zollamtliche Praxis bedroht sieht, kann das Lachen wohl vergehen. In der Absicht, die Verkehrsverhältnisse in dem Lande, das so sehr unter Verkehrsschwierigkeiten zu leiden hat, nach Mög-

lichkeit zu verbessern, ist z. B. verfügt worden, daß Verkehrsmittel jeder Art keinen Zoll zu bezahlen haben. Jemand läßt sich einen Wagen kommen. Der Wagen zahlt keinen Zoll, wohl aber muß er für die Laternen am Wagen bezahlt werden, weil diese ja auch anderweitig verwendet werden können, desgleichen für das Pferdegeschirr, weil dieses ja kein „Verkehrsmittel“ sei. — Ein köstliches Seitenstück fand diese Behandlung des Pferdegeschirrs schon vor einigen Jahren, wo eine Gesellschaft einen Versuch machte, Kamele in die Kolonie einzuführen, die dem Frachtverkehr von einer Plantage zur Küste dienen sollten. In Aden hatte man nun vergessen, die Sättel gleich mit den Kamelen mitzuschicken und sie kamen mit einem späteren Schiff. Es wurde Zoll für sie erhoben, und als die Gesellschaft sich dabei nicht beruhigen wollte, erging von Daresalam aus das salomonische Urteil, daß der Zoll zu Recht erhoben sei, denn es sei „hierorts nicht bekannt, daß das Kamel ein Verkehrsmittel sei“. Armes Schiff der Wüste! — Um den Interessen der Pflanzer entgegenzukommen, sind Maschinen und Maschinenteile zollfrei. Nun werden bei der Aufbereitung des Sisals Bürstmaschinen verwendet, bei denen die auf einer rotierenden Trommel angebrachten Bürsten besonders starkem Verschleiß unterliegen und daher beständig ergänzt werden müssen. Diese Bürsten müssen nun verzollt werden, weil es ja nicht ausgeschlossen erscheint, daß die 100 Stück, die eine Pflanzung bezieht, dem Plantagenleiter zum Machen seines Scheitels dienen. — Ein Handwerker will sich in einer Hafenstadt der Kolonie niederlassen. Als vorsichtiger Mann kommt er zunächst nur mit dem notwendigsten Handwerkszeug und Hausrat an, um sich erst zu überzeugen, ob er hier sein Auskommen finden kann. Nach einigen Mo-

naten hat er diese Überzeugung gewonnen und er läßt sich nun den Rest seines Handwerkszeugs und seiner Einrichtung nachkommen, wofür er als Umzugsgut Zollfreiheit beansprucht. Da er sich aber nach der Anschauung der Zollbehörde bereits vor ein paar Monaten „niedergelassen“ hat, so wird sein Anspruch abgewiesen. — In Tanga sind die ganzen Zollanlagen völlig ungenügend, weil die Fürsorge des Gouvernements mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Platzes in keiner Weise Schritt gehalten hat; die vorhandenen Schuppen sind so unzureichend, daß die Waren im Freien lagern müssen und dort dem Verderben ausgesetzt sind. Unter diesen Umständen sind natürlich auch die Sicherheitsverhältnisse sehr mangelhaft. Nun wird eine Kiste mit Branntwein, die für ein Handelshaus in Tanga bestimmt ist, gestohlen. Weit entfernt davon, eine Ersatzpflicht für den Verlust anzuerkennen, fordert die Zollbehörde von der betreffenden Firma auch noch die Bezahlung des Zolls für die Ware, da diese ja „in den Verbrauch des Zollgebiets übergegangen“ sei.

Ein interessantes Kapitel der kolonialen Zollpolitik bildet die Behandlung des Alkohols. Daß man den Alkohol in seinen verschiedenen Formen wohl in allen Staaten der Welt der Besteuerung unterwirft, hängt doch damit zusammen, daß man ihn für ein Genußmittel hält, das der Mensch zum Leben nicht unbedingt nötig hat; und dieser Auffassung entsprechend pflegt man alkoholische Getränke nach ihrem Gehalt an absolutem Alkohol der Besteuerung oder Verzollung zu unterwerfen. Nun kann man aber doch, insbesondre in Afrika, von der hygienischen Seite der Alkoholfrage nicht ganz absehen, wenn hierbei auch der Weiße nicht in der Weise der Bevormundung bedarf wie der Eingeborene. Man

braucht kein Fanatiker der Abstinenz zu sein, um zu der Überzeugung zu gelangen, daß in der Kolonie von den Weißen durchschnittlich dem Alkohol mehr zugesprochen wird, als ihrer Gesundheit dienlich sein mag; man wird aber andererseits auch nicht verkennen können, daß hier manche Verführung zum Alkoholmißbrauch vorliegt, die mit der Eigenart des Klimas und der Lebensverhältnisse zusammenhängt. Die Fleischnahrung, die nicht aus Neigung, sondern aus Mangel an Gemüse in der Ebene mehr in den Vordergrund tritt, als vom hygienischen Standpunkt wünschenswert wäre, reizt den Durst, die Hitze trägt natürlich auch dazu bei, und es ist nicht jedermanns Sache, die Neigung zur Flüssigkeitsaufnahme mit Aufbietung aller Willensstärke zu bekämpfen. Mit dem Predigen der Abstinenz ist hier wenig getan, man muß vor allem darauf hinwirken, daß Getränke mit möglichst geringem Alkoholgehalt die schweren Getränke allmählich ersetzen. Von diesem Gesichtspunkt aus hatte der „Wirtschaftliche Verband der Nordbezirke“ die Forderung aufgestellt, man möge den Zoll auf leichten Rotwein ermäßigen, womit er aber vollkommen abfiel, als hätte er die kräftigste Beförderung der Trunksucht durch die Behörden gefordert. In der Tat war das Gegenteil der Fall. Heute wird jedes Getränk, das irgendwie auf den Titel Wein Anspruch machen kann, mag es nun Apfelwein oder schwerster Sherry sein, mit 35 H., also etwa 50 Pf. für die Flasche verzollt. Ja ich selbst habe es erfahren, daß ein alkoholfreier Wein, den ich mit mir führte, auf Grund der nicht zu bestreitenden Tatsache, daß er aus Trauben hergestellt war, mit dem gleichen Zoll belegt wurde. Was ist die Folge davon? Das „Nationalgetränk“ der Deutsch-Ostafrikaner, wenn ich so sagen darf, bleibt der Whisky-Soda,

weil er eben bei der herrschenden Zollpolitik das billigste Getränk ist, und die Kolonisten machen aus der Not eine Tugend, indem sie ihn auch zum „gesündesten Getränk“ für die Tropen stempeln, wogegen doch wohl manches zu sagen wäre. Das Geld geht nach England und der Winzer bei uns darf über den schlechten Absatz gerade des billigen, leichten Weines klagen, der auch bei erheblichen Säuregraden in der Kolonie recht bekömmlich wäre; aber infolge der Zollpolitik muß er dem Whisky weichen.

✧

✧

✧

Sieht man im Zollwesen der Kolonie engherzigsten Fiskalismus am Werke, so findet man auch bei den berufenen Faktoren zu Hause, den Reichstag mit eingeschlossen, keine weitblickende Behandlung der Zoll- und Wirtschaftspolitik unsrer Kolonien. Bei der Begründung der Notwendigkeit von Kolonien wird mit Vorliebe das Argument gebraucht, daß sie eine Ergänzung des heimischen Wirtschaftsgebiets sein und das erzeugen sollen, was bei uns infolge der klimatischen Bedingungen nicht gedeiht; zur Förderung dieser Ergänzung hat man von vornherein Zollschranken zwischen den Kolonien und dem Mutterlande errichtet. Nun mag man ja sagen, daß die Kolonien in erster Linie Rohstoffe erzeugen, auf denen sowieso kein Zoll liegt, und daß zurzeit ein Bedürfnis zu einer Zollgemeinschaft nicht vorhanden ist. Schon dies trifft nicht ganz zu; dem ostafrikanischen Kaffee würde z. B. Zollfreiheit oder ein Zollnachlaß sehr zugute kommen. Gewiß hat zwar der Kaffeezoll den Charakter einer Verbrauchsabgabe auf ein Genußmittel, und nicht den eines Schutzzolls. Man kann

ihn aber dazu auch verwenden, und es ist nicht einzusehen, warum der Pflanzer in der Kolonie weniger auf Schutz Anspruch haben sollte, als der Landwirt in der Heimat. Zudem hätte ein geringer Nachlaß auf den Zoll, der sich finanziell gar nicht bemerkbar machen würde, schon den großen Vorteil, daß der Kaffee als deutscher Kolonialkaffee charakterisiert wäre und dadurch in der Heimat einen besseren Markt fände. Heute zersplittert sich das an sich geringe Quantum, das die Kolonie erzeugt; ein Teil davon wird nach Holland verkauft; auf dem Weltmarkt begegnet er überdies verschiedenen Erschwerungen. So wären z. B. für den Kaffee in Marseille recht gute Preise zu erzielen, aber die deutsche Kolonie ist in Frankreich nicht meistbegünstigt, und so unterliegt unser Kaffee dort dem Maximalzoll, den er natürlich nicht tragen kann.

Bei dieser Frage handelt es sich im übrigen weit weniger um die Gegenwart als um die Zukunft; was heute leicht zu machen wäre, begegnet später vielleicht außerordentlichen Schwierigkeiten; das sieht man doch bei England und seinen Bemühungen um den grö ß erbritischen Zollbund. Wenn man nun mit zünftigen Politikern über die Sache spricht, so begegnet man gewöhnlich dem Einwande, daß ein zollpolitischer Zusammenschluß des Deutschen Reichs mit seinen Kolonien Wasser auf die Mühle der Schutzöllner in England leite und man davon bei uns nicht einmal laut reden dürfe. Man kann dies zu manchen andern naiven Anschauungen über englische Politik legen, die bei uns gangbar sind; wer die selbstbewußte Art des Engländer in politischen Dingen kennt, dem der Gedanke wirklich meilenfern liegt, daß er von uns etwas lernen könnte, weiß auch, daß England dann zum Schutz Zoll

übergehen wird, wenn die Mehrheit der Nation sich gegenüber dem jetzigen Zustande einen Vorteil davon verspricht, und daß ihm dann gute oder böse Beispiele, die wir ihm geben, herzlich gleichgültig sein werden. Da nun in England die Idee des gröÙerbritischen Zollvereins in der letzten Zeit starke Fortschritte gemacht hat und das nächste konservative Ministerium zweifellos auf dieses Programm hin ans Ruder kommen wird, so werden wir ja von dieser Sorge früher befreit sein, als uns lieb ist. Dann wird der Widerspruch aus diesem Grunde wohl wegfallen, und das englische Beispiel kann umgekehrt auf uns ermunternd wirken. Dann aber wird ein anderer Widerstand zu erheblicher Stärke angewachsen sein, an den noch vor zehn Jahren kaum jemand gedacht hätte: der der agrarischen Kreise. Denn die Ausführprodukte der Kolonien, um die es sich zunächst handeln wird, werden Erzeugnisse der Viehzucht und Landwirtschaft sein. Die maßgebenden Körperschaften der deutschen Landwirtschaft suchen ja neuerdings auch ihr Interesse für die Kolonien zu zeigen; und als vor einiger Zeit eine dieser Körperschaften auch ein koloniales Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte, glaubte der Vorsitzende zur Beruhigung bemerken zu müssen, daß ein Wettbewerb mit der heimischen Landwirtschaft hier ja nicht in Frage käme; es handelte sich damals um Deutschsüdwest. Das ist Vogel-Strauß-Politik. Denn es heißt doch, unsern Nachbarn in Südafrika ein unverdientes Maß von Unfähigkeit zumuten, wenn man annimmt, daß wir dort für alle Zukunft einen Markt für unser Vieh finden werden. Das konnte der Fall sein, als der Burenkrieg einen großen Teil des Viehbestands des englischen Südafrika vernichtete und im Gefolge davon Seuchen den Rest der Herden dezimierten. Heute ist

Südafrika gegen Seuchen oder mindestens gegen ihr so verheerendes Wüten, wie in früheren Zeiten, durch mustergültige Vorkehrungen ausreichend geschützt, und es ist gar nicht zweifelhaft, daß es in absehbarer Zeit nicht nur seinen eigenen Fleischbedarf ausreichend befriedigt, was bereits jetzt so ziemlich der Fall ist, sondern auch in die Reihe der Vieh oder Fleisch exportierenden Länder eintritt; dann wird es wegen des kürzeren Transports auf dem englischen Markt mit Australien und Neuzeeland unter sehr günstigen Bedingungen in Wettbewerb treten. Zunächst sind wir ja in unsrer Kolonie noch Käufer bei unsern Nachbarn; das wird solange der Fall sein, bis das Land ausreichend mit Vieh bestockt ist; dieser Zustand mag nach der mehr oder minder günstigen Entwicklung des Landes in zehn oder fünfzehn Jahren erreicht sein; ist dann der englische Markt durch Zölle für uns verschlossen, dann werden die südwestafrikanischen Farmer sehr vernehmlich an die Türe des Mutterlandes pochen. Denn dann werden auch Fleischprodukte, wie z. B. Fleischextrakt, nicht mehr den freien Markt finden wie heute.

An Deutsch-Ostafrika als Viehzuchtland denkt heute kaum jemand; ich glaube aber, daß es als solches genau ebenso noch eine große Zukunft hat wie Britisch-Ostafrika. Ob es früher oder später in das Stadium kommt, das ich eben für Südwest gekennzeichnet habe, mag dahingestellt sein; in mancher Beziehung ist es der englischen Nachbarkolonie gegenüber im Vorteil, z. B. in bezug auf den vorhandenen Vorrat an Eingeborenenvieh, das den Ausgangspunkt für rationelle Viehwirtschaft bilden muß, bezüglich der Seuchengefahr ist es wiederum übler daran. Auch hier kann das Endziel der Entwicklung nur die Schaffung von Exportprodukten sein und

da wird man auf dieselben Schwierigkeiten stoßen wie in Deutschsüdwest. Wahrscheinlich wird die zweckmäßigste Verwertung doch die Versendung gefrorenen Fleisches sein, und wir müßten dafür sorgen, daß dieses mindestens mit einem erheblichen Zollnachlaß in das deutsche Zollgebiet eingeführt werden kann. Die der deutschen Landwirtschaft hieraus erwachsenden Gefahren sind nicht so groß, als sie im ersten Augenblick erscheinen mögen. Zunächst bleibt ja die Menge des in dieser Form aus unsern eigenen Kolonien eingeführten Fleisches immer begrenzt; dann weiß jeder, der sich notgedrungen einmal mit gefrorenem Fleisch genährt hat, daß es im Geschmack hinter dem frischen Fleisch so sehr zurücksteht — wobei es ja im übrigen eine durchaus unbedenkliche und bekömmliche Nahrung ist —, daß sich nur die Bevölkerungskreise davon nähren werden, die den Preis frischen Fleisches nicht oder nur schwer erschwingen können. Vermutlich wird also die Einfuhr gefrorenen Fleisches eine Ausdehnung des Fleischkonsums in den großen Städten zur Folge haben — kleinere Orte werden hierfür sowieso nicht in Frage kommen, weil sich dort die Anlage von Gefrierlagerräumen nicht lohnen wird —, ohne den Preis des frischen Fleisches nennenswert zu beeinflussen. Und wenn wir doch nicht unsern ganzen Fleischbedarf im Inlande decken können, so sollten wir das, was wir noch zukaufen müssen, doch lieber aus unsern Kolonien als vom Ausland beziehen.

Verhältnismäßig einfacher liegen die Dinge bei den als Futterstoffe verwertbaren Erzeugnissen kolonialer Landwirtschaft, da unsere Landwirtschaft ihrer sowieso in so großem Umfange bedarf, daß sie in großen Mengen eingeführt werden; hier wäre es nur ein Gebot der Billigkeit, daß z. B. beim

Mais der Vorsprung, den Amerika infolge seiner günstigeren Frachtverhältnisse genießt, durch Zollfreiheit für Mais aus unsern Kolonien ausgeglichen würde. Läge eine solche Maßregel auch durchaus im Interesse der Landwirtschaft, so wird sich gegen andre Erzeugnisse wohl Widerspruch geltend machen, z. B. gegen ein in dauerhafte Form gebrachtes Maniokprodukt, das außer zu Futterzwecken auch für Stärke- und Spiritusfabrikation verwendet werden kann; in Frankreich wird Maniok zu letzterem Zweck bereits eingeführt, und es hat sich dagegen auch schon ein starker Widerspruch landwirtschaftlicher Kreise erhoben, der allerdings nicht recht verständlich erscheint, da ein großer, wenn nicht der größte Teil des Spiritus in Frankreich aus importiertem Mais gebrannt wird. Hier muß ein Ausgleich der widerstreitenden Interessen gefunden werden; aber es ist klar, daß sich mit jedem Jahr die Schwierigkeiten steigern; was in den ersten Anfängen unsrer Kolonialpolitik spielend erreicht werden konnte, wird desto härtere Kämpfe kosten, je weiter wir es hinauschieben.

Herumdrücken werden wir uns um die Frage nicht können; denn so sehr sie an sich wirtschaftlicher Natur ist, so hat sie doch auch in hohem Grade ihre politische Seite. Man kann nicht von der ganzen Bevölkerung eines Landes den Idealismus fordern, daß sie über das: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe“, völlig hinwegsieht. Die Folgerungen für Deutsch-südwest sind leicht zu ziehen; von seinen Nachbarkolonien, England und Deutschland in gleicher Weise ausgesperrt, muß daraus eine Neigung zum Anschluß an die britischen Nachbarkolonien entstehen, die desto mehr Nahrung erhält, je unabhängiger die Stellung dieser Kolonien von England wird. In Ostafrika besteht diese Gefahr ja nicht in gleichem Maße;

Samaffa, Befriedlung.

18

aber welche Stimmung hier unter den Ansiedlern, die ihr Geld und ihre Arbeitskraft in die Kolonie gesteckt haben, entstehen mag, wenn sie sehen, wie die englische Nachbar-kolonie blüht und gedeiht, weil die Farmer dort für ihre Produkte ihren sichern Markt in England finden, während sie selbst damit völlig in der Luft hängen, und es für sie heißt: „Ausland“ ringsum, kann man sich wohl ausmalen. Darum hängt dieses Problem auch mit der Besiedlungsfrage engstens zusammen; gerade die Besiedlung ist doch etwas, was man nicht nur eines Vorteils von heute oder morgen wegen unternimmt; sie weist bis in ferne Zukunft. Darum muß damit Hand in Hand eine Wirtschaftspolitik gehen, die weitblickend genug ist, Fragen zu erkennen, die in Zukunft im Zusammenhange damit zu lösen sein werden; die Grundlagen für diese Lösung müssen aber schon heute gelegt werden.

♦

♦

♦

Unzweifelhaft würde sich die koloniale Bürokratie einer Politik, die die Heranziehung möglichst kapitalkräftiger weißer Ansiedler zum Ziele hat, ganz gut anpassen. Der Wille dazu müßte freilich deutlich genug vom Reichstag und Kolonialamt zum Ausdruck gebracht werden. Denn gewisse stille Widerstände, manches, was ebenso menschlich wie verständlich ist, müssen hier überwunden werden. Es handelt sich um den Übergang der Kolonie in ein neues Stadium der Verwaltung, und nicht nur das natürliche Moment der Trägheit drängt auf Beibehaltung des alten Zustandes, es gibt auch psychologische Faktoren, die ihn den Beamten lieb machen können. Das militärische Stadium in der Verwaltung der Kolonie ist

heute überwunden. Wir schätzen die Schutztruppe als eine Gewähr für die Aufrechterhaltung unsrer Herrschaft; aber wir müssen natürlich wünschen, daß ihr Vorhandensein allein diesen Zweck erreiche und der Kriegszustand in gleichem Maße seltene Ausnahme werde, wie es im ersten Dezennium unsrer Herrschaft beinahe der Friede in der ganzen Kolonie war. Das mag für manchen jungen, tatendurstigen Offizier, der sich aus dem Einerlei heimischen Garnisonsdienstes in die Schutztruppe flüchtet in der Hoffnung, seinen Drang nach Taten und Abenteuern dort zu befriedigen, eine herbe Enttäuschung sein; aber das heroische Zeitalter unsrer Kolonialgeschichte ist nun einmal vorüber. Neben rühmlichen Kriegstaten ist gewiß von manchen Offizieren auch in der Verwaltung des Schutzgebiets Hervorragendes geleistet worden. Aber es liegt nahe, daß dem Offizier der Gedanke der Ordnung und des Gehorsams vor allem in Fleisch und Blut übergeht und die Förderung der wirtschaftlichen Zwecke weißer Ansiedler seinem ganzen Gedankenkreise ferner liegt; er wird leichter der Gefahr ausgesetzt sein, im Verkehr mit weißen Ansiedlern den richtigen Ton nicht zu treffen, und wohl nirgends ist man empfindlicher gegen militärische Allüren und eifersüchtiger in der Betonung der eigenen Unabhängigkeit als im kolonialen Neuland. Gegen die Übernahme alter Schutztruppenoffiziere in die Zivilverwaltung wäre indes nichts einzuwenden, solange man sie in Bezirken verwenden kann, in denen die Interessen Weißer noch keinen erheblichen Umfang haben. Es ist bedauerlich, daß man bei der vor einiger Zeit erfolgten Ausdehnung der Zivilverwaltung den älteren Offizieren so ungünstige Bedingungen stellte, daß kein einziger zur Zivilverwaltung übertreten wollte. Man wird auch verstehen, daß

es manchen Offizieren und wahrscheinlich gerade den befähigsten, hart ankommt, daß sie nun immer mehr auf den in Afrika mehr Muße als zu Hause lassenden Kommißdienst zurückgedrängt sind und ihnen die viel Anregung bietende Verwaltungstätigkeit immer mehr entzogen wird. Aber daran läßt sich nichts ändern. Die wirtschaftlichen Interessen erfordern ebenso den Übergang von der Militär- zur Zivilverwaltung, wie letztere der Selbstverwaltung immer mehr Raum gewähren muß.

Mit der steigenden Besiedlung des Landes durch Weiße häuft sich nicht nur die Arbeit für die Verwaltung, sie wird an sich schwieriger; der Weiße will individuell genommen werden, den Neger kann man als Herde behandeln und regieren. Insofern liegt gewiß viel Wahres in dem oft zitierten Ausspruch eines früheren Gouverneurs, daß ein Weißer der Verwaltung mehr Arbeit mache, als 10 000 Schwarze; „und ein reicher Lord mehr als 100 gewöhnliche Weiße“, würde der gegenwärtige Gouverneur von Britisch-Ostafrika wohl seufzend hinzufügen. Auch das mag zugestanden sein. Aber was bedeutet diese Unbequemlichkeit demgegenüber, was ein reicher Lord für die wirtschaftliche Erschließung des Landes tut. Man wird aber auch ein psychologisches Moment in Rechnung setzen müssen, wenn sich in den Kreisen der Verwaltung gerade gegen eine Besiedlung mit wohlhabenden Leuten der höheren Gesellschaftsklassen, wie ich sie in diesem Buche als besonders wünschenswert hingestellt habe, ein stiller Widerstand geltend macht. Der kleine mittellose Ansiedler mag ja auch der Verwaltung mancherlei Schererei bereiten; immerhin ist er in vielen Beziehungen vom Bezirksamt abhängig und nicht allzuschwer gefügig zu machen. Der Mann, der mit dem Be-

zirksamtmann sozial auf gleicher Stufe steht, mag leichter Anlaß finden, mit der Beamtenerschaft in Konflikt zu kommen; er stützt sich auf das, was er dem Lande zu geben bereit ist, auf seine Verbindungen zu Hause, usw. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in einem Bezirk, der eine größere Anzahl mittlerer und großer Pflanzler und Gutsbesitzer beherbergt, mögen sich ja an sich auch für den Beamten anziehender gestalten. Aber gerade die „alten Afrikaner“ werden sich vielleicht am schwersten hineinfinden, wenn sie dadurch die sozial unbestrittene Stellung des ersten und gewissermaßen einzigen Mannes im Bezirk einbüßen und in ihrer Lebensführung und ihrem Ansehen zwar gewiß immer der höchsten sozialen Schicht des Bezirkes angehören, aber schließlich doch beides mit so und so vielen teilen. Ein kleiner König steigt auf das Niveau eines preußischen Landrats herab. Die Stellung ist ja auch ganz nett und kann sich sehen lassen; aber wenn man Besseres gewöhnt war, muß man sich doch erst hineinfinden.

Auch dann bringen es ja die kolonialen Verhältnisse mit sich, daß dem Verwaltungsbeamten eine größere Machtfülle zukommt, als bei uns zu Hause. Gibt es ja auch gegen den willkürlichen Gebrauch dieser Macht mancherlei Korrektiv, so muß der Weiße doch auch das sichere Gefühl haben, daß es eine Instanz gibt, die vollkommen unabhängig, mit den Interessen der Verwaltung nicht verquickt ist, bei der er unter allen Umständen sein Recht findet; das sind die Gerichte. Bekanntlich bestehen für die Weißen drei Bezirksgerichte und als Berufungsinstanz ein Obergericht in der Kolonie. Die Frage der unbedingten Rechtsicherheit ist für den Weißen draußen noch viel wichtiger als zu Hause; der Buchstabe des Gesetzes kann

hier allein nicht immer entscheiden; die Stellung des Weißen gegenüber den Eingeborenen zeitigt eigenartige Verhältnisse, die sich der heimischen Schablone nicht einfügen. Der Weiße darf nicht Gefahr laufen, daß die Verwaltung zwar die körperliche Züchtigung des Eingeborenen durch seinen Dienstherrn stillschweigend duldet, ihm aber, falls er sich irgendwie mißliebig gemacht hat, aus der Übung dieses Gewohnheitsrechts einen Strick dreht und er sich dann wegen Körperverletzung „mit einem gefährlichen Werkzeug“ vor einem Gericht zu verantworten hat, das sich von wechselnden Ansichten über Eingeborenenpolitik bei der leitenden Behörde beeinflussen läßt. Nicht minder kann die Auslegung von Verordnungen oder Verträgen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ansiedler und der Verwaltung geben. Der Richter muß nicht nur unabhängig sein, auch der Ansiedler muß das Gefühl haben, daß er es seiner ganzen Stellung nach unter allen Umständen sein kann. Wie steht es aber heute damit? Gewöhnlich werden die Assessoren, die frisch aus der Heimat kommen, zuerst mit der Leitung von Bezirksgerichten betraut; es gilt als die „einfachste“ Beschäftigung; und wenn sie sich dann in der Kolonie einigermaßen eingelebt haben, so werden sie in die Verwaltung übernommen. Das Gehalt des Bezirksrichters steht zwar dem eines Bezirksamtmanns gleich, und man sollte meinen, daß es nicht allzuschwer sein müßte, jüngere Amtsrichter, die sich in der Heimat bereits bewährt haben, für diese Stellungen zu gewinnen; tatsächlich sind aber wichtige Bezirksgerichte, wie das in Tanga, fast dauernd von Assessoren besetzt, die nach einer oder zwei Dienstperioden in die Verwaltung übergehen. Die Richter sind meist mit Arbeit überhäuft, und die Stellung eines Bezirksamtmanns hat ja

gegenüber der des Richters manche Annehmlichkeiten; im Interesse der Rechtspflege sollte aber der Übergang in die Verwaltung vollkommen ausgeschlossen sein. Lassen sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen Richter nicht finden, die gewillt sind, in dieser Stellung dauernd in der Kolonie zu verbleiben, so muß eben das Gehalt der Richter erhöht, es müssen ihnen Dienstalterszulagen gewährt und sie müssen nötigenfalls in der Arbeit entlastet werden. Bei einigem guten Willen muß es möglich sein, Richter in der Kolonie zu bekommen, die als solche möglichst lange dort bleiben; dann müssen sie aber auch mit dem Schutz umgeben sein, der in der Heimat die Unabhängigkeit des Richters gewährleistet, sie müssen unverletzbar und nur im Wege des Disziplinarverfahrens absetzbar sein.

Eine besondere Ausgestaltung sollte ferner die Stellung des Oberrichters erfahren; ich denke dabei an die hervorragende Stellung, die in englischen Kolonien der „Chief-Justice“ einnimmt. Auch diese Stellung müßte möglichst lange von derselben Person verwaltet werden; die Gewährung von Dienstalterszulagen wird es erleichtern, eine geeignete Persönlichkeit dafür zu gewinnen und möglichst lange festzuhalten. Die Stellung kann aber nicht der eines Landgerichtspräsidenten zu Hause genau entsprechen; dem Oberrichter müßte die Überwachung gesetzlicher Vorschriften in der ganzen Kolonie obliegen, er müßte bei Beschwerden Weißer gegen Übergriffe der Verwaltung entscheiden, auch wenn die Sache nicht der Gegenstand eines Zivil- oder Strafprozesses sein kann; es sollten ihm ferner alle Funktionen übertragen werden, die der Rechtsicherheit der weißen Bewohner dienen, auch wenn sie nicht in den Kreis der Aufgaben fallen, die die Gerichts-

barkeit zu Hause zu erfüllen hat; auf einige derartige Fälle habe ich schon hingewiesen: die Ausweisung eines Reichsangehörigen aus dem Schutzgebiet, die Entziehung der Strafbefugnis gegenüber Eingeborenen, usw.; dazu könnte die Auslegung von Verordnungen, die Entscheidung von Zollstreitigkeiten, u. a. kommen.

Den Abschluß einer derartigen Neuordnung der Rechtspflege in der Kolonie müßte dann die Schaffung einer obersten Berufungsinstanz für alle Kolonien in der Heimat sein, wie dies ja von kolonialen Kreisen schon seit langem gefordert wird; aber diese Sache ist lange nicht so wichtig, wie die Reform der unteren Instanzen. Sie unterliegt sogar gewissen Bedenken, solange wir nicht über eine genügende Anzahl von Persönlichkeiten verfügen, die längere Zeit in den Kolonien als Richter tätig waren und die Stellen bei diesem Gericht besetzen können: denn, was dabei herauskommt, wenn Leute — sie mögen im übrigen noch so gute Juristen und ehrenwerte Charaktere sein — über koloniale Verhältnisse zu urteilen haben, denen die Kolonien aus eigener Erfahrung nicht bekannt sind, haben wir ja gelegentlich mancher Disziplinarprozesse zu beobachten Gelegenheit gehabt.

Um keinerlei Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich betonen, daß es sich hier nicht darum handelt, schreiende Mißstände zu beseitigen; mir ist kein Fall bekannt, in dem die mangelnde Unabhängigkeit der Richter in Deutsch-Ostafrika zu einer Rechtsverletzung geführt hätte; ich weiß auch, daß mindestens in zwei Prozessen gegen den Landesfiskus, in denen es sich um recht erhebliche Streitobjekte gehandelt hat, die Gerichte gegen den Fiskus entschieden haben. Das macht den Personen, die mit dem Richteramte betraut sind, gewiß alle

Ehre. Aber man soll niemanden in Versuchung führen. Wenn wir in Deutschland auch nicht die gesetzlichen Bestimmungen hätten, die die Unabhängigkeit der Richter gewährleisten, würde es immer noch genug unabhängige Richter geben. Aber abgesehen davon, daß diese Bestimmungen schwächeren Charakteren den nötigen Rückhalt geben, sollen sie auch dem Volk die Beruhigung schaffen, daß der Richter wirklich unabhängig ist. Diese Beruhigung ist jedenfalls in den Kreisen der weißen Bevölkerung der Kolonie nicht vorhanden, weil man mit Recht mehr auf das System sieht, als auf den Mann, der des Amtes waltet und den man meist kaum kennt, weil er zu kurze Zeit in seiner Stellung ist.

* *

Man darf von unsrer kolonialen Bürokratie nicht Unmögliches verlangen; es kann niemand über seinen eigenen Schatten springen. Man fordere nicht von ihr, daß sie neue Aufgaben suche, denn sie wird es immer in der Richtung des geringsten Widerstandes tun; die Aufgaben müssen ihr gewiesen werden und sie wird sich um ihre Erfüllung bemühen. Es geht bei uns zu Hause ebenso; nur in glücklichen Ausnahmefällen revolutionieren geniale Staatsmänner den Staat von oben; meist sind es Außenseiter, die dann den stärksten Widerstand in der Geheimratsmaschinerie finden, über die ja Bismarck manch treffendes Wort gesagt hat. Sonst kommen die Anregungen aus den Kreisen der Interessenten, oder ein einzelner findet eine besonders glückliche Lösung für eine Frage, die bereits eine Anzahl von Menschen beschäftigt. Es werden Anhänger für den Gedanken geworben, man sucht die Volks-

vertretung zu beeinflussen, und schließlich muß sich auch die Bürokratie in Bewegung setzen und der Sache näher treten.

Unfre junge Kolonialgeschichte beweist zur Genüge, was die Initiative einzelner Persönlichkeiten bedeutet; nicht minder aber, daß sie zum Erfolg einer gewissen Reife der öffentlichen Meinung als Rückhalt bedarf. Zuletzt griff dann die ordnende Tätigkeit der Bürokratie ein. Fürst Bismarck hat es seinerzeit mit der ersten Samoavorlage versucht, das deutsche Volk auf den Boden der Kolonialpolitik zu führen, aber er scheiterte, wie er selbst bekannte, weil kein nationaler Wille hinter ihm stand. Als dann, nur wenige Jahre später, die Epoche der kolonialen Erwerbungen des Reiches kam, da waren es nur wenige Männer, die Ziele und Wege klar erkannten, aber die Nation hatte sich inzwischen weiterentwickelt, und entschlossene Taten weckten bereits ihren noch schlummernden Willen. Nicht anders war es, als wir vor einem Jahre einen entscheidenden Schritt zur Erschließung unsrer Kolonien durch die beschlossenen Bahnbauten machten. Seit 15 Jahren hatte die Kolonialbewegung um dieses Ziel gekämpft; nun löste eine glückliche politische Wendung den Willen der Nation aus, der allmählich für den Gedanken gewonnen war, und die reife Frucht fiel der Bürokratie in den Schoß.

Der Wille der Nation ist kein Phantom und keine Phrase; er ist freilich auch nicht das Ergebnis eines einfachen Rechenexempels. Alle möglichen Rezepte werden in der Öffentlichkeit als alleinseligmachend unsrer Kolonialpolitik angepriesen; starke Parteien, hinter denen große Massen von Wählern stehen, suchen das Ziel der Kolonialpolitik in der Verwirklichung verschwommen sentimentaler Humanitätsideale. Aber von dieser Seite hat unfre Kolonialpolitik stets nur Hemmungen erfahren; hier

liegen nicht die sichern nationalen Instinkte; es sind die Besiegten von gestern und es werden auch wieder die Besiegten von morgen sein; wer sich auf sie stützen wollte, wettet aufs falsche Pferd. Die kolonial interessierten Kreise aber, die in der Vergangenheit, oft nach harten Kämpfen, unsrer Kolonialpolitik die Richtung gewiesen haben, fordern das Interesse des deutschen Volkes als oberste Richtlinie unsrer Kolonialpolitik, die Förderung des weißen Pioniers in den Kolonien, die Dienstbarmachung der unterworfenen Völker für unsre wirtschaftlichen Zwecke. Vielleicht hat diese Auffassung heute noch nicht eine Mehrheit im Reichstag hinter sich, die stark genug wäre, ihren Willen unter allen Umständen der Kolonialverwaltung aufzuzwingen, vielleicht überhaupt noch keine Mehrheit; aber sie wird sie bestimmt in Zukunft haben, und es fragt sich nur, ob wachsende Einsicht sie schafft oder ob es dazu schmerzlicher Erfahrungen bedürfen wird: man kann ja auch auf den richtigen Weg kommen, indem man alle Holzwege erst versucht hat. Mindestens wird dabei Zeit verloren. Sind wir aber einmal soweit, daß der nationale Wille in dieser Art im Reichstag zum Ausdruck kommt, dann ist auch unsre Kolonialpolitik den Experimenten wechselnder Gouverneure und Staatssekretäre entzogen und sie erlangt jene Stetigkeit, deren unsre Kolonien zu ihrem Gedeihen so sehr bedürfen.

Dann formt die koloniale Bürokratie von selbst nach den ihr hier gegebenen Richtlinien ihren Gedankenkreis; und dann ist in den Kolonien die Atmosphäre geschaffen, die Ansiedler von selbst anzieht. Wir brauchen keine Ansiedler, die des Gängelbands der Bürokratie bedürfen; aber sie müssen das Gefühl haben, daß sie in der Kolonie gern gesehen sind und daß sie auf Verständnis und Entgegenkommen bei den Wünschen

rechnen können, die sich auf ihr wirtschaftliches Gedeihen beziehen und im Rahmen der Verwaltungstätigkeit erfüllbar sind. Die Verwaltung soll die Besiedlung nicht schaffen, sie soll sie nur zweckmäßig ergänzen; der Ansiedler wird dann seine ganze Energie auf sein wirtschaftliches Fortkommen richten können und seine Kräfte nicht ganz oder teilweise im Kampfe mit den Schwierigkeiten verbrauchen, die ihm von der Verwaltung gemacht werden.

IX

Die Besiedlung Britisch-Ostafrikas

Die kolonifatorische Tat, die auf den Besucher unsrer britischen Nachbarkolonie den größten Eindruck macht, ist zweifellos die Eisenbahn von der Küste des indischen Ozeans zum großen Binnenmeere Zentral-Afrikas. Was auch in Zukunft an Bahnen im tropischen Afrika gebaut werden mag: in der Kühnheit des Entwurfs und der Energie der Ausführung wird es sich mit diesem Pionierwerk nicht vergleichen können, wenn auch die durchmessene Strecke — z. B. bei der Bahn zum Tanganyika, die voraussichtlich von uns einmal gebaut werden wird — erheblich länger sein sollte. Die Schwierigkeiten waren ungeheuer; die erste Hälfte der Bahn geht fast völlig durch wasserlose, unfruchtbare Steppe, die Überwindung der Randgebirge des großen afrikanischen Grabens stellte zwar gewiß nicht die gleichen Anforderungen, wie manche kühne Gebirgsbahn in Europa und anderen Weltteilen, in Anbetracht der besonderen Umstände sind jedoch auch diese Leistungen der Ingenieurkunst sehr achtenswert. An die Beschaffung von Arbeitern im Lande selbst, die uns anscheinend beim Weiterbau der Zentralbahn

keine Schwierigkeiten macht, war von vornherein nicht zu denken; tausende von indischen Kulis haben beim Bahnbau in dem ihnen ungewohnten Klima ihren Tod gefunden. Man kann es den englischen Bewohnern der Kolonie nicht verdenken, wenn sie mit Stolz auf dieses Werk blicken. Daß es mehr Mittel erfordert hat, als man ursprünglich veranschlagte, daß vielleicht auch Fehler in der Trassenführung begangen wurden, die bei der mangelnden Kenntnis des Landes sehr begreiflich waren, kann dagegen gar nicht in Betracht kommen. Die Initiative zu solchem Werk konnte nur ein Volk mit alter kolonialer Tradition besitzen.

Sir Charles Eliot behauptet in seinem Buche über Britisch-Ostafrika, das Wunderbarste sei, daß man in England selbst nicht gewußt habe, wozu man die Bahn baue. Das ist wohl etwas zu schroff ausgedrückt; aber man kann vielleicht zugeben, daß der Bahnbau mehr dem sicheren Herrscherinstinkt des Volkes und der Regierung entsprang, als einem nach allen Richtungen wohl überlegten Plane. England folgte demselben Drang, der schon die ägyptischen Könige in dem Kampfe um die Herrschaft am Oberlauf des Nils leitete. Ägypten ist nur dem ein unbestrittener Besitz, der auch die ausschließliche Kontrolle über den Nil bis zu dem großen Wasserbecken, das ihn speist, ausübt. Nun war zwar Uganda zur Zeit, als der Bau der Bahn in Angriff genommen wurde (1896), durch den deutsch-englischen Zanzibarvertrag vom Jahre 1890 bereits unbestrittener englischer Besitz. Aber die Wiedereroberung des Sudans erfolgte erst zwei Jahre später; und der Faschodazwischenfall in diesem Jahre zeigte, daß die Gefahr eines Vordringens anderer Mächte an den Lauf des Nil tatsächlich bestand. Die Möglichkeit künftiger Aufstände in der Art des mahdistischen war erst end-

gültig beseitigt, als der Herd möglicher Unruhen von Norden und vom Süden aus in wirksamer Weise umklammert war.

Man hat auch die Ansicht geäußert, daß die Bahn vor allem den Zweck habe, einen neuen Weg vom Mittelmeer nach dem indischen Ozean herzustellen und dadurch England eine rasche Verbindung nach Indien für den Fall zu sichern, daß der Suezkanal in feindliche Hände falle und dadurch für England gesperrt sei. Daß derartige Erwägungen eine wesentliche Rolle gespielt haben sollten, ist wenig wahrscheinlich; vor allem hätte man, wenn man wirklich an eine wirksame Bahnverbindung für eventuelle Truppentransporte gedacht hätte, doch sicherlich die Ugandabahn nicht mit einer anderen Spurweite wie die ägyptischen Bahnen gebaut. Und daß England sich mit dem Ausbau der Bahn von Norden her nach dem Viktoriassee so wenig beeilt, spricht auch nicht gerade dafür, daß es ihr für Zwecke genannter Art besonderen Wert beimißt, trotzdem sich die Gefahr einer Besetzung des Suezkanals im Falle eines europäischen Konflikts durch den Bau der Hedschasbahn seitens der Türkei in den letzten Jahren sehr erheblich verstärkt hat. Die Wendung in der englischen Orientpolitik fällt ja erst in die letzten Monate und die enge Verbindung, die England nun mit den Jungtürken sucht, ist sicherlich im hohen Maße von der Erwägung bestimmt, daß es ihm auf diese Weise gelingen kann, auf diplomatischem Wege die von der Hedschasbahn drohende Gefahr zu beseitigen. Eine brauchbare Verbindung vom Viktoriassee nach dem unteren Niltal wird in absehbarer Zeit hergestellt werden; aber der Plan besteht einfach darin, daß man die infolge von Stromschnellen nicht schiffbaren Teile des Flusses durch Eisenbahnen umgeht. Die Bahnstrecken, die hier gebaut werden müßten, sind: Jinja-Kakoge in der Länge



von 80 km und von Foweira bis Gondokoro in Länge von rund 240 km. Man wird dann allerdings eine Verbindung von Dampfschiff und Eisenbahn von Mombasa bis Alexandrien besitzen. Für wirtschaftliche Zwecke wird dies gewiß genügen; daß die Verbindung aber in bezug auf Schnelligkeit und Leistungsfähigkeit für einen Truppentransport völlig unzulänglich ist, geht schon daraus hervor, daß sie eine achtmalige Umladung vom Schiff auf die Eisenbahn und umgekehrt nötig macht. Ehe auf diesem Wege ein Regiment Indien erreicht, kann auf dem Wege ums Kap der guten Hoffnung eine ganze Division dort eintreffen.

Desgleichen hat man in England beim Bau der Bahn auch an eine weiße Besiedlung sicherlich nicht in erster Linie gedacht. England hat ja keinen Mangel an Kolonien, die sich dazu eignen; während die Bahn schon im Bau war, wurde mit den Führern der Zionisten über die Errichtung eines Judenstaates unter englischem Protektorat in den Hochländern der Kolonie verhandelt; eine übermäßige Meinung vom Wert des Landes scheint die englische Regierung damals also nicht gehabt zu haben. Erst Gouverneure, wie Sir Harry Johnston, der das Land schon von früherher kannte, und Sir Charles Eliot, der wegen einer Differenz mit dem Kolonialamt über die Behandlung der Landfrage in der Kolonie seinen Abschied nahm, betonten nachdrücklich den Wert des Landes als Siedlungsland; und als die Bahn schon lange Nairobi erreicht hatte, ging man ohne Überstürzung an die ersten praktischen Maßnahmen, um eine Besiedlung in größerem Stil in die Wege zu leiten. Im Jahre 1900 hatte die Bahn bereits Nairobi erreicht, 1903 hatte die Kolonie erst sechs Farmer, vier Jahre später schon über tausend.

Will man die Aussichten der Besiedlung beurteilen, so muß man sich vorerst von der Beschaffenheit des in Frage kommenden Gebiets kurz Rechenschaft geben. Den Umfang des Landes, das dafür in Betracht kommt, kann man kaum annähernd schätzen; einen Begriff davon mag aber wohl die Tatsache geben, daß die Eisenbahn bei der Station Kiu, 427 km von Mombasa, eine Seehöhe von rund 1600 m erreicht und bis Fort Ternan bei 858 km Entfernung von der Küste nicht wieder unter diese Höhe herabsteigt; dabei erstreckt sich dieses Hochland insbesondere im Norden ziemlich weit und hat fast nirgends den zerrissenen gebirgigen Charakter wie z. B. in unsrer Kolonie das Usambara- oder Ulugurugebirge, trotzdem die Bahn ihren höchsten Punkt an der Westseite des großen Grabens bei nahezu 2800 m erreicht. Nun ist ja allerdings dieses ganze Gebiet trotz seiner Höhenlage nicht überall fieberfrei; außerdem wird auch ein beträchtlicher Teil davon von Eingeborenen gebraucht, oder es ist wasserlos und unfruchtbar, oder endlich zu Forstreservat erklärt; trotzdem handelt es sich doch um ein zur Besiedlung geeignetes, zusammenhängendes Gebiet, wie wir es in unsrer Kolonie in dieser Ausdehnung sicherlich nicht besitzen. Andererseits kann man aus den bereits angeführten Zahlen seine Schattenseiten sofort entnehmen: es liegt zwischen 400 bis 800 km von der Küste ab, die trotz der entgegenkommendsten Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltung auf manchen Produkten schwer lasten müssen; und das Tiefland, das sich an die Küste anschließt, ist zum größten Teil eine wasserlose, wüstenartige Steppe, der fruchtbare Küstengürtel an dieser Stelle recht schmal. Eine wirtschaftliche Ergänzung von Hoch- und Tiefland, wie sie in unsrer Kolonie fast überall möglich ist, wird sich hier kaum herausbilden können.

Für Plantagenkulturen eignen sich diese Hochländer nur in sehr beschränktem Maße. Ob Kaffee in größeren Anlagen dort rentiert, muß erst erwiesen werden; wahrscheinlich liegen die Verhältnisse hier ähnlich wie am Kilimandjaro, und nur die Möglichkeit der Bewässerung und Düngung kann einen sicheren Ertrag gewährleisten. Die Pflanzungen in der Nähe von Nairobi sind noch zu jung, als daß man hier ein endgültiges Urteil fällen könnte. Anlagen von Gerberakazien, die gut zu gedeihen scheinen, werden an der Eisenbahnfracht schwer zu tragen haben. Sisal gedeiht in der Umgegend von Nairobi recht gut, der Prozentgehalt an Faser ist jedoch geringer als an der Küste. Andererseits sind die Rodungskosten im Vergleich zu den Anlagen in unsrer Kolonie recht geringfügig, da hier der Boden teilweise direkt durch den Pflug zum Auspflanzen vorbereitet werden kann. Ob dies den Mindergehalt an Faser und die höheren Transportkosten ausgleichen kann, steht freilich dahin. Für mittlere Farmbetriebe kommt die Sisalkultur sowieso nicht in Betracht.

Der Anbau von europäischem Getreide ist sehr vielversprechend, besonders solange die Erzeugung die lokale Nachfrage nicht übersteigt; unter lokalem Markt kann man Britisch- und Deutsch-Ostafrika, Uganda und Zanzibar verstehen, die zurzeit mehr als zwei Millionen Mark jährlich Weizen und Mehl einführen und dafür natürlich einen erheblichen Frachtaufschlag zum Weltmarktpreis zahlen. Darüber hinaus kann unter Umständen noch Südafrika als Absatzgebiet in Frage kommen, wo die eigene Produktion an Körnerfrüchten in früherer Zeit großen Schwankungen unterlag; bei den großen Anstrengungen, die Südafrika aber gegenwärtig auf allen Gebieten der Landwirtschaft im Hinblick auf eine Steigerung

der Erzeugung macht, ist es sehr wahrscheinlich, daß es auch in dieser Beziehung das Ziel erreichen wird, mindestens seinen eigenen Bedarf selbst zu decken. Dann bliebe noch der Wettbewerb auf dem Weltmarkt; es ist nicht einzusehen, warum Ostafrika ihn nicht ebenso bestehen könnte wie Indien, das ja in bezug auf die Entfernung nicht besser gestellt ist als Ostafrika, freilich häufigere und wohlfeilere Verbindungen nach den europäischen Märkten hat, was sich ja aber in Ostafrika auch erreichen ließe. Von den Erfolgen Lord Delameres mit Weizenbau habe ich schon gesprochen; wie mir scheint, spricht alles dafür, daß man hier sogleich mit den modernsten arbeitsparenden Methoden vorgehen müssen wird, um guten Gewinn aus dem Getreidebau zu ziehen. Die billigen Löhne der Schwarzen könnten ja zu der gegenteiligen Ansicht verleiten; aber bis ein Farmer die Eingeborenen an die ihnen ganz fremde Arbeit des Mähens gewöhnt hat, kann er soviel Mühe und Geld aufgewendet haben, daß es ihm viel billiger kommt, mit einer amerikanischen Maschine selbst zu mähen und gleichzeitig zu dreschen, ganz abgesehen davon, ob er zur Erntezeit auch immer genug Arbeiter zur Verfügung haben würde. Ohne Aufwendung von Kapital wird hier nicht viel zu holen sein, insbesondere, wenn die kapitalkräftigen Großfarmer sich erst einmal in ausgedehntem Maße dem Getreidebau zugewendet haben und der örtliche Preis dadurch etwas herabgedrückt ist.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Hochlandes von Britisch-Ostafrika wird man natürlich nie vergessen dürfen, daß man heute über eine nicht mehr als etwa sechsjährige Erfahrung verfügt; man kann also gewiß noch kein abschließendes Urteil darüber fällen, welche Kulturen

19*

dort rentabel sind oder nicht. Über eine Art der Verwertbarkeit des Landes kann man sich aber heute schon ein recht begründetes Urteil bilden: das ist die Viehzucht.

Hier hat man den Vorteil, daß man die Erfahrung der Eingeborenen mit verwerten kann; sie hatten schon in ausgedehntem Maße Viehzucht betrieben, bevor ein Weißer das Land betrat. Daß es möglich ist, die Rasse dieses Viehs zu verbessern, ist von vorneherein wahrscheinlich; denn warum sollte die Intelligenz des Züchters gerade hier die Natur nicht meistern können. Indes blieb erst durch Erfahrung die Frage zu lösen, ob sich dies auf dem einfacheren und kürzeren Wege der Einfuhr hochgezüchteten Viehs aus andren Ländern erreichen läßt, oder ob man den sehr viel mühseligeren Weg gehen muß, durch Zuchtwahl die vorhandene Rasse allmählich zu verbessern. Daß ersteres möglich ist, ist nun bereits zweifellos festgestellt. Die wertvollsten Erfahrungen hierüber verdanken wir in erster Linie kapitalkräftigen Großfarmern wie Lord Delamere, über dessen Verfahren bei der Zucht von Schafen ich in einem früheren Abschnitt schon berichtet habe. Auch die Regierungsfarm in Naivasha bemüht sich erfolgreich auf diesem Gebiet; auf einen Mangel, der ihr notwendig anhaftet, habe ich indes schon hingewiesen. Durch die Ausfuhr von Zuchttieren fördert sie aber zweifellos die Entwicklung der Viehzucht. Man geht sowohl bei Schafen wie auch beim Rindvieh auf die Veredelung der vorhandenen eingeborenen Rassen aus. Dann gilt es, das ganze Gebiet ausreichend mit Vieh zu bestocken und dieses Vieh ununterbrochen mit europäischem Blut zu kreuzen, so daß die dort gezogene Viehrasse schließlich so gut wie reinblütig europäisch, aber trotzdem an die afrikanischen Verhältnisse angepaßt sein wird.

An die Verwertung des Rindviehs wird dabei heute noch gar nicht gedacht; einer der fachverständigsten und maßgebendsten Beurteiler der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kolonie sagte mir, er rechne damit, daß erst in 15 bis 20 Jahren das ganze Hochland so ausreichend mit Vieh besetzt sein werde, daß die Frage der Verwertung des Fleischüberschusses an die Farmer herantritt; auch die Verwertung der Milch werde dann erst zu lösen sein, weil man, solange die Zucht das Hauptziel der Wirtschaft sei, gut tue, den Kälbern soviel Milch als irgend möglich zu belassen. Der Wirtschaftsbetrieb geht also gegenwärtig so vor sich, daß der neuankommende Farmer zunächst möglichst viel Eingeborenenkühe zu erwerben sucht, diese, wenn er rationell vorgeht, von europäischen Bullen decken läßt und seinerseits die neu ankommenden Siedler als seine Kundschaft betrachtet, die ihm seinen Überschuß an Vieh abkauft, wenn er selbst erst einmal so weit gelangt ist, Vieh verkaufen zu können. Unter Umständen begnügt er sich aber bei bescheidenen Mitteln damit, Eingeborenenvieh weiter zu züchten, in der sicheren Voraussicht, daß die Viehpreise, wie bisher, auch weiterhin steigen werden. In der Tat haben sie schon jetzt eine ganz ungesunde Höhe erreicht.

Die Richtlinien für die Art des Wirtschaftsbetriebs wären also gegeben, und der Betrieb selbst erscheint nicht sonderlich kompliziert. Die Regierung muß dafür sorgen, daß Viehseuchen dem Lande möglichst fern bleiben oder, wenn sie sich doch einschleichen, nachdrücklichst bekämpft werden. Im Jahre 1908 war gerade das Küstenfieber in die Kolonie eingeschleppt worden, und die Regierung ließ sich dessen Bekämpfung durch sehr zweckmäßige Maßnahmen angelegen sein. Die Regierung wendete 300 000 M. auf, um den Farmern das Einzäunen

der Weiden zu erleichtern, und es besteht alle Aussicht, daß man der Plage bald Herr wird, da man ja gerade in bezug auf die Bekämpfung des Küstenfiebers über die ausgezeichneten Vorarbeiten wissenschaftlich-praktischer Art Dr. Theilers in Pretoria verfügt. Wenn dies nun auch gelingt, so kann der Ansiedler, für den ein gewisses Kapital unbedingt erforderlich ist, doch erst nach einigen Jahren — je weniger Kapital er besitzt, desto später — auf einen regelmäßigen Ertrag rechnen. Und da nach dem oben Dargelegten als Abnehmer des Farmers zunächst wiederum nur die Neuankömmlinge in Frage kommen, so hängen die Preise, auf die er rechnen kann, von einem schwer abzuschätzenden Faktor ab, nämlich dem Zustrom weißer Ansiedler, der zu erwarten ist. Je mehr neue Ansiedler kommen, desto höher müssen die Viehpreise werden, desto ungünstiger aber auch die Aussichten für den, der neu anfängt. In dieser Beziehung ist die britische Kolonie unsrer gegenüber insofern im Nachteil, als sie nicht über so große Reservoirs von Eingeborenenvieh verfügt wie wir. Aus all dem ergibt sich aber auch ein gewisser spekulativer Charakter der Farmwirtschaft. Natürlich werden noch Jahre vergehen, bevor das ganze zur Besiedlung geeignete Land von der Regierung vergeben ist; aber auch der Neuankömmling wird den Vorteil zu schätzen wissen, gleich in ein vorhandenes Haus, auf eine eingezäunte Farm einzuziehen und einen Viehstock übernehmen zu können, den er als Grundlage zur Weiterzucht verwerten kann; überdies ist auch das Land in der Nähe der Bahn fast ausnahmslos vergeben, und der mit günstigen Transportverhältnissen verbundene Vorteil wiegt natürlich auch entsprechende Mehrzahlung auf; für den alten Ansiedler ist dann immer die Verlockung

gegeben, den bereits erzielten Mehrwert seiner Farm sicher zu stellen und zu verkaufen. Trotz aller Versuche der Regierung, durch die Art der Landvergebung Land Spekulation zu verhindern, steht sie doch so in Blüte, wie in irgendeiner andern britischen Kolonie.

Das liegt freilich nicht allein an den Voraussetzungen, die der Landwirtschaft hier von der Natur gegeben sind, sondern auch an dem vorhandenen Ansiedlermaterial. Um es etwas paradox auszudrücken: der Reichtum Englands wird hier zur Armut. Ohne oder mit geringem Kapital kann ein Mensch hier kaum vorwärts kommen, um so mehr als der kleine Anfang als Handwerker oder Gemüsebauer durch die Konkurrenz der Inder fast unmöglich gemacht wird. Hat nun aber ein Engländer ein gewisses Kapital und will er damit in einer englischen Kolonie eine neue Existenz begründen, so steht ihm ein weites Feld offen und zwar auch in Kolonien, die über das erste Stadium der Experimente weit mehr hinaus sind als Britisch-Ostafrika. Er kann z. B. in Kanada viel sicherer voraussehen, welche Einnahmen er sich schaffen kann, und bekommt auch dort noch Land zu sehr billigem Preis oder sogar umsonst. Andererseits haben die englischen Kolonien in ihrer Gesamtheit eine Art von fluktuierender Bevölkerung, Menschen, die sich in der Heimat nicht wohl fühlen und in den verschiedensten Kolonien Englands schon der Jagd nach dem Glück obgelegen sind. Es macht ihnen nichts aus, heute von Kanada nach Australien zu ziehen, wenn dort die Entdeckung neuer Goldfelder die Fata Morgana des raschen Erwerbs von Reichtümern vorspiegelt, und ein Ereignis, das in Südafrika die gleichen Hoffnungen erweckt, bringt sie morgen dahin, wenn sie in Australien Enttäuschungen erlitten haben. Jedem,

der Südafrika kennt, sind diese Typen vertraut; in Britisch-Ostafrika findet man sie wieder, hier besonders zahlreiche Leute, die der Krieg und der scheinbare Aufschwung, der ihm folgte, nach Südafrika gezogen hatte und der wirtschaftliche Niedergang der letzten Jahre wieder von dort vertrieb. Natürlich eignet diesen Menschen alles eher, als der Trieb zu ruhiger, stetiger Arbeit; und wer in Kanada oder einer anderen englischen Kolonie Erfolg gehabt hat, der hat gewöhnlich auch keinen Anlaß von dort fortzugehen. Dieser fluktuierenden Kolonialbevölkerung liegt das Spekulieren im Blut. Und so weist auch Britisch-Ostafrika diesen Zug leidenschaftlichen Spekulationsgeistes auf, der auf manchen Gebieten, wie dem des Bergwerksbetriebs, zur Durchforschung und Erschließung eines Landes beitragen mag, dort aber, wo die Möglichkeiten vor allem auf der Entwicklung der Landwirtschaft beruhen, viel Unheil stiften kann.

Diesen spekulativen Geist atmet die ganze Anlage der Hauptstadt der Kolonie, Nairobi. In einem Kreise von mehreren Kilometern Durchmesser dehnt sich ihr Weichbild aus. Die Vororte, ohne die der Engländer nicht glücklich ist und die man hier bei der erst in Entwicklung begriffenen Stadt wohl missen könnte, sind in der ersten Anlage schon angedeutet; eine breite staubige Straße zieht sich vom Bahnhof lang hin zum Zentrum der Stadt am Inderbazar; an den Höhen, die wieder etwas abliegen, liegt das Hospital, die Gouverneursvilla, nette Landhäuser von Beamten und Unternehmern, während die Amtsräume der Regierung in Wellblechbaracken provisorisch untergebracht sind. In der Mitte der Anlage aber liegt ein weites unbebautes Feld, auf dem die ganze City von London mehr als Platz fände. Auf die

typische Frage, mit der von Engländern gerne ein Gespräch eingeleitet wird: How do you like, pflegte ich, wenn sie Nairobi betraf, zu antworten: man sähe der Stadt die Energie an, mit der ihre Gründer etwas Großes aus ihr machen wollten; denn durch das weite Kleid, das man ihr gegeben habe, wollte man sie offenbar zwingen, in dieses hineinzuwachsen; immerhin sei dieses Kleid ja reichlich weit, da es sicherlich auch in 50 Jahren kaum ausgefüllt werden könne. Meist wurde dieses Kompliment mit Dank abgelehnt: Nein, um Gottes willen, die ganze unsinnige Anlage von Nairobi komme nur daher, daß man einen Plan dafür überhaupt nie gehabt habe; erst sei die Barackenstadt infolge der Anlage der Bahnstation entstanden, viel später erst habe man sich entschlossen, die Hauptstadt der Kolonie dahin zu verlegen, und da habe man gefunden, daß der Ort, wo die Stadt zunächst angelegt war, dafür überhaupt nicht geeignet sei, und habe das bessere Viertel auf die Hügel verlegt. Nun sei alles unheilbar in Verwirrung und man wisse nicht, wie man da wieder Ordnung werde schaffen können. Zweifellos bedeutet die weite Ausdehnung der Stadt einen großen Luxus und Verteuerung der Lebenshaltung. Ohne irgendein Beförderungsmittel, sei es nun Rad, Reitpferd oder Wagen, kann man da überhaupt nicht auskommen; das gesellschaftliche Leben wird durch die Entfernungen nicht bequemer, die Kosten für gemeinnützige Einrichtungen, wie Beleuchtung, Wasserversorgung, usw. verteuern sich; und so wenig zunächst Aussicht vorhanden ist, daß die Stadt sich mit Riesenschritten so weiter entwickele, wie in den ersten Jahren, so ist die Grundstückspekulation doch in schönster Blüte. Der ganze Betrieb erschien mir wie ein stark verkleinerter Abklatsch

von Johannesburg. Ich sah das alles nun freilich zur Zeit einer stark abflauenden Konjunktur. Schöne Läden standen leer, in der Hauptgeschäftsstraße war fast an jedem dritten Hause eine bevorstehende Versteigerung angekündigt, die Preise für Hausbauten, die eine Zeitlang stark emporgetrieben waren, gingen wieder zurück, und wie in der Stadt so war auch in der Umgebung, die bis auf weite Entfernung hin vollkommen in Farmen aufgeteilt ist, eine Menge von Landbesitz verkäuflich. Man findet selten eine Farm, die nicht ein nettes Häuschen aus Holz und Wellblech besäße, das den dortigen klimatischen Verhältnissen recht gut angepaßt ist. In dieser Beziehung ist der Engländer viel verwöhnter als der Deutsche, der sich in der Regel erst dann ein gutes wohnliches Haus baut, wenn alles andre bereits geschehen und die Pflanzung in das Stadium des Ertrages getreten ist; bishin weiß er sich in einer Lehmhütte einzurichten, er baut das Haus zuletzt, der Engländer zuerst. Und mit dem Hausbau, den Kosten für das hier sehr viel teurere Leben und den ersten Anschaffungen ist das mitgebrachte Kapital sehr häufig erschöpft, und der Besitzer wartet nun auf die Gelegenheit, die Farm loszuschlagen und mit dem gewonnenen Geld wo anders neu beginnen zu können oder die Kolonie, in der man wenig Aussicht hat, rasch reich zu werden, wieder zu verlassen. Es wird kaum übertrieben sein, wenn man annimmt, daß von je 10 Farmen in der Umgegend von Nairobi höchstens eine einen geordneten landwirtschaftlichen Betrieb aufweist. Eine Farm unweit Nairobi, auf der in sehr primitiven Ställen eine größere Viehherde untergebracht ist und Milchwirtschaft mit nicht minder primitiven Einrichtungen betrieben wird, gilt hier bereits als eine Sehenswürdigkeit.

Daß die unter den Ansiedlern herrschende Unzufriedenheit mit der Regierung zum Teil auf der Mißstimmung von Leuten beruht, die ihre Hoffnungen infolge ihrer eigenen mangelnden Eignung grausam enttäuscht sehen, trifft wohl zu; alle Vorwürfe, die gegen die Regierung erhoben werden, lassen sich aber nicht, wie diese es selbst tut, mit dieser Erklärung abtun. Man billigt den Engländern so viel koloniale Praxis zu, daß man auch aus diesem Grunde geneigt ist, die Schuld vor allem auf Seite der Ansiedler zu suchen; man darf aber nicht übersehen, daß England gerade bei dem Problem, das es hier zu lösen gilt, so gut wie keine Erfahrung hat. Das englische Volk als Gesamtheit hat wohl die Aufgabe einer weißen Kolonisation in verschiedenen Erdteilen in glänzender Weise gelöst; aber in Australien, Neuseeland und Kanada waren es im wesentlichen doch die Kolonisten selbst, die die Arbeit dabei leisteten, und die englische Regierung hat vor allem das Verdienst, daß sie, einmal durch den Abfall der Vereinigten Staaten belehrt, den Kolonien möglichst weiten Spielraum gab und ihnen sobald als möglich Selbstverwaltung gewährte. Für eine Aufgabe, wie sie hier zu lösen ist: ein Kolonialland in möglichst kurzer Zeit mit weißen Siedlern zu bevölkern, fehlt heute jede Erfahrung oder Tradition. So erklärt sich ein unsicheres Tasten z. B. in bezug auf die Grundsätze bei Vergebung von Kronland; das ist begreiflich, dem Ansiedler, der davon in erster Linie berührt wird, aber darum nicht minder unangenehm. So richten sich denn auch eine Reihe von Vorwürfen gerade gegen das Landamt, dem fortwährende Änderungen in den wichtigsten Grundsätzen, Langsamkeit der Erledigung, Bürokratismus, usw. vorgeworfen wird. Wenn man übrigens die Zustände in unsrer Kolonie damit

vergleicht, so wird man es nicht gar so unerhört finden, daß es bis zu zwölf Monaten dauert, bis ein Siedler hier seinen endgültigen Besitztitel auf sein Land in Händen hat; bei uns wäre man froh, wenn dies auch nur der Durchschnitt in der Erledigung derartiger Angelegenheiten wäre.

Mancherlei Bedenken regen sich aber auch gegen die von der Regierung vertretenen allgemeinen Grundsätze. Es war der Gedanke von Sir Charles Eliot, daß in dieser Kolonie die Land Spekulation absolut ausgeschlossen sein sollte. Die Absicht war gewiß sehr gut; aber das eine ist sicher, daß sie bis heute noch nicht verwirklicht ist, und mannigfache Maßregeln, die in dieser Absicht getroffen wurden, auch den Ansiedler, dem es mit der Arbeit durchaus Ernst ist, unerwünschte Belästigungen auferlegen. Die gegenwärtig in Kraft stehenden Bedingungen sind in ihren Grundzügen: als Eigentum wird Land nur im Ausmaße von 320 Acres (130 Hektar) ausgegeben, das sind sogenannte Homestead-Farmen, die hauptsächlich auf Ackerbaubetrieb zugeschnitten sein sollen. Hingegen wird Weideland, das je nach seiner Qualität bis zum Umfang von 2000 Hektar abgegeben wird, nur zur Pacht auf 99 Jahre überlassen, wobei die Pachtbeträge nach 33 und 66 Jahren einer Berichtigung nach dem dann festgestellten Wert des Landes unterzogen werden sollen, wobei die Höchstgrenze der aufzuerlegenden Pacht nach dem ersten Zeitabschnitt auf 1,60 M., nach dem zweiten auf 4,80 M. festgelegt ist. Nun mag man wohl, wie ich es selbst bin, Anhänger der Bodenreform sein und diese Grundsätze trotzdem unbillig finden. Daß die Regierung von vorneherein für das Land einen bestimmten Preis verlangt, ist durchaus billig; hat ja doch die Leistung der Gesamtheit durch den Bau der Bahn das Land

erst verwertbar gemacht. Wenn nun aber nach 33 und 66 Jahren das Land einer neuerlichen Abschätzung unterzogen wird, so wird aller Voraussicht nach an dem dann festgestellten Mehrwert die Arbeit des Farmers weit größeren Anteil haben als die der Regierung; da erscheint es denn doch unbillig, daß der dadurch geschaffene Mehrwert dem Farmer nicht voll zugute kommen soll; eine Ausnahme könnte man ja immer machen, wenn der Mehrwert offenkundig durch öffentliche Bauten, wie Eisenbahnen, erzielt worden ist. Das jetzige System schreckt den Besitzer von allzugroßen Investitionen geradezu ab, da er ja dafür später durch höhere Pacht büßen muß. Im allgemeinen scheint mir das Pachtsystem für Kolonien nicht sehr zweckmäßig, das bei uns übliche System der Kronlandvergebung viel empfehlenswerter; die Land Spekulation wird durch die Kulturverpflichtung am besten verhütet. Die Kulturverpflichtung besteht zwar in Britisch-Ostafrika bei der Verpachtung auch; es ist aber klar, daß man bei Überlassung des Landes in freies Eigentum *ceteris paribus* in dieser Richtung größere Anforderungen stellen kann als bei der Verpachtung. Tatsächlich haben alle diese Maßregeln die Land Spekulation nicht verhindert, der Unterschied ist nur, daß die Leute es jetzt eiliger haben, ihren Besitz und ihre Pachtverträge loszuschlagen, da diese sich ja mit der Zeit entwerten.

Zu den Klagen über das Landamt treten die über die Eingeborenenpolitik der Regierung hinzu. Die Löhne, die zurzeit an Arbeiter gezahlt werden, sind im Vergleich zu denen bei uns recht niedrig und betragen selbst in nächster Nähe von Nairobi nicht mehr als 4 Rp. monatlich. Die Leistungen reichen ja andererseits an die der Wanyamwesi nicht heran. Aber

damit könnten sich die Farmer wohl abfinden; ihre Hauptbeschwerde geht dahin, daß sie nicht genug Leute haben und die Regierung sie in keiner Weise unterstützt, solche zu erlangen. Nun ist zwar die ganze Kolonie lange nicht so bevölkert wie die unsre, und einen Volksstamm, der sich zur Arbeit in dem Maße geneigt zeigt, wie bei uns die Wanyamweßi und Wassukuma, scheint es da nicht zu geben; andererseits kann der Bedarf an Arbeitern noch nicht sehr erheblich sein, da es Plantagen, die tausend und mehr Arbeiter beanspruchen, da nicht gibt; der Farmer braucht in der ersten Zeit der Einrichtung seines Platzes wohl etwas mehr Arbeiter, sobald aber die geregelte Viehwirtschaft beginnt, kommt er mit einer ganz geringen Zahl von Leuten aus. Es ist immerhin ein bedenkliches Zeichen, daß heute schon selbst dieser geringe Bedarf an Leuten nicht gedeckt werden kann, trotzdem die Landschaft Kikuyu und insbesondere die Abhänge des Kenia recht dicht bevölkert sind.

Wenn die Regierung es nun ablehnt, auch nur die Autorität ihrer Beamten dafür einzusetzen, daß die Eingeborenen bei den Weißen Arbeit suchen, so gibt es dafür verschiedene Gründe: zunächst das bürokratische Schiboleth: *Quieta non movere*, womit sich im ganzen sehr bequem regieren läßt, wobei aber auch wirklich nichts in Bewegung kommt. Die ganze weichliche Art der hier geübten Eingeborenepolitik mag aber auch mit der Zusammensetzung des Beamtenkörpers zusammenhängen; ein Teil davon sind ehemalige Offiziere der indischen Armee, ein anderer Teil mag aus andern tropischen Kolonien kommen, nur ein kleiner Teil aus Südafrika; nur dort liegen aber die Dinge in bezug auf das Zusammenleben von Weiß und Schwarz ähnlich, wie sie hier sind oder

sicherlich in Zukunft sein werden. Die überaus bürokratische Auffassung, die bei der Regierung in der Arbeiterfrage betätigt wird, geht jedenfalls recht deutlich aus der im Herbst 1907 erlassenen Arbeiterverordnung hervor, die später zu den bekannten Streitigkeiten zwischen den Ansiedlern und dem Gouverneur und dem Ausschluß Lord Delameres aus dem Gouvernementsrat führte. Zunächst hat die Erlassung einer derartigen Arbeiterordnung hier noch weniger Sinn als in unsrer Kolonie, weil es sich um eine große Zahl von kleinen Betrieben handelt, die sich naturgemäß gar nicht überwachen lassen. Für ihren papiernen Geist ist aber folgende Bestimmung recht bezeichnend: der Arbeitgeber sollte verpflichtet sein, dem Arbeiter eine Decke zu liefern. Nun überlege man sich, daß die Wakikuyu, die hier hauptsächlich in Frage kommen, doch in dem kalten Gebirgsklima dauernd leben und sich dabei in einer Kleidung von Rindshäuten, die man sich in der Tat nicht als sonderlich warm vorstellen kann, durchaus wohl fühlen; wenn man Leute aus der heißen Steppe in das Gebirge brächte, so wäre solch eine Forderung verständlich; unter den gegebenen Verhältnissen steht sie aber auf derselben Stufe, wie wenn man bei uns einem Fabrikbesitzer vorschreiben wollte, seinen Arbeitern einen Bratenrock und einen Zylinder zu liefern. Der springende Punkt, über den es schließlich zu dem Zusammenstoß zwischen Lord Delamere und dem Gouverneur kam, und der für uns auch recht belehrend ist, war die Tätigkeit des Arbeiterkommissars, der sich zwischen Arbeitgeber und Arbeiter schob und die Autorität der ersteren untergrub. Der Befürchtung, daß die Schaffung der Arbeiterkommissare bei uns zu den gleichen Folgen führen werde, habe ich bereits Ausdruck gegeben. Diese Arbeiterverordnung

hatte übrigens nur ein kurzes Leben und ist praktisch vollständig nie in Wirksamkeit getreten; inzwischen ist sie sehr ausgiebig verändert worden. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß Lord Delamere, der sich in dieser Frage an die Spitze der selbständigen weißen Bevölkerung gestellt hatte, ein wirklich guter Kenner der Eingeborenen ist, der in früherer Zeit auf Jagdexpeditionen jahrelang unter den Somalis gelebt hat, außer der Somalisprache und dem Kiswaheli auch die Massaisprache beherrscht, und bei den Eingeborenen große Verehrung genießt. Ihn selbst hat die Arbeiterfrage gar nicht berührt, da die Leute ihm so zahlreich zuströmen, als er irgend nötig hat. Aber er konnte in dieser Sache wirklich beanspruchen, die größere Einsicht in die Eingeborenenfrage zu besitzen. Der Konflikt zwischen ihm und dem Gouverneur erscheint übrigens jetzt beigelegt, da der Gouverneur, dessen Stellung durch diese Vorkommnisse stark erschüttert war, sich offenbar auf Weisung des Kolonialamts zum Einlenken veranlaßt sah.

Ein weiterer Punkt der Beschwerde der weißen Ansiedler ist die Stellung der Regierung zur Inderfrage. Ich habe in einem früheren Abschnitt schon darauf hingewiesen, daß sie ein verschiedenes Gesicht hat, je nachdem es sich um Tiefland oder Hochland handelt; bei uns ist sie vorwiegend im Tiefland aufgerollt worden; hier handelt es sich aber ausschließlich um das Hochland, das in seinen Lebensbedingungen mit Südafrika sehr viel Ähnlichkeit aufweist. Man nehme nun an, daß ein Einwanderer aus Südafrika, dem dort all die im Kampfe gegen das Indertum gebrauchten Argumente täglich um die Ohren flogen, ohne ausreichendes Kapital, um als Viehzüchter anzufangen, in die Kolonie kam, daß er bei dem

Versuch, sich mit Ackerbau durchzubringen, gescheitert ist und einen Teil seiner Barmittel verloren hat; nun muß er sehen, daß er vielleicht Ausichten hätte, als Kleinkaufmann etwas zu verdienen oder irgendeine handwerkliche Fertigkeit zu verwerten; aber all dies ist ausgeschlossen, weil er nicht imstande ist, den indischen Wettbewerb auszuhalten. Die Stellungnahme eines solchen Mannes zur Inderfrage kann man sich leicht ausmalen. Das Angebot von weißen Kräften, die den Inder ersetzen könnten, ist hier vorhanden oder mindestens leicht herbeizuführen. Praktisch kommt freilich in Betracht, daß die Ausschließung der Inder sofort eine starke Verteuerung des Lebens nach südafrikanischem Muster zur Folge hätte; ferner, daß Plantagenkulturen im Tiefland, die zurzeit allerdings noch in den Kinderschuhen stecken, und über deren Ausdehnungsfähigkeit man sich noch kein begründetes Urteil bilden kann, bei dem Mangel einer ausreichenden Eingeborenenbevölkerung an der Küste, wahrscheinlich nur mit indischen Kulis zu betreiben sein werden. Aber diese praktischen Erwägungen sind überhaupt ohne Bedeutung, da wichtige politische Gründe sowohl die gegenwärtige liberale, noch mehr aber eine kommende konservative Regierung veranlassen werden, jedem Versuch, die Inder ganz oder teilweise aus der Kolonie auszuschließen, den schärfsten Widerspruch entgegenzusetzen. Man hat in London an den Schwierigkeiten, die Südafrika in der Inderfrage bereitet, gerade genug; wenn man es hier auf einen Konflikt nicht ankommen läßt, so liegt das daran, daß Südafrika zu stark ist und jedes Vorgehen des Kolonialamts in dieser Frage Engländer und Buren zu gemeinsamer Opposition zusammenschließt. Daß die Inder in Zukunft in nationalen Fragen weniger empfindlich werden

Samassa, Befriedung.

20

sollten, ist nicht anzunehmen; der frühere Kolonialsekretär Winston Churchill hat sich auch offen dahin ausgesprochen, daß Ostafrika den Indern den Verlust Südafrikas ersetzen solle. Kurzum, keine englische Regierung wird es wagen, hier der indischen Einwanderung Schwierigkeiten in den Weg legen zu lassen. Das sind nun einmal die Reibungen und Interessenkonflikte, die die ungeheure Ausdehnung des englischen Weltreichs mit sich bringt.

Diese Furcht vor einem Konflikt in der Inderfrage ist wohl auch der Hauptgrund, warum die englische Regierung so wenig Neigung zeigt, den Wünschen der weißen Kolonisten bezüglich der Selbstverwaltung entgegenzukommen. Dies im vollen Maße zu tun, hat ja die englische Regierung keinen Anlaß, solange sie der Kolonie noch außer den Einnahmen aus der Ugandabahn, die England der Kolonie geschenkt hat, auch noch einen Zuschuß von rund 2 400 000 M., wie im letzten Jahre, gewährt. Da aber die eigenen Einnahmen der Kolonie in den letzten Jahren rasch gestiegen sind und der Zeitpunkt nicht ferne sein dürfte, wo die Kolonie sich aus eigenen Mitteln erhält, so wäre der Anlaß zur Schaffung parlamentarischer Einrichtungen gegeben, die den Übergang zu einer sich selbst verwaltenden Kolonie vorbereiten. Denn der jetzt bestehende Gouvernementsrat, dem ein paar ernannte nichtamtliche Mitglieder angehören, ist in seiner Art fast noch unzulänglicher als der Gouvernementsrat in Deutsch-Ostafrika. Auf die Dauer wird sich aber das Verlangen der Ansiedler nach Selbstverwaltung nicht unterdrücken lassen, um so mehr als hinter einer solchen Forderung in einer englischen Kolonie eine ruhmreiche Tradition und eine starke öffentliche Meinung in England selbst steht und der Engländer in solchen Dingen unendlich viel emp-

findlicher ist als der Deutsche. Auf Konflikte in bezug auf die Eingeborenen- und Inderfrage muß sich die englische Regierung aber dann jedenfalls gefaßt machen.

Die Mängel der Regierungsweise wird die Einführung der Selbstverwaltung und wachsende Erfahrung sicherlich beseitigen; und die ungeeigneten Ansiedler werden die Kolonie eben wieder verlassen, wie sie zum größeren Teil schon andre Kolonien verlassen haben. Auch hier wird, wie in allen Kolonien, die nötige Auslese statthaben, die erst die für das Land geeignete Bevölkerung schafft; während man bei uns leicht geneigt ist, von jedem Menschen, der in einer unsrer Kolonie Mißerfolg gehabt hat, großes Aufhebens zu machen und daraus auf die Eigenschaften des Landes ungünstige Rückschlüsse zu ziehen, ist man in England dank der größeren kolonialen Erfahrung in dieser Beziehung viel abgehärteter. Der für Britisch-Ostafrika geeignete Typ des Ansiedlers ist aber bereits in Bildung begriffen, und die Linien der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sind auch schon vorgezeichnet. Ich habe wiederholt auf die Unternehmungen des Lord Delamere in der Kolonie hingewiesen; er hat ein verhältnismäßig großes Kapital in sie hineingesteckt und dürfte einer der ersten sein, der aus seinem Besitz eine angemessene Rente ziehen wird. Er hat dem Lande nun freilich nicht nur Geld gegeben, er hängt auch mit Liebe an ihm und setzt seine ganze Persönlichkeit für sein Lebenswerk ein. Er ist, wenn man so will, ein Original; dabei aber doch nicht ein ganz einzelner Typus. Es gibt eine ganze Anzahl von Leuten in recht guten Verhältnissen, die sich in der Kolonie ansässig gemacht haben, um hier das Leben eines englischen Gutsbesitzers wie zu Hause zu führen, sei es nun, daß die Eigenart des Landes,

die Gelegenheit zur Jagd, das Klima sie dazu reizt, oder daß sie doch nicht genug Mittel haben, um in England selbst im gleichen Stile zu leben wie hier. Was der Engländer aber an Bedürfnissen in bezug auf gesellschaftliches Leben und Vergnügen hat, läßt sich auch hier annähernd befriedigen. Er hat Nachbarn, mit denen er zusammenkommt, er ist gastfrei wie zu Hause, wo drei Engländer wohnen, bilden sie einen Golf- oder Fußballklub; in Nairobi gibt es Pferderennen, Basars zu wohltätigen Zwecken und genügend Anlaß, das Räuberkostüm, in dem man bei Tage herumwandelt, des Abends mit dem Frack zu vertauschen.

Nun kommt noch eins hinzu, was gesellschaftlich und wirtschaftlich für die Kolonie von großer Bedeutung ist: stellen sich im Herbst in England die ersten Nebel ein, dann macht sich eine Anzahl von reichen Leuten auf, um den Winter in Gegenden mit angenehmerem Klima zu verbringen. Die alten Pfade englischer Touristik sind schon allzu breit getreten, auch Ägypten bietet wenig Überraschungen mehr. Der Jagdausflug nach Britisch-Ostafrika ist bis auf weiteres das Modernste, was sich der englische Vergnügungsreisende leisten kann. Diese Sportsleute bringen nun eine Menge Geld ins Land. Eine sachkundige Persönlichkeit schätzt den Betrag auf mindestens zwei Millionen Mark jährlich. Ein Teil davon kommt den Finanzen der Kolonie zugute, denn der Jagdschein kostet 1000 Mark; im Jahre 1907 wurden 125 derartige Jagdscheine ausgegeben. Nun will natürlich ein derartiger Reisender, dem es auf ein paar hundert Mark nicht ankommen kann, alles möglichst bequem haben. Da er mit den Verhältnissen des Landes nicht vertraut ist, würde er den Versuch, sich selbst seine Karawane zusammenzustellen, sowieso

sehr teuer bezahlen; er gibt sich also in die Hand von Unternehmern, die derartige Jagdausflüge zusammenstellen, wobei beide Teile ganz gut zu fahren pflegen. Es ist ein recht leichter Verdienst, der vielen Leuten in der Kolonie dadurch zufällt. Die Träger werden besser bezahlt, als bei den Farmern, die Eingeborenen drängen sich zu diesem Dienst, weil es nach ein paar Marschtagen immer mehrere Ruhetage gibt und außer dem schönen Nichtstun auch noch reichlich Fleisch von geschossenem Wild. Dies hat volkswirtschaftlich für die Kolonie mancherlei Vorteil; es kommt Geld ins Land, bemittelte Leute lernen es kennen und werden dadurch veranlaßt, sich an Unternehmungen daselbst zu beteiligen oder sich vorübergehend oder dauernd dort niederzulassen. So kommt es, daß man hier schon einem Typus von Menschen begegnet, den man in unsrer Kolonie als Kuriosum anstauen würde: Menschen, die zu ihrem Vergnügen dort leben. Und je nachdem, wie man die Dinge ansieht, gewinnt das Wirtschaftsleben der Kolonie einen behaglichen oder nicht recht ernst zu nehmenden und dilettantischen Zug. Jedenfalls hat es nicht den harter Arbeit, der bei uns vorwiegt, jenes leidenschaftlichen Dranges, es rasch vorwärts zu bringen und zu Wohlstand und Selbständigkeit zu gelangen. Wenn im allgemeinen Kenner englischer Verhältnisse behaupten, daß die Arbeitsfreude in der ganzen Nation nachgelassen habe und insbesondere mit der des deutschen Volkes nicht zu vergleichen sei, so mag sich dies bis zu einem gewissen Grade auch hier ausprägen. Das Ideal des Engländers ist es, als Gentleman zu leben; konnte er es schon zu Hause, so wird er in der Kolonie erst recht nicht davon lassen; und war es ihm zu Hause nicht erreichbar, so hofft er, in den günstigeren Ver-

hältnissen der Kolonie dazu zu kommen. Vollzieht sich die Besiedlung der Kolonie mit Leuten dieses Schlages auch nur langsam und allmählich, so hat es andererseits damit doch auch keine Eile. Das wäre nur der Fall, wenn das Land inzwischen von andern besetzt und so dieser Art von Besiedlung dauernd verschlossen würde; eine solche Befürchtung ging offenbar durch die Reihen der englischen Kolonisten, als im vergangenen Jahre mit einem Schub Buren in einer Kopfstärke von etwa 500 Seelen in der Kolonie ankamen, um sich daselbst dauernd niederzulassen.

Einzelne Buren sind schon vor einiger Zeit in die Kolonie gekommen; darunter sind auch welche, die ursprünglich am Meru sesshaft waren und denen es dort nicht gefiel. Eine Karawane von diesem Umfang hatte aber die Kolonie noch nicht gesehen. Die Leute kamen fast alle aus dem Norden Transvaals, hauptsächlich aus dem Bethaldistrikt; sie zogen nun, nachdem vorausgegangene Kundschafter sich über das Land bereits unterrichtet hatten, nach dem einige Tagereisen nördlich von Naikuru gelegenen Guas Ngisho-Plateau. Dort wollten sie Farm an Farm beisammen wohnen. Das alles gab zu denken. In Südafrika verträgt sich ja der Engländer mit den gebildeten Stadtburen nun recht gut; aber der Hinterfeldbur, der sogenannte Thakare, ist ihm eine Erscheinung aus einer andern Welt. Und diese Leute entsprechen größtenteils auch diesem Typus; diese Leute mit ihren struppigen Bärten und ihren vielen, vielen ungewaschenen Kindern, das sind keine „Gentlemen“. Wie soll das nun werden, wenn sie in Massen in die Kolonie kommen? Die Mehrzahl der englischen Ansiedler ist nicht verheiratet; und wo man Familien trifft, fehlt sicherlich so üppiger Kindersegen. Es braucht nur

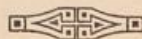
jedes Jahr ein solcher Schub von Buren zu kommen, und in 15 Jahren bilden sie die Mehrheit in der Kolonie. Ein grober Bauer ist in die Stube gekommen und hat sich an den für gut gekleidete Leute gedeckten Tisch gesetzt. Das Schlimmste ist, daß man ihn nicht ohne weiteres zur Tür hinauswerfen kann. „Haben wir es nötig gehabt, die Kerle zu englischen Untertanen zu machen; wären sie es nicht, so würden wir kurzen Prozeß mit ihnen machen“, so hörte ich Beamte klagen. Trotzdem muß man die Loyalität der englischen Beamten anerkennen; den Buren wurden keine Schwierigkeiten gemacht, man kam ihnen sogar so weit entgegen, daß sie in Naikuru Flußpferde schießen durften, um sich für die Reise mit Proviant zu versehen, obwohl sie nach ihrem Jagdschein dazu nicht berechtigt waren. Aber man verlangt natürlich von ihnen die Erfüllung der für alle Bewohner geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Da wird denn schon ein Teil an der Verpflichtung scheitern, einen bestimmten Betrag für seine Farm aufzuwenden; denn neben Leuten, die über erhebliche Mittel zu verfügen scheinen, gibt es andre, die nicht viel mehr als das Geld für die Reise aufgebracht haben. Einige haben ihre Farmen in Transvaal günstig verkauft, andre haben dort noch Besitz und wollen sich zum Verkauf erst entschließen, wenn es ihnen hier gefällt. Ich sprach mit einem der Anführer des Auswandererzuges, der sich ziemlich gleichmütig über einen möglichen Mißerfolg aussprach; er erzählte mir, daß es bis jetzt nicht gelungen sei, im Bethaldisdistrikt der Viehseuchen Herr zu werden, und deshalb seien sie vor allem fortgezogen; sie wollten nun einmal sehen, wie es hier ginge; auf ein paar Jahre wollten sie es versuchen, sähen sie keine Aussicht auf Weiterkommen, so würden sie dann eben wieder zurückgehen,

und bishin könnten sich ja die Verhältnisse in der Heimat wieder gebessert haben. Das klingt alles nicht so, als ob die Leute die Absicht hätten, allzuviel Geld in ihr Land zu stecken. Über die Bedingungen für die Landvergebung waren sie wenig erbaut; im Hintergrunde lauerte wohl der Gedanke einer kleinen Land Spekulation.

Wegen Vergehen gegen die Jagdordnung kamen dann bald einige Buren mit der Behörde in Konflikt. Mehrere Familien kehrten zurück, weil ihnen die Sache von vornherein wenig aussichtsvoll erschien, und die südafrikanische Presse brachte Warnungen vor weiterer Auswanderung. Es erscheint mir nicht sehr wahrscheinlich, daß die Einwanderung von Buren in das Land einen größeren Umfang annehmen werde. Dem mittellosen Engländer ist der durchschnittliche Bur zwar infolge seiner größeren Anspruchslosigkeit überlegen; der Engländer mit Kapital wird aber den Buren leicht auskaufen, weil er eben das Land besser ausnützen kann; da muß die extensive Wirtschaft der intensiven weichen. Bliebe der Zuzug geeigneter kapitalskräftiger Elemente aus England freilich aus, dann wäre die Kolonie den Buren ausgeliefert.

Bei normalem Verlauf der Entwicklung ist das indes kaum anzunehmen. Auf der Grundlage der Viehzucht wird sich die Kolonie, vielleicht unter verschiedenen Rückschlägen und Schwankungen, die ja keinem Koloniallande erspart bleiben können, ruhig weiter entwickeln. Für uns wird diese Entwicklung unter manchem Gesichtspunkt ein Vorteil sein. In der Viehzucht wird die englische Kolonie für uns ein Vorbild sein können, weil sie in dieser Beziehung einen Vorsprung von mehreren Jahren voraus hat. Das wird praktisch auch insofern in Frage kommen, als wir von dort geeignetes Zuchtvieh werden beziehen können.

Jede Überschätzung der kolonifatorischen Fähigkeiten der Engländer liegt mir durchaus fern; was die Engländer können, leisten wir sicherlich auch und wir haben als Einzelindividuen manches vor ihnen voraus, vor allem die größere Arbeitslust, Zähigkeit und Genügsamkeit. In der vom ganzen Volke betriebenen Kolonialpolitik kommt den Engländern freilich die große Tradition und eine Erfahrung von Jahrhunderten zugute. Auch im einzelnen können wir vieles von ihnen lernen; denn vor allem der Unternehmungsgeist und die Lust an kühnem Wagen ist beim englischen Volke noch nicht erstorben. Mag man in England selbst auch heute noch mit herablassender Selbstgefälligkeit auf die deutsche Kolonialpolitik sehen, so habe ich doch im Verkehr mit vielen Engländern draußen erfahren, daß sie dort mit Achtung auf das blicken, was wir in unsrer Kolonie geleistet haben. Haben sich nun einmal die Träume aus der ersten Zeit unsrer Kolonialpolitik von einem Kolonialreich, das vom Kap Guardafui bis zum Zambesi reicht, nicht verwirklicht, und müssen wir uns in dieser Beziehung bescheiden, so können wir uns nur freuen, das wir einen Nachbarn erhalten haben, mit dem sich ein ehrlicher Wettstreit in der Erschließung des schwarzen Erdteils lohnt. Ich habe im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß dies auch die Meinung der meisten Engländer in Britisch-Ostafrika in bezug auf unsre Nachbarschaft ist.



1

Nov. 1913

agb

75,- €



Ausgesondert

X

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Staats- und Uni.-Bibliothek Bremen
4650 00 474 883 2



Geo



Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen

DFG

Samassa: Die
Besiedlung Deutscher
Ostafrikanas

02

G

7865